

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



20. Jahrgang

2001

36. Heft

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

G. Eymael:	Bad Dürkheim - Projekt IV	93
Dr. H.-W. Baur:	Mit Nutzungstausch zu mehr Wettbewerbsfähigkeit	95
Personalveränderungen:	98
Ehrungen:	100
M. Buchta:	In memoriam Ministerialrat Dr. Claus-Rainer Hess	100
Prof. A. Lorig:	Herr Leitender Ministerialrat a.D. Heinz Reifferscheid ist verstorben	101
Literaturübersicht:	102
Informationen aus der LKV:	105
Frank Ißleib:	Rheinland-Pfalz übernimmt Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung	105
MAZ:	Förderung des ländlichen Raums -Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung in Monschau	106
Frank Ißleib:	Nutzungstausch eröffnet neue Möglichkeiten des Flächenmanagements in der Westpfalz	108
Frank Ißleib:	Flächenmanagement aus einem Guss	108
Frank Ißleib:	Flächenmanagement unterstützt Lückenschluss der A 63 Kaiserslautern-Ost / Mehlingen	109
Frank Ißleib:	Besitzübergang im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Altkülz	110
Frank Ißleib:	Ulmen startet in die konkrete Umsetzung der Entwicklungsplanung	110
Frank Ißleib:	Eigentumsübergang nach erfolgreichem Bodenordnungsverfahren A 63 Dreisen-Steinbach am Donnersberg	111
Impressum:	112

Manfred Buchta ist der neue Leiter der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt

Der neue Mann an der Spitze der Abteilung 6 (Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt) des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministeriums heißt Manfred Buchta. Er übernahm am 31. Oktober 2001 die Leitung dieser Abteilung, in der die Grundsatzfragen der Agrar- und Marktpolitik, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Landeskulturverwaltung, die Bodenordnung, die Investitionsförderung und die EU-Marktordnung angesiedelt sind. Der am 31. Januar 1940 in Znaim (Sudetenland) geborene Buchta ist seit Oktober 1993 Stellvertretender Abteilungsleiter. Er folgt Dr. Karl-Otto Kreer, der als Staatssekretär ins Landwirtschaftsministerium nach Mecklenburg-Vorpommern gewechselt ist.

Bei der Ernennung zum Abteilungsleiter verwies Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage auf den ungewöhnlichen beruflichen Werdegang und die außerordentliche fachliche Kompetenz Buchtas.

Der passionierte Jäger hatte seine berufliche Laufbahn zunächst bei der Bundesbahn als Bundesbahnassistentenanwärter begonnen, bevor er 1965 in die Landeskulturverwaltung Hessen und in das dortige Ministerium abgeordnet wurde. Mit dem früheren rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsminister Karl Schneider ist er als Leiter des Ministerbüros nach Mainz gekommen. Mit der Zusammenlegung der beiden für Wirtschaft und Verkehr sowie für Landwirtschaft und Weinbau zuständigen Ressorts wurde Buchta Stellvertretender Abteilungsleiter und Leiter der Referatsgruppe Landentwicklung/Landeskultur im neuen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Der Leitende Ministerialrat Buchta gilt als äußerst kompetent und wird Bauckhage zufolge den hohen Stellenwert der Abteilung 6 im Ministerium „mindestens halten“.

Antrittsrede des neuen Abteilungsleiters Manfred Buchta

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Minister, und bei den Herren Staatssekretären Eymael und Glahn dafür bedanken, dass Sie mich ausgewählt und mir die Leitung der Abteilung 6 anvertraut haben. Ganz bewusst habe ich das Wort „anvertraut“ gewählt, denn die Leitung einer so bedeutenden Grundsatzabteilung ist eine Vertrauensentscheidung. Ich freue mich darüber und bin angesichts der langen Zeit als „Amtierender“ mehr als erleichtert, dass jetzt die Übergangsphase beendet ist und Klarheit geschaffen wurde. Ihre Entscheidung wird für mich Ansporn und Herausforderung sein, mein ganzes Engagement und meine Erfahrung für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben einzusetzen.

Ein zweites „Dankeschön“ möchte ich der gesamten Abteilung 6 übermitteln. In den letzten Wochen und Monaten haben Sie mich alle hervorragend fachlich unterstützt. Auch die zwischenmenschliche emotionale Basis ist in dieser Zeit gewachsen. Ich habe gespürt, dass Sie mir alle vertrauen und mich stützen. Dies war wohltuend und hat mir das Durchstehen erleichtert. Ich will noch einmal kurz - und mit Augenzwinkern und Schmunzeln - auf die lange Bewerbungsphase eingehen. In den letzten Wochen und Monaten habe ich meine Situation oft mit

der eines Sauerteigs verglichen. Sie Herr Minister als gelernter Bäckermeister und ich als ungelerner Hobby - Bäcker wissen, dass Sauerteig eine lange Zeit zum reif werden braucht. Nur dann, wenn er Zeit hat, die richtige Temperatur und die richtige Feuchtigkeit, wird der Sauerteig zu einem guten Extrakt für Brot. Mit dem heutigen Tage habe ich sozusagen meine Edelreife erreicht und kann nun als Sauerteig für die Abteilung 6 wirken. Doch zurück zum Ernst des Berufslebens.

Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt - also die Aufgabenpalette der Abteilung 6 - sind wichtige Handlungsfelder unseres Ressorts.

Die Menschen in den ländlichen Gebieten, vor allen Dingen Landwirte und Winzer, erwarten von uns die optimale Vertretung ihrer Interessen. Dabei geht es in erster Linie darum, den Agrarstandort Rheinland-Pfalz zu sichern und zu entwickeln. Gerade in der aktuellen Situation, die durch die Agrarwende der Bundesregierung und die Auseinandersetzungen mit dem Naturschutz gekennzeichnet ist, kommt es meines Erachtens darauf an, als Anwalt gegenüber Brüssel und Bonn, aber auch gegenüber einem überzogenen Naturschutz, zu wirken.

Meine persönliche Hauptaufgabe sehe ich darin, an der möglichst günstigen Gestaltung der Rahmenbedingungen für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mitzuwirken und die Hausspitze in diesem Sinne zu beraten und zu unterstützen.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe muss dabei ein vorrangiges Ziel bleiben, auch und gerade dann, wenn die Förderungswelt von Brüssel und Bonn zunehmend „ökologisiert“ wird.

Rheinland-Pfalz führt von 2002 an drei Jahre lang den bundesweiten Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft „Landentwicklung“. Auch hier wird es - bezogen auf die Ländliche Bodenordnung - darauf ankommen, die Leitlinien für dieses wichtige agrarstrukturelle und strukturpolitische Instrument so zu gestalten und auf Bund-Länder-Ebene abzustimmen, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ein vorrangiges Ziel bleibt. Deshalb sehe ich in der Vorsitzfunktion für diese Arbeitsgemeinschaft einen weiteren persönlichen Arbeitsschwerpunkt.

In der Auseinandersetzung mit dem Naturschutz vertrete ich die Position der legitimen Naturnutzer, allerdings unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit. Kein Naturnutzer, egal ob Landwirt, Winzer, Waldbesitzer, Jäger oder Angler, sägt sich den Ast ab, auf dem er sitzt. Deshalb muss in allen Natur- und Vogelschutzgebieten die „gute fachliche Praxis“ als Bewirtschaftungsstandard genau so möglich sein, wie im Wald die naturnahe Waldnutzung. Dafür werde ich mich auch in Zukunft mit Herzblut einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich will überleiten zu meinen Vorstellungen über die interne Zusammenarbeit.

Die Abteilung 6 ist einerseits eine selbständige Abteilung, andererseits aber auch Teil des Strukturministeriums. Als Strukturministerium sind wir einem ganzheitlichen Entwicklungsauftrag verpflichtet. Aus dieser Sicht ist Abteilungsbewusstsein gerechtfertigt, Abteilungsegoismus aber nicht. Ich will mich als Abteilungsleiter dafür einsetzen, dass das Denken und Handeln in Gesamtverantwortung nicht zu kurz kommt. Nach meiner festen Überzeugung werden wir unseren strukturpolitischen Ressortauftrag nur dann mit Erfolg wahrnehmen können, wenn wir selektives Vorgartendenken ablegen und integrierte Konzepte umsetzen. In diesem Sinne will ich mich engagieren und für mehr Gemeinsamkeit und weniger Zuständigkeitsdenken eintreten.

Zum Schluss die spannende Frage, wie ich es mit der Wahrnehmung der Leitungsfunktion halten will. Diese Frage stellt sich immer dann, wenn jemand aus dem Kreis der bisherigen Abteilung mit der Leitung beauftragt wird.

Dazu folgende Antwort: Als ehemaliger Klosterschüler weiß ich, es gibt nur einen Chef. Nämlich den da oben. Deshalb will ich kein übermächtiger Abteilungsleiter sein.

Als Referent habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich immer dann am motiviertesten gearbeitet habe, wenn der Druck von oben gering und die Hierarchie flach waren. Diese Erfahrung möchte ich jetzt einsetzen.

Ich will nicht gängeln, bevormunden oder anweisen, sondern statt dessen überzeugen, initiieren und empfehlen. Und selbstverständlich auch entscheiden, wenn es erforderlich ist.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine gute Zusammenarbeit, sowohl mit der Hausspitze, als auch in der Abteilung selbst, mit den übrigen Abteilungen des Hauses und mit dem nachgeordneten Bereich der Landeskulturverwaltung.

Manfred Buchta

IM BLICKPUNKT

Programm „Ländliche Bodenordnung 2000 bis 2006“ für die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz

Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Mainz



Abb. 1: Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz erteile ich nachfolgende Vorgaben:

1. Leitlinien

Die Ländliche Bodenordnung richtet sich nach den „Leitlinien Ländliche Bodenordnung“, die der Ministerrat in seiner Sitzung am 28. März 1995 verabschiedet hat. Die dort vorgegebenen Ziele sind weiterhin gültig und enthalten die Vorgaben für erfolgreiche Landentwicklungsstrategien. Wichtigste Aufgaben im Planungszeitraum sind:

- ☐ Die Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte,
- ☐ die Moderation der Landentwicklungsprozesse,
- ☐ die Anordnung und Bearbeitung einfacher und schneller Verfahren der Ländlichen Bodenordnung,
- ☐ die Umsetzung der neuen Initiative „Nutzungstausch“ und
- ☐ die Bündelung und der zielgerichtete Einsatz knapper Finanzmittel unter Einbeziehung von Investitionen anderer Träger.

Kernaufgabe ist dabei die Bildung der regionalen Entwicklungsschwerpunkte. Bereits in den Leitlinien Ländliche Bodenordnung wurden 26 „Kristallisationskerne räumlicher Schwerpunkte“ entworfen. Anfang 2000 wurden 30 Entwicklungsschwerpunkte in Rheinland-Pfalz intensiv betreut.

Idee dieser Entwicklungsschwerpunkte ist es, integrierte Konzepte gemeinsam mit kommunalen Entscheidungsträgern, den Kulturämtern und anderen im ländlichen Raum tätigen Fachbehörden zu erarbeiten und abzustimmen sowie Initiativen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Damit kann schnell, effizient und bürgernah gehandelt werden.

Erste positive Ergebnisse in regionalen Entwicklungsschwerpunkten bestätigen das Konzept:

- ☐ In der Landwirtschaft werden Rationalisierungen durch Vergrößerung und Arrondierung der Flurstücke, Wegebau, überbetriebliche Zusammenarbeit im Produktions- wie im Vermarktungsbereich sowie bei der Maschinennutzung erzielt und Einkommensalternativen erschlossen.
- ☐ Die regionale Wirtschaft erhält neue Impulse, z. B. durch die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete.
- ☐ Der Fremdenverkehr wird z. B. durch die Einrichtung überregionaler Radwege, die Erweiterung touristischer Angebote und Kooperationen im Bereich Landwirtschaft und Gastronomie gefördert.
- ☐ Zur Verbesserung des Naturhaushaltes und zur Bereicherung des Landschaftsbildes werden z. B. Bachauen renaturiert oder teilweise ausgeräumte Landschaften unter Einbeziehung der örtlichen Landwirte wieder begrünt.
- ☐ Die Attraktivität der Dörfer und ländlichen Räume wird insbesondere durch die Dorferneuerung gesteigert.

2. Programm Ländliche Bodenordnung 2000 bis 2006

2.1 Grundsätze

Das Programm Ländliche Bodenordnung ist das zentrale Steuerungsinstrument und mittelfristige Arbeitsprogramm der Landeskulturverwaltung und enthält die Rahmenvorgaben für die Anordnung und Bearbeitung der Verfahren nach dem Flurbereinigungs-gesetz und des Nutzungstauschs. Es ist die Basis für das Controllingsystem der Verwaltung und beinhaltet als gemeinsame Zielvereinbarung des Ministeriums, der Aufsichts- und Dienstleistungs-direktion sowie der Kulturämter die Ziel-, Maßnah-men- und Ressourcenplanung.

Das Programm gibt den Rahmen für die Anord-nung neuer Verfahren und die Zielsetzungen für die Weiterführung der anhängigen Verfahren im Planungszeitraum an. Mit dem Programm werden die nachgeordneten Dienststellen der Landeskul-turverwaltung beauftragt, im vorgegebenen Rah-men neue Bodenordnungsverfahren anzuordnen, die anhängigen Verfahren beschleunigt weiterzu-führen sowie die neue Initiative „Nutzungstausch“ umzusetzen.

Die Auswahl und die Prioritäten der Verfahren sind in den Grundsätzen auf Orts- und Regionalebene mit den betroffenen Behörden und Dienststellen ab-gestimmt. Die Abstimmung wird bei Bedarf in jähr-lichen Geschäftsbesprechungen angepasst.

2.2 Ausgangslage

Im internationalen und nationalen Vergleich ist die Agrarstruktur in Rheinland-Pfalz weiterhin durch überwiegend kleine bis mittlere Betriebe mit zu ge-ringen Produktionskapazitäten gekennzeichnet. Für die Einkommenssituation ist auch die ungünstige Flurverfassung ein großer Kostenfaktor. Die Betrie-be bewirtschaften zu viele getrennt liegende Grund-stücke, die für den Einsatz moderner Landtechnik bei weitem zu klein und deren Schlaglängen zu kurz sind. Die durch Realteilung geprägte Flurverfas-sung in Rheinland-Pfalz verursacht vielerorts um ca. 30 bis 50 % höhere Arbeits- und Maschinenkos-ten als in anderen Agrarregionen der Bundesre-publik Deutschland.

Auch wenn von rund 715.000 Hektar landwirtschaft-lich genutzter Fläche schon mehr als 50 % durch Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereini-gungsgesetz bereinigt sind, ist diese grundlegen-de Aufgabe noch bei weitem nicht abgeschlossen. Aber auch die meisten der Gemarkungen, in de-nen bereits in den letzten 50 Jahren ein Bodenord-

nungsverfahren stattfand, bedürfen einer erneuten Bodenordnung. Etwa 50 % der bereits bereinigten Flächen wurden zu einem Zeitpunkt von den Kultur-ämtern bearbeitet, zu dem die Bodenordnung an Bedingungen ausgerichtet war, die für die Kuh-bzw. Pferdeanspannung galten. Insbesondere eine unzureichende Flurstücksgröße behindert die strukturelle Anpassung an neuzeitliche Bewirt-schaftungsverhältnisse. In diesen Fällen muss durch schnellwirkende, einfache und kostengüns-tige Bodenordnungsmaßnahmen oder den Nut-zungstausch eine weitere Verbesserung der Flur-verfassung erreicht werden. Infolge der Agrarre-form im Rahmen der Agenda 2000 ist künftig mit einem weiteren Rückgang der Zahl der landwirt-schaftlichen Unternehmen zu rechnen. Auch in vie-len Dörfern sind aufgrund der Realteilung Haus- und Hofgrundstücke vielfach ungünstig geformt. Dies hat negative Auswirkungen auf die Bewirt-schaftungsverhältnisse und Entwicklungsmöglich-keiten vor Ort, die durch Maßnahmen der ländli-chen Bodenordnung an die neuen Rahmenbedin-gungen angepasst und verbessert werden müssen. Diese Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im ländlichen Raum müssen in den Bereichen Agrar-strukturverbesserung, Dorferneuerung und Touris-mus umgesetzt werden, um die angestrebten Effek-te zu erreichen und den ländlichen Raum attrakti-ver zu gestalten. Mit Bodenordnungsverfahren, die sich ausschließlich auf eine Änderung eigentums-rechtlicher Verhältnisse beschränken, kann eine wirksame Anpassung der Flurverfassung der land-wirtschaftlichen Unternehmen in Zukunft nicht mehr erreicht werden. Der Pachtanteil in den größeren Vollerwerbsbetrieben beträgt inzwischen ca. 60 bis 80 % der insgesamt bewirtschafteten Flächen. Ein befriedigendes Ergebnis der Bodenordnung ist daher nur durch Integration der Pachtflächen in die Arrondierungsmaßnahmen zu erreichen. Hierfür müssen vor allem die Verpächter landwirtschaftlich genutzter Flächen gewonnen werden.

Die durch die Realteilung besonders ungünstige Flurverfassung erfordert zudem eine einfache und schnelle Anpassung der Verhältnisse vor Ort. Eine schnelle Anpassung ist häufig nur auf freiwilliger Basis erreichbar. Hierzu werden weitere Instrumen-te benötigt, die die Bildung größerer Bewirtschaf-tungseinheiten fördern und so die auf diesen ungün-stigen Ausgangsverhältnissen beruhenden Wettbe-werbsnachteile in einer schneller und effizienten Art und Weise beseitigen. Mit dem Landtausch- und Pachtförderprogramm hat Rheinland-Pfalz ein ent-sprechendes Förderinstrumentarium geschaffen. Der Nutzungstausch ist die herausragende neue Initiative für ein noch wirksameres Pachtmanage-ment.

Mit weiter zunehmenden Nutzungsansprüchen an Grund und Boden gewinnt der Bedarf an Landentwicklung im Sinne eines vorausschauenden Bodenmanagements ständig an Gewicht. Es besteht ein hoher Bedarf, konkurrierende Fachplanungen, z.B. des Verkehrs, der Wasserwirtschaft, des Tourismus, der Land- und Forstwirtschaft oder des Naturschutzes zu einem Planungsverbund zusammenzuführen und Maßnahmen konsensfähig zu realisieren.

2.3 Strategien und Ziele der Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz

Die Ländliche Bodenordnung dient dem Ziel, die agrarstrukturellen Verhältnisse zu verbessern, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den landwirtschaftlich geprägten Bereich des Landes durch geeignete Maßnahmen an zukünftige Erfordernisse anzupassen. Daneben erfüllt sie die Aufgabe, flächenbeanspruchende Planungen der öffentlichen Hand durch Bodenordnung zu begleiten, die Landaufbringung sozialverträglich zu gestalten und Konflikte der Landnutzungsansprüche aufzulösen.

Die Ländliche Bodenordnung unterstützt damit die Land- und Forstwirtschaft durch Verbesserung der Produktionsbedingungen, fördert durch Bodenmanagement und Hilfen beim Planungsvollzug die regionale und gemeindliche Entwicklung und leistet einen Beitrag zum nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Als Instrument zur integrierten Landentwicklung sind die Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz geeignet, Maßnahmen zu bündeln und wirtschaftlich umzusetzen und Folgeinvestitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auszulösen.

Angesichts der durch die Realteilung geprägten Struktur der Flächen in Rheinland-Pfalz soll der ländliche Grundbesitz durch Maßnahmen der Ländlichen Bodenordnung neu geordnet werden. Dazu sollen insbesondere die folgenden Maßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz beitragen:

- ☐ Förderung der Anpassung der Flurverfassung durch Flächenzusammenlegung, Neueinteilung der Feldflur und Zusammenlegung des zersplitterten und unwirtschaftlich geformten Grundbesitzes nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten einschließlich der Ordnung der rechtlichen Verhältnisse.
- ☐ Förderung der Anpassung des Wegenetzes an die neue Flurverfassung (Wegfall von Wegen zur Vergrößerung der einzelnen Bewirtschaftungsflächen, bessere Erschließung der verbleibenden Flächen).
- ☐ Flächenmanagement zur Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft einerseits und Naturschutz und Landespflege bzw. Infrastrukturmaßnahmen oder kommunalen Entwicklungsplanungen andererseits,
- ☐ Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Vorhaben zum Erhalt bzw. zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (z. B. Fluss- und Bachauenrenaturierung).
- ☐ Schaffung der Voraussetzungen für eine auch unter ökonomischen Gesichtspunkten nachhaltige und umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich der Beseitigung von Nutzungskonflikten zwischen der Landwirtschaft und dem Umwelt- und Naturschutz,
- ☐ Mitwirkung bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen, kommunalen Entwicklungsvorhaben und Maßnahmen der Dorferneuerung,
- ☐ Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung bilden dabei den Schwerpunkt der Ländlichen Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Diese Maßnahmen sind mit dem Ziel der Sicherung bzw. Wiederherstellung des Naturhaushalts in Einklang zu bringen:
 - Agrarstrukturverbesserung und Beachtung ökologischer Belange,
 - Verbesserung der ökologischen Situation durch Sicherung bzw. Wiederherstellung des Naturhaushalts,
 - Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche,
 - Erhalt bzw. Schaffung naturnaher Lebensräume,
 - Wiederherstellung der ökologischen Funktion der Gewässer,
- ☐ Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität,
- ☐ Verbesserung der ländlichen Infrastruktur.

Um diesen vielfältigen Zielen gerecht werden zu können, wirken in dem behördlich geleiteten Verfahren neben den beteiligten Grundstückseigentümern auch die Träger öffentlicher Belange und die landwirtschaftliche Berufsvertretung mit (§ 2 FlurbG).

Die Umweltbehörden werden sowohl bei der Vorbereitung und Einleitung der Flurbereinigung als auch bei der Durch- und Ausführung der Flurbereinigung intensiv schrittweise im Verfahren beteiligt. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist in allen Planungsstadien der Flurbereinigung zu gewährleisten. Weitere Beteiligungspflichten ergeben sich darüber hinaus aus speziellen gesetzlichen Vorschriften (z. B. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung).

2.4 Strategien und Maßnahmen des Nutzungstauschs

Durch den Nutzungstausch soll insbesondere erreicht werden, dass kleinflächige, zersplitterte und unwirtschaftlich geformte land- und forstwirtschaftliche Grundstücke ohne Eingriff ins Eigentum zusammenhängend bewirtschaftet und genutzt werden können. Damit dient diese Maßnahme der Senkung der Produktionskosten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den landwirtschaftlichen Unternehmen. Landwirtschaftlicher Grundbesitz soll in einem schnellen und einfachen Verfahren zusammengefasst werden, um damit eine Verbesserung der Agrarstruktur einschließlich der Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes zu erreichen.

Die neue Initiative Nutzungstausch kann zu einer schnelleren Gestaltung zusammenhängend bewirtschaftbarer Flächen durch Pachtarrondierung führen. Vermessungsarbeiten sind bei einem Nutzungstausch nicht erforderlich; Wegebaumaßnahmen und landespflegerische Kompensationsmaßnahmen werden flankierend eingesetzt.

3. Arbeitsplanung der Kulturämter

3.1 Grundsätze

Die Arbeitsplanung der Kulturämter ist auf die Personalkapazität des Personalwirtschaftskonzeptes der Landeskulturverwaltung und auf die mittelfristig bereitstehenden Finanzierungsmittel abzustimmen.

Ergänzende Abstimmungen sind jährlich (Geschäftsbesprechungen) vorzunehmen. Die Anordnung einfacher Verfahren ist sicherzustellen.

Schnellwirkende Bodenordnungsverfahren (freiwilliger Landtausch, beschleunigte Zusammenlegungsverfahren, vereinfachte Flurbereinigungsverfahren) sind möglichst vorrangig zu bearbeiten. Dies gilt besonders für die Nutzungstauschverfahren.

Die Kulturämter können auch außerhalb ihrer örtlichen Zuständigkeit auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Satz 2 FlurbG eingesetzt werden, wenn dies aus Zweckmäßigkeitsgründen (z. B. größere räumliche Nähe, sachliche Zusammenhänge) geboten ist. Die Entscheidung trifft die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Aus Gründen der Rechtssicherheit sind die öffentlichen Bücher (insbesondere Grundbuch und Liegenschaftskataster) beschleunigt zu berichtigen.

3.2 Ländliche Bodenordnung (einschließlich Freiwilliger Landtausch)

Für den Zeitraum 2000 bis 2006 ist die Durchführung von rund 300 Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (ohne freiwilliger Landtausch) vorgesehen. Durch diese Verfahren können ca. 87.000 Hektar neu geordnet werden. Das entspricht 12.500 Hektar pro Jahr.

Priorität in diesen Verfahren hat die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Weinbau. Daneben dienen die Verfahren einem oder mehreren der nachfolgenden Ziele

- ☐ der Umsetzung bzw. Durchführung von Straßenbaumaßnahmen (13 %)
- ☐ der Unterstützung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen (34 %)
- ☐ der Unterstützung landespflegerischer Maßnahmen (30 %) sowie
- ☐ der Unterstützung von Dorferneuerungsmaßnahmen oder anderer kommunaler Entwicklungsmaßnahmen (30 %).

Die durchschnittliche Schlaggröße (Bewirtschaftungsfläche) soll in der Regel über 5 Hektar liegen, die durchschnittliche Schlaglänge bei 350 bis 500 Meter.

Es ist sicherzustellen, dass von den im Zeitraum 2000 bis 2006 neu geplanten Bodenordnungsverfahren (ca. 87.000 ha Gesamtfläche) mindestens 40 % als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren nach § 91 FlurbG (ca. 34.000 Hektar) und 45 % als vereinfachte Flurbereinigungsverfahren (ca. 39.000 Hektar) angeordnet werden.

Die anhängigen Verfahren sind bei der Bearbeitung so zu steuern, dass im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 eine jährliche Besitzübergangsfläche von 12.500 Hektar erreicht wird.

Hierzu zählen auch der freiwillige Landtausch und der Nutzungstausch (Fläche der getauschten Grundstücke).

Auch für die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP), den Anlagenplan, das Vermessungskonzept, die Grundbuchberichtigung, die Katasterberichtigung und den Abschluss der Bodenordnungsverfahren sind innerhalb des Planungszeitraums jährlich mindestens je 12.500 Hektar bearbeiteter Fläche einzuplanen.

3.3 Nutzungstausch

Der Nutzungstausch ist im Planungszeitraum 2000 bis 2006 zu einem wirksamen, freiwilligen Instrumentarium für die Neuordnung von Pachtverhältnissen zu entwickeln. Hierzu sollen zunächst in allen Regionen des Landes zusammen mit den Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten Pilotvorhaben durchgeführt werden, die geeignet sind, die Landwirte und Verpächter von Ergebnis und Wirkung des Nutzungstauschs zu überzeugen. Die Vorbereitungen und Verfahrensergebnisse des Nutzungstauschs sind in die Arbeitsplanung zu übernehmen.

3.4 Festlegung von Wirkungsindikatoren

Als Wirkungsindikatoren sind neben der Verfahrensfläche / Besitzübergangsfläche (in Hektar) in Zukunft bei Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (ohne Freiwilliger Landtausch) die Anzahl der Verfahren, die Anzahl der Teilnehmer, die Anzahl der beteiligten Gemeinden, das Zusammenlegungsverhältnis, die Größe der Grundstücke Alt/Neu (in Hektar), der Wegebau (in Kilometer), die landespflegerischen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen (in Hektar bzw. Kilometer) sowie die Flächenbereitstellung für Infrastrukturmaßnahmen ergänzend zu verwenden.

Beim freiwilligen Landtausch und beim Nutzungstausch sind die Tauschfläche (in Hektar), die Anzahl der Tauschpartner, die Anzahl der betroffenen Betriebe, die Anzahl der getauschten Besitzstücke sowie die Fläche für Landespflegemaßnahmen (in Hektar) heranzuziehen.

3.5 Ergebnisse und Änderungen der Arbeitsplanung

Insgesamt ist bei den acht neu festgelegten Verfahrensabschnitten

- ☐ AEP,
- ☐ Anordnung neuer Verfahren,

- ☐ Anlagenplan,
- ☐ Vermessungskonzept,
- ☐ Besitzübergang,
- ☐ Grundbuchberichtigung,
- ☐ Katasterberichtigung
- ☐ und Abschluss

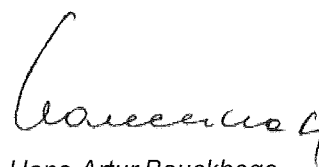
jeweils ein jährliches durchschnittliches Flächenergebnis von 12.500 ha Arbeitsfläche als Landesergebnis (insgesamt damit 100.000 Hektar jährlich) vorgesehen.

Der Nutzungstausch wird mit dem Bewirtschaftungskonzept bei dem Abschnitt „Anlagenplan“ und mit dem Sammelpachtvertrag bei dem „Besitzübergang“ eingerechnet. Die Tauschpläne bei dem freiwilligen Landtausch zählen mit ihrer getauschten Fläche zum Besitzübergang.

Die Arbeitsplanung ist nach für das ganze Land einheitlichen Grundsätzen festgelegt worden. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und die Kulturämter richten die Ausführung der Arbeitsplanung nach den vorliegenden Vorgaben aus und stellen deren Ausführung sicher.

Eine Änderung der Vorgaben und Arbeitsziele ist nur mit Genehmigung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zulässig.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Artur Bauckhage

Stellvertretender Ministerpräsident
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

FACHBEITRÄGE

Integrierte ländliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz*)

Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Mainz



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ehrlich,

sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung sehr herzlich bedanken.

Ich bin gerne nach Ulmen gekommen, um bei der Vorstellung der Ergebnisse der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung mitzuwirken.

Es gilt gemeinsam mit Ihnen Wege für eine nachhaltige und damit dauerhafte Entwicklung der Region aufzuzeigen.

Meine Aufgabe wird es dabei heute sein, Ihnen die Grundzüge der rheinland-pfälzischen Politik für den ländlichen Raum zu erläutern.

Eine wesentliche Grundlage ist in diesem Zusammenhang die nun abgeschlossene Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung - kurz AEP -.

Mit dem Abschlussbericht der AEP präsentiere ich Ihnen kein abgeschlossenes Projekt, das nun in Betrieb genommen werden kann.

Die eigentliche projektbezogene Arbeit steht erst bevor.

*) Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Hans-Artur Bauckhage, anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) in der Verbandsgemeinde Ulmen am 17. Mai 2001, in Ulmen, „Integrierte ländliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz“

Dennoch ist mit der Vorlage der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung eine wichtige - ich meine - vorentscheidende Etappe erreicht.

Die Verbandsgemeinde Ulmen ist als dünn besiedelte Region und durch ihre Lage klassischerweise dem ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zuzurechnen.

Und um den ländlichen Raum und dessen nachhaltige Weiterentwicklung geht es heute.

Die Entwicklung des ländlichen Raumes ist ein wesentliches Anliegen der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Strukturpolitik für den ländlichen Raum ist ein Schwerpunkt meiner politischen Arbeit.

Es ist eine wichtige und zugleich faszinierende Aufgabe.

Betrachtet man einige wenige Fakten, so wird deutlich, dass der ländliche Raum das Herzstück von Rheinland-Pfalz bildet und zentrale Funktionen für unser gesamtes Land erfüllt.

Zirka 90 % der Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben weniger als 2.000 Einwohner.

Fast jeder zweite Rheinland-Pfälzer lebt in ländlich strukturierten Gebieten.

Alles in allem zählen fast 70 % der Landesfläche zu diesen ländlichen Gebieten.

Will man in unserem Land etwas erreichen, muss man im ländlichen Raum ansetzen.

Die große strukturelle und funktionelle Vielfalt der ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz bietet ein breites Spektrum von Entwicklungschancen und Perspektiven.

Diese Chancen auch tatsächlich zu nutzen und in konkrete Programme und Förderangebote umzusetzen, ist eine zentrale Herausforderung für die Landesregierung.



Der ländliche Raum ist keine Restgröße.

Er ist auch kein bloßer „Lieferant“ von Rohstoffen und Naturgütern.

Die ländlichen Gebiete auf diese Funktion reduzieren zu wollen, wäre eine grobe Fehleinschätzung und Verkennung der tatsächlichen strukturellen Situation.

Der ländliche Raum ist vielmehr ein eigenständiger Wohn- und Wirtschaftsstandort und als solcher ein „Zukunftsmotor“ mit wesentlichen Potentialen für die Gesamtentwicklung unseres Landes.

Als Strukturministerium mit allen wesentlichen Zuständigkeiten für die Entwicklung der ländlichen Regionen sind wir hier besonders gefordert.

Dabei muss selektives „Kästchen-Denken“ überwunden und die Umsetzung vernetzter integrativer Förderkonzepte angestrebt werden.

Ein wesentliches Fundament unserer Politik für den ländlichen Raum ist dabei die Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte.

Durch die Leitlinien „Ländliche Bodenordnung“, die die Landesregierung vor fast sechs Jahren verabschiedet hat, wurde dieses Fundament gelegt.

Mit den Leitlinien erfolgte eine weit reichende Neuausrichtung der Ländlichen Bodenordnung.

Die Bodenordnung wurde zu einem umfassenden Instrument für die Unterstützung der vielfältigen Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im ländlichen Raum weiterentwickelt.

Entscheidend hierfür war und ist die Erkenntnis, dass man bei Planungen

- ☐ für die Agrarstrukturverbesserung,
- ☐ für Naturschutz, Landschaftspflege und Wasserwirtschaft,
- ☐ aber auch bei Planungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und
- ☐ für die regionale Wirtschaftsförderung

nicht an den Grenzen einzelner Gemeinden Halt machen kann.

Meine Damen und Herren,

die Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte und integrierte ländliche Entwicklung gehören für mich untrennbar zusammen.

Sie sind der Schlüssel zum Erfolg.

Gilt es doch dabei umfassende Entwicklungsansätze in einer Region durch einen gebündelten und effizienten Einsatz aller verfügbaren Maßnahmen zu erarbeiten und - das ist das eigentlich entscheidende - umzusetzen.

Nur so können Synergieeffekte ausgenutzt und die knappen Ressourcen optimal eingesetzt werden.

Um einer Illusion vorzubeugen, bei der Bildung eines Entwicklungsschwerpunktes geht es auch nicht darum, neue Geldquellen sprudeln zu lassen.

Wir haben genügend Förderprogramme.

Ziel muss es sein, für eine Region intelligente und umsetzbare Konzepte zu entwickeln.

Maßnahmen, die bisher nur allzu oft unkoordiniert nebeneinander liefen, müssen zu einem in sich schlüssigen Gesamtkonzept zusammengefügt werden.

Dabei kommt der Nutzung des in der Region vorhandenen Potenzials entscheidende Bedeutung zu.

Die Menschen vor Ort müssen aktiv in das Geschehen eingebunden werden.

Sie kennen die Probleme einer Region am besten und können am ehesten praktikable Lösungen in diesen Prozess mit einbringen.

Lösungen von außen, die einer Region übergestülpt werden, wirken eher kontraproduktiv. Sie funktionieren allenfalls so lange, solange viel Geld fließt.

Sie sind aber nicht geeignet, eine nachhaltige und sich selbst tragende Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Gemeinsam planen, abgestimmt handeln und zügig umsetzen - das sind für mich die zentralen Worte, die für eine integrierte ländliche Entwicklung stehen.

Der Zuschnitt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bietet hier gute Voraussetzungen, um umfassende Konzepte für die regionale Entwicklung zu stellen und auch umzusetzen.

Die wichtigsten Fördermöglichkeiten für eine aktive regionale Strukturpolitik sind in meinem Haus zusammengefasst.

Für mich persönlich ist die Zukunft des ländlichen Raums von außerordentlicher Bedeutung.

Deshalb habe ich auch die landesweite Initiative „Land schafft“ ins Leben gerufen.

In diese Initiative fügt sich der Entwicklungsschwerpunkt Ulmen nahtlos ein.

Meine Damen und Herren,

worum geht es nun, wenn durch neue Initiativen und neue Ideen ein nachhaltiger Prozess zur strukturellen Weiterentwicklung der Region in Gang gesetzt werden soll?

Die Einzelheiten für die Region werden sicherlich im Vortrag von Frau Dr. Kohl angesprochen werden.



Ich will auf vier für mich wesentliche Punkte hinweisen:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ist zu verbessern.

Hier kommt der Bodenordnung eine entscheidende Rolle zu.

Durch Vergrößerung der Flurstücke, bessere Arrondierung und Wegebau müssen Rationalisierungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Angestrebt wird, die Schlaggrößen und Schlaglängen so anzuheben, dass dies zu deutlichen Kostenreduzierungen führt.

Kosteneinsparungen von bis zu 200 Mark je Hektar sind möglich.

Ein 100-ha-Betrieb kann somit künftig Jahr für Jahr bis zu 20.000 Mark sparen.

Dies ist angesichts der agrarpolitischen Rahmenbedingungen ein wesentlicher Schritt, um im immer härter werdenden Wettbewerb bestehen zu können.

Im Hinblick auf die derzeit laufende bundespolitische Debatte zur Agrarpolitik muss deutlich herausgestellt werden, dass die Bildung großer zusammenhängender Bewirtschaftungseinheiten keinen Widerspruch darstellt zu dem Ziel einer umwelt- und tiergerechten Landbewirtschaftung.

Genau das Gegenteil ist der Fall.

Größere Schläge von fünf bis zehn Hektar ermöglichen den Einsatz modernster Agrartechnik, mit der bodenschonend gearbeitet und Dünge- und Pflanzenschutzmittel bedarfsgerecht ausgebracht werden können.

Auch und gerade die Betriebe des ökologischen Landbaus benötigen eine günstige Flurverfassung, um kostengünstig produzieren zu können.

Auch die umfassende Beratung der Landwirte durch die Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten und die einzelbetriebliche Investitionsförderung will ich an dieser Stelle erwähnen.

Es gilt darüber hinaus die überbetriebliche Zusammenarbeit auszubauen und die Vermarktungswege zu verbessern.

2. Es gilt zum Zweiten die Potenziale im Fremdenverkehr und Tourismus zu erschließen.

So muß im ländlichen Raum insbesondere das vorhandene Naturraumpotenzial genutzt werden.

Dazu zählt auch die bessere Anbindung der Wanderwege an den öffentlichen Personennahverkehr oder der Ausbau des Radwegenetzes.

Der Radweg Vulkaneifel - Mosel ist für die Region beispielhaft zu nennen.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Radwegenetzes kann die Bodenordnung einen wichtigen Beitrag über den Bau von Wirtschaftswegen und die Bereitstellung von entsprechenden Flächen leisten.

3. Damit komme ich zum dritten Punkt.

Die Sicherung und Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze sind wesentliche Elemente meiner Politik für den ländlichen Raum.

Hierzu ist aus meiner Sicht eine intakte Infrastruktur entscheidend.

Gerade auch in Verbindung mit touristischen Projekten können Arbeitsplätze gesichert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen die Bemühungen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen flankieren.

4. Es gilt auch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchzuführen.

Dies ist ein Aspekt, der nicht zu kurz kommen darf - insbesondere auch dort, wo der landschaftsbezogene Tourismus eine große Rolle spielt.

Beispielhaft will ich hier nur Projekte zur Bachauenrenaturierung im Rahmen der „Aktion Blau“ oder Maßnahmen zum Aufbau eines Biotopverbundsystems nennen.

Solche Maßnahmen müssen aber in Abstimmung mit der Landwirtschaft umgesetzt werden.

Deswegen ist gerade in Verbindung mit Vorhaben zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft die Bodenordnung von großer Bedeutung.

Die Bodenordnung ist auch hier in vielen Fällen Voraussetzung, um Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zielgerichtet und im Einklang mit landwirtschaftlichen Interessen umzusetzen.

Die Einbindung von Landwirten in Agrarumweltprogramme gehört ebenfalls dazu.

Das Förderprogramm „Umweltschonende Landbewirtschaftung“ leistet in diesem Zusammenhang einen sehr wichtigen Beitrag.

Meine Damen und Herren,

Sie erkennen unschwer, eine zentrale Rolle bei der Entwicklung ländlicher Räume spielen die Kulturämter.

Sie sind die Dienstleister für den ländlichen Raum und betreuen und unterstützen die Arbeit in den Entwicklungsschwerpunkten.

Hier in Ulmen wird diese Arbeit vom Kulturamt Mayen geleistet.

Das Kulturamt ist dabei mehr als eine Behörde, die nur für das Flächenmanagement zuständig ist.

Seine Aufgabe ist es, sie bei der Lösung Ihrer vielfältigen Probleme in der Region zu unterstützen.

Basis für die Arbeit des Kulturamtes in dem Entwicklungsschwerpunkt Ulmen ist dabei



die 1998 begonnene Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung.

Sie ist die eigentliche Grundlage für die Arbeit, die hier zu leisten ist.

In Ulmen sind Sie noch einen Schritt weiter gegangen.

Sie waren sich vor Ort sehr schnell bewusst, dass die Landwirtschaft zwar einen wichtigen Schwerpunkt im ländlichen Raum bildet, aber das Ziel, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern, über rein landwirtschaftliche Aspekte hinausgeht.

Deswegen haben Sie den Vorstoß unternommen, diese eher landwirtschaftlich ausgerichtete Untersuchung um einen regionalwirtschaftlichen Teil zu ergänzen.

Bei den Problemen, die durch Konversion und durch die Gesundheitsreform in der Region entstanden sind, war dieser Schritt nur zu verständlich.

Wir haben im Ministerium diese Idee positiv aufgegriffen und einer solchen regionalwirtschaftlichen Erweiterung zugestimmt - obwohl die Fördergrundsätze, die der Bund für die AEP wesentlich mitbestimmt, hier sehr restriktiv ausgestaltet sind.

Meine Damen und Herren,

mittlerweile wird die Bildung regionaler Entwicklungsschwerpunkte nicht nur in Rheinland-Pfalz als Modell für die zukünftige Gestaltung der Förderpolitik im ländlichen Raum angesehen. Dieses Konzept hat Nachahmer in anderen Bundesländern gefunden.

Regionale Entwicklungsschwerpunkte bilden die Basis, auf der zukunftsträchtige Entwicklungskonzepte für die ländlichen Räume erstellt werden.

Dies setzt eine intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit voraus.

Ihnen, die Sie die Arbeiten an der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung begleitet haben und nun an die Umsetzung der Ergebnisse gehen, wünsche ich, dass Sie erfolgreich sind.

Ich hoffe, dass von dieser Initiative positive Impulse ausgehen zum Wohl der Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten.

Nutzen Sie diese Chance hier in Ulmen. Die Unterstützung meines Hauses und der ihm zugeordneten Dienststellen biete ich Ihnen hierfür an.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

„Agrarpolitik und Bodenordnung in Rheinland-Pfalz - Schwerpunkt: Landeskulturverwaltung“*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zu Ihrer Jahrestagung bedanke ich mich. Ich freue mich, dass Ihre Jahrestagung in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz stattfindet und heiße Sie im schönen Moseltal herzlich willkommen.

Sie haben ja gestern schon im Rahmen Ihrer Exkursion die Grenzlandschaft zwischen Trier und Luxemburg, eine der schönsten und ältesten Kulturlandschaften Europas kennen gelernt.

Mit Hilfe der Landentwicklung bemühen wir uns, diese Kulturlandschaft zu erhalten und weiter zu entwickeln. Ich freue mich ganz besonders, dass

Sie nicht nur den fachlichen Gedankenaustausch, sondern auch die kulturelle Begegnung mit dem Land Rheinland-Pfalz in den Mittelpunkt Ihrer Fachtagung gestellt haben.

Viele Beispiele der Dorferneuerung haben Sie kennen gelernt und damit gesehen, dass wir alles tun, um den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz weiter zu entwickeln.

*) Rede des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael, anlässlich Jahrestagung der Bundesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltungen am 11.09.2001 um 10.00 Uhr in Nittel.

Meine Damen und Herren,

in der Agrarpolitik stehen wir vor wichtigen Weichenstellungen:

- ❑ In den laufenden WTO-Verhandlungen werden weitere Liberalisierungsschritte diskutiert.
- ❑ Die angestrebte EU-Osterweiterung erhöht die landwirtschaftliche Fläche der EU um ca. 50 Prozent.
- ❑ Die gemeinsame Agrarpolitik soll im Rahmen einer Zwischenbewertung der Agenda 2000 bis 2003 überprüft und weiter entwickelt werden.
- ❑ Die Bundesregierung will die von ihr angestrebte Wende im Agrarbereich primär über die so genannte Modulation finanzieren. Das heißt aber, Kürzung der bisherigen Flächen- und Tierprämien. Bislang blieb sie allerdings die Antwort schuldig, wie sie die dazu erforderlichen zusätzlichen nationalen Mittel aufbringen möchte. Der Plafonds der Gemeinschaftsaufgabe soll nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes in den maßgeblichen Jahren ab 2004 sogar gesenkt werden.
- ❑ Die BSE-Krise und die Maul- und Klauenseuche in unseren Nachbarstaaten haben unsere Verbraucherinnen und Verbraucher in einer bislang unbekannten Weise verunsichert.

Meine Damen und Herren,

die vorstehenden Punkte verdeutlichen das agrarpolitische Spannungsfeld, in dem sich eine zukünftige Landesagrarpolitik bewegen muss. Viele Diskussionen in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen wurden emotional geführt; Reaktionen waren zum Teil überzogen und nicht sachgerecht.

Dennoch können wir die aktuellen Diskussionen und Entwicklungen auch als Chance nutzen, die von uns immer kritisierten Mängel der bisherigen EU-Agrarpolitik - wie eine überzogene Bürokratie oder Wettbewerbsverzerrungen - zu beseitigen.

Dazu sehe ich insbesondere folgenden Handlungsbedarf:

1. Verbraucherschutz, Produktsicherheit und gesunde Ernährung.

Die gesundheitliche Unbedenklichkeit aller Lebensmittel hat für mich oberste Priorität. Der Produktionsprozess vom Landwirt bis zur Ladentheke ein-

schließlich aller Zulieferer muss aus meiner Sicht für den Verbraucher transparenter werden.

Mit unseren weiterentwickelten bisherigen Herkunftszeichen für heimisches Rindfleisch sind wir in Rheinland-Pfalz richtungsweisend für andere Regionen und Produktionsbereiche.

Wir haben schnell gehandelt und gemeinsam mit der Landwirtschaft, der Futtermittelwirtschaft und Ernährungswirtschaft ein Prüfsiegelprogramm erarbeitet. Es ist das erste Programm dieser Art, das die BLE genehmigt hat. Über 2,1 Millionen Mark werden zur Entwicklung und Markteinführung dieses Sicherungskonzeptes bereitgestellt.

Das Konzept ist einfach, aber stringent. Das Prüfsiegelprogramm Fleisch aus Rheinland-Pfalz gibt Futtermittelherstellern, Landwirten, Schlachtern und Metzgern strenge Standards vor und unterwirft sie unabhängigen Kontrollverfahren. Neu ist dabei, dass Futtermittelhersteller vertraglich einbezogen und Futtermittelkontrollen am Trog durchgeführt werden.

Ich darf im Übrigen daran erinnern, dass wir auch mit der in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufenen Gesundheitskampagne „5 am Tag - Obst und Gemüse“ richtungsweisend sind. Die bundesweite Übernahme dieser Konzeption spricht hier für sich.

Verbraucherinformationen, Produktsicherheit und gesunde Ernährung sind für mich in der Agrarpolitik insgesamt gesehen die 3 Säulen, die eine dem Verbraucherschutz verpflichtende Agrarmarktpolitik tragen.

2. Landwirtschaft und Umwelt

Nachhaltiges und umweltverträgliches Wirtschaften erfordert aus meiner Sicht die Beachtung der natürlichen Stoffkreisläufe und eine artgerechte Tierhaltung. Die Umsetzung der guten fachlichen Praxis sind dabei für mich keine Frage der Betriebsgröße, der Rechtsformen oder einer Weltanschauung. Wir haben in Rheinland-Pfalz hier eine vergleichsweise günstige Situation.

Die Flächenbindung in der Tierhaltung ist bei uns Praxis. Dies gilt es weiter es weiter abzusichern. So unterschreitet der hiesige Viehbesatz den Durchschnitt der alten Bundesländer um etwa 40 Prozent. Selbst unser viehstärkster Kreis liegt mit ca. 1,4 GVE/LF weit unter den Vorgaben für den ökologischen Landbau.

Die Landesregierung hat durch die Förderung integriert - kontrolliert, ökologischer sowie weiterer öko-

logischer Produktionsverfahren bereits in den letzten Jahren einen erfolgsversprechenden Weg eingeschlagen. Der Stickstoffeinsatz liegt beispielsweise in Rheinland-Pfalz um rund 30 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Nichts ist aber so gut, dass wir es nicht noch besser machen können. Dazu gehört beispielsweise auch eine Information der breiten Öffentlichkeit über den spezifischen rheinland-pfälzischen Weg der Landwirtschaft.

Auch unsere Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum wird in diesem Sinne ständig überprüft und an die Anforderungen des Marktes, insbesondere die Nachfrage angepasst. So sehe ich beispielsweise im Bereich der Verarbeitung - und Vermarktung ökologischer Erzeugnisse noch Defizite, die wir mit einer entsprechenden Offensive zum Beispiel durch verbesserte Fördermöglichkeiten für ökologische und regional erzeugte Produkte verstärkt abbauen wollen.

Für mich gilt dabei, alle Marktbereiche für Qualitätserzeugnisse gleichermaßen auszuschöpfen; eine Bevorzugung einzelner Bereiche führt nicht weiter. Dabei setze ich auf Anreize und die Partnerschaft mit der Landwirtschaft und den übrigen Betroffenen. Grundsätze sind dabei vor allem:

- ☐ Die Landwirtschaft muss nach dem jeweiligen Stand der guten fachlichen Praxis flächendeckend möglich sein.
- ☐ Bei naturschutzbedingten notwendigen Auflagen muss der Vertragsnaturschutz Vorrang haben vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen.
- ☐ Für Auflagen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, sollen die Landwirte auch weiterhin einen Anspruch auf angemessenen Ausgleich haben.

3. Perspektiven für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

Im Hinblick auf die absehbaren Veränderungen der allgemeinen agrarpolitischen Rahmenbedingungen sowie im Interesse einer stärkeren Einbeziehung des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes dürfen die Marktordnungsausgaben der EU nicht länger an die einzelnen Produkte gekoppelt werden.

Die Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik sind künftig primär auf die Unterstützung der Betriebe zu konzentrieren, die flächengebundene und artgerechte Tierhaltung sowie eine natur- und umweltgerechte, nachhaltige, marktorientierte und ressourcenschonende Landwirtschaft betreiben.

Wir brauchen eine langfristige Perspektive für die Landwirtschaft, die WTO-konform ist:

- ☐ Um die Direktzahlungen der gemeinsamen Agrarpolitik von der Produktion selbst abzukoppeln trete ich in den laufenden Verhandlungen dafür ein, dass eine einheitliche Flächenprämie für Acker- und Grünlandflächen gewährt wird.
- ☐ Für Auflagen, die über die WTO-abgesicherten Standards hinausgehen oder für sonstige Nachteile sollten darüber hinausgehende Zuschläge gezahlt werden.

Meine Damen und Herren,

diese Konzeption erfordert die Stärkung der zweiten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik und der Politik für die ländlichen Räume. Mit unserer „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum (ZIL)“ haben wir hier in Rheinland-Pfalz eine ausgezeichnete Grundlage. Ich werde dieses integrierte Konzept zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums entsprechend den neuen Anforderungen mit allen Betroffenen ständig weiter entwickeln.

Neben der Erzeugung von Lebensmitteln in hoher Qualität muss es vor allem darum gehen, die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft sicherzustellen und die Attraktivität der ländlichen Räume als Wohnungs- und Erholungsraum zu verbessern.

Meine Damen und Herren,

angesichts des absehbaren Strukturwandels müssen dabei die

- ☐ einzelbetriebliche Investitionsförderung,
- ☐ die Junglandwirteförderung,
- ☐ die Verbesserung der Marktstrukturen und
- ☐ die Bodenordnung

Förderschwerpunkte bilden.

Nur mit leistungsfähigen Betrieben und gut ausgebildeten Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern können wir in Rheinland-Pfalz den Wettbewerbsdruck aus anderen Regionen bestehen.

Meine Damen und Herren,

in den kommenden 10 Jahren gilt es daher erneut, große Aufgaben der Landentwicklung und Ländlichen Bodenordnung zu bewältigen.

Vor 6 Jahren hat der Ministerrat der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz einen klar umrissenen neuen Auftrag erteilt:

- ☐ Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft unter neuen Rahmenbedingungen,
- ☐ auf die zukünftige Mechanisierung der Weinbaubetriebe ausgerichtete Unterstützung der Weinbaupolitik durch Bodenordnung,
- ☐ auf den Zielen vernetzter Biotopsysteme aufbauende Beiträge für Naturschutz und Landschaftspflege und
- ☐ Förderung der Infrastruktur und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Ich darf Ihnen dies kurz erläutern:

Die Landeskulturverwaltung von Rheinland-Pfalz soll neben ihren zentralen strukturverbessernden Aufgaben für die Landwirtschaft und den Weinbau

- ☐ das Flächenmanagement übernehmen für Naturschutz- und Landschaftspflege bei der Verwirklichung des Konzepts für ein vernetztes Biotopsystem.
- ☐ Sie soll weiterhin die Wasserwirtschaft im Rahmen der „Aktion Blau“ zur Bachauenrenaturierung wirksam unterstützen.
- ☐ Die Gemeinden erwarten vom Boden- und Flächenmanagement vielfältige Lösungen bei ihren Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben.
- ☐ Auch die Dorfentwicklung und die Einrichtung eines Ökokontos sind zu unterstützen.
- ☐ Zum Flächen- und Bodenmanagement gehört weiterhin die Neuordnung von Aufforstungsgewannen, die Bildung von Kern- und Mantelzonen der zukünftigen Weinbergsnutzung sowie die Neuordnung von Pachtflächen.

Meine Damen und Herren,

als wir uns vor einigen Jahren mit der Aufgabenkritik für Bodenordnung beschäftigten, ging es vor allem um die Inhalte, die Zeitabläufe und Kosten neu anzuordnender Bodenordnungsverfahren.

Ergebnisse waren einige Veränderungen, die ich nachfolgend skizzieren möchte.

Neue Aufgabe der Bodenordnung ist vor allem die Zweitbereinigung früher einmal bereits geordneter landwirtschaftlicher und weinbaulicher Flächen.

Hier gilt es, mit einfachsten Mitteln schnelle Ergebnisse zu erreichen und damit den Strukturwandel wirksam und kostengünstig zu unterstützen.

Da der Weinbau in Rheinland-Pfalz weiterhin einen besonderen Stellenwert hat, ist die Weinbergsflurbereinigung - zum Beispiel in der Pfalz - weiterhin in Aufbauabschnitten bis zum Jahr 2020 fest eingeplant.

Um die Entwicklung ganzer Gebiete begleiten zu können, haben wir inzwischen regionale Entwicklungsschwerpunkte gebildet.

Das Planungs- und Entwicklungsgebiet eines regionalen Entwicklungsschwerpunktes wird dabei nicht von vornherein zum Flurbereinigungsgebiet mit allen personal-, zeit- und damit kostenintensiven Konsequenzen erklärt.

Es können sich vielmehr in einem regionalen Schwerpunkt zeitlich versetzt sehr unterschiedliche Vorgehensweisen als notwendig und zweckmäßig erweisen:

- ☐ Hier ein „Miniverfahren“ zur Bachauenrenaturierung
- ☐ wo anders eine Dorfflurbereinigung
- ☐ eine einfache Zweitbereinigung
- ☐ oder ein Nutzungstausch für die Landwirtschaft, wo er eingefordert wird.

Integrierte ländliche Entwicklung, und das meine Damen und Herren steht hinter den regionalen Entwicklungsschwerpunkten, ist für mich eine erfolgsversprechende Strategie, bei der es vor allem darum geht, umfassende Entwicklungsansätze in einer Region durch gebündelten und effizienten Einsatz aller verfügbaren Fördermaßnahmen zu erarbeiten und - das ist noch wichtiger - auch umzusetzen.

Ziel dieser regionalen Entwicklungsschwerpunkte innerhalb der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik ist es, verschiedene strukturpolitische Maßnahmen zu einem schlüssigen Gesamtkonzept - zu einem Handlungsrahmen aus einem Guss - zusammenzufassen.

Hierfür ist unser Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium als das umfassende „Strukturministerium“ in besonderem Maße geeignet.

Das sich aus diesem Gesamtkonzept ergebende Maßnahmenpaket muss in sachlicher, zeitlicher und finanzieller Hinsicht aufeinander abgestimmt werden.

In der Regel geben wir heute, nachdem sich in den Entwicklungsschwerpunkten die runden Tische für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes ausgesprochen haben, eine **Kundenbefragung**, die sogenannte großräumige agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, in Auftrag.

Diese Kundenbefragung ist Fundament einer integrierten Entwicklung.

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung regionaler Entwicklungsschwerpunkte kommt es mir nämlich darauf an, dass alle damit zusammenhängenden Überlegungen auf breiter Basis von allen Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet und alle lokalen Kräfte genutzt werden.

Meine Damen und Herren,

es hat sich gezeigt, dass derartige Prozesse durch einen Moderator gesteuert und begleitet werden müssen. Natürlich kommt diese Moderation originär den Landkreisen und Kommunen als Träger der Planungshoheit zu. Für die Kulturämter spricht, dass sie aus ihrem Planungs- und Ordnungsgeschäft einen großen Erfahrungsschatz in der Bewältigung von Nutzungskonflikten mitbringen und sich dem Konsens mit den Beteiligten in hohem Maße verpflichtet fühlen. In besonders schwierigen Fällen haben wir Fremdmoderatoren eingesetzt.

Meine Damen und Herren,

einen entscheidenden Punkt für die Akzeptanz der Ländlichen Bodenordnung durch die Bewirtschafter und Grundstückseigentümer, aber auch die Kommunen und andere Stellen, ist die Laufzeit der Verfahren. Eine besondere Herausforderung war es, mit minimalem Aufwand für eine Zweitbodenordnung akzeptable Lösungen zu erreichen. Vereinfachte Flurbereinigungsverfahren stellen eine Möglichkeit zur Beschleunigung dar, auf die in Rheinland-Pfalz neben den beschleunigten Zusammenlegungsverfahren in rd. 80 Prozent aller Fälle in den vergangenen 5 Jahren zurückgegriffen wurde.

Ich weiß, dass man es bundesweit nicht gerne hört:

Die Laufzeiten der Verfahren in Rheinland-Pfalz betragen heute von der Anordnung bis zum Besitz-

übergang nur noch etwa 2 bis 3 Jahre, das ist ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Meine Damen und Herren,

die drastische Mittelreduzierung in der Gemeinschaftsaufgabe in den letzten Jahren war für uns ein Anlass, kostenaufwendige Verfahren nur noch in Einzelfällen zuzulassen und nach allen Möglichkeiten einer Kostenreduzierung zu suchen. Ein Beispiel sind die beschleunigten Zusammenlegungsverfahren, die wir derzeit mit etwa 1200 Mark Ausführungskosten pro Hektar finanzieren.

Allerdings wird dies nicht überall durchzuhalten sein, da im Hinblick auf die zukünftige Maschinenausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe - denken Sie an die deutliche Zunahme der Achslast moderner Fahrzeuge - große Teile des vorhandenen Wirtschaftswegenetzes erneuert und mit guter Befestigung ausgebaut werden müssen.

Meine Damen und Herren,

Kundenorientierung bleibt auch bei der Bearbeitung der zentrale Ansatz für die Neuorientierung der Ländlichen Bodenordnung in Rheinland-Pfalz.

„Weg vom Obrigkeitsdenken, hin zum Dienstleistungsangebot“, könnte ein Slogan lauten, der in den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz seine Wurzeln hat und der noch vertieft umgesetzt werden muss:

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Vor Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens in Rheinland-Pfalz wird heute von einigen Kulturämtern ein Vorprojekt bearbeitet. Unter Einsatz moderner Technik werden die Teilnehmer des Verfahrens in den Planungsprozess einbezogen. Sie können bei der Neugestaltung der Flurbereinigungswege mit am Tisch sitzen und selbst ihren Wege- und Gewässerplan mitgestalten.

Meine Damen und Herren,

alle diese Dienstleistungen, so zukunftsgerichtet sie sein mögen, stellen kein Ruhekitzen dar; sie bedürfen ständig der Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen. Wir haben daher eine neue Initiative für das Boden- und Flächenmanagement in Rheinland-Pfalz mit dem „Freiwilligen Nutzungstausch“ gestartet; ein Konzept, das der PLANAK ab 2002 auch in der GAK umsetzen will. Diese Initiative geht von der Überlegung aus, bei

abnehmenden Betriebszahlen und entschärfter Nutzungskonkurrenz größere Schläge durch Nutzungsvereinbarungen zu schaffen, die die Eigentumsgrenzen unverändert lassen.

Rechtsgrundlage ist das Pachtrecht, wie es vor allem im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgegeben ist. Allerdings haben wir die Rechtsgrundlage in einer vertraglich abgewandelten Form entwickelt, die in der Regel die Unterverpachtung zulässt.

Dieser Nutzungstausch soll ergänzend zu den Angeboten des Flurbereinigungsgesetzes auf rein privatrechtlicher Ebene entweder über einen Generalpächter oder durch direkte Nutzungsabsprache eine Vereinbarung über größere zusammenhängende Wirtschaftsflächen ermöglichen. Grundprinzip dieser neuen Initiative „Nutzungstausch“ ist die Freiwilligkeit. Ergebnisse sind ohne ein Einvernehmen zwischen den Beteiligten nicht zu erzielen.

Es geht darum, langfristige Pachtverträge abzuschließen, die die Gemarkungen zwischen den Betrieben aufteilen und den Verpächtern einen dauerhaften Pachterlös garantieren. Die Verpächter erhalten für ihr Mitwirken einen finanziellen Anreiz. Basis für den Nutzungstausch ist ein mit den betroffenen Bewirtschaftern gemeinsam erarbeitetes und abgestimmtes Bewirtschaftungskonzept, das für die Betriebe die zentrale Entwicklungsgrundlage darstellt.

Auch in diesem Nutzungstauschverfahren wird die Natur nicht zu kurz kommen. Es gibt genügend

Möglichkeiten für eine Bereicherung der Landschaft auf Pachtbasis, die wir in unserem Programm FUL immer wieder erprobt haben.

Auch der Ausbau von Wirtschaftswegen wird durch die Kombination mit der Förderung des „Wirtschaftswegebau“ außerhalb der Flurbereinigung möglich sein. Wir werden alles daran setzen, dass der Wirtschaftswegebau aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz nicht gestrichen wird, denn sowohl im Verbund mit dem Nutzungstausch als auch bei einfachen Zweitbodenordnungsverfahren ist er aufgrund des abgängigen Wegenetzes der sechziger Jahre in Rheinland-Pfalz in Zukunft existenziell notwendig.

Meine Damen und Herren,

mit der neuen Initiative Nutzungstausch wird deutlich, dass es einen Stillstand bei der Nutzung und Ordnung von Grund und Boden nicht geben wird. Es wird auch weiterhin Ideenreichtum gefragt sein, um einerseits auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes und andererseits auf der Grundlage des bürgerlichen Rechts die Flächen für die Eigentümer und für die Gesellschaft so zu gestalten, dass die ländlichen Räume dauerhaft erhalten und weiterentwickelt werden können.

Ich wünsche Ihrer Veranstaltung daher gute Beratungen sowie neue Ideen und Initiativen für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes.

Einsatz der Instrumente nach dem Flurbereinigungsgesetz aus der Sicht des Bundes*)

Regierungsdirektor Dr. Raffael Knauber, Bonn

1. Einleitung

Betrachten wir die derzeitigen Diskussionen um die Neuausrichtung der Agrarpolitik ist festzustellen:

„Alles ist im Fluss“. Dies gilt auch für die Flurbereinigung.

Gewissermaßen zum Einstieg in die Sicht des Bundes zum künftigen Einsatz der Instrumente nach dem Flurbereinigungsgesetz ist hierzu ein Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Verbands der Teilnehmergemeinschaften Baden-Württem-

berg und der Bundesministerin Künast aufschlussreich:

In seinem Schreiben vom Mai diesen Jahres bittet der Verbandsvorsitzende zur erfolgreichen Bewältigung der Aufgaben der Flurneuordnung die Bundesministerin um ihre Unterstützung, dass

*) Vortrag bei der Bundestagung der Bundesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltungen in Nittel

- ❑ die Flurneuordnung mit ihrer strategischen Bedeutung für den ländlichen Raum auch künftig einen wichtigen Eckpunkt ihrer Agrarpolitik darstellt und
- ❑ die föderale Förderung der Flurneuordnung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe als unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung des ländlichen Raums erhalten bleibt.

In ihrem Antwortschreiben weist die Bundesministerin zunächst darauf hin, dass im Mittelpunkt der von ihr eingeleiteten Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen steht.

Um dies zu erreichen

- ❑ wird die Nachhaltigkeit in der Agrarpolitik ein größeres Gewicht bekommen,
- ❑ sollen geeignete Rahmenbedingungen für eine nachhaltige standortgerechte Landwirtschaft und ländliche Entwicklung geschaffen werden,
- ❑ sollen u. a. die regionalen Produktions- und Verbrauchskreisläufe wieder gestärkt werden.

Die Bundesministerin betont, dass mit dieser Hinwendung zu mehr Regionalität untrennbar die Notwendigkeit einer integrierten, nachhaltigen ländlichen Entwicklung verknüpft ist. Deshalb sind ökologisch intakte, wirtschaftlich und sozial funktionsfähige sowie attraktive ländliche Räume wichtige Ziele der Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik.

Durch eine solchermaßen ausgerichtete Politik zur Entwicklung ländlicher Räume soll die Agrarwende flankiert und ergänzt werden.

Zur künftigen Positionierung der Instrumente der Flurbereinigung bei der eigenständigen Entwicklung der ländlichen Räume heißt es dann in dem Antwortschreiben wie folgt: „Mit den Ländern wird zur Zeit diskutiert, wie weit das Instrumentarium der Flurbereinigung zur Umsetzung dieser Politik beitragen kann. Hierbei geht es insbesondere auch darum, wie die Fördermaßnahmen im Bereich der Flurbereinigung stärker noch als bisher auf die Zielsetzung einer nachhaltigen, integrierten ländlichen Entwicklung ausgerichtet werden können.“

Gleichsam als erstes Zwischenresümee ist an dieser Stelle folgendes festzustellen: Trotz des mit den „Leitlinien Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ auch dem Instrumen-

tarium der Flurbereinigung gegebenen neuen Orientierungsrahmens zur Landentwicklung ist deren künftiger Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Räume noch keinesfalls in dem Sinne abschließend geklärt, dass die Flurbereinigung auch künftig eine sakrosante Größe im Landentwicklungsprozess darstellt.

In diesem Zusammenhang weise ich auch nur auf ein gemeinsames Papier der Umweltverbände NABU, WWF, BUND und EURONATUR mit dem Titel „Schritte zur Agrarwende - Reform der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ vom Mai dieses Jahres hin, in dem es heißt: „Um den Umbau der GAK sicherzustellen und finanzieren zu können, bedarf es schließlich der Streichung von für den Umwelt- und Naturschutz kontraproduktiven Fördermaßnahmen wie Flurbereinigungsverfahren und dem ländlichen und forstlichen Wegebau“.

2. Die Neuausrichtung der Agrarpolitik

Bevor ich vor diesem Hintergrund näher auf eine mögliche künftige Positionsbeschreibung der Flurbereinigungsinstrumente eingehe, erscheint es mir erforderlich, zunächst kurz einige Worte zur Neuausrichtung der Agrarpolitik, in deren Gesamtkontext die Flurbereinigung steht, zu sagen: Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass es zur Sicherung der vielfältigen Funktionen ländlicher Räume erforderlich ist, eine integrierte nachhaltige Landnutzung zu erreichen, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Auf europäischer Ebene steht hierfür die im März 1999 von den Staats- und Regierungschefs beschlossene Agenda 2000.

Die in der Agenda 2000 festgelegte Neuausrichtung der EU-, Agrar- und Strukturpolitik führte zur Schaffung der sogenannten „zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik“ als einem auf Ganzheitlichkeit ausgelegten Förderinstrument zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes. Mit diesem Förderinstrument ermöglicht es die EU den Mitgliedstaaten, im Rahmen einer umfassenden, integrierten Strategie eigene Programme entsprechend den jeweiligen regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen zu entwickeln.

Eine wichtige Rolle zur Entwicklung der ländlichen Räume spielen in diesem Zusammenhang neben den Agrarumweltmaßnahmen insbesondere die Maßnahmen des Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes. Hierunter fallen u.a. Maßnahmen der Flurbereinigung und der Dorferneuerung

und -entwicklung. Zur Zeit entfallen jedoch nur knapp 10 % der für den Förderzeitraum 2000-2006 vorgesehenen Finanzmittel auf die „zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.

Die Bundesregierung setzt sich jedoch dafür ein, die Mittel der „zweiten Säule“, also der Maßnahmen für die ländliche Entwicklung zu verstärken. Im Rahmen der ländlichen Entwicklung wird eine Landnutzung angestrebt, die im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips der Agenda 21 ökonomische, ökologische und soziale Anforderungen in Übereinstimmung bringt.

Dies ist dann der Fall, wenn sie

- a) flächendeckend umweltverträglich ist und die besonderen regionalen und lokalen Anforderungen des Naturschutzes berücksichtigt,
- b) auf Dauer leistungs- und wettbewerbsfähig ist und
- c) der agrarstrukturell bedingten Vielfalt Rechnung trägt.

Eine solcherart integrierte Landnutzung setzt indes voraus, dass alle betroffenen Politikbereiche, aber auch staatliche und nicht-staatliche Akteure zusammenwirken.

An diesem Leitbild einer integrierten nachhaltigen Landnutzung orientiert sich auch die von der Bundesregierung eingeleitete Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik. Durch einen stärkeren Standort-, Raum- und Umweltbezug versucht die Politik insgesamt dazu beizutragen, dass ländliche Räume als Wirtschaftsstandort gestärkt und als Erholungs- und Lebensraum stabilisiert werden.

Eine zukunftsorientierte, nachhaltige Politik für die ländlichen Räume muss dabei das gesamte Aufgabenspektrum einer „multifunktionalen“ Landwirtschaft für die Gesellschaft im Auge halten.

Wir alle erwarten heute von unseren Landwirten nicht nur ausreichend, sondern auch qualitativ hochwertige, sichere und gesunde Nahrungsmittel. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die die natürlichen Ressourcen erhält, eine artgerechte Tierhaltung sicherstellt und die Pflege und den Erhalt unserer Kulturlandschaft garantiert.

Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings folgendes: Die Existenz und das Einkommen von Unternehmen hängen auch in der Landwirtschaft im Wesentlichen von ihrer Wettbewerbsfähigkeit ab. Daher

bleibt es ein übergeordnetes Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu stärken. Zukunftsträchtige Betriebe brauchen eine solide wirtschaftliche Basis, um im immer härter werdenden Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

Vor diesem Hintergrund wird künftig alternativen und zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich - etwa Leistungen im Naturschutz und der Landschaftspflege, in der Forstwirtschaft sowie dem sanften Tourismus - eine besondere Bedeutung zukommen. Im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft sollen Dienstleistungen dieser Art zu zukunftsfähigen Betriebszweigen und zusätzlichen Einkommensquellen für die landwirtschaftlichen Unternehmen ausgestaltet und zu Gunsten einer integrierten und sektorübergreifenden Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert werden. So wird z. B. im Hinblick auf die Pflege der Kulturlandschaft den Agrarumweltmaßnahmen künftig noch eine wesentlich größere Bedeutung als wichtiger Beitrag zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen zukommen.

Zur Umsetzung der Agrarwende sind inzwischen bereits wichtige Maßnahmen ergriffen worden:

Am 9. Juli 2001 haben sich die Agrarminister von Bund und Länder mehrheitlich darüber verständigt, unter Beachtung des in der Agenda 2000 beschlossenen Finanzrahmens im Rahmen der Modulation eine Umschichtung der EU-Finanzmittel von der ersten in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik vorzunehmen.

Damit soll das Ziel verfolgt werden, Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und besonders umweltgerechte Produktionsverfahren stärker zu fördern. In Deutschland soll die Modulation im Jahre 2003 auf der Basis der geltenden Horizontalen Verordnung mit einem Kürzungssatz von 2 % und einem Freibetrag von 20.000 DM eingeführt werden.

Auf der nächsten PLANAK-Sitzung im Herbst wird im einzelnen darüber beraten werden, welche Maßnahmen modulationsfähig sind. Vorgesehen ist, im Frühsommer des nächsten Jahres das endgültige Modulationspaket zu verabschieden.

Mit den Beschlüssen des PLANAK vom 29. Juni 2001 ist zudem die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ stärker als bisher an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichtet worden.

Im Mittelpunkt stehen dabei folgende Änderungen und Verbesserungen:

- ☐ Die Investitionsförderung wird stärker an eine artgerechte und flächegebundene Tierhaltung geknüpft;
- ☐ zudem wird die Förderung neuer Einkommenskombinationen verbessert;
- ☐ nachhaltige, standortangepasste Wirtschaftsweisen werden zusätzlich honoriert;
- ☐ in der Verarbeitungs- und Vermarktungsförderung werden die Konditionen für ökologisch oder regional erzeugte Produkte deutlich verbessert;
- ☐ die Prämien für die Umstellung und Beibehaltung des ökologischen Anbaus werden deutlich erhöht.

3. Stellenwert der Instrumente der Flurbereinigung

Mit Recht werden Sie nun fragen, wie in diesen Gesamtkontext künftig aus Sicht des Bundes die Instrumente der Flurbereinigung einzuordnen sind. Hierzu möchte ich zunächst aus 2 Papieren zitieren, die auf der Gemeinsamen Agrarminister- und Umweltministerkonferenz am 13. Juni 2001 in Potsdam verabschiedet worden sind. Für uns von Interesse ist hier zunächst der Bericht „Umweltrelevante Veränderungen in der Landwirtschaft“. Unter dem Kapitel „Agrarstrukturelle Veränderungen, Bestandsaufnahme, Flurbereinigung und Schlaggrößen“ heißt es dort:

„Insbesondere in Realteilungsgebieten ist die Anpassung der Flurverfassung an die Erfordernisse der mechanisierten Landbewirtschaftung **auch zukünftig** eine vordringliche Aufgabe, um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern. Dabei soll die Flurbereinigung als Instrument der Ländlichen Bodenordnung eingesetzt werden. Sie ermöglicht, das Ziel der Agrarstrukturverbesserung mit der Aufgabe zu verbinden, die Funktionalität des Naturhaushaltes zu erhalten bzw. wieder herzustellen und die Landschaftsstruktur zu bewahren bzw. zu bereichern.“

Mit dieser Aussage wird anerkannt, dass mit dem Instrumentarium der Flurbereinigung gerade in Gebieten mit ungünstiger Flurverfassung ein Beitrag zu einer nachhaltigen, integrierten ländlichen Entwicklung geleistet werden kann. Entsprechend dem Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft muss es bei dem Einsatz der Instrumente vorrangig darum gehen, die sektoralen Belange der Landwirtschaft (Wettbewerbsfähigkeit) mit weiteren wichtigen Zielen der ländlichen Entwicklung, wie der Er-

haltung und Weiterentwicklung des Naturhaushalts zu verbinden.

An späterer Stelle des Berichts „Umweltrelevante Veränderungen in der Landwirtschaft“ (vgl. Ziffer 2.2.2) wird ausdrücklich das Einsatzpotential der Instrumente der Flurbereinigung zu Gunsten des Natur- und Umweltschutzes hervorgehoben.

Herausgestellt wird, dass die Flurbereinigung über die Optimierung der Nahrungsmittelproduktion hinaus Maßnahmen der Landschaftspflege zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von natürlichen Strukturelementen und Biotopen einschließt, bis hin zu lokaler Umsetzung von Pflegekonzepten.

Den zuletzt genannten Maßnahmen wird dabei künftig ein deutlich höheres Gewicht zukommen.

So heißt es in dem Bericht weiter: „Die Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes neben einer nachhaltig leistungsfähigen Landwirtschaft ist integraler Bestandteil für die agrarstrukturelle Förderung der Landwirtschaft als flächenmäßig größte Eigentümerin und Nutzerin.“

Für die Frage „Wohin die Reise geht?“ sind darüber hinaus die von den Agrar- und Umweltministern verabschiedeten „Eckpunkte für eine zukunftsfähige Agrar- und Verbraucherpolitik“ aufschlussreich.

Unter dem Kapitel „3. Perspektiven für die Landwirtschaft - Nahrungs- und Rohstoffproduzent sowie Dienstleister im ländlichen Raum“ heißt es dort: „Regionale Landentwicklung, Flurneuordnung und Dorferneuerung sind zur Unterstützung der Ziele der Agenda 21 weiter zu entwickeln. Dazu müssen die Schwerpunkte der Aufgabenstellung des Flurbereinigungsgesetzes neu bewertet werden.“

Vor dem Hintergrund der geschilderten Neuausrichtung der Agrarpolitik und im Lichte der vorstehenden Zitate aus Papieren der Gemeinsamen Agrar- und Umweltministerkonferenz zeichnet sich folgende Entwicklung des Einsatzes der Instrumente der Flurbereinigung ab:

Ausgehend davon, dass die Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz potentielle Konfliktbereiche und Möglichkeiten im Hinblick auf die integrierte ländliche Entwicklung sowie das Boden- und Flächenmanagement berücksichtigen, wird sich der Schwerpunkt des Einsatzes der Flurbereinigungsinstrumente künftig auf die Aufgabenstellungen konzentrieren, bei denen ökologische Aspekte eine wichtige Rolle spielen.

Insbesondere folgende 3 Zielsetzungen werden dabei verstärkt in den Vordergrund treten:

- ☐ Die Verwirklichung des Biotopverbundsystems auf mindestens 10 % der Landesfläche,
- ☐ die Vermeidung und Auflösung von Flächennutzungskonflikten zwischen dem Naturschutz und der Landwirtschaft und
- ☐ die Unterstützung des Naturschutzes beispielsweise bei der Bereitstellung von Ausgleichsflächen bei Eingriffen in Natur und Landschaft durch flächenbeanspruchende Baumaßnahmen.

Vor dem letzten PLANAK hat BMVEL zusammen mit den Ländern versucht, auch die Grundsätze für die Förderung der Flurbereinigung und des ländlichen Wegebbaus in der GAK auf einen stärker integrierten Ansatz hin zu orientieren. So sollte an verschiedenen Stellen die Bedeutung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen der Flurbereinigungsförderung verstärkt werden. Die stärkere Ausrichtung der Fördermaßnahmen an den Zielen einer integrierten ländlichen Entwicklung ist jedoch am Widerstand des BMF gescheitert, der die stärkere Betonung eines integrierten ländlichen Entwicklungsansatzes nicht mehr als vom Agrarstrukturbegriff des GAK-Gesetzes abgedeckt angesehen hat.

Im Hinblick auf die geforderte Neubewertung der Aufgabenstellung der Flurbereinigung besteht damit ein gewisses Dilemma: Auf der einen Seite wird der Einsatz der Instrumente der Flurbereinigung zur integrierten ländlichen Entwicklung gerade auch im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege für erforderlich gehalten; auf der anderen Seite gelingt es nicht, die maßgeblichen Förderungsgrundsätze entsprechend neu auszurichten. Zur Beruhigung mag vielleicht die Erkenntnis beitragen, dass die vorgesehenen Änderungen des Förderungsgrundsatzes keine materiellen Änderungen bedeutet hätten, sondern sie lediglich klarstellende Funktionen erfüllen sollten. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass Instrumente sehr schnell Gefahr laufen ausgemustert zu werden, wenn sie nicht auch nach außen hin politisch en vogue sind.

Im Hinblick auf den künftigen Einsatz der Instrumente der Flurbereinigung muss es deshalb meines Erachtens verstärkt darum gehen, sozusagen den Nachweis dafür zu erbringen, dass die Flurbereinigung mit einem wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Neuausrichtung der Agrarpolitik leisten kann.

Folgende Aspekte sind hierbei von Bedeutung: Mit ihrem breiten Spektrum an Verfahrensarten kann die Flurbereinigung mit dazu beitragen, dass auch auf eine umwelt- und naturverträgliche Produktionsweise ausgerichtete Landwirtschaft leistungs- und wettbewerbsfähig ist.

In diesem Zusammenhang ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass es im Rahmen des letzten PLANAK gelungen ist, den Freiwilligen Nutzungstausch als Weiterentwicklung des bisher unter Ziffer 4.2.3 des Freiwilligen Landtauschs lediglich genannten, aber nicht näher geregelten Tauschs von Pachtland in die Grundsätze für die Förderung der Flurbereinigung aufzunehmen.

Der Freiwillige Nutzungstausch ergänzt die etablierten Instrumente der Flurbereinigung; er macht sie nicht überflüssig. Da mit dem Nutzungstausch eine standortgerechte Landbewirtschaftung aufrechterhalten werden soll, stärkt er Elemente des Vertragsnaturschutzes und des Kulturlandschaftsschutzes in der Gemeinschaftsaufgabe. Die Erweiterung des Instrumentariums der Flurbereinigung um den Freiwilligen Nutzungstausch trägt insgesamt auch zu einem effizienteren Einsatz der Fördermittel bei: Flurbereinigungsverfahren können künftig stärker noch als bisher auf die Aufgabenstellungen konzentriert werden, bei denen zur Zweckerreichung eine Veränderung der bestehenden Eigentumsverhältnisse zwingend erforderlich ist. Dies wird z. B. regelmäßig dann der Fall sein, wenn es um die Auflösung von Interessenkonflikten zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen geht. Dass die Flurbereinigung dabei in hohem Maße dazu geeignet ist, die Nachhaltigkeitsgedanken der Agenda 21 umzusetzen, ist in Zirkeln wie diesen hier hinreichend bekannt.

Erforderlich ist es jedoch, alle im ländlichen Raum maßgeblichen Akteure in weitaus stärkerem Maße hiervon zu überzeugen und sie auch soweit wie möglich in die Verfahren einzubinden. Um nach wie vor bestehende Vorbehalte gerade auf Seiten des Naturschutzes auszuräumen, bedarf es hierzu der Aufnahme eines intensiven Dialogs zwischen den Vertretern der Flurbereinigung und des Naturschutzes auf allen Ebenen.

Das Plenum der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft ArgeLandentwicklung hat gerade erst vor wenigen Tagen in diesem Sinne grünes Licht dafür gegeben, dass sich BMVEL zusammen mit den Ländern um die Aufnahme eines solchen Dialogs bemühen soll. Angedacht ist hier z. B. die Durchführung eines gemeinsamen Workshops im Frühjahr des nächsten Jahres unter Beteiligung von Vertretern der Flurbereinigung und des Naturschutzes.

Alle Themen, die dabei auf den Nägeln brennen, sollen offen diskutiert werden.

4. Fazit

Wenn ich zu Beginn meiner Ausführungen vielleicht noch etwas vorsichtig formuliert habe „alles ist im Fluss“, so bin ich am Ende meiner Reflektionen über den künftigen Einsatz der Instrumente der Flurbereinigung durchaus geneigt zu sagen, dass sich die Flurbereinigung am Beginn (vielleicht auch schon mittendrin) eines gravierenden Bedeutungswandels befindet. Der bereits mit den Leitlinien eingeleitete Trend hin zu effizienten, schnellen und kostengünstigen Verfahren wird noch überlagert durch eine inhaltliche Verschiebung der Schwerpunkte der Aufgabenstellung der Flurbereinigung.

Trotz aller Beschwörungen des Ziels, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu stärken, werden sich die Gewichte bei der Aufgabenwahrnehmung immer stärker hin zur Umsetzung ökologischer Zielsetzungen und auch zur nachhaltigen integrierten Entwicklung des ländlichen Raums insgesamt verschieben. Es steht außer Frage, dass mit den Instrumenten der Flurbereinigung zur Erreichung dieser Ziele Wesentliches beigetragen werden kann. Nicht zu verkennen ist jedoch auch, dass mit zunehmender Überlagerung der privatnützigen Interessen der Teilnehmer an Flurbereinigungsverfahren mit (zumindest auch) fremdnützigen Interessen der Allgemeinheit die Grenzen der zulässigen Anordnung von Flurbereinigungsverfahren näher rücken. Der Grundsatz der Privatnützigkeit der Flurbereinigung wird vor diesem Hintergrund häufig nur noch mit Klimmzügen und mit Mühe zu begründen sein.

Insgesamt bleibt abzuwarten, ob bei der Neubewertung der Schwerpunkte der Aufgabenstellung der Flurbereinigung im Sinne einer stärkeren Ökologisierung die Flurbereinigung gestärkt „aus dem Rennen gehen wird“. Neben dem bereits Ausgeführten sind weitere Zweifel hieran erlaubt: Die stärkere Gewichtung z.B. ökologischer Zielsetzungen bei der Flurbereinigung wird zwangsläufig zu einer Konzentration des Einsatzes der Instrumente führen. Hiermit einhergehen wird ebenfalls eine verstärkte Konzentration der Förderung der Flurbereinigung. Schließlich und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen ist auch die Frage der künftigen Akzeptanz einer dergestalt gewichteten Flurbereinigung bei den Grundstückseigentümern und Pächtern.

Trotz der aufgeworfenen kritischen Fragen bin ich mir sicher, dass die Flurbereinigung auch in abseh-

barer Zukunft einen wichtigen Stellenwert bei der nachhaltigen, integrierten Entwicklung der ländlichen Räume, wenn auch anders als bisher, haben wird.

Für die Weiterentwicklung der Flurbereinigung wie auch sonstiger Instrumente der Gemeinschaftsaufgabe wird in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sein, welche Ergebnisse das BMVEL-Modellvorhaben „REGIONEN Aktiv - Land gestaltet Zukunft“ hervorbringen wird.

Ziel dieses Modellvorhabens ist es, in bundesweit etwa 10 bis 15 Modellregionen die Kernelemente der Verbraucherschutz- und Agrarpolitik der Bundesregierung im Rahmen einer integrierten Politik für ländliche Räume modellhaft umzusetzen und zu demonstrieren. Klein- und Mittelstädte sollen Keimzelle der regionalen Entwicklungen werden. Ganze Regionen sollen sowohl konventionell als auch ökologisch vordenken. Kurzfristig sollen daraus Erfahrungen für die Weiterentwicklung der bestehenden Förderinstrumente, etwa auch zur Einführung der Modulation gesammelt werden.

Langfristig ist das Vorhaben auch vor dem Hintergrund von WTO und Osterweiterung der EU zu sehen. Hierbei wird die Markt- und Preispolitik sowie die Regionalpolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds auf dem Prüfstand stehen. Die Modellregionen sollen deshalb auch dazu genutzt werden, Konzepte, Ideen und Szenarien für die Zeit nach 2006 zu entwickeln.

Abzuwarten bleibt, ob überhaupt und wenn ja, in welchen Modellregionen deutlich wird, dass auch die Instrumente der Flurbereinigung einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Landentwicklung liefern können.

Entscheidend wird es in diesem Zusammenhang auch darauf ankommen, wie die Instrumente der Flurbereinigung beispielsweise zusammenwirken mit den im Modellvorhabenraum maßgeblichen formellen und informellen Planungen.

Gestern hat Bundesministerin Künast in Berlin den Startschuss für den Wettbewerb gegeben. Die Entscheidung über die Auswahl der Regionen soll durch eine unabhängige Jury getroffen werden.

Moderner Ackerbau im Spannungsfeld von Umwelt- und Naturschutz*)

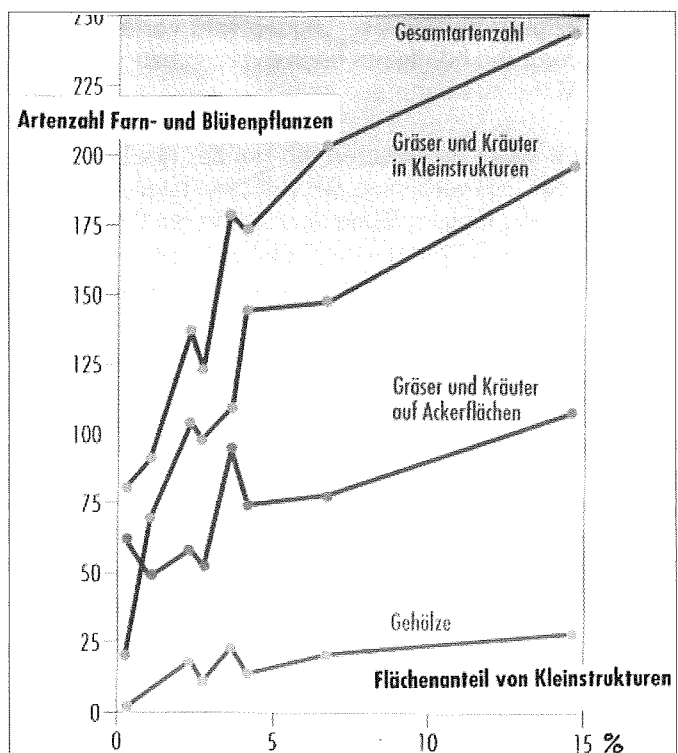
Prof. Dr. H. Braun, Bingen



Abb. 1: Landschaftsausschnitt (Aufnahme Sperber)

Eine schöne Landschaft (Abb. 1)! Das Bild wurde mir von meinem Kollegen Prof. Dr. Sperber (einen Ökologen) zur Verfügung gestellt. Eine solche Agrarlandschaft ist aber nicht nur dem Auge wohlgefällig, sie ist auch ökologisch wertvoll; was zu beweisen ist! Eine Untersuchung von KRETSCHMER und HOFFMANN (1997) zeigt nämlich (Abb. 2), dass die floristische Vielfalt - man möchte geradezu sagen - linear zum Anteil an Kleinstrukturen in der Agrarlandschaft ansteigt.

Abb. 2: Beziehungen zwischen Flächenanteil von Kleinstrukturen in Ackerbaugebieten Brandenburgs und Thüringens sowie der Artenzahl bei Farn- und Blütenpflanzen (nach KRETSCHMER u. HOFFMANN; 1997)



*) Vortrag gehalten am 21. Juni 2001 auf der Fachtagung „Landwirtschaft und Hochschule im Dialog“

Vor diesem Hintergrund verwundert es denn auch nicht, dass sich auch der faunistische Artenreichtum analog dazu verhält (Abb. 3). Erstaunlicherweise steigt die Artenzahl bei den verschiedenen Tiergruppen sogar noch erheblich an, wenn der Klein-

strukturanteil in der Agrarlandschaft den Anteil von 10 % übersteigt. Man beachte hierbei auch die zunehmende Vielfalt bei der Gruppe der Laufkäfer - der der wichtigen Nützlinge also.

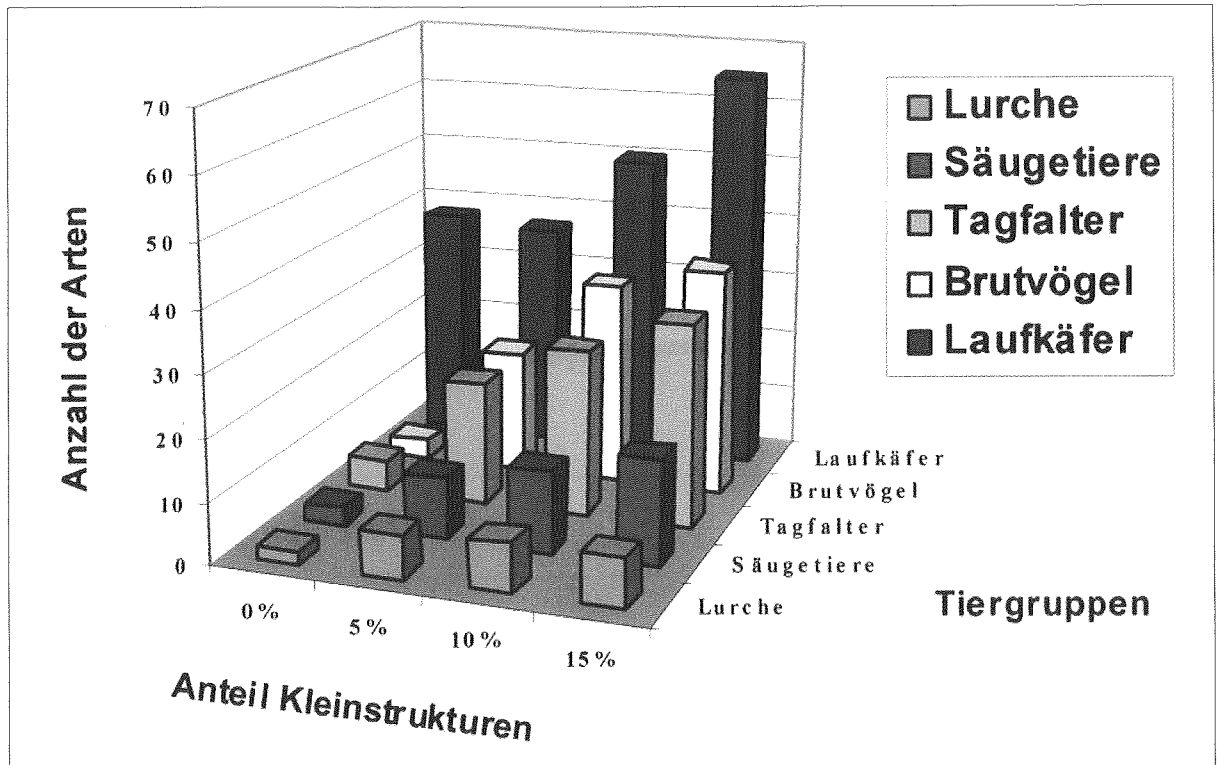


Abb. 3: Artenzahl in Abhängigkeit von Kleinstrukturen in Agrarlandschaften (gerundet nach Daten von KRETSCHMER et al., 1995)

Eine kartographische Auswertung der deutschen Agrarlandschaften belegt - was auf der Hand liegt (Abb. 4) -, dass in den Regionen, in denen große Felder das Landschaftsbild prägen, anteilmäßig wenig Kleinstrukturen anzutreffen sind und umgekehrt. Demnach ist also nur in Gebieten mit überwiegend kleinen Feldern eine vielgliedrige Flora und Fauna beheimatet.

Daraus aber folgt, will man die Agrarlandschaften stärker ökologisieren und die Feldfluren wieder durch Bandstrukturen auflockern, muss man hierfür Ackerland hergeben. Dieses ist kein freies Gut, woraus zwangsläufig eine erhöhte Kostenbelastung bei der verbleibenden Produktionsfläche folgt.

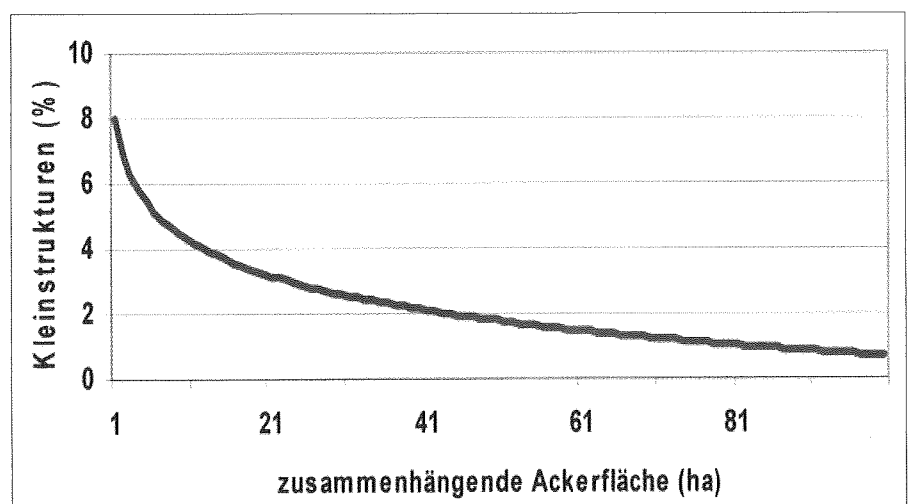


Abb. 4: Zusammenhang zwischen Schlaggröße und Anteil an Saumstrukturen (nach AKTIS-Daten, mitgeteilt durch KÜHNE et al., 2001)

Doch damit nicht genug, folgt man den Ausführungen meines Kollegen Janinhoff (Abb. 5), so sinkt der Arbeitsbedarf/ha selbst noch im Vergleich zwischen 10 und 20 ha Schlägen um rund 1 Stunde, was eine Gesamtersparnis von 50 DM/ha und mehr bedeutet.

Fazit: Kleinteilige Felder und nach ökologischen Prinzipien strukturierte Agrarlandschaften sind kostenbelastend für die Pflanzenproduktion.

Folgerichtig muss aus Sicht der Landwirtschaft die Frage nach dem Nutzen von Kleinstrukturen in den Feldfluren erlaubt sein.

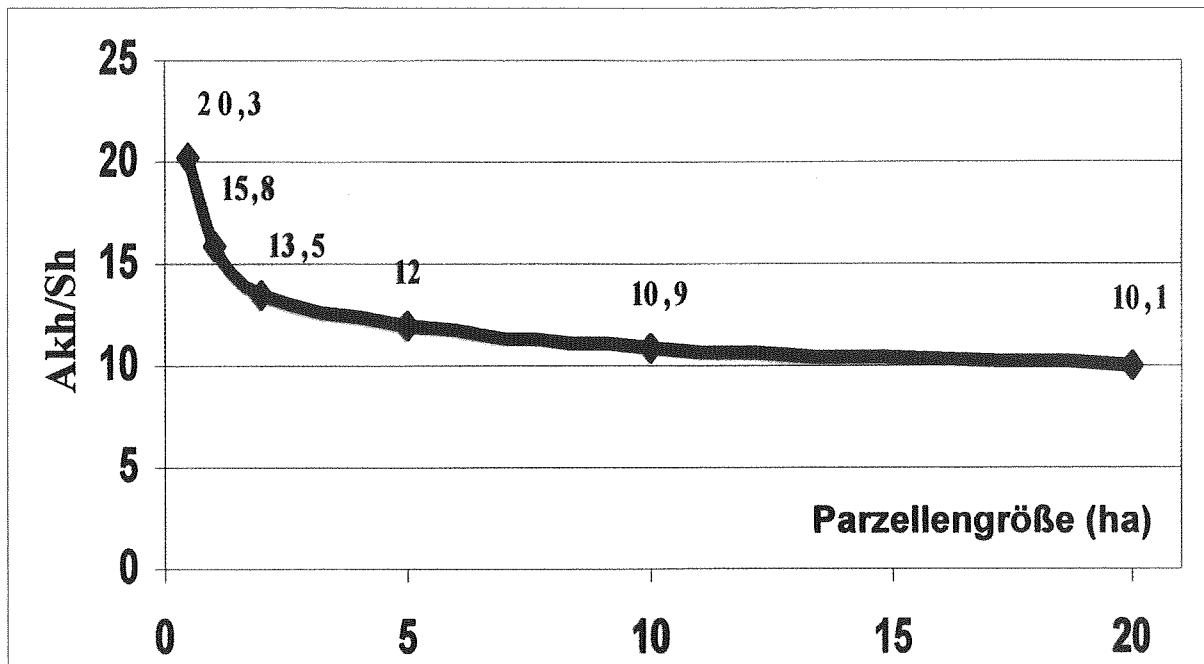


Abb. 5: Arbeitsaufwand in Abhängigkeit von der Schlaggröße bei Getreide (Nach Zahlenangaben von JANINHOFF, 2001)

Hecken, Raine, Knicks, Wallhecken und dergleichen sind in alter Zeit aus sehr unterschiedlichen

Gründen in den Feldfluren entstanden und - wie man weiß - im Wesentlichen aus einem Grund,

nämlich dem der veränderten Maschinenteknik im Ackerbau, großenteils auch wieder verschwunden. KNAUER (1986) zeigt dies am Beispiel der Entwicklung einer norddeutschen Feldflur (Abb. 6).

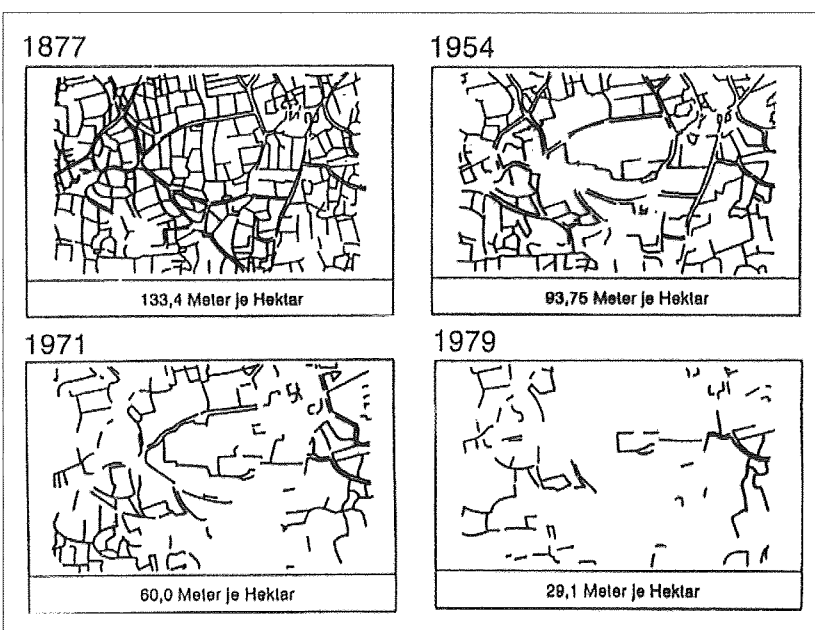


Abb. 6: Veränderung des Heckennetzes einer Agrarlandschaft zwischen 1877 und 1979 (nach KNAUER, 1986)

Die Vergrößerung der Feldschläge zwischen 1877 und 1979 ging einher mit schleichender Verringerung des Heckennetzes. Betrug deren Länge 1877 noch rund 130 m/ha, waren es demgegenüber 1979 nicht einmal mehr 30 m. Die Umprägung einer Flur erweist sich als fortlaufender Prozess, woraus folgt, dass sich ein irgendwie optimaler Saumstrukturanteil aus sich selbst heraus nicht erklären lässt.

Bleibt nach dem pflanzenbaulichen Nutzen von Feldrandstrukturen zu fragen. Es liegt auf der Hand, auf Wind- und Erosionsschutz zu verweisen, das jedoch verengt die Betrachtung auf ganz bestimmte Gefährdungsregionen. Weiter greifend ist demgegenüber der Hinweis auf die angereicherte Nützlingsdichte in Feldrainen, die für die Regulation von Parasiten in den Kulturen von Bedeutung sein können. In der Tat lässt sich nachweisen (Abb. 7), dass zwar in unmittelbarer Nähe zu einer Hecke der Getreideertrag im Vergleich zum Feldinneren abfällt - vor allem wohl wegen Beschattung und Wasserkonkurrenz -, dass er andererseits jedoch durch das Reservoir an räuberischen Insekten in den

Hecken, z. B. Blattläusepidemien, eingedämmt und dadurch das Ertragsniveau im Feld insgesamt sogar überkompensierend angehoben werden kann. Allerdings gilt dies offenbar unter der Voraussetzung eines relativ bescheidenen Ertragsniveaus, wie sich aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse bei Sommerweizen (49 dt/ha) im Vergleich zu Winterweizen (73 dt/ha) zeigt. Das mag u. a. daran liegen, dass sich zwar der ertragsbegrenzende Einfluss einer Hecke stets auswirkt, ihr indirekt sanierender Effekt aber - naturgemäß - an der oberen Ertragsgrenze eines Standortes die Ertragsdepression durch den Randeinfluss von Saumstrukturen nicht mehr auffangen kann.

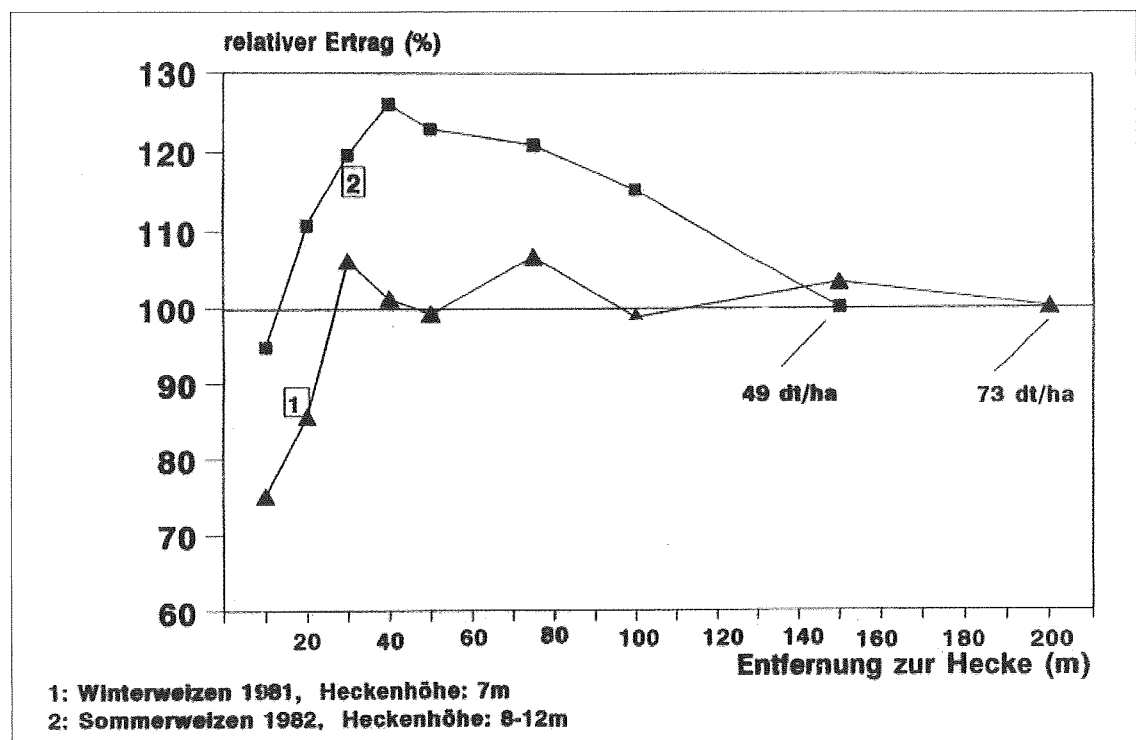


Abb. 7: Einflus von Windschutzgehölzen auf den Ertrag von Winterweizen/Sommerweizen, Bergheim/Düren (Köln-Aachener Bucht); Quelle: LK Rheinland, Gruppe Landbau

Im Übrigen ist es darüber hinaus ja nicht so, dass in der offenen Feldflur keine Nützlingsarten mehr auftreten könnten.

Das Gegenteil belegt beispielhaft eine Untersuchung aus einem ostdeutschen Großschlag (Abb. 8). Auf einer Messstrecke von 500 m quer bis zur Mitte des Getreideschlages änderte sich bei Laufkäfern die Artenzahl praktisch nicht und war dem Niveau nach erstaunlicherweise sogar dem in der Saumstruktur, einer Hecke oder gar dem im Trockenrasen vergleichbar.

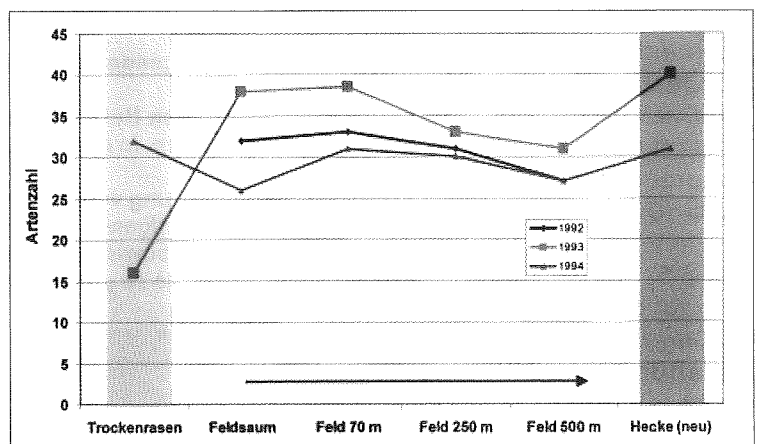


Abb. 8: Vorkommen von Laufkäfern in einem 100 ha Schlag entlang eines Transektes vom Schlagrand zur Schlagmitte (nach KRETSCHMER et al., 1995)

Eine andere Untersuchung (BUCHS 2001) verweist darüber hinaus auf die verblüffende Tatsache (Abb. 9), dass selbst bei der Gegenüberstellung extrem unterschiedlicher Anbauintensitäten, die Feld-

fauna - diesmal am Beispiel von Kurzflüglern dargestellt, selbst im modernen Ackerbau, um es zurückhaltend zu sagen - nicht gänzlich ohne Chancen ist!

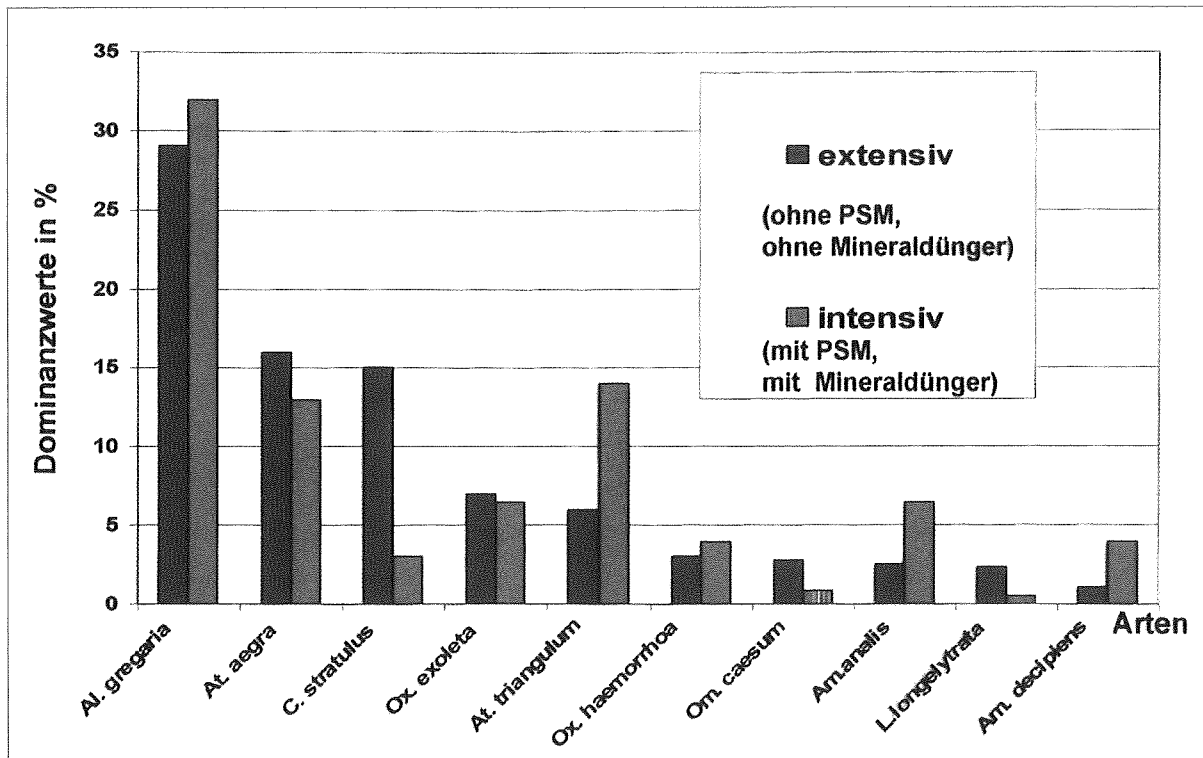


Abb. 9: Verteilung der häufigsten Kurzflügelkäfer - Arten auf zwei verschiedenen bewirtschafteten Winterweizenfeldern (Ahlum bei Braunschweig, 1990; nach BUCHS, 2001)

Vor diesem Hintergrund scheint es mir - abgesehen von regional eventuell gebotenen Erosionsschutzmaßnahmen - nicht vertretbar, Erhaltung oder gar Neuanlage von Saumstrukturen in der Feldflur ohne Weiteres als Teil ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung einzufordern. Genau das aber verlangt der im Bundeskabinett gerade verabschiedete Entwurf zum neuen Naturschutzgesetz (Abb. 10):

Der § 5, der die Regeln zur ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung enthält, sagt aus, dass ...

Dem ist entgegenzuhalten:

Ökologisch wünschenswerte Flurstrukturierungen sind vorrangig im Belange des Naturschutzes und demnach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

BnatSchGNeurG
(Kabinettsbeschluss vom 30.05.01)

§ 5 Land-, Forst und Fischereiwirtschaft (Auszug)

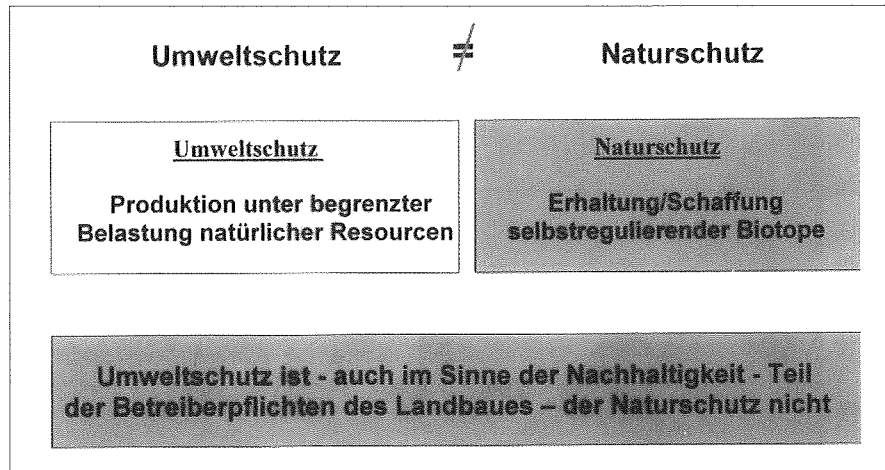
(3) ...insbesondere folgende Grundsätze der guten fachlichen Praxis zu beachten:

Bei der landwirtschaftlichen Nutzung muss die Bewirtschaftung standortangepasst erfolgen. In diesem Rahmen

1. ...
2. sind die zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente (Saumstrukturen, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope) in ausreichender Dichte zu erhalten sowie neu einzurichten, ...

Ökologisch wünschenswerte Flurstrukturierungen sind vorrangig im Belange des Naturschutzes und sind demnach gesamtgesellschaftliche Aufgaben

Abb. 10: BnatSchGNeurG

Abb.11: Umweltschutz \neq Naturschutz

Es scheint mir an dieser Stelle geboten zu unterstreichen, dass die Inhalte der Begriffe Umweltschutz einerseits und Naturschutz andererseits nicht gleichzusetzen sind: Verkürzt bedeutet Umweltschutz - nach Stand der Technik - Vermeidung von Belastungen der Umwelt.

Denn, landwirtschaftlicher Pflanzenbau kann nur jene Wildpflanzen beherbergen, die entsprechend der angebauten Kultur als Begleitflora im Acker auftreten können, wie am Beispiel der „Leinölch-Gesellschaft“ gezeigt werden kann.

Das gilt für industrielle wie landwirtschaftliche Produktion gleichermaßen. Naturschutz hingegen zielt darüber hinaus auf die Erhaltung bzw. Schaffung sich selbst regulierender Biotope (Abb. 11).

Daraus folgt, dass der Umweltschutz - auch im Sinne der Nachhaltigkeit - sehr wohl zu den Betreiberpflichten der Landwirtschaft zählt, der Naturschutz jedoch nicht.

Das soll aber nicht heißen, dass die Landwirtschaft hierbei keine wichtigen Aufgaben übernehmen könnte, z. B. im Rahmen des Vertragsnaturschutzes, ganz im Gegenteil wie ich meine. Mit plakativen Begriffen versehen ist in Abbildung 12 der Versuch einer Skizzierung unternommen:

Ausgehend von der viel geschmähten „Agrarsteppe“ modernen Landbaues tendiert der Vorschlag zu einer Aufgabenteilung: In der Produktionszone gilt der Umweltschutz, im Biotopverbund sind Vorranggebiete des Naturschutzes herauszugliedern (Ökosystemzonen), in denen durch staatliche Förderung angeregt und primär an den Erfordernissen des Biotop- und Artenschutzes ausgerichtet, auch agrarische Biotope gepflegt werden könnten.

Das bezieht sich auf die verschiedensten Formen extensiver Landwirtschaft - selbstverständlich unter Einbeziehung der Rekonstruktion agrargeschichtlich alter Feldwirtschaften einschließlich dem Wiederaufbau von am Markt nicht mehr nachgefragten alten Kulturpflanzen.

Letzteres könnte sogar für den Erhalt der am höchsten bedrohten Ackerbegleitflora unabdingbar sein.

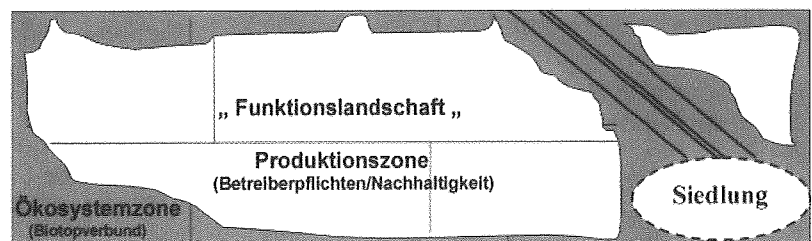
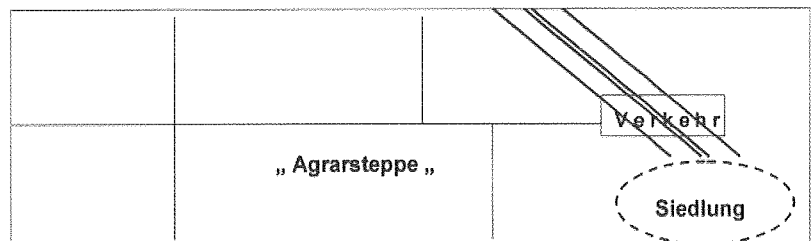


Abb.12: Schematisierte Typen von Agrarlandschaften (nach BRAUN, 1988; verändert)

Dass dies allerdings keine leichte Aufgabe ist, haben wir selbst erfahren müssen: In einem gemeinsam mit Herrn OESAU vom Landesamt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz (LPP) konzipierten Versuch gelang es uns zunächst, durch Einsaat nativen Saatgutes von Arten der Adonisröschengesellschaft in eine Winterungsfruchtfolge - bei nur halber Saatstärke des Getreides und gezielter Nährstoffauslagerung des Bodens - Teile der Begleitflora zu etablieren.

Leider aber nicht auf Dauer, wie die Abbildung 13 zeigt: Am Beispiel der „Roten-Liste-Art“ Kornrade ist deren kontinuierlicher Schwund über die Jahre hinweg gut dokumentiert.

Offenbar ist - nach Aussage von Herrn OESAU - diese Art nicht nur auf extrem praxisfernen extensiven Anbau von Wintergetreide angewiesen, sondern darüber hinaus auch noch darauf, stets erneut mit dem Getreidesaatgut eingeschleppt zu werden (was in einem weiteren Versuch überprüft werden soll).

Dieses Beispiel sollte abschließend darauf verweisen, dass z. B. durch eine (politisch zurzeit erwünschte) allgemein flächendeckende Rücknahme der Anbauintensität, die besonders gefährdeten Agrarbiotope und deren „Rote-Liste-Arten“ nicht zu retten sind - übrigens auch nicht durch die Übernahme alternativer Landbaumethoden.

In Analogie zur geschichtlichen Entwicklung der Ackerbegleitflora auf den Äckern der konventionellen Landwirtschaft, repräsentiert jene des ökologischen Landbaues im Kern den Zustand der Feldflur eines bestimmten agrarhistorischen Zeitabschnittes. Damit aber ist auch deren Status zuvorderst ebenfalls in der Beweispflicht ökologisch optimal zu sein.

Nur gezielt in Zusammenarbeit zwischen Ökologen und Landwirten kann es meines Erachtens - z. B. im Rahmen des Vertragsnaturschutzes - gelingen, die gewünschte Vielfalt der Agrarbiotope zu sichern, bzw. wieder herzustellen.

Deshalb scheint mir das in der neuen Agrarpolitik angestrebte Ziel, Naturschutz und Erzeugung auf ganz einfache Weise wie selbstverständlich versöhnend zu verknüpfen, in dem hier zur Rede stehenden Spannungsfeld zwischen Ackerbau und Naturschutz nicht zu verwirklichen sein.

„Niemand kann zwei Herren dienen!“

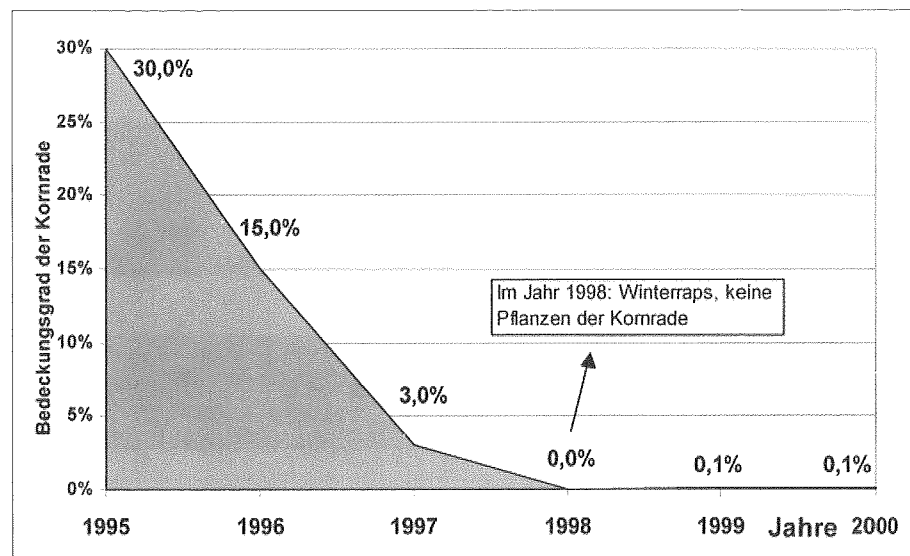


Abb.13: Populationsentwicklung der Kornrade (Standort Bingen - Dietersheim, Einsaat 04.10.1994), (OESAU, unveröffentlicht)

Literaturverzeichnis:

Anonym (2001): BnatSchgNeurG (Kabinettsbeschluss vom 30.05.2001).

Bühs, W. (2001): Alles Vielfalt oder was? Probleme der Anwendung des Vielfaltsbegriffs bei der Bewertung von Produktionsflächen und Ansätze zu Alternativen. Z. Forschungsreport 1/2001, S. 9 - 13.

Bruckhaus, A. u. W. Buchner (1995): Hecken in der Agrarlandschaft: Auswirkungen auf Feldfruchtertrag und ökologische Kenngrößen. Ber. Ldw. 73, S. 435 - 465.

Janinhoff, A. (2001): Struktur konkurrenzfähiger Betriebe. Vortrag auf der Fachtagung 2001 der FH Bingen.

Knauer, N. (1986): Landwirtschaft und Naturschutz, Bedeutung des Artenschutzes und mögliche Leistungen der Landwirtschaft. Kali-Briefe (Büntehof) 18 (4) S. 275 - 306.

Kühne, St., Freier, B., Enzian, S. u. R. Forsten (2001): Saumstrukturen in der Landwirtschaft und ihre Berücksichtigung im Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln. Z. Forschungsreport 1/2001, S. 4 - 8.

Kretschmer, H., Pfeffer, H., Hoffmann, J., Schrödl, G. u. I. Fux (1995): Strukturelemente in Agrarlandschaften Ostdeutschlands. ZALF-Bericht 19 ZALF in Müncheberg, S. 164.

Kretschmer, H. u. J. Hoffmann, (1997): Agrarlandschaft & Artenvielfalt. Z. Forschungsreport, 2/1997, S. 17 - 21.

Oesau, A. (2001): Persönliche Mitteilung

Bildnachweis (Abb. 1): Sperber: Südlicher Pfälzer Wald, Juli 1999

“Die Agrarwirtschaft als Gestalterin von Landschaft” *)

Staatssekretär Dr. Martin Wille, BMVEL, Bonn

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

1. Kulturlandschaft als historisches Erbe

Landschaften, die wir heute in Deutschland und in Europa insgesamt vorfinden sind das Ergebnis eines jahrhundertelangen Transformationsprozesses: Im Wesentlichen durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung wurde aus dem Naturraum der europäischen Kulturlandschaft geschaffen.

Unsere heutigen Kulturlandschaften sind ein Spiegelbild dessen, wie sich Landschaft und Naturhaushalt im Laufe der Jahrhunderte in Wechselwirkung mit dem Menschen entwickelt und verändert haben.

Sie sind damit gleichermaßen Natur- und Kulturerbe. In dieser Doppelfunktion zeigen uns die Kulturlandschaften, dass es keinen - früher oftmals behaupteten - Gegensatz zwischen Natur auf der einen und Kultur und Geschichte auf der andere Seite gibt.

Vielmehr ist Natur und der Umgang mit ihr Gegenstand von Kultur und Geschichte. Wohl nirgends wird das so unmittelbar anschaulich wie in alten, gewachsenen Kulturlandschaften. Obwohl sich das Bild dieser Landschaften im Laufe der Jahrhunderte unter dem Einfluss des Menschen immer wieder verändert hat, besitzen sie eine ihnen eigene Ausstrahlung, die Identität stiftet und maßgeblich zum Selbstverständnis und auch Heimatbewusstsein ihrer Bewohner beiträgt. Moderne Begriffe wie regionale und lokale Identität sind zu einem großen Teil auf solche Kulturräume zurückzuführen.

Gerade der kulturell-ästhetische Wert der Kulturlandschaften mit seiner weit zurückreichenden Tradition hat auch vielfachen Niederschlag in der kulturellen und künstlerischen Entwicklung der Gesellschaften Europas gefunden.

In dem Maße, in dem der Naturraum in eine vielfältige und ästhetisch reizvolle Kulturlandschaft umgewandelt wurde, wurde deren Wert von der Bevölkerung auch erkannt und geschätzt. Die Landschaftsästhetik beruht dabei im Wesentlichen auf dem Wechsel von offenen, landwirtschaftlich genutzten und geschlossenen, bewaldeten Flächen.

Zeugnisse der Wertschätzung der sich entwickelnden Kulturlandschaften finden sich in den vielfältigsten Kunstrichtungen: So wird in der Malerei der italienischen Renaissance zum ersten Mal schöne, oft idealisierte Landschaft dargestellt.

Bereits seit Karl dem Großen sind in Europa in großen Intervallen Landeskulturmaßnahmen überliefert worden. Bekannt wurden insbesondere die durch Gärten gestalteten Teile einer Landschaft innerhalb und außerhalb der mittelalterlichen Städte. Es folgten dann später die Gartenkunst des Barock, die Idee der englischen Parklandschaften und schließlich das besonders lebendige Landschaftsgefühl während der Romantik.

Die Idee der Landschaftsgärten und Landschaftsparks entstand vor dem geistigen Hintergrund der Aufklärung, ihrer Philosophie und Ökonomie. Das Naturrecht der Neuzeit schuf dabei ein neues Bewusstsein und Verständnis des Menschen für die Natur.

Insbesondere Jean - Jacques Rousseau (1712 - 1778) beklagte die Endfremdung des Menschen von der Natur und die Vergewaltigung der Natur durch den Menschen. Aus seinen subjektiven Eindrücken, seinem Naturempfinden und Naturverständnis formulierte er programmatische Erkenntnisse und Sätze, die er den folgenden Generationen mit immer breiterer Zustimmung bis zur Gegenwart vermitteln konnte.

Er forderte den von Natur aus guten Menschen auf, zur wahren Natur zurückzufinden. Als Teil der Schöpfung müsse sich der Mensch auch als Teil der Natur verstehen. Hieraus folgte das Bewusstsein von der Vielfalt und Schönheit der Schöpfung, die es zu bewahren gilt.

In Bezug auf unsere Kulturlandschaft kommt diesem weitsichtigen Postulat Rousseaus höchste Aktualität zu. Unsere Kulturlandschaft ist ein hohes Gut. Sie wird es um so mehr, je stärker die Siedlungen wachsen, Infrastrukturvorhaben Landschaften zerschneiden und der Flächenanteil der freien Landschaft sich dabei verringert.

*) Vortrag beim Symposium am 21. Juni 2001 in Hasselbach. Welche Landschaft wollen wir? Die Kulturlandschaft als Gestaltungsaufgabe.

Je mehr Menschen unseren Raum besiedeln, je wertvoller wird eine intakte Umwelt für sie, eine Umwelt, die ihre Bedürfnisse nach gesunden und frischen Lebensmitteln, nach erlebnisreicher und erholsamer Natur und Landschaft befriedigt. Aus Sicht des Menschen kommt dabei dem Erhalt der Kulturlandschaften als ästhetischem Erlebnisraum eine besondere Bedeutung zu.

Folgende vier Parameter sind hierfür maßgeblich:

Die Kulturlandschaft muss sich durch Natürlichkeit auszeichnen. Dies bedeutet, dass sie als natürlich gewachsen empfunden werden kann.

Ebenso wichtig ist die Vielfalt im Sinne ökologischer Diversität. Diese wird jedoch begrenzt durch die Forderung nach naturräumlicher Anpasstheit, was gleichzeitig auch Eigenart erzeugt.

Auch Harmonie ist ein wesentliches Element der Kulturlandschaft. Diese entsteht im Wesentlichen durch das Zusammenwirken der einzelnen Elemente einer Landschaft zu einem ausgewogenen Ganzen.

Schließlich zeichnen sich Kulturlandschaften durch ihre Eigenart aus. Regionalspezifische Besonderheiten, das Charakteristische einer Landschaft und nicht Nivellierung kennzeichnen die Eigenart der Kulturlandschaften.

2. Die Bewahrung der Kulturlandschaft als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Auch wenn Natur- und Kulturerbe bei unseren Kulturlandschaften eine untrennbare Einheit bilden, so wäre es doch völlig verfehlt, den Wert der Kulturlandschaften im Wesentlichen an ihrer historischen Bedeutung zu messen. Gerade in unserer heutigen Zeit erfüllen unsere Kulturlandschaften weit darüber hinausgehende Funktionen.

Sie sind gleichsam Alltagsraum, der von einem großen Teil unserer Bevölkerung für Landwirtschaft, Arbeiten, Wohnen sowie für die Erholung in Anspruch genommen wird. Zugleich sind sie wichtiger Bestandteil eines intakten Naturhaushalts. So leisten sie einen wichtigen Beitrag z. B. zur Werterhaltung des Bodens, zum Schutz des Wasserhaushalts und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.

Die Bewahrung und Entwicklung der Kulturlandschaft ist inzwischen zu einem Anliegen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung geworden. Dem liegt nicht zuletzt auch die Erkenntnis zugrunde, dass Landwirtschaft, Kulturlandschaft und die Le-

bensbedingungen im ländlichen Raum unmittelbar voneinander abhängen. Nur wenn auf Dauer eine flächendeckende, umweltgerechte Landnutzung gesichert ist, kann die heutige, vielfältige Kulturlandschaft erhalten werden.

Das ist eine riesige Aufgabe für die Agrarpolitik, deren Wende die Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat.

3. Erhaltung der Kulturlandschaft als Aufgabe der Gemeinsamen Agrarpolitik

Auf europäischer Ebene muss die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft künftig eine wesentliche Aufgabe der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sein.

Festzustellen ist aber, dass dieser Aufgabenbereich in den vergangenen Jahrzehnten in der GAP eine untergeordnete Rolle gespielt hat. So wird man in früheren Rechtsdokumenten der GAP den Begriff „Kulturlandschaft“ und das Ziel ihres Erhalts vergeblich suchen.

Ursächlich hierfür ist, dass anfangs die Nahrungsmittelversorgung und die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft im Vordergrund standen. Bis 1992 waren Preisstützung und Exporterstattungen die zentralen Elemente der GAP. Um die Produktionsüberschüsse zu begrenzen, wurde Mengenregulierung z. B. bei Milch eingeführt.

Erst mit der Reform von 1992 hat die EU einen generellen Systemwechsel der GAP vollzogen. Die in den Marktordnungen verankerten Garantiepreise wurden deutlich gesenkt und die dadurch entstandenen Einkommensverluste durch Ausgleichszahlungen an die Landwirte kompensiert.

Zusätzlich wurden durch Extensivierungsprämien und sogenannte „flankierende Maßnahmen“ Umweltaspekte stärker in die Gemeinsame Agrarpolitik eingebunden. Damit wurde die GAP durch die Differenzierung ihrer Strategie geöffnet für die Einbeziehung von Zielen des Umwelt-, Boden- und Naturschutzes, der Pflege der Kulturlandschaft und ihren Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raums als Ganzes.

Mit der im März 1999 von den Staats- und Regierungschefs beschlossenen Agenda 2000 wird dieser Reformprozess fortgesetzt. Die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft wird im Rahmen dieser Agenda 2000 auf mehreren Ebenen verfolgt.

Dazu zählen

- ❑ die Sicherung des Lebensstandards der in der Landwirtschaft tätigen Personen,
- ❑ die Verstärkung des ökonomischen und sozialen Zusammenhalts (Kohäsion),
- ❑ die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft,
- ❑ die Förderung der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft sowie
- ❑ der Schutz der Verbraucher und die Sicherung einer hohen Lebensmittelqualität.

Mit der im Zuge der Agenda 2000 festgelegten Neuausrichtung der Agrar- und Strukturpolitik der EU wurde ein neues auf Ganzheitlichkeit ausgelegtes Förderinstrument zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes als sogenannte „zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik“ eingeführt.

Mit diesem Förderinstrument gibt die EU einen Rahmen vor, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten eigene Programme entsprechend ihren regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen im Rahmen einer umfassenden, integrierten Strategie entwickeln können.

Die hiermit verbundene Regionalisierung ist gerade im Hinblick auf die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaften für die Regionen und Kommunen von großer Bedeutung.

Folgende Fördermaßnahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes dienen besonders dem Ziel der Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaften:

- ❑ Die Agrarumweltmaßnahmen, mit denen u.a. die Erhaltung der Landschaft in Gebieten mit hohem landschaftskulturellen Wert, in denen die landwirtschaftliche Nutzung sonst gefährdet wäre, gefördert werden kann; weitere Maßnahmen ermöglichen den Schutz und die Erhaltung historischer Landnutzungssysteme.
- ❑ Auch die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete spielt für den Erhalt der Kulturlandschaften eine wichtige Rolle. Sie gewährleistet in erster Linie die Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung in den benachteiligten Gebieten und trägt somit dazu bei, neben der Offenhaltung der Landschaft die Lebensbedingungen in diesen Gebieten zu verbessern.

- ❑ Von besonderer Bedeutung sind auch die Maßnahmen des Artikel 33 zur Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten. Hierunter fallen u.a. investive Maßnahmen, die dem Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tiereschutzes dienen.

Gleichermaßen bedeutsam sind in diesem Zusammenhang aber auch die Maßnahmen des Artikel 33, die neben den ökologischen auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Anforderungen an den ländlichen Raum unterstützen, wie

- ❑ die Dorferneuerung und -entwicklung sowie der Schutz und die Erhaltung des ländlichen Kulturerbes,
- ❑ oder die Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten oder alternative Einkommensquellen zu schaffen.

Die Wirkungen der „zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik“ zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums dürfen jedoch nicht überschätzt werden: Neben einer vergleichsweise geringen Finanzausstattung - nur knapp 10 % der für den Förderzeitraum 2000-2006 vorgesehenen Finanzmittel gehen in die „zweite Säule“ - ist zu berücksichtigen, dass die Agenda 2000 im Bereich der Marktformen darauf abzielt, die EU-Landwirtschaft auf den Weltagrarmärkten konkurrenzfähiger werden zu lassen.

Mehr Markt und weniger Preisstützung lautet die Devise. Wir setzen uns dafür ein, die Mittel der „zweiten Säule“, also der Maßnahmen für die ländliche Entwicklung zu verstärken. Damit bin ich bei der Neuausrichtung der Agrarpolitik.

4. Die Neuausrichtung der Agrarpolitik und ihr Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass es zur Sicherung der vielfältigen Funktionen ländlicher Räume und damit auch zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft erforderlich ist, eine integrierte nachhaltige Landnutzung zu erreichen, zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Leitbild ist eine Landnutzung, die im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips der Agenda 21 ökonomische, ökologische und soziale Anforderungen in

Übereinstimmung bringt. Dies ist dann der Fall, wenn

- ☐ sie flächendeckend umweltverträglich ist und die besonderen regionalen und lokalen Anforderungen des Naturschutzes berücksichtigt,
- ☐ sie auf Dauer leistungs- und wettbewerbsfähig ist und
- ☐ sie der agrarstrukturell bedingten Vielfalt Rechnung trägt.

Eine integrierte Landnutzung setzt dabei voraus, dass alle betroffenen Politikbereiche, aber auch staatliche und nicht staatliche Akteure zusammenwirken, um eine nachhaltige Entwicklung in all ihren Dimensionen zu verwirklichen.

Dieses Leitbild einer integrierten nachhaltigen Landnutzung ist auch ein wesentliches Element der von der Bundesregierung eingeleiteten Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik. In deren Mittelpunkt steht die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Eines der wesentlichen Ziele ist hierbei, regionale Produktions- und Verbrauchskreisläufe wieder zu stärken.

Eine zukunftsorientierte nachhaltige Politik für die ländlichen Räume muss auch das gesamte Aufgabenspektrum einer multifunktionalen Landwirtschaft für die Gesellschaft im Auge halten.

Wir alle, die Gesellschaft, erwarten heute von unseren Landwirten

- ☐ nicht nur ausreichend, sondern auch qualitativ hochwertige, sichere und gesunde Nahrungsmittel,
- ☐ eine umweltverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schützt und erhält,
- ☐ sowie eine artgerechte Tierhaltung und
- ☐ die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft.

Gleichsam flankierend muss durch einen stärkeren Standort-, Raum- und Umweltbezug die Politik insgesamt zur Entwicklung der ländlichen Räume mit dazu beitragen, dass diese als Wirtschaftsstandort gestärkt und als Erholungs- und Lebensraum erhalten und stabilisiert werden.

Aber: Existenz und Einkommen von Unternehmen hängen auch in der Landwirtschaft im Wesentlichen von ihrer Wettbewerbsfähigkeit ab. Es bleibt daher ein übergeordnetes Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu stärken.

Zukunftsträchtige Betriebe brauchen eine solide wirtschaftliche Basis, um im immer härter werdenden Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

Eine besondere Bedeutung wird deshalb künftig alternativen und zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich zukommen. So sind z.B. Leistungen im Naturschutz und der Landschaftspflege, in der Forstwirtschaft sowie der sanfte Tourismus und weitere Dienstleistungen zu zukunftsfähigen Betriebszweigen und zusätzlichen Einkommensquellen für die landwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft auszugestalten und im Sinne einer integrierten und sektorübergreifenden Entwicklung des ländlichen Raumes zu fördern.

Über die bereits angesprochenen Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage kann auch im Rahmen der Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen geleistet werden. Zusatzleistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für eine vielfältige und ökologisch wertvolle Kulturlandschaft müssen mehr als bisher ins Bewusstsein rücken und auch gefördert werden.

5. Erste Maßnahmen zur Umsetzung der Agrarwende

Wir wollen die Agrarwende. Auf EU-Ebene heißt das, den bisherigen überwiegend sektoralen Politikansatz zu einer umfassenden Förderpolitik zur Entwicklung ländlicher Räume zu erweitern. Diesen Ansatz verfolgt auch der zuständige Agrarkommissar Fischler und in diese Richtung will auch die französische Regierung gehen.

In der EU-Agrarpolitik soll es 2002/2003 eine Zwischenbilanz - den sogenannten Mid-Term-Review geben. Wir wollen diesen Termin nutzen, um durch Umschichtung von Finanzmitteln aus dem Marktbereich in die Förderung des ländlichen Raumes die „zweite Säule“ umzusteuern.

Frau Ministerin Künast will mit dieser Umsteuerung bereits jetzt beginnen und Finanzmittel aus der ersten Säule der Agrarpolitik in die zweite Säule für die ländliche Entwicklung und für Umweltprogramme umschichten. Wir nennen das Modulation.

Inzwischen wurden erste Maßnahmen ergriffen, um die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ stärker als bisher an den Prinzipien der Nachhaltigkeit auszurichten. Künftig werden die Schwerpunkte der Gemeinschaftsaufgabe auf eine stärkere Bindung der Investitionsförderung an eine artgerechtere und flächegebundene Tierhaltung sowie eine verstärkte Honorierung besonders umweltverträglicher, nachhaltiger und standortangepasster Wirtschaftsweisen ausgerichtet sein.

Ein Schwerpunkt dabei ist die Förderung des ökologischen Landbaus sowohl im Produktions- als auch im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich.

Die Neuausrichtung der Förderung ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung, um das Ziel der Erhaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft zu erreichen.

Frau Bundesministerin Künast will ein Pilotprojekt „Multifunktionale Landwirtschaft in den Regionen“ auf den Weg bringen. Hiermit soll in verschiedenen Modellregionen in Deutschland die Agrarwende beispielhaft dargestellt und anfassbar gemacht werden.

- ☐ die Verwirklichung einer verbraucherorientierten nachhaltigen Produktion und Vermarktung gesunder, hochwertiger Nahrungsmittel,
- ☐ die Unterstützung der multifunktionalen Rolle der Landwirtschaft in Verbindung mit einer integrierten nachhaltigen ländlichen Entwicklung,
- ☐ der Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen,
- ☐ die Stärkung und Ausdehnung des ökologischen Landbaus sowie
- ☐ die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsaspekten in die Angebote von Bildung, Weiterbildung und Beratung.

Welche Regionen und welche Projekte als Modellregionen in Betracht kommen, soll im Rahmen eines Wettbewerbs entschieden werden. Dies sichert die notwendige Transparenz des Verfahrens sowie eine entsprechende Breitenwirkung des Vorhabens.

Im Rahmen einer Ausschreibung sollen Regionen aufgefordert werden, integrierte regionale Entwicklungskonzepte vorzulegen, die deutlich machen, wie die Neuausrichtung der Agrarpolitik im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft in den Regio-

nen realisiert werden kann. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erfolgt dann in regionaler Verantwortung.

Bei der Auswahl der Modellregionen sollen die wesentlichen Raumtypen in Deutschland abgedeckt werden, z.B. strukturschwache Regionen, Regionen mit ungünstigen natürlichen Bedingungen, aber auch Regionen mit günstigen Entwicklungschancen.

Zur Zeit werden die Vorbereitungen für die öffentliche Ausschreibung, die voraussichtlich im August starten wird, getroffen. Die Auswahl der Modellregionen soll dann durch eine Jury unter Leitung des BMVEL bei Beteiligung der Bundesressorts, der Länder, der Wissenschaft und der maßgeblichen Verbände im Januar 2002 getroffen werden.

Mit der konkreten Umsetzung von ersten Maßnahmen in den Modellregionen kann dann im Frühjahr 2002 begonnen werden.

Ich bin mir sicher, dass gerade auch die Durchführung dieses Pilotprojektes wichtige Erkenntnisse für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft liefern wird.

Auch Sie sind zum Mitmachen aufgefordert.

Schnelle und kostengünstige Zweitbodenordnung*)

- Wodurch reduzieren sich Kosten und Bearbeitungszeit? -

Leitender Regierungsdirektor Paul Frowein, Simmern

Anrede,

nachdem wir heute Morgen uns ausführlich mit dem neuen Fachgesetz zum amtlichen Vermessungswesen beschäftigt haben und heute Nachmittag das elektronische Grundbuch kennen lernen sollen, möchte ich als Vertreter der Landeskulturverwaltung und Nutzer der öffentlichen Bücher und Katasterbasisdaten über unsere Arbeit im Bereich der Zweitbodenordnung berichten.

Als ich 1992 die Leitung des Kulturamtes Simmern übernahm, wurde ich im Anschluss an meine Antrittsrede von einem Bürgermeister gefragt, ob die Bodenordnung im Hunsrück überhaupt noch erforderlich ist, wo doch alles erstbereinigt sei und die Zahl der Landwirte ständig zurückgehe. Ein kurz vor der Pensionierung stehender Projektleiter sagte mir damals, dass er froh sei, in den Ruhestand gehen zu können, weil die Einleitung neuer Bodenordnungsverfahren immer schwieriger werde. Für meinen Vorgänger im Amt, Herrn Ltd.Reg.Dir. Engelmann, hingegen war der Bodenordnungsbedarf auf dem Hunsrück und in den angrenzenden Flusstälern nach wie vor groß. Diese sich widersprechenden Aussagen waren für mich Anlass, über unser Produkt Bodenordnung nachzudenken. Erst Gespräche vor Ort ergaben, dass den Landwirten die Bodenordnung zu langwierig erschien und bei den Verpächtern die finanzielle Belastung für die ablehnende Haltung verantwortlich war. Dies hatte auch Herr Engelmann schon erkannt und begonnen, auf einfachere Verfahren umzusteuern.

Um unseren Weg zu verstehen, muss ich zunächst ein paar Ausführungen zum Kulturamtsbezirk Simmern machen. Die ersten Flurbereinigungsverfahren gehen auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Der Amtsbezirk mit den Landkreisen Birkenfeld, Bad Kreuznach und Rhein-Hunsrück-Kreis ist zu 95 % erstbereinigt, wovon etwa $\frac{3}{4}$ als klassische Flurbereinigung und etwa $\frac{1}{4}$ als Zusammenlegungsverfahren ohne Neuvermessung bearbeitet wurden.

Von den Erstbereinigungen aus den 80er-Jahren abgesehen, besteht flächendeckender Zweitbodenordnungsbedarf, um die Strukturen an die modernen landwirtschaftlichen Maschinen und die veränderten Betriebsstrukturen (60 bis 80 % Pachtlandanteil in den Betrieben) anzupassen.

Die zentralen Forderungen an die moderne Zweitbereinigung aus der Sicht der Grundstückseigentümer und der Bewirtschafter sind:

- ☐ schnelle Hilfe im Strukturwandel
- ☐ Pachtlandarrondierung
- ☐ ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis

Das öffentliche Interesse ist in den Leitlinien zur Ländlichen Bodenordnung des Landes Rheinland-Pfalz definiert. Dabei kommt dem Bodenmanagement zur Umsetzung von Landesprogrammen und von Landentwicklungsmaßnahmen sowie der ökologischen Wiedergutmachung besondere Priorität zu.

Um das Hauptziel schnell und kostengünstig zu erreichen haben wir folgenden Lösungsansatz gewählt:

1. Wir konzentrieren uns nur auf die Kernprobleme und erheben keinen Anspruch alle Probleme umfassend zu lösen.
2. Wir halten die Grundstruktur des Wege- und Gewässernetzes der Erstbereinigung an und dünnen das Wegenetz aus.
3. Der landespflegerische Ausgleich soll auch landschaftsgestaltend wirken als Wiedergutmachung früherer Eingriffe ins Landschaftsbild.
4. Für Maßnahmen der Landespflege über das Maß des Ausgleiches hinaus, für Landentwicklungsmaßnahmen und zur Auflösung von Nutzungskonflikten (öffentliches Interesse) wird Ersatzland erworben, statt nach § 40 Flurbereinigungsgesetz auf das Land der Teilnehmer zurückzugreifen.
5. Wir konzentrieren uns auf das Baurecht für die Teilnehmergeinschaft. Für Baumaßnahmen Dritter betreiben wir nur das Bodenmanagement.

*) Ein Beitrag zur Jahrestagung 2001 des DVW-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V. am 15.05.2001 in Bad Kreuznach

Von diesen Grundsätzen kann abgewichen werden, wenn keine Kostenerhöhung und keine Verfahrensverzögerung die Folge sind. Bei konsequenter Anwendung dieser Grundsätze reicht in den meisten Fällen das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren zur Lösung dringender Probleme aus. Selbst wenn in den BZ-erstbereinigten Gemeinden eine vereinfachte Flurbereinigung zweckmäßiger erscheint, können alle Beschleunigungsmöglichkeiten nach § 86 Flurbereinigungsgesetz (bezüglich Wertermittlung und Baurecht) genutzt werden.

Die einfachen Verfahren haben Einsparungspotenzial sowohl im Bereich der behördlichen Abrechnung (Verfahrenskosten) als auch bei den für die Teilnehmer vor Ort wichtigen Ausführungskosten.

Zeiteinsparung und damit eine Reduzierung der Verfahrenskosten ergeben sich aus dem Verzicht auf die Planfeststellung. Als Anlage zum Finanzierungsplan wird ein Ausbauplan erstellt, der der oberen Flurbereinigungsbehörde anzeigt, welche Baumaßnahmen in dem Bodenordnungsverfahren vorgesehen sind. Das Baurecht selbst wird als Einzelgenehmigung bei der jeweils zuständigen Genehmigungsbehörde eingeholt. Dies ist deshalb wirtschaftlicher, weil wir uns ausschließlich auf die im gemeinschaftlichen Interesse erforderlichen Maßnahmen konzentrieren und auf das Baurecht für die aufwendigeren öffentlichen Maßnahmen verzichten. Die Gemeinden und sonstigen Planungsträger haben sich zwischenzeitlich daran gewöhnt, die Vorlaufzeit zur Bodenordnung zu nutzen, um ihre Maßnahmen zur Planungsreife zu bringen, so dass im Zuge der Bodenordnung nur noch das Bodenmanagement erforderlich ist. Desweiteren kann in der Regel auf den Vorwegausbau verzichtet werden, weil die Erschließungseinrichtungen im erforderlichen Umfang vorhanden sind.

Wesentlich auf die Verfahrensbeschleunigung hat sich das in Zusammenarbeit mit den Katasterämtern erstellte koordinierte Grenzpunktfeld ausgewirkt. So können wir mit den koordinierten Grenzpunkten früh in die Automationskette einsteigen und alle Möglichkeiten der automatisierten Datenverarbeitung wie im klassischen Flurbereinigungsverfahren nutzen. Nicht zuletzt ist der Verzicht auf eine flächenhafte Neuvermessung ein wesentlicher Beschleunigungsfaktor. Die neuen Grenzpunkte im beschleunigten Zusammenlegungsverfahren werden in der Regel durch Fortführungsvermessungen in die Örtlichkeit übertragen, wobei wir alle Möglichkeiten zum Verzicht auf die Abmarkung bereits in den vergangenen Jahren schon genutzt haben. Als Folge der reduzierten Vermessung lässt sich auch die automatisierte Katasterberichterstattung relativ schnell herbeiführen.

Bezüglich der Ausführungskosten ist es unser Ziel, schon in der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung als Vorplanung zur Bodenordnung die erforderlichen Maßnahmen zu konkretisieren und den Kostenrahmen für das Verfahren festzulegen. Damit ist ausgeschlossen, dass wie in früheren Jahren der Appetit beim Essen kommt und durch immer neue Maßnahmen die Ausführungskosten ansteigen. Grundsätzlich wird der Ausbau bedarfsorientiert durchgeführt, das heißt die Gemeinden werden nicht durch hohe Zuschüsse für Wegebaumaßnahmen in Bodenordnungsverfahren gelockt. Der minimale Vermessungsaufwand nimmt nur einen geringen Anteil an den Ausführungskosten ein, obwohl bis zu 80 % der Vermessungen an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure vergeben werden. Auch die bodenverbessernden Maßnahmen (hier insbesondere die Dränagen) wurden stark zurückgefahren. Es wird immer geprüft, ob die Dränagemaßnahme die Arbeits- und Produktionsbedingungen verbessert. Dränagen zur Gewinnung von zusätzlichem Ackerland unterbleiben ebenso wie Dränagemaßnahmen im Grünland. Allerdings zeigt sich, dass diese Linie leichter nach einem trockenen Frühjahr einzuhalten ist als nach einem Winter mit hohen Niederschlägen wie der gerade zu Ende gegangene Winter 2000/2001. Insgesamt kann man sagen, dass wir mit der Zweitbodenordnung nicht die Fürst-Pückler-Torte in die Gemeinde bringen wollen, sondern das tägliche Brot.

Bei der beschleunigten Zusammenlegung als Zweitbereinigung lassen sich wegen der Vergrößerung der Furchenlänge in der Regel nicht immer ganze Grundstücke zu größeren Einheiten zusammenfassen, wenn der Besitzstand nicht für die Zuteilung ganzer Blöcke ausreicht. In diesen Fällen wenden wir das Verfahren der blockweisen Neueinteilung an. Das heißt die Wegegrenzen der bestehenden bleibenden Wirtschaftswege werden angehalten und innerhalb der geschlossenen Blöcke werden unter Nutzung vorhandener Grenzpunkte neue Grenzen geschaffen, dabei werden nur die Grenzpunkte neu vermessen und vermarkt, die bisher nicht im Kataster nachgewiesen waren.

Unsere erste Zweitbereinigung als beschleunigte Zusammenlegung war das Verfahren Schwarzen im Rhein-Hunsrück-Kreis. Das erreichte durchschnittliche Zusammenlegungsverhältnis von 18:1 bei den landwirtschaftlichen Betrieben, belegte die Eignung dieser einfachen Bodenordnung bezüglich der Verbesserung der Bewirtschaftungsverhältnisse. Die beiden nachfolgenden Folien zeigen in Zahlen ausgedrückt, wie sich im Verfahren Dickschied die Bewirtschaftungsverhältnisse verbessert haben und wie auch im BZ-Verfahren die Flächennutzung zugunsten von Naturschutz und Landespflanze verändert werden kann.



Beispiel Dickenschied

Bewirtschaftungsverhältnisse

	vorher	nachher
■ Besitzstücke insgesamt	275	58
HE-Betriebe	126	22
■ Besitzstücksgröße	1,2 ha	5,1 ha
HE-Betriebe	1,2 ha	7,5 ha
■ Furchenlänge	190 m	440 m
HE-Betriebe	180 m	480 m



Beispiel Dickenschied

Flächenbilanz in ha

	vorher	nachher
• Acker	326	301
• Grünland	79	67
• Wald	12	32
• Gewässer	2	8
• Bauflächen/Infrastruktur	2	9
• Wege	24	17
• Naturschutz u. Landespflege	0	14
• Unland/Hutung	4	1

Abschließend möchte ich unsere Erfahrungen mit den einfachen Bodenordnungsverfahren wie folgt zusammenfassen:

Die schnellen und kostengünstigen Verfahren haben zu einer sehr großen Nachfrage nach Bodenordnung geführt, so dass trotz Halbierung der Bearbeitungszeit eine Wartezeit von 5 Jahren auf Einleitung der Bodenordnung nicht selten ist. Das anfänglich von den Landwirten kritisch betrachtete beschleunigte Zusammenlegungsverfahren findet große Akzeptanz bei den Landwirten, aber auch bei den Verpächtern, weil die Kostenbelastung relativ gering ist und im Zuge der Planvereinbarung, die im beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Standard ist, die Neugestaltung des Grundbesitzes für die Grundstückseigentümer sehr transparent ist. Das Kulturred Simmern hat mit diesen einfachen Verfahren ein relativ hohes Bodenordnungsausput bei einem geringen Finanzvolumen, was in die Zeit der Haushaltsmitteleinsparungen exakt passt. Nicht verheimlichen möchte ich, dass mit diesen einfachen Verfahren sich nicht jeder Bodenordnungswunsch einer Gemeinde erfüllen lässt.

Seit 1993 haben wir nunmehr 25 beschleunigte Zusammenlegungsverfahren durchgeführt. Ich habe mir für diesen Vortrag heute die Mühe gemacht, diese 25 Verfahren einmal bezüglich der Ausführungskosten und der Bearbeitungszeit statistisch auszuwerten.

Die Ausführungskosten in diesen Verfahren lagen im Durchschnitt bei 974,00 DM/ha Verfahrensfläche oder bezogen auf die beitragspflichtige Fläche bei 1.150,00 DM/ha. Diese Kosten wurden zu 26,4 % für die reine Bodenordnung einschließlich aller Geldausgleiche, zu 6,4 % für Vermessung und Vermarkung, zu 44,3 % für ergänzende Ausbaumaßnahmen und zu 22,9 % für Landespflegemaßnahmen benötigt.

Bezüglich der Bearbeitungszeit ist festzustellen, dass 17 der 25 Verfahren 2 Jahre von Einleitung bis zum Besitzübergang benötigt haben. 8 Verfahren dauerten 3 Jahre für diesen Bearbeitungsabschnitt, wobei in 6 Verfahren die Einflüsse für die zeitliche Verlängerung von außen kamen und nur bei 2 Verfahren amtsinterne Probleme zu der längeren Bearbeitungszeit führten. Da aber auch die Bearbeitungszeit nach Besitzübergang bis zur Berichtigung der öffentlichen Bücher nicht unwichtig ist, um ein kontinuierliches Arbeiten des Amtes zu ermöglichen, seien auch hier die Zahlen genannt, von den 25 Verfahren konnte ein Verfahren innerhalb eines Jahres zur Berichtigung der öffentlichen Bücher gebracht werden, 10 Verfahren dauerten 2 Jahre und 6 Verfahren 3 Jahre.

Der Verfahrenskostenanteil ist relativ schwer zu ermitteln, da die Landeskulturredverwaltung derzeit kein Berichtswesen hat, dass eine verfahrensbezogene Betrachtung ermöglicht. Wir haben deshalb in unseren Kontrakten mit den Produktionsgruppen repräsentative Verfahren ausgewählt, die durch kontinuierliche Zeiterfassung eine Kostenabschätzung für die eigentliche Projektbearbeitung ermöglichen. Drei Bodenordnungsverfahren konnten ausgewertet werden, die zusammen 1.350 ha groß waren. Dabei ist festzustellen, dass für die Bearbeitung von 1 ha etwa 1,4 AK-Tage erforderlich sind. Diese teilen sich wie folgt auf: 10 % der Bearbeitungszeit entfallen auf den höheren Dienst, 43 % auf den gehobenen und 47 % auf den mittleren Dienst. Stellt man die Kosten für diese 3 Gruppen der Zeit gegenüber, so ergeben sich 15 % der Bearbeitungskosten für den höheren Dienst, 45 % für den gehobenen und 40 % für den mittleren Dienst. Dies bedeutet, dass bei einer Verlagerung der Verantwortung bzw. der Arbeit von oben nach unten weitere finanzielle Einsparungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Zum Abschluss möchte ich einen Blick in die Zukunft wagen. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe wird sich auch in naher Zukunft noch fortsetzen. Die Subventionen werden im Hinblick auf die Osterweiterung der EU für die deutschen Bauern weniger werden. Die landwirtschaftlichen Maschinen werden immer leistungsfähiger werden, so dass der betriebsübergreifende Einsatz (Maschinenring) in Zukunft die Regel sein wird. Andererseits werden die Nutzungskonflikte zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung und den Ansprüchen der Öffentlichkeit sich noch weiter verstärken. Dies zeigt, dass auch die Bodenordnung als eine einmalige Subvention mit langer Wirkungszeit weiterhin gebraucht wird. Unsere Arbeit wird sich vom Vermesser zum Bodenmanager und vom Planer zum Dienstleister verschieben. Wir werden nicht mehr mit unserem integralen Verfahren zeitgerecht den Markt bedienen können. Vielmehr sind schnelle, kostengünstige Verfahren, die bedarfsorientiert helfen, gefragt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wahlsatzung für die Vorstandswahl

Leitender Regierungsdirektor Hubert Friedrich, Bernkastel-Kues

1. Vorbemerkung

Mit den beiden Ministerratsbeschlüssen vom 28.03. und 20.11.1995 ist der Rahmen für die weitere Arbeit der Landeskulturverwaltung festgelegt worden. Dieser Rahmen besteht im Wesentlichen aus den drei Teilen,

1. Leitlinien „Ländliche Bodenordnung“
2. Organisationsreform
3. Bildung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften.

Mit dem zuletzt genannten Punkt soll eine „Entstaatlichung“ der Verwaltung und eine stärkere Trennung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten und hoheitlichen Aufgaben erreicht werden.

Bei der Gründungsversammlung des VTG am 02.09.1996 hat der damalige Minister Brüderle u. a. erklärt, dass die Bildung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften „... in Zukunft mehr Eigenständigkeit, mehr Selbstbestimmung und mehr Selbstverantwortung verspricht.“

Diese Ziele gelten selbstverständlich auch auf der Ortsebene der Kulturämter bzw. der einzelnen Teilnehmergeinschaft.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vorstandsmitglieder oft „zufällig“ gewählt werden und meist nur ein einziges Mal bei einem Bodenordnungsverfahren mitwirken. Die Fachleute der Kulturämter sollen sich daher aktiv darum bemühen, diese ehrenamtlichen Mitglieder der Teilnehmergeinschaften so zu befähigen, dass diese ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen können.

Die Bodenordnung wird immer eine Verbundlösung von hoheitlichen Entscheidungen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten sein - dies hat der Gesetzgeber so gewollt.

Es liegt aber letztendlich an uns, die möglichen Spielräume zu nutzen (Stichworte sind „aktivierende Verwaltung“, dezentrale Entscheidungskompetenz und kontinuierliche Bürgerbeteiligung).

2. Wahlordnung

Die Teilnehmergeinschaft entsteht bekanntlich mit dem Anordnungsbeschluss für das Bodenordnungsverfahren, funktionsfähig im tatsächlichen Sinne wird die Teilnehmergeinschaft erst mit der Wahl ihrer Vertretungsorgane in der Vorstandswahl. Diese Wahlhandlung ist die erste eigenständige Aktivität der Teilnehmergeinschaft.

Die Vorstandswahl (von der Einladung zur Wahlversammlung bis zum Abschluss der Wahlhandlung) ist selbst ein Gemisch aus Verwaltungsakten und Selbstentscheidungen der Teilnehmergeinschaft bzw. der Wahlversammlung (s. a. MARX in NLKV 8/1987, S. 55). Was liegt näher als die Verflechtungen aufzulösen und in einer „Handlungsanleitung“ zu strukturieren?

Eine Wahlsatzung nach § 18 Abs.3 FlurbG ist hierfür das richtige Konzept.

3. Vorteile einer Wahlsatzung

Mit dieser Wahlsatzung werden

- ☐ Die unterschiedlichen Entscheidungsbefugnisse zwischen Flurbereinigungsbehörde und Teilnehmergeinschaft geregelt,
- ☐ die Vorstandswahlen auf ein rechtlich sicheres Fundament gestellt,
- ☐ die Wahlhandlungen sicher vorbereitet und zügig durchgeführt,
- ☐ häufig auftretende Fragen der Wahlversammlung vorab geklärt,
- ☐ Verwaltungsaufwand und Kosten reduziert.

4. Ablauf

Der Entwurf der Wahlordnung liegt am Wahlabend als Tischvorlage vor. Es kann zweckmäßig sein, den Entwurf einer Wahlordnung bereits mit der Einladung zur Vorstandswahl bei der Gemeindeverwaltung auszulegen.

Am Wahlabend wird die Wahlordnung in einer Power-Point-Präsentation erläutert. Diese Präsentation ersetzt den sonst üblichen Informations- und Aufklärungsvortrag.

Die wichtigste Entscheidung der Flurbereinigungsbehörde ist die Festlegung der **Anzahl** der Vorstandsmitglieder (§ 21 Abs. 1 Satz 2 FlurbG), die wichtigste Entscheidung der Wahlversammlung ist die **Zusammensetzung** des Teilnehmersvorstandes (Aufteilung der Sitze nach Besitzgruppen, nach Gemarkungen oder Gemeinden usw.). Beide Entscheidungen sollten nicht erst am Wahlabend, sondern bereits in der Moderationsphase möglichst einvernehmlich geklärt werden.

Die Wahlordnung wird in der Wahlversammlung beschlossen und von der Flurbereinigungsbehörde genehmigt. Sie bildet dann die Grundlage für die eigentliche Wahlhandlung.

Nach Abschluss der Wahlhandlung ersetzt die Wahlsatzung mit den Wahlergebnissen die Sitzungsniederschrift.

Die nachfolgende Wahlsatzung basiert auf einem Entwurf aus Baden-Württemberg. Dieser Entwurf wurde unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung und der verfügbaren Fachliteratur überarbeitet und an die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz angepasst.

5. Muster

Satzung der Teilnehmergeinschaft _____ über das Verfahren bei der Wahl des Vorstandes (§ 18 Abs. 3 FlurbG)

Die nachfolgende Satzung wird von den in der Versammlung anwesenden Teilnehmern (das sind die Grundstückseigentümer und die Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke) mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen.

Die Satzung bedarf der Genehmigung der Flurbereinigungsbehörde.

§ 1 Wahlversammlung

- (1) Die Flurbereinigungsbehörde hat die Teilnehmer durch öffentliche Bekanntmachung vom _____ eingeladen (§ 21 Abs. 2 FlurbG).

- (2) Die in der Teilnehmersversammlung anwesenden wahlberechtigten Teilnehmer des Flurbereinigungsverfahrens _____ bilden die Wahlversammlung. Die Wahlversammlung ist unabhängig von der Anzahl der erschienenen Teilnehmer beschlussfähig.

§ 2 Wahlleitung

- (1) Die Flurbereinigungsbehörde leitet die Wahl (§ 21 Abs. 2 FlurbG).
- (2) Der Versammlungsleiter ist zugleich Wahlleiter.

§ 3 Wahlberechtigung

- (1) Wahlberechtigt sind alle Teilnehmer im Sinne von § 10 Nr. 1 FlurbG. Dies sind die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke sowie die Erbbauberechtigten.
- (2) Die Teilnehmer können sich durch Bevollmächtigte mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.
- (3) Jeder Anwesende hat nur eine Stimme, auch wenn er als Alleineigentümer und als Miteigentümer oder als Bevollmächtigter für andere Besitzstände legitimiert ist.
- (4) Gemeinschaftliche Eigentümer (Eigentümer nach Bruchteilen oder Gesamthandseigentümer) gelten als **ein (1)** Teilnehmer. Daher steht einer Eigentümergemeinschaft auch **nur ein (1)** Wahlrecht zu. Die gemeinschaftlichen Eigentümer müssen sich auf **eine** Person einigen, die das **eine** Wahlrecht für die Eigentümergemeinschaft ausübt.
- (5) Die juristischen Personen werden durch die in den Gesetzen vorgesehenen Organe vertreten.
- (6) Jeder Wahlberechtigte hat sich in eine Anwesenheitsliste einzutragen. Mit seiner Unterschrift versichert der Wahlberechtigte, dass er als Teilnehmer oder als Bevollmächtigter eines Teilnehmers wahlberechtigt ist.

§ 4 Sitzverteilung

- (1) Aufgrund der Festsetzung der Flurbereinigungsbehörde (§ 21 Abs. 1 Satz 2 FlurbG) besteht der Vorstand der Teilnehmergeinschaft aus _____ Mitgliedern. Für jedes Vorstandsmitglied wird ein Stellvertreter gewählt.

- (2) Der Vorstand der Teilnehmergemeinschaft soll sich wie folgt zusammensetzen:

_____ Mitglieder für die Gemeinde _____
oder die Gruppe _____

_____ Mitglieder für die Gemeinde _____
oder die Gruppe _____

_____ Mitglieder für die Gemeinde _____
oder die Gruppe _____

§ 5 Wahlvorschläge

- (1) Wahlvorschläge werden durch Zuruf in der Wahlversammlung eingereicht.
- (2) Wählbar sind alle volljährigen, voll geschäftsfähigen Personen, auch dann, wenn sie weder Beteiligte am Verfahren noch Einwohner einer betroffenen Gemeinde sind.
- (3) Es werden nur diejenigen Personen auf die Liste der Wahlvorschläge gesetzt, die im Falle der Wahl das Amt annehmen werden. Hierüber hat jeder vorgeschlagene Wahlbewerber vor der Wahl eine Erklärung gegenüber dem Wahlleiter abzugeben.
- (4) Bei der Benennung eines Wahlbewerbers ist öffentlich anzugeben, für welche Gemeinde oder Gruppe der Wahlbewerber kandidiert; eine Mehrfachbewerbung für verschiedene Gemeinden/Gruppen ist ausgeschlossen.
- (5) Der Wahlleiter schließt die Vorschlagsliste, danach eingehende Wahlvorschläge bleiben unberücksichtigt.

§ 6 Stimmrecht

- (1) Jeder anwesende Wähler hat nur eine Stimme. Wird in mehreren Wahlgängen gewählt, so hat der Wahlberechtigte für jeden Wahlgang eine Stimme.
- (2) Wird in mehreren Wahlgängen nach Gruppen gewählt (z. B. für die jeweilige Gemeinde oder eine andere Gruppenzusammensetzung), so darf jeder Wähler in allen Wahlgängen für alle Sitze wählen.
- (3) Bei jedem Wahlgang darf jeder Stimmberechtigte höchstens so viele Stimmen abgeben wie die Gesamtzahl der zu wählenden ordentlichen Vorstandsmitglieder in diesem Wahlgang beträgt.

- (4) Die gemeinschaftlichen Eigentümer (Eigentümer nach Bruchteilen oder Gesamthandseigentümer) müssen sich auf **eine** Person einigen, die die **eine** (gemeinsame) Stimme für die Eigentümergemeinschaft ausübt.

§ 7 Wahlausschuss

- (1) Für die Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss bestellt.
- (2) Der Wahlausschuss besteht aus 3 Personen.
- (3) Die Mitglieder des Wahlausschusses werden durch die Wahlversammlung nominiert und durch Handzeichen mit der Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen gewählt.

§ 8 Wahl

- (1) Gewählt wird durch Abgabe von Stimmzetteln in einem oder im Falle der Gruppenwahl in mehreren Wahldurchgängen.
- (2) Gewählt sind die Bewerber mit den höchsten auf sie abgegebenen Stimmenzahlen. Dabei sind die ordentlichen Vorstandsmitglieder diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen, die stellvertretenden Vorstandsmitglieder mit den folgenden Stimmenzahlen, alle übrigen sind Ersatzpersonen.
- (3) Bei Stimmengleichheit einigen sich die beiden Kandidaten oder es entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los.

§ 9 Gültigkeit der Stimmzettel

- (1) Ungültig sind die Stimmzettel, die mehr Kandidaten als die höchstzulässige Zahl enthalten oder demselben Bewerber mehrere Stimmen geben oder Zusätze (Bewertungen, Kommentare, Beleidigungen usw. ...) enthalten.
- (2) Ist aus dem Stimmzettel der eindeutige Wählerwille nicht erkennbar, so entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit des Stimmzettels. Der Wahlausschuss trifft die Entscheidung mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidung ist endgültig.

§ 10 Wahlgang

- (1) Der Wahlleiter eröffnet den Wahlgang. Er lässt

die von der Flurbereinigungsbehörde vorbereiteten amtlichen Stimmzettel durch den Wahlausschuss verteilen.

- (2) Nach Befragung der Wahlversammlung wird der Wahlvorgang durch den Wahlleiter geschlossen. Danach eingehende Stimmzettel werden nicht mehr zugelassen und als ungültig gekennzeichnet.

§ 11 Wahlergebnis

- (1) Die abgegebenen Stimmzettel werden durch den Wahlausschuss ausgezählt.
- (2) Der Wahlleiter gibt das Ergebnis bekannt. Im Falle der Gruppenwahl wird jedes Ergebnis für sich bekannt gegeben.
- (3) Mit Bekanntgabe des Wahlergebnisses befragt der Wahlleiter den gewählten Kandidaten, ob er das Amt annimmt. Mit der Annahme der Wahl ist die Wahl abgeschlossen.

- (2) Scheidet ein ordentliches Vorstandsmitglied aus dem Vorstand aus, so rückt an seine Stelle der Stellvertreter mit der höchsten Stimmenzahl; den Platz des bisherigen Stellvertreters nimmt durch Nachrücken die Ersatzperson mit der höchsten Stimmenzahl aus dieser Gruppe ein.
- (3) Ist der Vorstand nicht mehr ergänzbar, weil kein Stellvertreter bzw. Nachrücker mehr vorhanden ist, so hat die Teilnehmerversammlung die erforderliche Nachwahl spätestens dann vorzunehmen, wenn der Vorstand nicht mehr beschlussfähig ist (§ 26 Abs. 2 FlurbG).

Die vorstehende Satzung wurde von der Teilnehmerversammlung am _____ beschlossen. Die Stimmabgabe erfolgte durch Handzeichen.
Beschluss:

_____ dafür
_____ dagegen
_____ Enthaltungen

§ 12 Stellvertretung und Nachrücken

- (1) Das Vorstandsmitglied der jeweiligen Gemeinde/Gruppe mit der höchsten Stimmenzahl wird durch den ersten Stellvertreter (ebenfalls mit der höchsten Stimmenzahl) vertreten, das Vorstandsmitglied mit der zweithöchsten Stimmenzahl wird durch den Stellvertreter mit der zweithöchsten Stimmenzahl vertreten usw. Bei Stimmengleichheit einigen sich die Kandidaten oder es entscheidet das durch den Wahlleiter zu ziehende Los.

Genehmigungsvermerk:

Die von der Teilnehmerversammlung beschlossene Satzung wird hiermit von der Flurbereinigungsbehörde genehmigt.

(Ort/Datum)

(Unterschrift)

Wer beerbte Edwin Lang?

Die Ermittlung der Beteiligten in Flurbereinigungsverfahren

Birgit Vogel, Wolfgang Schreiber, Thüringen

10 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung stellen die zur Zeit 116 angeordneten Flurbereinigungsverfahren eine der Säulen der Landentwicklung in Thüringen dar. Dabei stehen neben der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft die Auflösung von Landnutzungskonflikten und die Gestaltung

des ländlichen Umfeldes im Mittelpunkt des Interesses. Durch die Anordnung von Unternehmensflurbereinigungsverfahren werden des Weiteren infrastrukturelle Maßnahmen insbesondere im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit unterstützt und umgesetzt.

Obwohl die Aufgabenstellung der Flurbereinigung durch den Gesetzgeber zwischenzeitlich erweitert wurde, um

- ☐ eine Stabilisierung wettbewerbsfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu erleichtern,
- ☐ die Infrastruktur kleinerer Gemeinden und die Voraussetzungen zur Entwicklung ländlicher Gebiete zu verbessern,
- ☐ den Ausbau einer umwelt- und marktgerechten Landwirtschaft sowie die Förderung durch den EU-Strukturfonds zu unterstützen,
- ☐ den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege besser Rechnung zu tragen und
- ☐ eine dem Allgemeinwohl entsprechende und einem friedlichen Miteinander förderliche Entflechtung in den ländlichen Räumen zu verwirklichen,
- ☐ haben sich die verfahrensrechtlichen Vorschriften zur Durchführung der Flurbereinigungsverfahren im wesentlichen nicht geändert.

So sind als Grundlage für die Ordnung der rechtlichen Verhältnisse einschließlich der Wahrung der öffentlichen Interessen bei der Neugestaltung des Verfahrensgebietes von den Flurneuordnungsämtern als Flurbereinigungsbehörde die Beteiligten zu ermitteln. Ziel dieser sogenannten Legitimation ist neben der Feststellung der Beteiligten die Ermittlung ihrer Anschriften, damit die Flurneuordnungsämter die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung auch umsetzen können.

Bei den Beteiligten in Flurbereinigungsverfahren handelt es sich nach der gesetzlichen Definition um die Teilnehmer und die Nebenbeteiligten. Teilnehmer sind die Eigentümer der zum Verfahrensgebiet gehörenden Grundstücke sowie die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten. Da in den neuen Bundesländern die Eigentümer von selbständigem Gebäude- und Anlageneigentum eine ähnlich starke Rechtsstellung bezüglich der Grundstücke besitzen wie die Eigentümer, werden sie in Thüringen bei der Bearbeitung der Verfahren diesen gleichgestellt und als Teilnehmer behandelt. Als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Beteiligten sind die Eintragungen im Grundbuch maßgebend. Hierbei werden die Flurneuordnungsämter in den neuen Bundesländern aufgrund der spezifischen Grundbuchsituation jedoch oftmals mit Schwierigkeiten konfrontiert, die in diesem Maße in den alten Bundesländern nicht vorliegen.

In den alten Bundesländern wurde nach dem Zweiten Weltkrieg der Grundstücksverkehr in der Regel ohne wesentliche Einschränkungen fortgeführt. Die Bedeutung des Bodeneigentums blieb erhalten, so dass die Eigentümer selbst Interesse daran hatten, die Grundbücher auf dem laufenden Stand zu halten. Ergänzt wurde dies durch Bemühungen der Grundbuchämter, die Grundbücher zumindest bei Neueintragungen auf Maschinenschrift umzustellen, und durch interne Anweisungen, nach denen Erbscheine automatisch dem Grundbuchamt zur Berichtigung des Grundbuches vorzulegen waren. In Einzelfällen gab und gibt es zwar immer noch Grundbuchblätter, deren Eintragungen auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgehen und bei denen der Eigentümer nicht direkt aus dem Grundbuch ersichtlich ist. Insgesamt gesehen bieten die Grundbücher im Vergleich zu denen in den neuen Bundesländern jedoch fast optimale Bedingungen für eine reibungslose und zeitnahe Legitimation der Beteiligten.

Im Gegensatz dazu haben die Flurbereinigungsbehörden in Thüringen diesbezüglich immer noch mit extremen Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch die Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Nachkriegszeit bedingt sind. Die Enteignung und Umverteilung des Bodens in der Bodenreform ging mit der teilweisen Vernichtung der alten Grundbücher, günstigstenfalls mit der heute wieder reproduzierbaren Schwärzung der Eintragungen einher. Die nachfolgende Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, das durch die Entwicklung des LPG-Gesetzes den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeräumte umfassende, dauernde und unentgeltliche Nutzungsrecht sowie die Funktionsgebundenheit des persönlichen Eigentums nach dem Zivilgesetzbuch der DDR führte zu einer stark eingeschränkten Wirtschafts- und Verkehrsfähigkeit des Grundeigentums. Grund und Boden, der in Privateigentum stand, stellte keinen nennenswerten Vermögenswert mehr dar. Entsprechend gering war das Interesse der Grundstückseigentümer an der Berichtigung der Grundbücher. Hieraus resultiert der Umstand, dass in vielen Gemarkungen ein großer Teil der Grundbücher noch den Stand vor dem Zweiten Weltkrieg, in manchen Fällen sogar noch den Stand Anfang des vergangenen Jahrhunderts aufweist.

Hierbei stellt sich häufig heraus, dass die Grundbucheintragungen nicht mehr zutreffend sind, weil der eingetragene Eigentümer seit längerem verstorben ist und das Grundbuch nicht auf die Erben umgeschrieben worden ist.

Auch wenn die Grundbuchämter inzwischen mit aller Kraft und auch mit Erfolg an der Bereinigung der Grundbücher arbeiten, werden die Flurneuordnungsämter auf noch nicht absehbare Zeit mit einem Legitimationsaufwand zu kämpfen haben, der den in den Altbundesländern um ein Vielfaches übersteigt. Erbgemeinschaften über drei oder

vier Generationen mit einer kaum übersehbaren Anzahl von Erben sind dabei keine Seltenheit.

Das nachfolgende Beispiel einer Erbfolge aus dem Flurbereinigungsverfahren Böseckendorf soll dies verdeutlichen. Namen und Geburtsdaten wurden aus Gründen des Datenschutzes geändert.

Erblasser: Edwin Lang, 51 Jahre alt, verstorben 17.10.1899 in Böseckendorf

Erben:

- Ehefrau Erna Lang, geb. Kern, geb. 15.07.1852, gest. 17.07.1942 in Böseckendorf zu 1/7
- Tochter Anna Maria Weber geb. Lang, geb. 02.10.1874, gest. 08.06.1954 in Gerbersdorf zu 1/7
- Sohn Karl Lang, geb. 06.06.1878, gest. 14.09.1916 in Metz zu 1/7
- Tochter Elli Clara Lang, ledig, geb. 01.05.1881, gest. 14.08.1954 in Worbis zu 1/7
- Sohn Anton Lang, geb. 10.12.1882, gest. 19.01.1952 in Worbis zu 1/7
- Sohn Johann Lang, geb. 10.09.1887, gest. 18.06.1959 in Duderstadt zu 1/7
- Tochter Paula Kessler geb. Lang, geb. 13.08.1886, gest. 03.06.1975 in Duderstadt zu 1/7

Erben zu Nr. 3 (gestorben 1916):

Nr. 1 zu 1/2

Nr. 2, 4, 5, 6 und 7 zu je 1/10

Erbe zu Nr. 1 (gestorben 1942):

Nr. 5

Erbe zu Nr. 5 (gestorben 1952):

Nr. 7.1 Fritz Kessler, Waldstr. 24, Duderstadt

Erben zu Nr. 2 (gestorben 1954):

- a) Ehemann Franz Weber, geb. 13.02.1869, gest. 13.12.1954 in Gerbersdorf zu 1/4
- b) Sohn Alfons Weber, geb. 30.07.1907, gest. 24.02.1989 in Gerbersdorf zu 3/4

Erbe zu 2.1: Nr. 2.2

Erbe zu 2.2

- Sohn Josef Weber, geb. 07.05.1932 in Gerbersdorf, Hauptstr. 27, Gerbersdorf

Erben zu Nr. 4 (gestorben 1954):

Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 2.2 zu je 1/3

Erbe zu Nr. 6 (gestorben 1959):

Nr. 7 und Nr. 2.2 zu je 1/2

Erbe zu Nr. 7 (gestorben 1975):

- Sohn Fritz Kessler, Waldstr. 24, Duderstadt

(Die Erben wurden an Hand von Erbscheinen oder eröffneten Testamenten ermittelt)

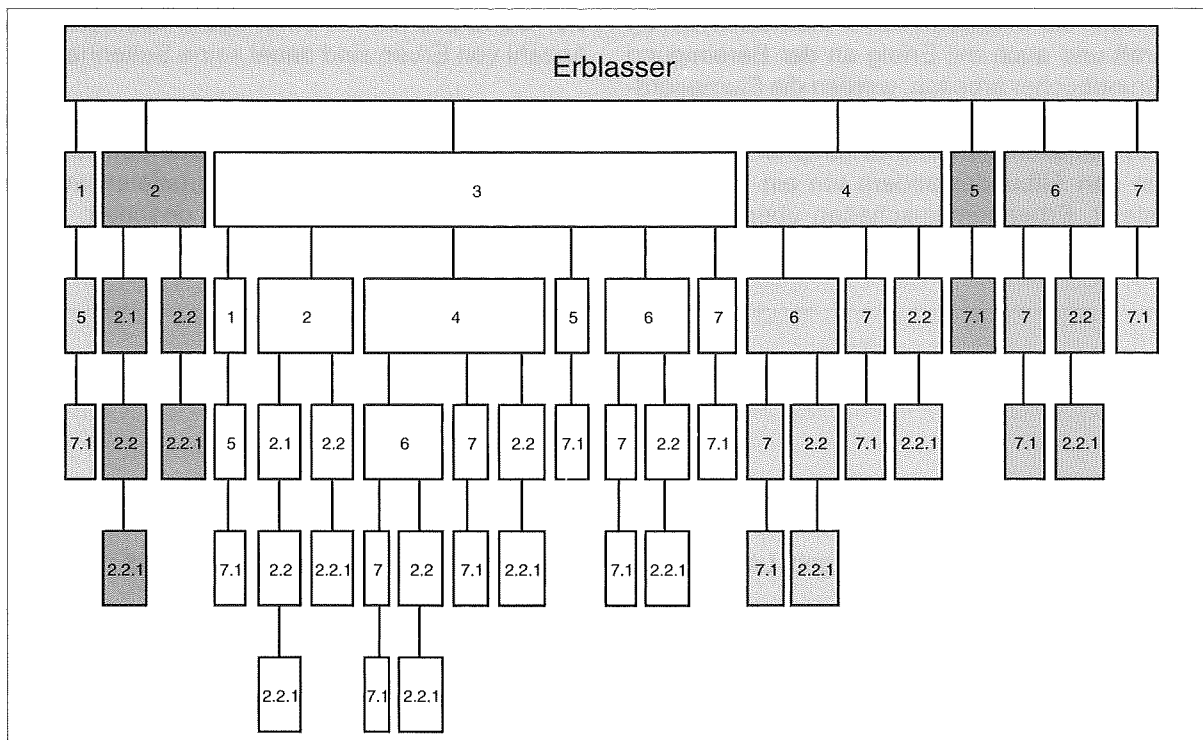


Abb. 1: Erbfolgeschema

Die Arbeit der Flurneuordnungsämter in dem Bereich der Eigentümerermittlung kann auf zweierlei Art dazu führen, geordnete rechtliche Verhältnisse zu schaffen und wertvolle Unterstützung bei der Bereinigung der Grundbücher zu leisten.

- ☐ In vielen Fällen stehen die Größe und der Wert des betroffenen Grundstückes in keinem Verhältnis mehr zu der Größe der Anteile der zahlreichen Erben einer Erbengemeinschaft. Dementsprechend gering ist das Interesse der Erben, das Eigentum an Grundstücksanteilen, die nur eine geringe Fläche aufweisen, zu behalten. Hier hat die Erbengemeinschaft im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens nach § 52 FlurbG die Möglichkeit, auf eine Abfindung in Land zu verzichten und anstelle dessen die Geldabfindung zu wählen, was für diese Teilnehmer oft eine attraktive Lösung ist. Hierdurch können die Eigentumsverhältnisse wirkungsvoll neu geordnet werden, da der Landabzug der anderen Teilnehmer geringer gehalten werden kann und das Grundbuch nachher den tatsächlichen Rechtsverhältnissen entspricht.
- ☐ Die Flurneuordnungsämter sind auf Grund ihrer Fachkenntnis und dadurch, dass andere Behörden und Dienststellen gesetzlich verpflichtet sind, ihnen Amtshilfe zu leisten, dafür prädestiniert, Erbenermittlungen durchzuführen und zu bündeln. Auch wenn ihnen keine rechtliche Möglichkeit zur Verfügung steht, nach erfolgrei-

cher Erbenermittlung um Berichtigung des Grundbuches zu ersuchen, können sie den Erben durch Bereitstellung der Unterlagen Hilfestellung leisten, damit diese selbst das Berichtigungsersuchen stellen können.

Sind in dem beschriebenen Fall die grundbuchlich nicht eingetragenen Erben trotz intensiver Bemühungen der Flurneuordnungsämter nicht zu ermitteln, bietet das Flurbereinigungsgesetz die Möglichkeit, zur Beschleunigung und Fortführung des Verfahrens eine Person zur Wahrnehmung der das Grundstück betreffenden Interessen zu bestellen.

Hierzu beantragen die Flurneuordnungsämter bei den Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten die Bestellung eines Vertreters. Dieser ist nun für die Flurneuordnungsämter Ansprechpartner. Die Verwaltung ist aber auch nach erfolgter Vertreterbestellung weiterhin verpflichtet, die Erbenermittlung fortzuführen, was nachfolgende Erwägungen veranschaulichen.

Die Vertreterbestellung kann zwar insbesondere bei den am Verfahrensbeginn notwendigen Schritten, z.B. der Wertermittlung oder der Herstellung des Baurechts für geplante Baumaßnahmen, sehr effektiv eingesetzt werden, kann aber unter finanziellen Aspekten im weiteren Verlauf des Verfahrens nicht als endgültige Lösung angesehen werden.

So fallen die zur Durchführung der Flurbereinigung erforderlichen Ausführungskosten den Teilnehmern zur Last. Zwar werden die Ausführungskosten zum überwiegenden Teil mit öffentlichen Zuwendungen finanziert, der danach verbleibende Anteil ist allerdings von den Teilnehmern als Eigenleistung aufzubringen und nach dem Wert der neuen Grundstücke von allen Teilnehmern zu zahlen. Da unbekannte Eigentümer nicht zur Zahlung herangezogen werden können, sind diese Beiträge ebenfalls auf die übrigen Teilnehmer umzulegen. Eine Anforderung der Beiträge von den Vertretern ist nicht möglich, da die Beitragsschuld auf den Grundstücken lastet und die Vertreter damit nicht persönlich haften.

Daraus ergibt sich zwangsläufig die Forderung, dass die Flurneuordnungsämter zwar zur zügigen Durchführung des Verfahrens von der Vertreterbestellung Gebrauch machen können, andererseits aber auch in diesen Fällen versucht werden muss, die aus dem Grundbuch nicht direkt ersichtlichen derzeitigen Eigentümer zu ermitteln.

Mit der aufwendigen und sorgfältigen Ermittlung der aktuellen Eigentumssituation an Grundstücken, die Gegenstand eines Flurbereinigungsverfahrens sind, leisten die Thüringer Flurneuordnungsämter neben ihrer Aufgabe der Neuordnung des Grund und Bodens einen wichtigen Beitrag zur Ordnung der rechtlichen Verhältnisse in Thüringen.

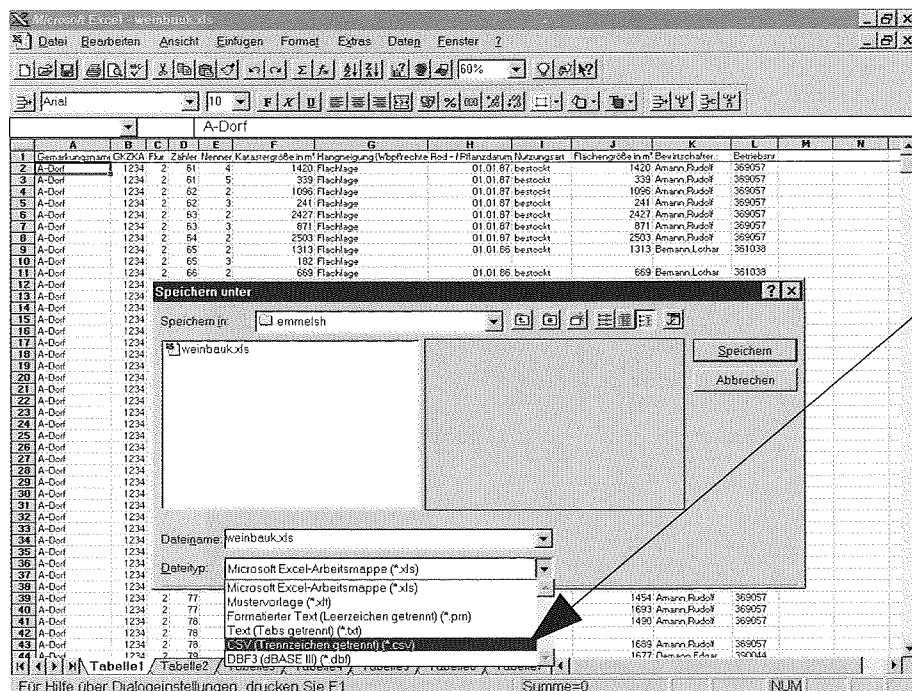
REDAS/GRIBS

Erstellen von Bewirtschafterkarten zur AEP und Bodenordnung

Hauptsekretär Ulrich Kullmer und Vermessungsrat Gerald Walther, Worms

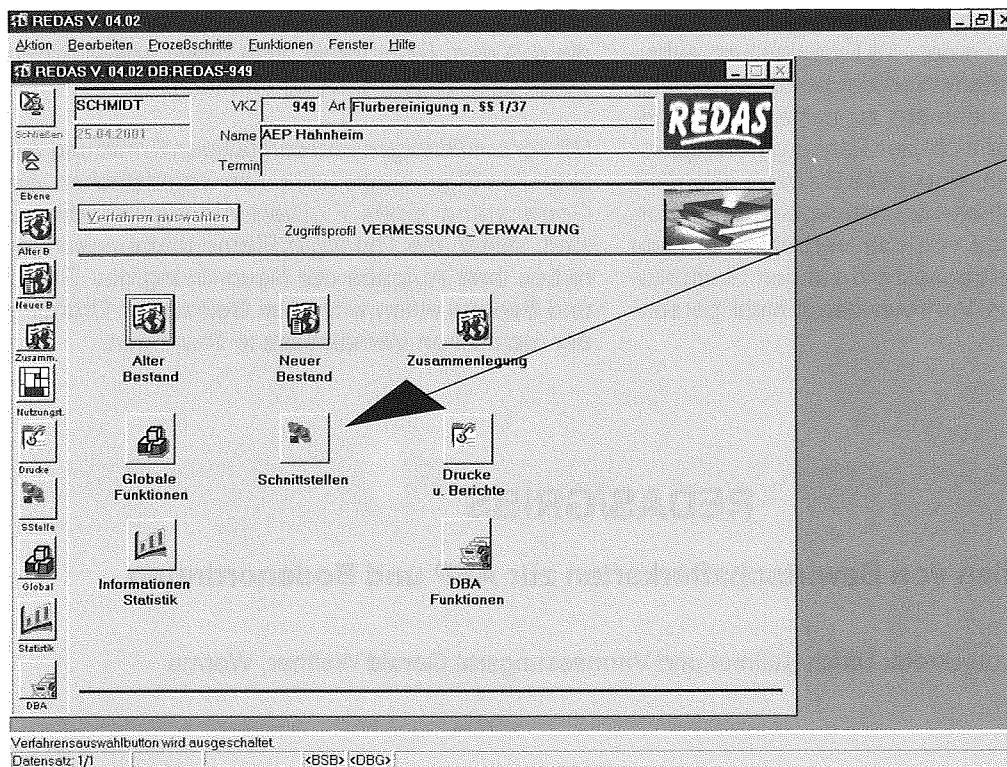
Schritte in Excel

Flurstücke erfassen analog zu beiliegendem Beispiel „weinbau.xls“ z. B. soweit möglich aus EU-Weinbaukartei oder landwirtschaftlicher Betriebsdatenbank erstellen, falls dies nicht möglich ist „Handerfassung“ anschließend in EXCEL als „csv-Datei“ abspeichern.

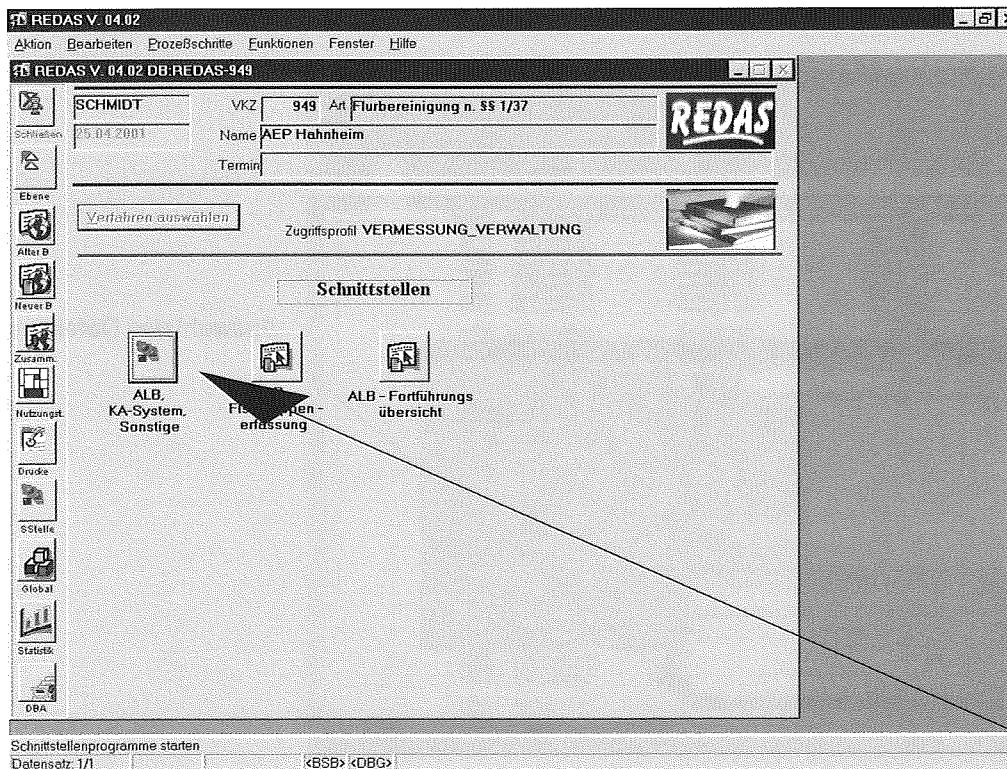


Diese Datei anschließend im entsprechenden Verzeichnis für REDAS unter G:\a\lg\lp???\\redas\extern unter dem Namen „weinbau.csv“ abspeichern.

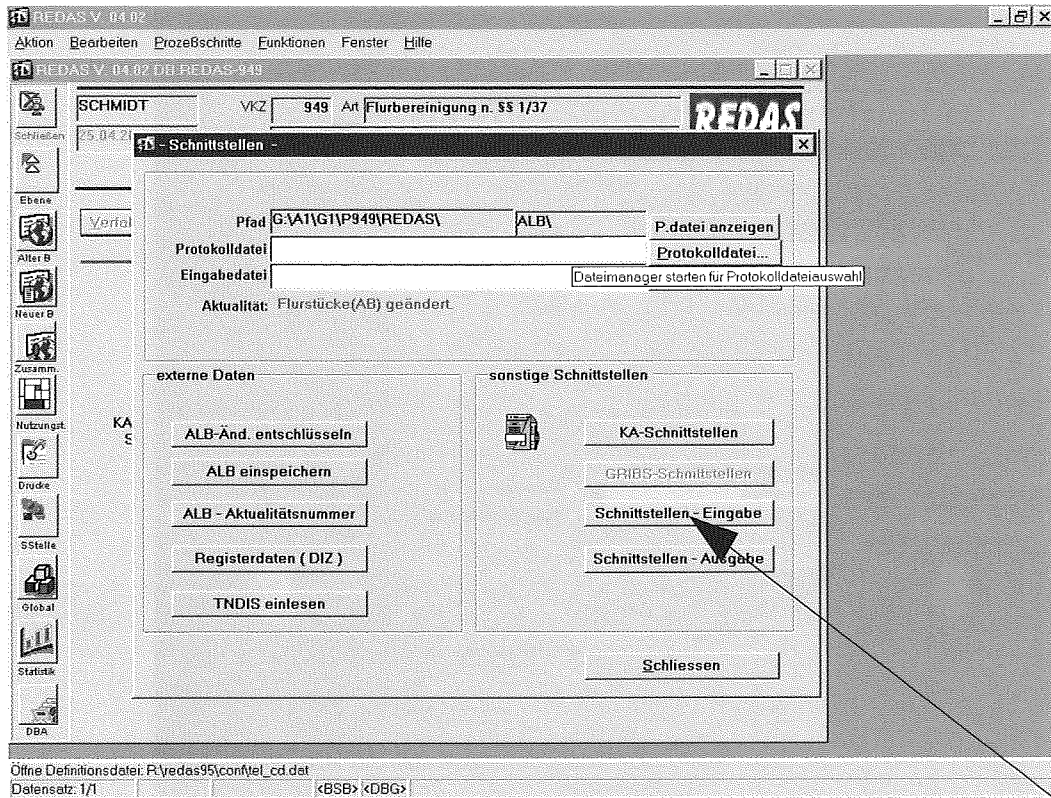
Schritte in REDAS



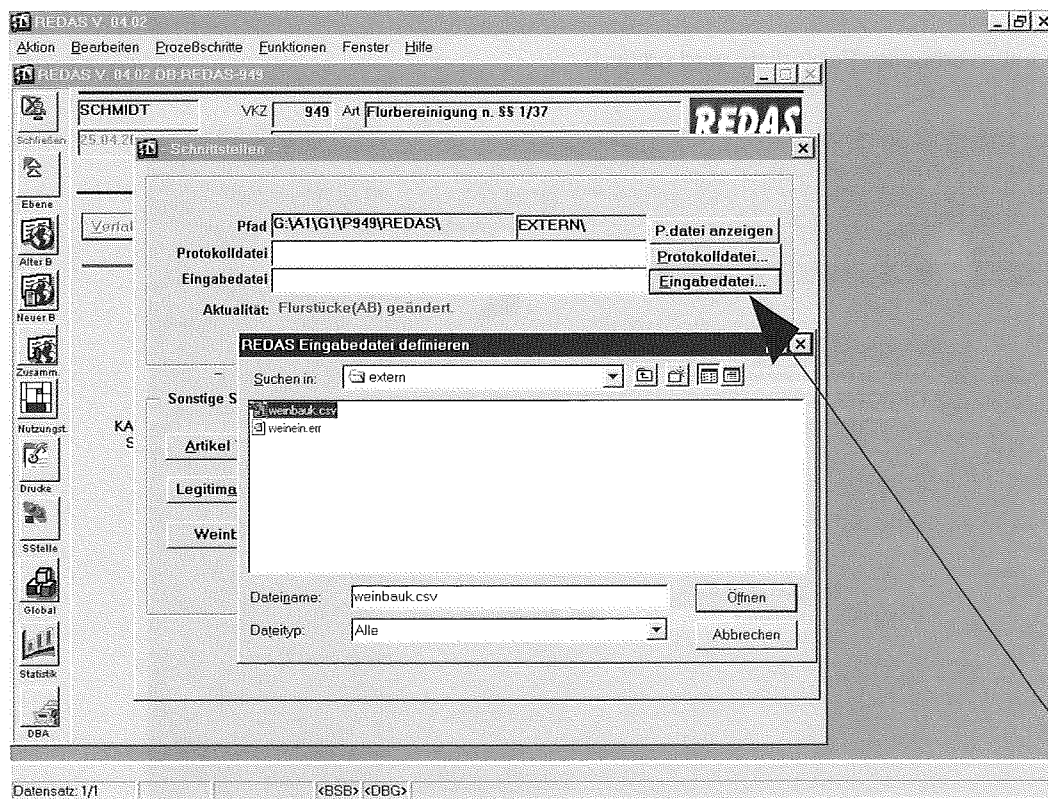
Icon
„Schnittstelle“



Icon
„ALB, KA-System,
Sonstige“

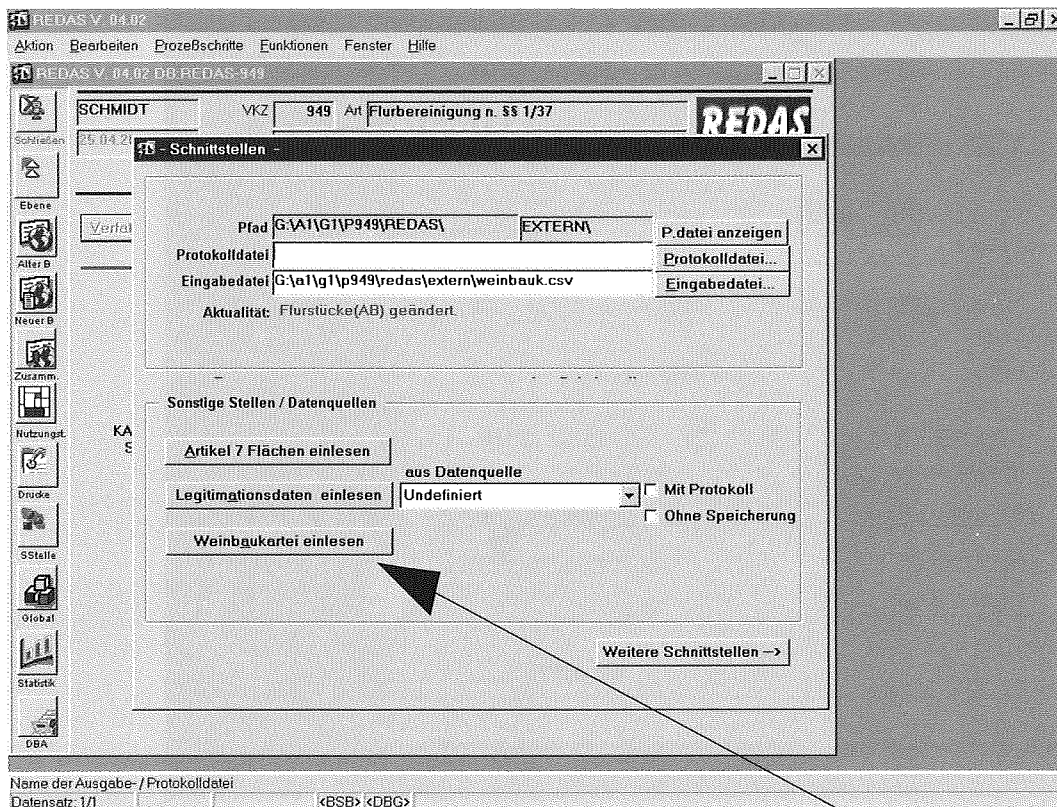


Icon
„Schnittstellen-Eingabe“



Icon
„Eingabedatei“

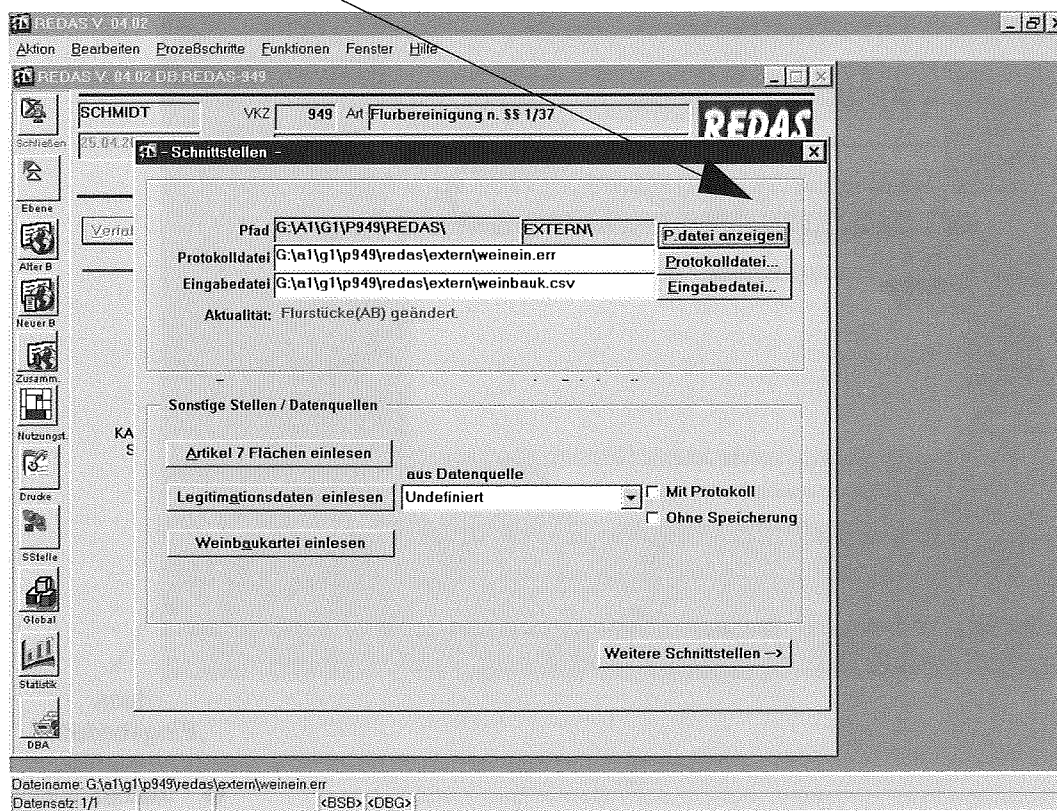
→ weinbauk.csv

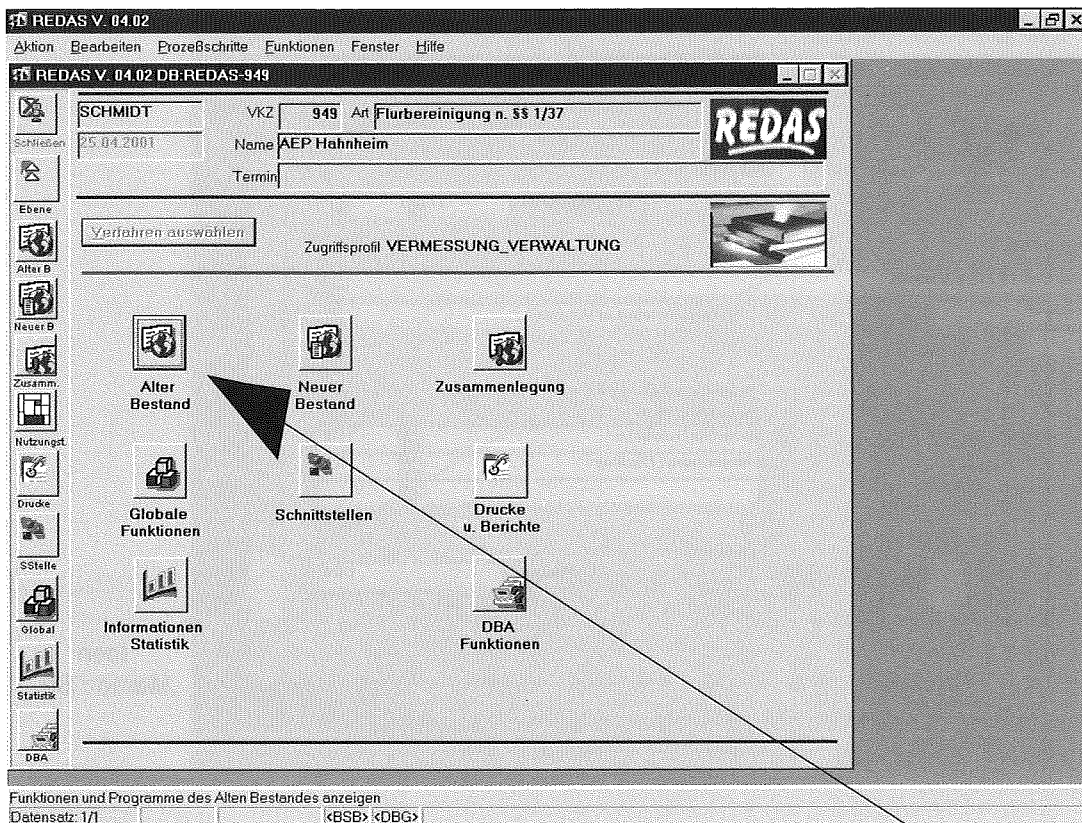


Icon
„P.datei anzeigen“

Icon
„Weinbaukartei
einlesen“

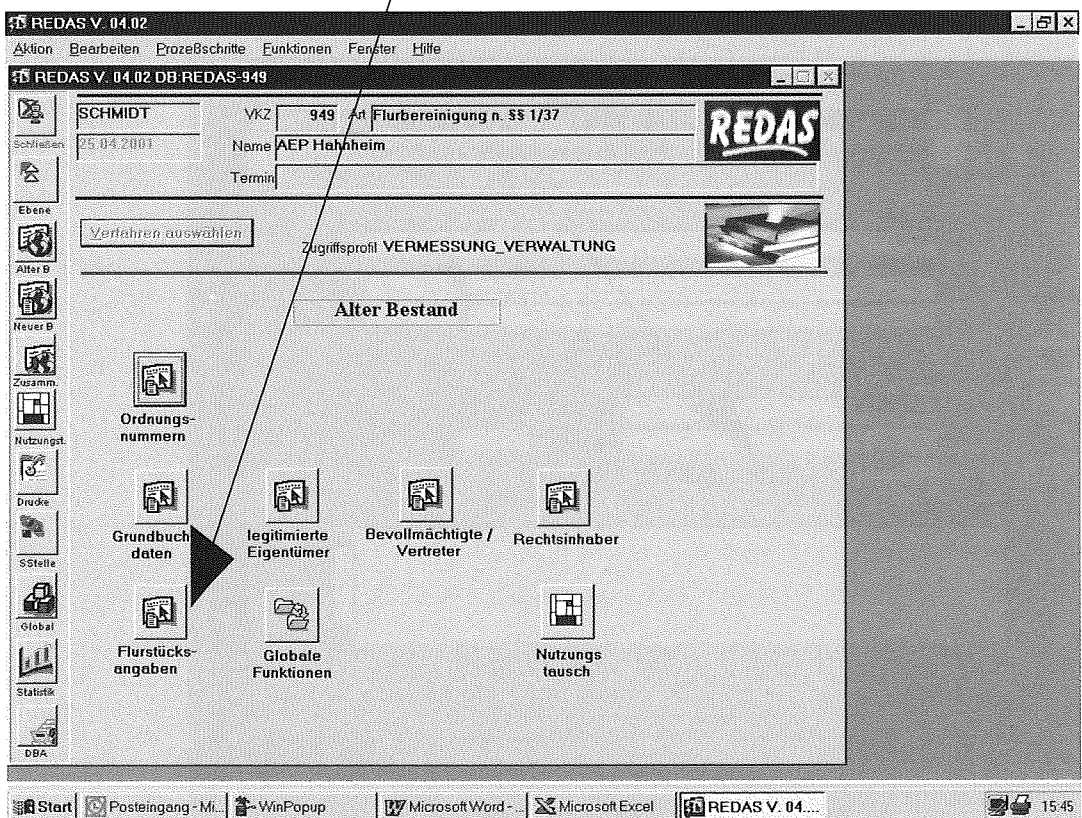
Protokolldatei mit eventueller Fehlerliste wird editiert





Icon
„Alter Bestand“

Icon
„Flurstücksangaben“



REDAS V. 04.02

Aktion Bearbeiten Daten Abfrage Funktion Fenster Hilfe

AB Flurstücke [3640-2-61/4]-949

Memo / Str. Version Abschn./Pacht... \$ 48/52 FlurbG Wes.Best... Grdb./Onr. Suchen ...

Umnummer. Sonderung Historie Summen...

Flurstücksbeginn

Vkz 949 Land Rheinland-Pfalz Gem. 3640 HAHNHEIM

Flur 2 Flurstücksnummer 61 / 4

Flurstücksangaben

Lage SAND UND LETTENGEGANN

Karte 45.4426 D Status Beteiligt im Verfahren

Block

Optionen

☐ "blau" gesondertes Flurstück

☐ Geometrie in GRIBS gespeichert

Hinweise zum Flurstück

Besonderer Vermerk Anteil (m²)

Bestockte Rebfläche 1420

Hangneigung (Flachlage) 1420

Fläche/Wert

Fläche m² 1420

Flurstückswert

Anzeige der Flurstücke der VKZ 949

Datensatz: 1/7 <BSB> <DBG>

Icon „Memo / Str.“

REDAS V. 04.02

Aktion Bearbeiten Daten Abfrage Funktion Fenster Hilfe

AB Flurstücke [3640-2-61/4]-949

Memo / Str. Version Abschn./Pacht... \$ 48/52 FlurbG Wes.Best... Grdb./Onr. Suchen ...

Umnummer. Sonderung Historie Summen...

Flurstücksbeginn

Vkz 949

Flurstücksangaben

Lage SAND UND LETTENGEGANN

Karte 45.4426 D

Block

Optionen

☐ "blau" gesondertes Flurstück

☐ Geometrie in GRIBS gespeichert

Lagebezeichnungen

Weinlage Knopf

Strassennamen Hausnr.

Organisationsdaten

Finanzamt MAINZ-SÜD

Baukast Betriebsnummer 369057 Blatt

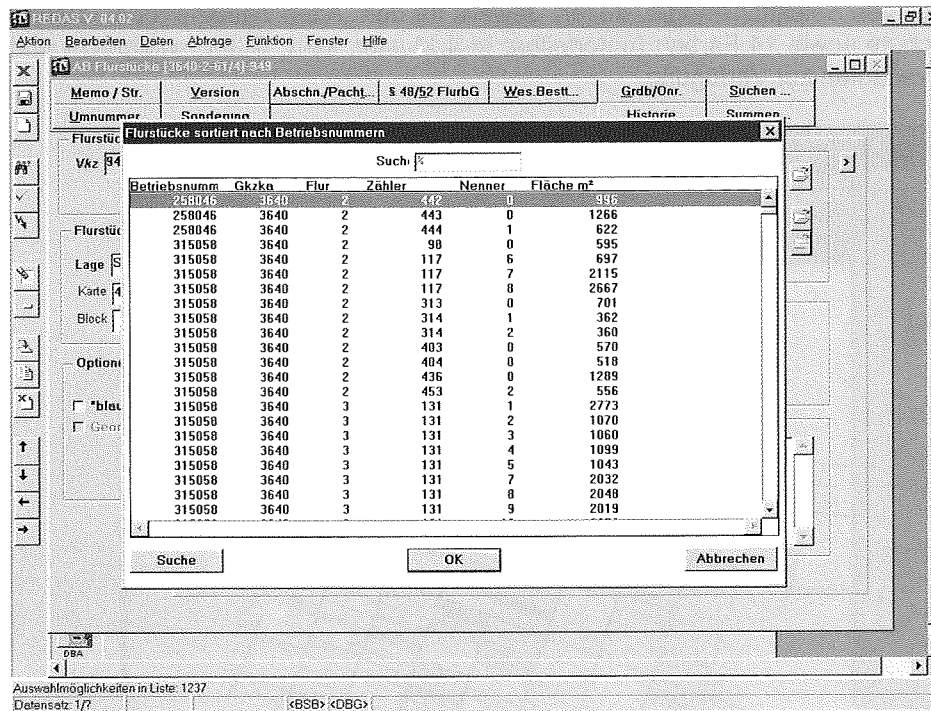
Betriebsnr. + Flst. anzeigen

Anmerkungen

Icon „Betriebsnummer + Flurstück anzeigen“

Name des Finanzamtes

Datensatz: 1/7 <BSB> <DBG>

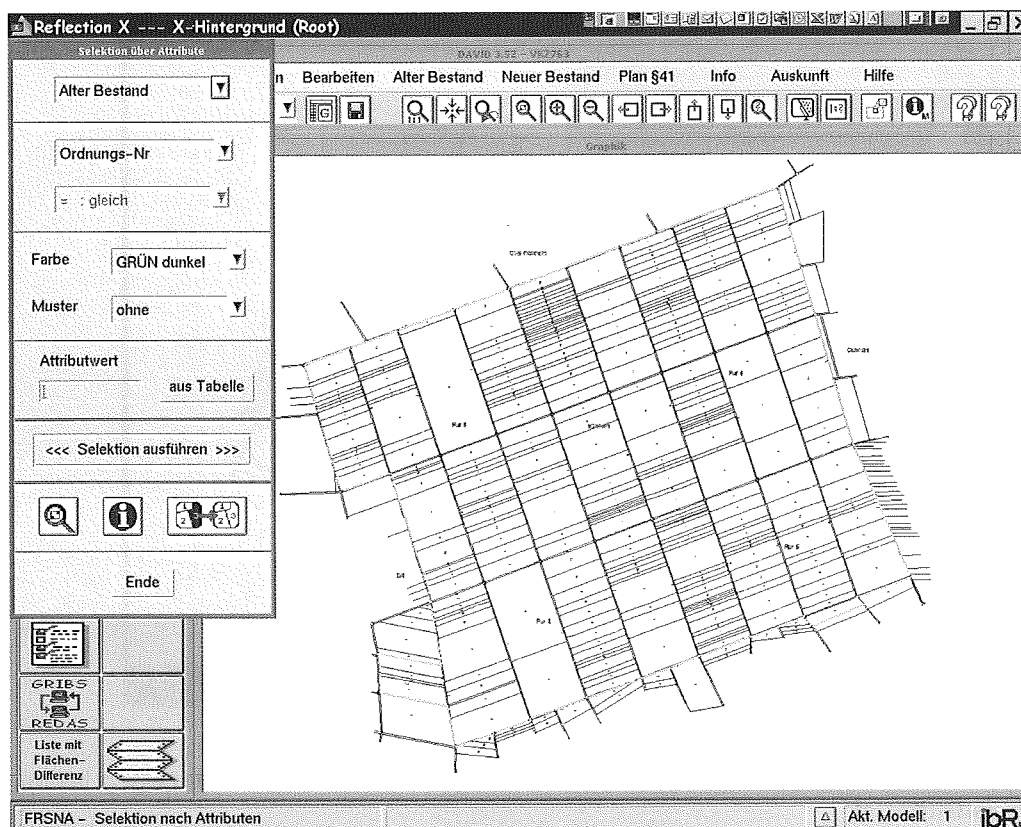


Anzeige „Flurstücke
sortiert nach
Betriebsnummern“

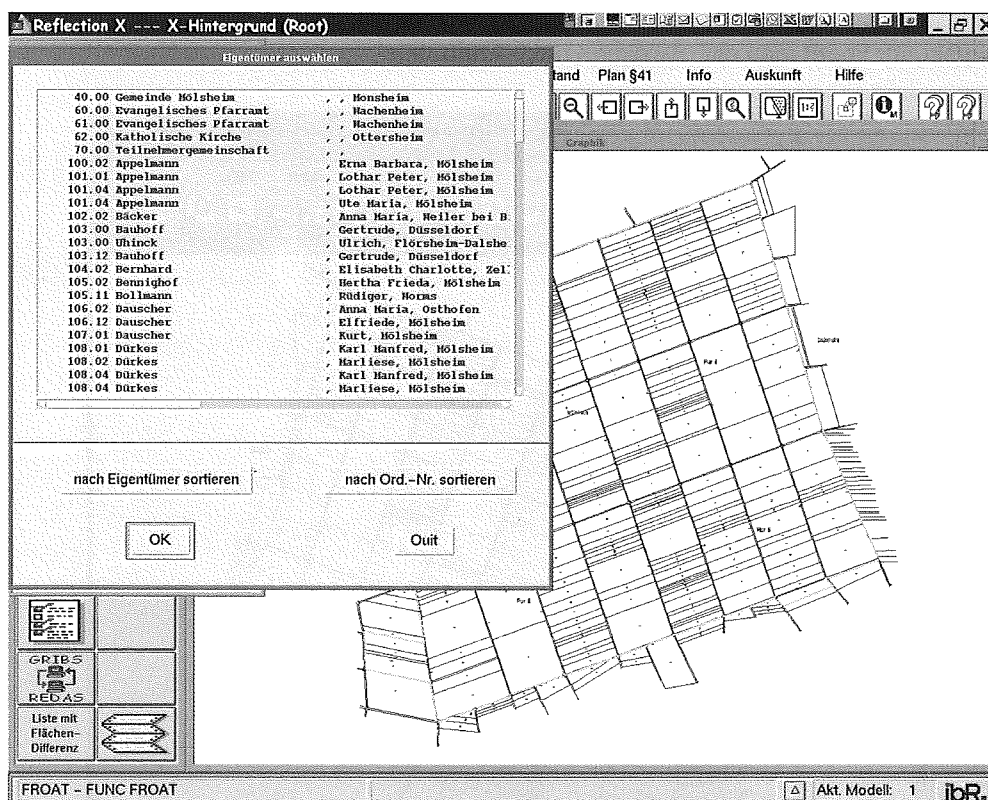
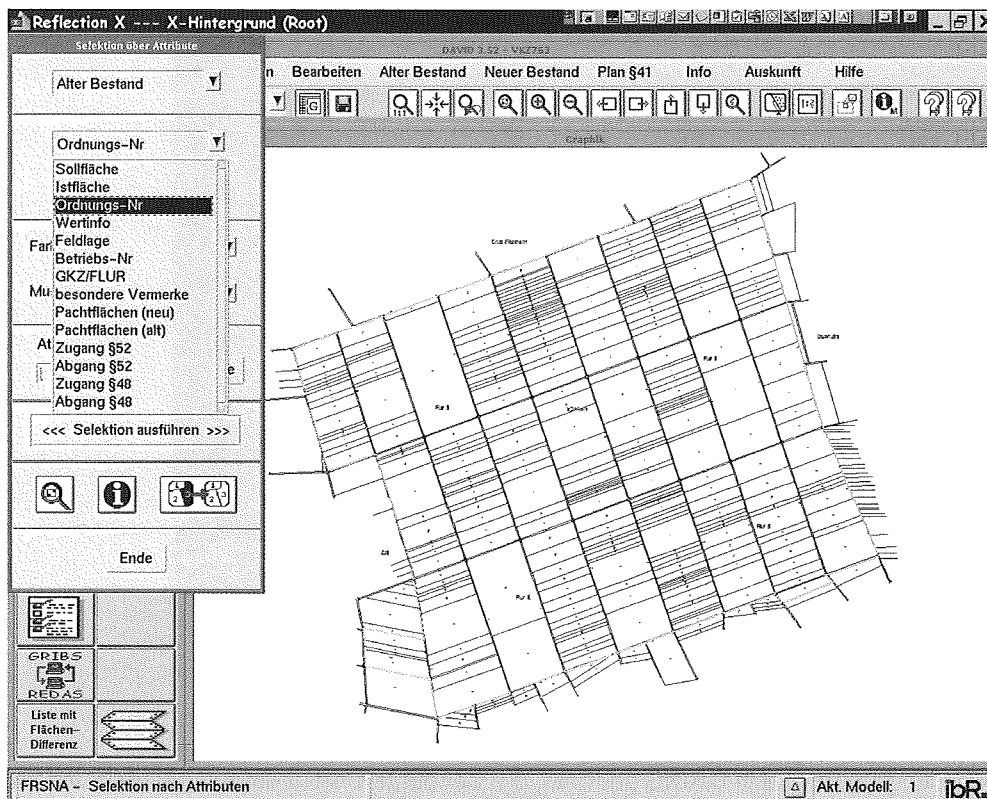
Schritte in GRIBS

Das benötigte Verfahren wird in GRIBS geöffnet, der benötigte Datenbestand geladen und im **Modell 1** sowie im Menü „Alter Bestand“ die Flurstücke und Gebäude eingelesen.

Im Menü „Auskunft“ findet man die „Selektion nach Attributen“.

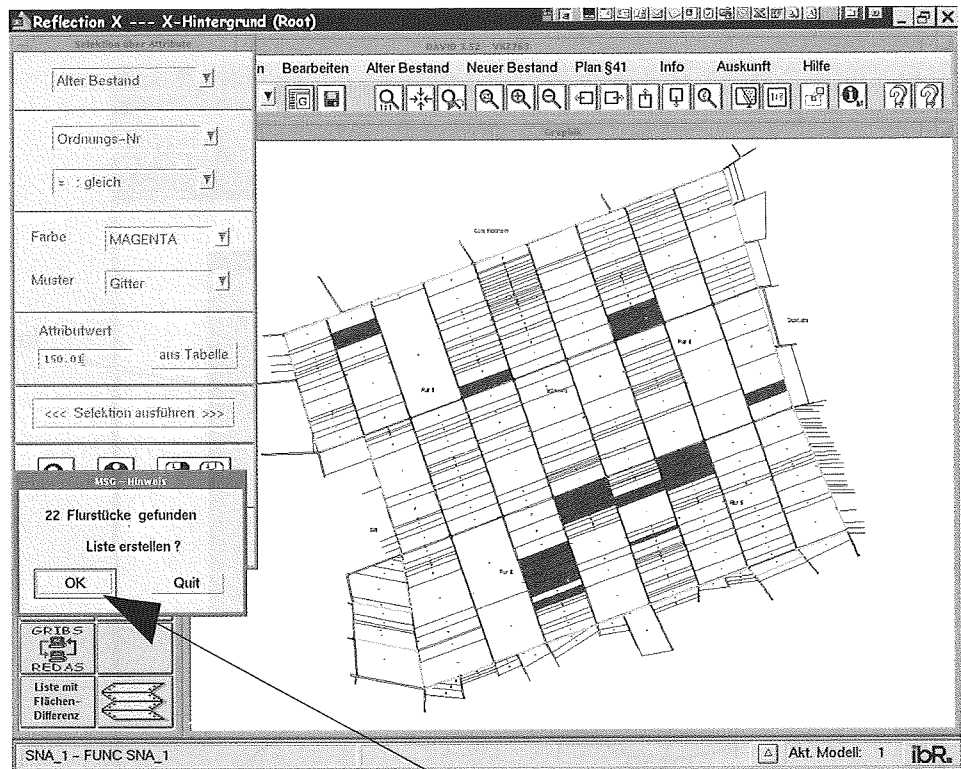


Es öffnet sich eine Vielfalt von Selektionsmöglichkeiten. Jeweils für den „Alten Bestand“ oder „Neuen Bestand“ stehen 14 Attribute sowie 14 Farben (unterteilbar in 4 Muster: kein, Gitter, waagrecht und senkrecht), d.h. 64 Farbvarianten zur Verfügung.



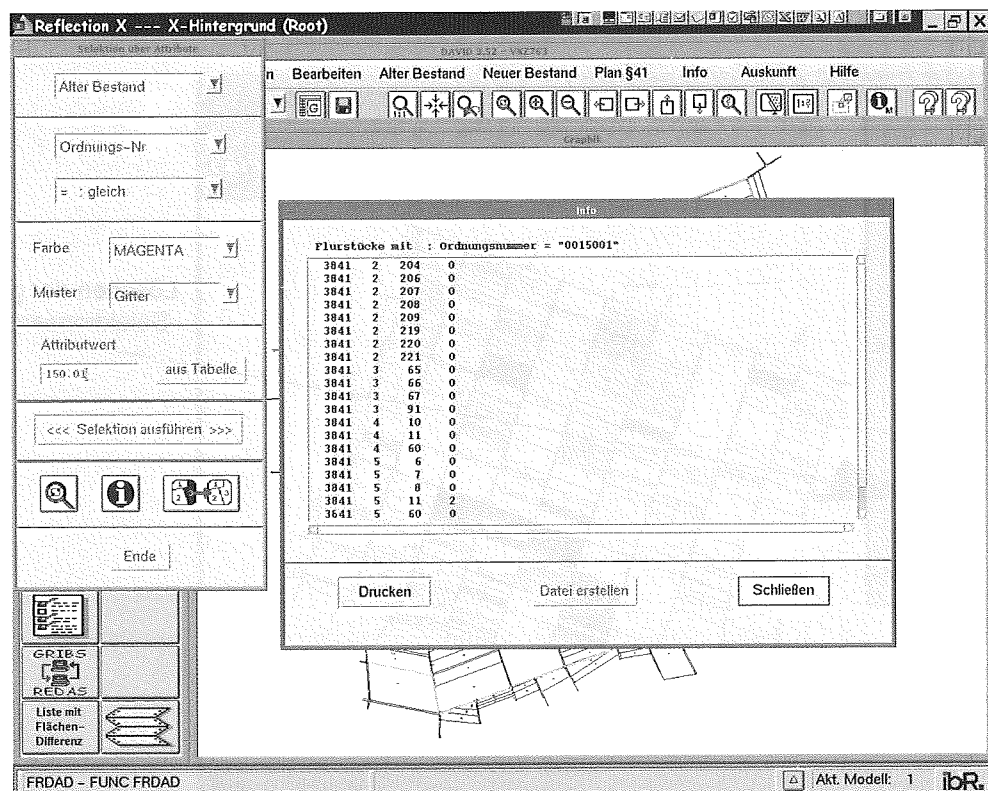
Den benötigten Attributwert kann man sich auch aus der entsprechenden Tabelle anzeigen lassen, welcher tlw. auch sortierbar ist.

Als Ergebnis werden die Flächen farbig angezeigt.

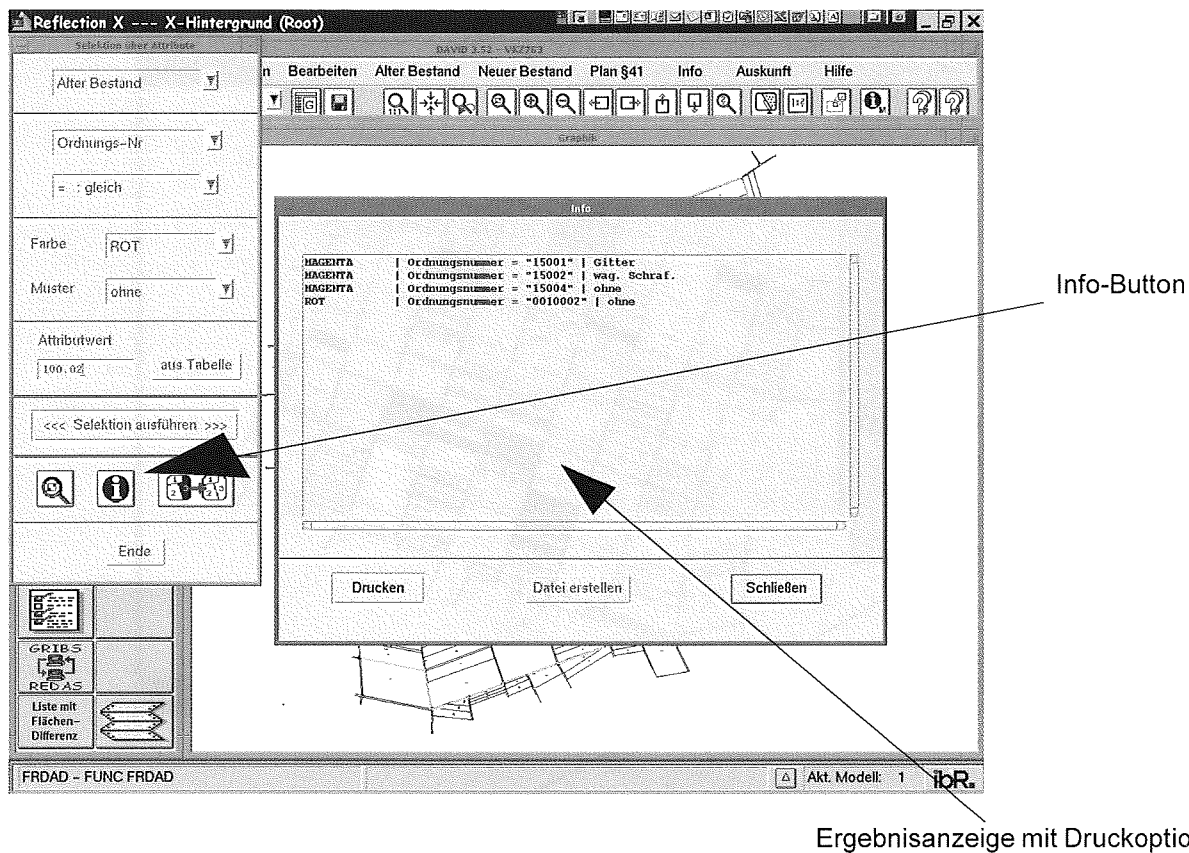


Option „Druck“

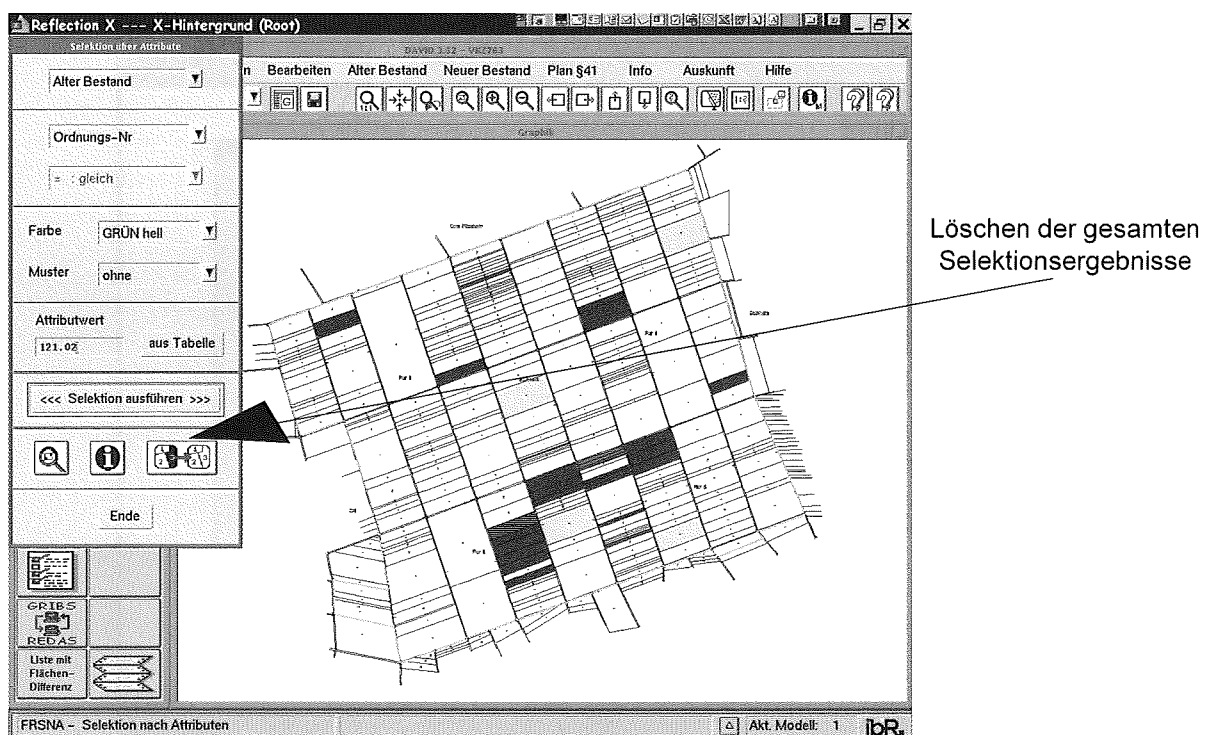
Man erhält die Option, die angegebene Anzahl der Flurstücke ausdrucken zu lassen.



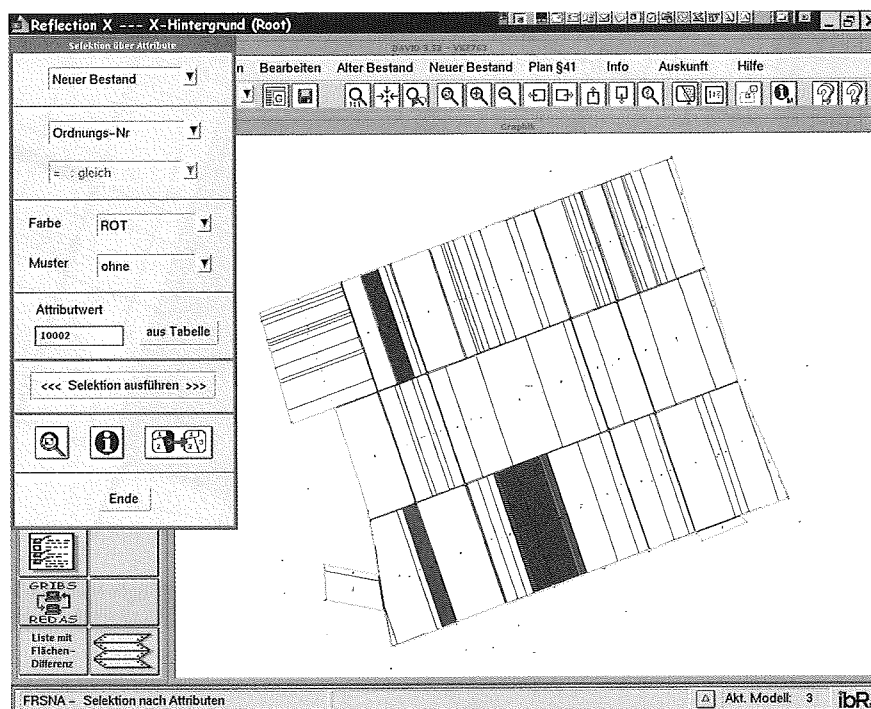
Der Info-Button gibt die Übersicht der Selektionsmerkmale wieder. Ein Ausdruck für die Erstellung einer Legende ist möglich.



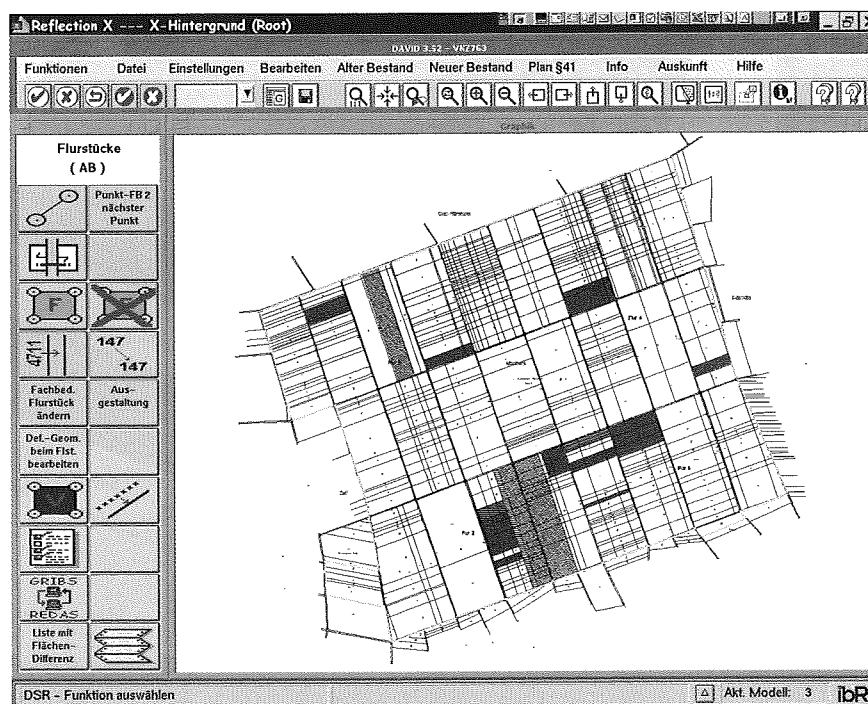
Mit dieser Vielfalt lassen sich Karten für Versammlungen, zur Erstellung der AEP oder Übersichten für die unterschiedlichsten Anforderungen erstellen, beispielsweise Familieneigentum, Pacht und Eigentum (Bewirtschaftung), Zu- und Verkäufe. Alle Attribute sind zusammen darstellbar.

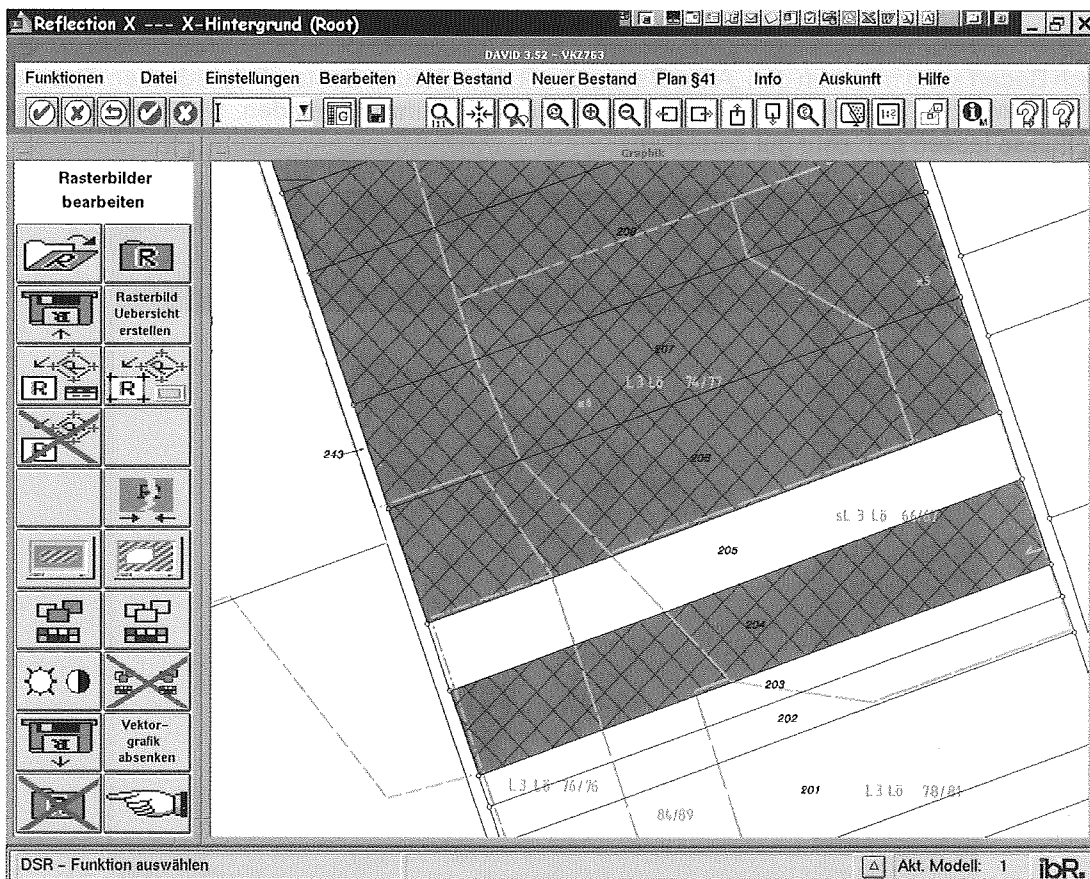
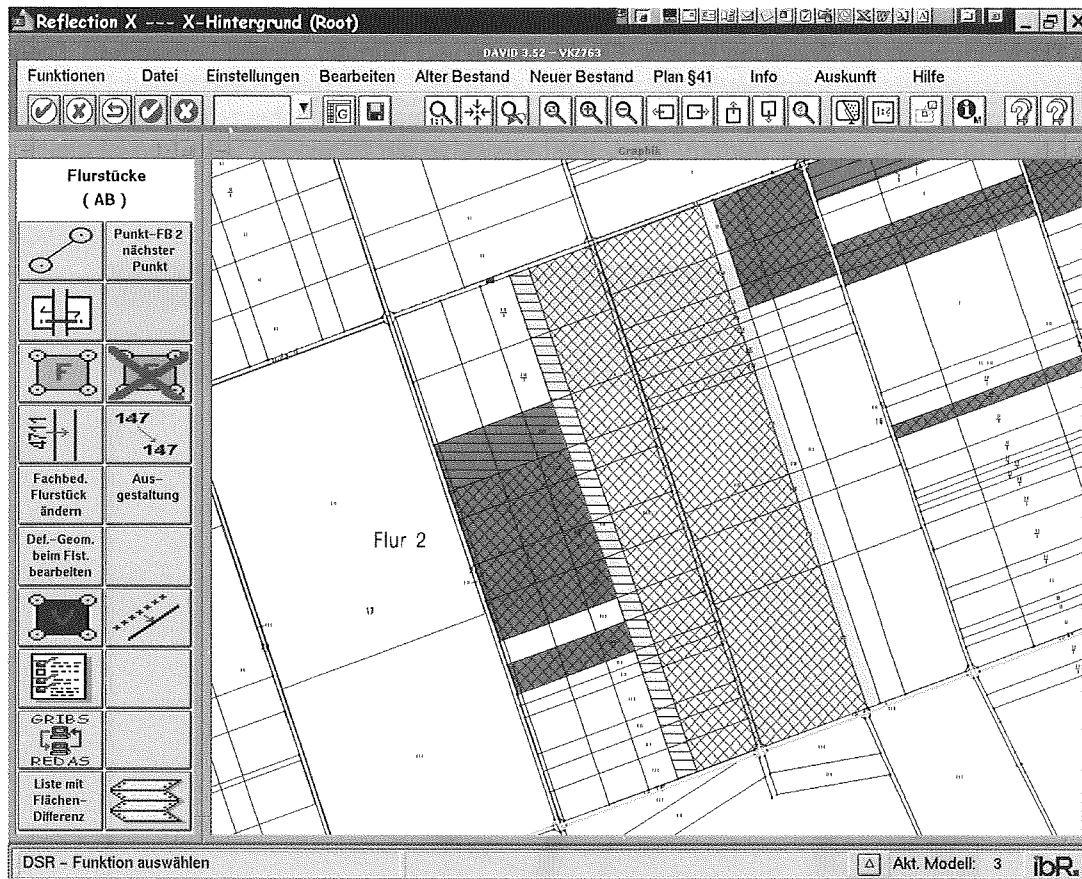


Im **Modell 3** „Neuer Bestand“ erfolgt in der Fachschale „Datenaustausch“ die Übernahme der Ergebnisse der Berechnungen der Zuteilung (Pudis, Flädis, Gedis und Numdis, soweit vorhanden). Diese werden über die vorgegebene Schnittstelle übernommen und in der Fachschale „Katasterberichtigung“ eingelesen. Als Ergebnis präsentiert sich nun eine Karte des neuen Bestands. Notwendige Flurstücksnummern können auch in GRIBS gesetzt werden. Die Vorgehensweise der folgenden Selektion ist gleich der im „Alten Bestand“. Als Ergebnis erhält man beispielsweise die neu geordneten Flurstücke mit den daneben liegenden Pachtflächen.



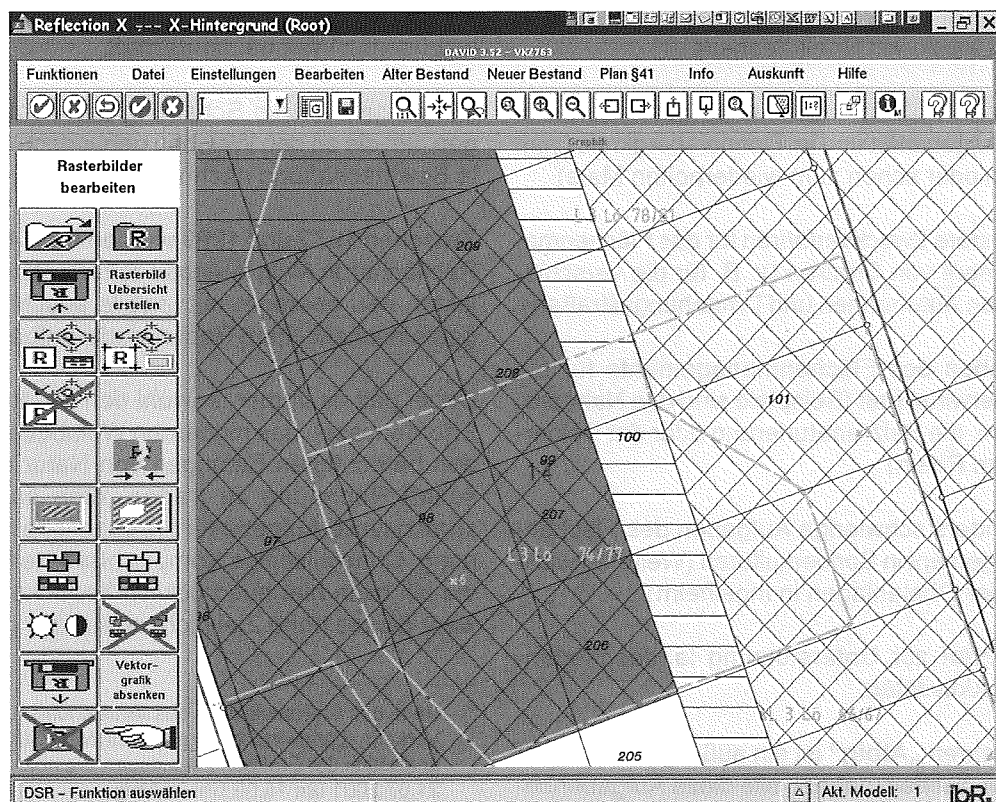
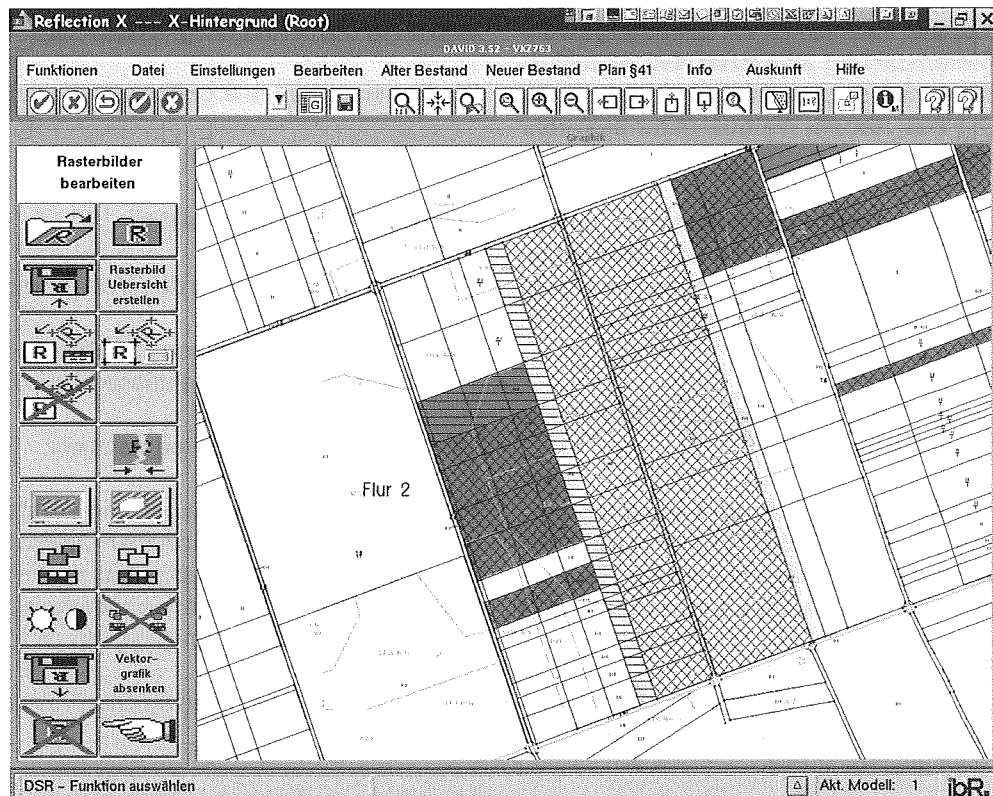
Je nach Bedarf kann man nun den „Alten Bestand“ mit dem „Neuen Bestand“ überdecken. Dazu werden nach der Selektion im jeweiligen Modell beide **Modelle (1 und 3)** geladen. Die Veränderungen der Verhältnisse lassen sich sehr gut darstellen.





Zusätzlich lassen sich weitere Karten (Schätzung, Wertermittlung, Orthophoto) einblenden.

Damit die Grenzen der Wertermittlung/Schätzung über der Farbdarstellung der Selektion liegen, muß die Prioritätsstufe dieser Karten geändert werden. Dazu geht man in das Menü „Bearbeiten“, Fachschale „Raster“, -Rasterbildattribute bearbeiten- und erhöht die Prioritätsstufe, da die Lage aller Folien übereinander dadurch bestimmt ist. Die unterschiedlichen Bestandteile der Darstellungen, welche das Gesamtbild darstellen, liegen auf einer Folie.



Abschluß des Verfahrens Albig / Rheinhessen*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung anlässlich des Abschlusses des Bodenordnungsverfahrens Albig und der Einweihung des neuen Weinbergsturmes sehr herzlich bedanken.

Ich bin sehr gerne nach Albig gekommen, um mit Ihnen gemeinsam mit dem Wein- und Sonnenblumenfest heute den Abschluss des Verfahrens zu begehen und den neuen Weinbergsturm zu eröffnen.

Hier in Albig wird heute ein besonderes Bodenordnungsverfahren vorgestellt.

Das heutige Ereignis ist auf das Engste mit dem Begriff „Entwicklung ländlicher Räume“ verbunden - und diese Entwicklung des ländlichen Raumes ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz.

Betrachtet man die Palette der vielfältigen Bodenordnungsverfahren, die das Kulturamt Worms bearbeitet, so wird dies deutlicher:

- ☐ Bodenordnungsverfahren in Weinbergen (in den Weinbergslagen Rheinhessens).
- ☐ Acker-/Grünlandflurbereinigungsverfahren in den Gutgebieten und im Donnersbergkreis (zum ersten oder schon zum wiederholten Male).
- ☐ Besondere Zweckverfahren für das Flächenmanagement von Straßen (z. B. für die verschiedensten Autobahnen und Umgehungsstraßen).
- ☐ Aufgaben des Flächenmanagements für die Wasserwirtschaft (Beispiele sind das Naheprogramm, die Selzrenaturierung oder der Polderbau am Rhein).
- ☐ Besonders schwierige Aufgaben des Flächenmanagement in Sonderkulturen (Weiterentwicklung der Obstanlagen in Ingelheim).
- ☐ Verfahren zur Unterstützung landespflegerischer Aktivitäten.

Das Verfahren „Albig“ ist ein außergewöhnliches Verfahren, bei dem nahezu alle diese Aufgabenbe-

reiche des Kulturamtes in einem zusammentreffen. Es ist ein Pionierverfahren des Landes und in seiner Art bisher einmalig in Rheinland-Pfalz.

Die Besonderheiten ergeben sich sowohl

- ☐ bei den Zielsetzungen,
- ☐ bei dem Gebietscharakter,
- ☐ bei der Durchführung des Verfahrens,
- ☐ und bei den vielfältigen Ergebnissen die man gar nicht alle zusammenfassend würdigen kann.

Lassen Sie es mich vorweg nehmen:

Vielfältige Delegationen aus Bund-Länder-Arbeitsgruppen bis hin zu ausländischen Delegationen aus Japan und aus Madagaskar haben sich von den außergewöhnlich gelungenen Verfahrensergebnissen der Bodenordnung in Albig überzeugt.

Auf einige Besonderheiten möchte ich nun kurz eingehen.

Ein wichtiges Ziel des Verfahrens Albig war von Anfang an die Erhaltung einer kulturhistorisch gewachsenen Weinbaulandschaft.

Hierzu gehörte die Schaffung der Voraussetzungen, um die an den Weinbau gebundene traditionelle Bewirtschaftung nachhaltig zu ermöglichen.

Zwischen 1972 und 1999 wurden rund 400 Hektar Rebflächen in Albig in sieben zeitversetzten Teilprojekten neu geordnet mit jeweils anschließendem gemeinschaftlichem Rebenwiederaufbau.

Dabei galt es immer, sowohl den wirtschaftlichen Erfordernissen des modernen Weinbaues als auch den berechtigten Belangen von Natur und Landschaft Rechnung zu tragen, eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe für die Ländliche Bodenordnung. Ohne allseitige Kompromissbereitschaft, für die ich mich hier ausdrücklich bedanken möchte, wäre dieses hohe Ziel nicht erreichbar gewesen.

*) Rede des Staatssekretärs des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael, anlässlich der Eröffnung des neuen Weinbergsturmes am 21.07.2001 um 15.00 Uhr in Albig.

Die Winzer in Albig haben erkannt, dass eine intakte Kulturlandschaft mehr ist als ein Produktionsfaktor.

Die wirtschaftlichen Vorteile für die Winzer drücken sich in einem Zusammenlegungsverhältnis von 5 : 1 aus, das heißt, aus 5 in der Regel ungünstig geformten und nicht erschlossenen Altpazellen wurde ein einziges neues, vollmechanisierbares Abfindungsgrundstück gestaltet. Die durchschnittliche Größe der Rebflächen konnte von 2000 Quadratmeter auf etwa 5000 Quadratmeter angehoben werden.

Lassen Sie mich auf ein zweites Ziel des Verfahrens Albig eingehen:

Im Jahre 1978 wurde aus dem Gesamtverfahren ein Ackerverfahren Albig IV abgetrennt und nach § 87 Flurbereinigungsgesetz als sogenanntes Unternehmensverfahren durchgeführt, um den durch die Inanspruchnahme ländlicher Grundstücke für den Bau der Bundesautobahnen A 61 und A 63 entstehenden Landverlust auf einen größeren Eigentümerkreis zu verteilen und um die Nachteile für die allgemeine Landeskultur durch den Straßenbau zu vermeiden.

In der Gemarkung Albig befindet sich nunmehr im wesentlichen das sehr ortsnahe Autobahnkreuz dieser beiden Bundesautobahnen sowie einige Streckenkilometer dieser beiden Bundesfernstraßen. Hinzu kommt eine Verlegung der alten Kreisstraße 7 die eine vollständige Neuausweisung mit erheblichem Flächenbedarf in besten Ackerlagen und starken Zerschneidungen nach sich zog.

Für die Albiger hat es sicherlich eine große Belastung mit sich gebracht, in ihrer Gemarkung dieses Autobahnkreuz zu akzeptieren.

Nur durch eine beispielhafte Bodenordnung, die landes- und bundesweit Aufmerksamkeit nach sich zog, war es möglich, den zunächst ungedeckten Landbedarf für die Straßentrasse und Nebenanlagen abzudecken und parallel hierzu eine Neuordnung der gesamten Ackerlage durchzuführen. Die Belastung für die Albiger Bauern und Winzer war hoch, auch wenn man bedenkt, dass Ausgleichsmaßnahmen der Landespflege, wie sie heute gesetzlich festgelegt sind, seinerzeit noch nicht gefordert wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

In einer Zeit, als noch über die Begriffsklärung des Wortes Biotopvernetzung diskutiert wurde, hat die Gemeinde Albig ausgedehnte Feuchtgebiete mit Wasserzufuhr durch Gräben und Sickerleitungen

im Anschluss an den Heimersheimer Bach ausgewiesen. Einige Bäche in diesem Bereich wurden naturnah ausgebaut und mit Einzelbäumen und Hecken bepflanzt. Rückhaltebecken, Flachwasserzonen und Steiluferbereiche ergänzen diesen pionierhaften Biotopverbund, der auch bei der internationalen Grünen Woche in Berlin als besonderes Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz in Intensivkulturen vorgestellt wurde. Insgesamt ist in diesen Bereichen ein Netz von Einzelbäumen, Feldgehölzen, Hecken und Feuchtbiotopen entstanden, das die Landschaft neu gliedert und bestehende mit weiterzuentwickelnden Biotopen verbindet.

Übergreifende Verbindungen zur Ortslage und angrenzenden Weinbergsflächen wurden im Rahmen von Dorf- und Weinbergsflurbereinigung in einem Guss mit geplant und verwirklicht, ein Maßnahmenbereich, für den ich den Albiger Bauern und Winzer aber auch allen Grundstückseigentümern höchste Anerkennung zolle.

Meine Damen und Herren,

hervorragende Beispiele der Bodenordnung in der Feldlage werden in Albig ergänzt von einer Dorfflurbereinigung, die in Rheinhessen nicht ihresgleichen findet. Neben der Neuvermessung und Vermarkung aller Grundstücke sind dies vor allem die strukturverbessernden Ansätze in der Ortslage, die der Bevölkerung und speziell auch der Winzerschaft zugute kommen.

Gemeint sind damit die vielen kleinen Wege, die im Rahmen der Bodenordnung geschaffen und verbessert wurden, die Neugestaltung der Grundstücke und die Unterstützung der gemeinschaftlichen Plätze.

Von besonderer Bedeutung für den Ort ist der neu ausgewiesene Dorfplatz mit Feuerwehr-Gerätehaus an einer Stelle, wo sich vorher 4 verwinkelte Gehöfte und ein Schuppen befanden.

Die Flächenbereitstellung für Sport, Freizeit und Erholung, die Neuausweisung von Kleingartengelände und viele andere Maßnahmen künden von den Wirkungen der Ländlichen Bodenordnung in Albig.

Meine Damen und Herren,

gerade in den Dörfern gilt es, die Eigeninitiative zu aktivieren und die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen allen, die sich um die Zukunft der ländlichen Räume Gedanken machen, zu stärken. Dies kann, wie hier in Albig beispielhaft zu sehen, nur gelingen, wenn Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen, wie z. B. Dorferneuerung, Siedlungs-

entwicklung, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft, Weinbau, Landespflege, Wasserwirtschaft oder Fremdenverkehr in einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden im Sinne einer ganzheitlichen Vorgehensweise.

Albig zeigt, dass der Ländlichen Bodenordnung dabei eine Schlüsselfunktion zukommt.

Das Kulturrat hat im Zusammenwirken mit der Gemeinde und der Teilnehmergeinschaft aber auch mit allen anderen beteiligten Stellen wie der Kreisverwaltung, der Verbandsgemeinde oder den Landespflegeverbänden das erforderliche Flächenmanagement optimal betrieben und alle konkurrierenden Nutzungsansprüche an die Fläche ausgeglichen.

Man kann mit Recht sagen: 12 Millionen Mark Ausführungskosten hier in diesem Verfahren Albig sind gut angelegt.

Meine Damen und Herren,

das neue Weinbergshäuschen in dem wir heute stehen, soll ein weithin sichtbares Zeichen sein für die hervorragenden Ergebnisse der Bodenordnung in Albig.

Es ist eine besondere Attraktivität im Erscheinungsbild der Gemeinde Albig und wird die Besucher magnetisch anziehen. Als Aussichtspunkt dient es natürlich nicht nur dem Starenschutz und der Verzahnung des Weinbaus mit dem Tourismus, sondern alle Albiger können hier immer wieder genauso wie ausländische und inländische Delegationen den Eindruck gewinnen: Albig ist ein lebens- und lebenswertes Dorf in einer intakten Kulturlandschaft. Für diese Leistung gebührt allen damit befassten Akteuren höchster Dank und Anerkennung.

Das Ergebnis Albig kann sich sehen lassen.

Ein weithin sichtbarer Blickfang

Wein- und Sonnenblumenfest in Albig / Weinbergturm wird eingeweiht

csr. ALBIG – Zu ihrem Wein- und Sonnenblumenfest laden die Albiger Winzer fürs Wochenende ein. Bürgermeister Günther Trautwein verspricht in seinem Grußwort, mit dem er sich an die Festbesucher wendet, ein Wochenende voller Attraktionen. Und:

„An den Weinständen kann sich jeder nach seinem Geschmack von der Vielfalt und Qualität der Albiger Weine überzeugen“, so der Ortschef. Im Mittelpunkt des Fest-Wochenendes wird die Einweihung des neuen Weinbergturmes „Auf dem Fels“ am Samstag

stehen. Das Projekt ist sichtbargewordener Abschluss der seit 25 Jahren laufenden, umfangreichen Maßnahmen zur Flurbereinigung. Der Turm soll die Landschaft als weithin sichtbarer Blickfang bereichern und Ziel bei Weinbergswanderungen sein. Für die um

15 Uhr beginnende Feierstunde haben sich neben Ortsbürgermeister Günther Trautwein unter anderem auch Staatssekretär Günter Eymael, Bauernverbandspräsident Norbert Schindler, VG-Bürgermeister Ernst-Walter Görlich und Landrat Hansjochem Schrader angekündigt. Musikalisch umrahmt wird die Eröffnungszeremonie, die gegen 16.30 Uhr beendet sein soll, durch den Männergesangsverein Albig. Im Anschluss an die Rückfahrt nach Albig wird Dr. Willy Schuy als Leiter des Kulturrates Worms in der Albiger Turnhalle die Ausstellung „Albig – Dorfentwicklung durch Bodenordnung“ eröffnen.

Die Weinstände öffnen am Samstag um 18 Uhr, neben Gemarkungsrundfahrten und einem Ortsrundgang mit Führung um 19 Uhr sorgen im großen Festzelt die Landfrauen und der MGV für die begehrten Stärkungen. Ab 20 Uhr spielt – wie bereits tags zuvor – „Mike Vanderbilt Selection“.

Auch am Sonntag besteht nach dem Festgottesdienst mit dem ev. Posaunenchor (10 Uhr) die Möglichkeit zu Rundfahrten durch die Gemarkung. Ortsrundgänge mit Führung sind für 13 Uhr und 15 Uhr geplant. Zur Kaffeetafel laden die Landfrauen ab 15 Uhr, das Modehauses Weiß & Herrmann um 15.30 Uhr zur Modenschau. Für Unterhaltung sorgt ab 17 Uhr der „Piano Man“.

Wird am Samstag seiner Bestimmung übergeben: Der neue Weinbergturm in Albig. Bild: Archiv



Abb. 1: Rhein Main Presse vom 19. Juli 2001

In exponierter Lage: Als Aussichtspunkt überragt der neue Turm eindrucksvoll die Albiger Gemarkung.
Bild: Axel Schmitz



Schmuckstück für Albig

Neuer Aussichtsturm wird am 20. Juli eingeweiht

gt. ALBIG – Eine Orts-
gemeinde ist ein komplexes Ge-
meinwesen, in dem viele unter-
schiedliche Interessen zu koor-
dinieren sind. Und es Bedarf
vieler Partner innerörtlich und
von außerhalb, um insgesamt
eine erfolg- und facettenreiche
Vorwärtentwicklung sicher-
zustellen. Ein schönes Beispiel
dafür entsteht zur Zeit in Albig.

Seit über 25 Jahren laufen in
der 1000 Hektar großen Ge-
markung der renommierten
Weinbaugemeinde die Flurbere-
inigungsmaßnahmen. Durch
ein vertrauensvolles Zusam-
menspiel von Teilnehmerge-
meinschaft und Kulturaamt be-
greifen die Albiger Bauern und
Winzer diese Flurbereini-
gungsmaßnahmen als großen
Fortschritt und Sicherstellung
der wirtschaftlichen Leistungs-
fähigkeit der Betriebe. Nach
Abschluss der Ortsflurberei-
nigung hatten sich die Albiger im
Jahr 1993 entschlossen, ein
Denkmal in der Wassergasse
zu errichten, das dauerhaft an
diesen segensreichen Eingriff
in die Topografie des Dorfes
erinnert.

Jetzt zum Abschluss der Flurbere-
inigung in der Gemarkung
stellte sich erneut die Frage,

wie ein solches Jahrhundert-
ereignis, wie die komplette Neu-
ordnung einer Gemarkung,
dauerhaft gewürdigt werden
sollte. Der Vorstand der Teil-
nehmergeinschaft, das ist
die gewählte Vertretung der
Grundstückseigentümer, Ge-
meinderat und Gemeindever-
waltung, kamen schnell über-
ein, dass ein neuer Turm auf
dem Fels, einem exponierten
Aussichtspunkt in der Albiger
Gemarkung, dem Projekt
„Flurbereinigung Albig“
durchaus angemessen wäre.

Mit diesem Turm, so das
Konzept, lassen sich gleich
mehrere vorteilhafte Teilas-
pekte verwirklichen. Die ange-
sprochene Denkmalfunktion,
die Aussichtsfunktion für den
Weinbergshüter und Besucher
der Albiger Gemarkung und
die Aufwertung des Land-
schaftsbildes.

Nach einer Beratung im Ge-
meinderat, in der beschlossen
wurde das Turmprojekt in Ge-
meinderegie zu verwirklichen
und Vorstellung der Planung
und Kostenschätzung durch
Manfred Weindorf, wurde die
Finanzierung sichergestellt.
Von den erwarteten 80000
Mark Gesamtkosten werden

35000 Mark über Landeszu-
schüsse finanziert. Den Rest
steuert die Teilnehmergein-
schaft und die Jagdgenossen-
schaft bei. Die Maurerarbeiten
wurden an einen Unterneh-
men aus Nack vergeben. Die
Zimmerer- und Dachdeckerar-
beiten realisiert ein Albiger Un-
ternehmen. Die Albiger Win-
zer und Bauern werden die
Außenanlagen um den Turm
herstellen. Nach jetzt sechs-
monatiger Bauzeit zeichnet
sich die Fertigstellung des neu-
en Albiger Schmuckstückes
mittlerweile ab.

Am 20. Juli wird der Turm im
Rahmen des Wein- und Son-
nenblumenfestes offiziell ein-
geweiht. Albig ist dann wieder
um ein Schmuckstück reicher,
ohne dass die Gemeindekasse
strapaziert wurde. Für Besu-
cher und Weinkunden ist ein
Stück mehr an Attraktivität ge-
wonnen, was sicher der Bin-
dung von Kunden an die Albi-
ger Weingüter zugute kommt.
Insgesamt ist das neue Bau-
werk aber auch ein schönes
Beispiel dafür, daß nur inner-
örtlicher Zusammenhalt und
ein zielgerichtetes zusammen-
wirken aller, ein Dorf voran-
bringt.

Albig: Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie in Dorf und Flur

-Landentwicklung als Verpflichtung für die Zukunft-

Ministerialdirigent i.R. Felix Zillien, Worms

Das Albiger Wein- und Sonnenblumenfest 2001 - eine seit Jahren gemeinsame Aktion von Bauern- und Winzerschaft, Verein der Landfrauen und Dorfgemeinschaft - stand unter einem besonderen Kenndatum: Dem Abschluss der vor 35 Jahren eingeleiteten Bodenordnung und Landentwicklungsmaßnahme im Rahmen eines umfassenden Flurbereinigungsverfahrens. Am 21. Juli 2001 waren viele Ehrengäste und vor allem zahlreiche Albiger zur Gemarkungslage „Auf dem Fels“ gekommen, um den neuen Gemarkungsturm einzuweihen. Dieser Turm, der einen wunderschönen Rundblick über das preisgekrönte Weindorf Albig in die umliegende Alzeier Hügellandschaft bietet, gilt nun als Symbol für eine neu geordnete Kulturlandschaft in „Dorf und Flur“, aber auch -wie es der Vorsitzende der örtlichen Aufbaugemeinschaft Reinhard Knobloch bei der Einweihungsfeier sagte- als „Zeigefinger“, der zur zukünftigen Bewahrung und Erhaltung der Natur mahnen soll.



Abb. 1: Neues Albiger Wahrzeichen: Turm auf dem Fels

Erweiterte Aufgabenstellung gemeistert

Am 7. Oktober 1966 hatte das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten - damals noch gleichermaßen obere und oberste Flurbereinigungsbehörde für Rheinland-Pfalz - das Flurbereinigungsverfahren Albig eingeleitet. Zur Begründung hieß es auf der ehemaligen Gesetzesgrundlage von 1953: **„Zur Förderung der landwirtschaftlichen /weinbaulichen Erzeugung und der allgemeinen Landeskultur soll der zersplitterte und unwirtschaftlich geformte ländliche Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt, wirtschaftlich gestaltet und durch andere landeskulturelle Maßnahmen verbessert werden.“** Dieser einstige Auftrag für das Flurbereinigungsverfahren Albig erfuhr im Wandel der Zeit und insbesondere auf der Grundlage des novellierten Flurbereinigungsgesetzes von 1976 eine wesentliche Erweiterung: Gleichrangiges Verfahrensziel wurde die **„Förderung der Landentwicklung“** als Maßnahme zur Koordinierung unterschiedlicher Ansprüche an die Erhaltung und Verbesserung der Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsfunktion des ländlichen Raumes und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Diese weitreichende Aufgabe war in Albig durch die planerische, koordinierende und bodenordnerische Tätigkeit der Flurbereinigungsbehörde gemeinsam mit anderen Stellen - vor allem mit der Bürgerschaft - zu erfüllen.

Dieser Aufgabenstellung ist das Kulturamt Worms - zunächst war das Amt Bingen bis zu seiner Auflösung in den 80er Jahren zuständig - gerecht geworden, wie die Festredner bei der Einweihungsfeier des „Turms auf dem Fels“ bestätigten: Staatssekretär Günter Eymael vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sprach von einem „außergewöhnlichen Verfahren, bei dem alle Aufgabenbereiche des Kulturamtes in Dorf und Flur zusammenkamen“. Landrat Hansjochem Schrader zeigte sich beeindruckt „von der Bedeutung einer gut funktionierenden Landwirtschaft zur Pflege der Landschaft.“ Bauernpräsident Norbert Schindler lobte den neuen Turm als „Ausdruck einer hervorragenden Gemeinschaftsarbeit zwischen Bauern-

und Winzerschaft, Gemeindeverwaltung und Flurbereinigungsbehörde.“ Verbandsbürgermeister Ernst Walter Görisch gratulierte zum „neuen Albiger Wahrzeichen“ und der Leiter der Wiederaufbaukasse Dr. Otto Currle rief in Erinnerung, dass „im Zuge der Bodenordnung über eine Million Reben von den Winzern angepflanzt wurden.“ Einleitend hatte Ortsbürgermeister Günther Trautwein auf die „umfassende Bodenordnung“ hingewiesen, die die Acker- und Weinbergslagen ebenso neugestaltete wie auch die Ortslage, wobei „Ökonomie und Ökologie“ partnerschaftlich aufeinander abgestimmt worden seien.

Stellvertretend für alle Grundstückseigentümer ließ der langjährige Vorsitzende der örtlichen Teilnehmergemeinschaften, Ernst Jakob Müller, das gesamte Bodenordnungsverfahren mit seiner 35jährigen Laufzeit im Zeitraffertempo nochmals Revue passieren: Alle Grundstücke seien durch neu geschaffene Wege mit einer Gesamtlänge von über 40 Kilometern erreichbar, die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse seien geordnet worden, Naturschutz und Landespflege hätten durch die Anpflanzung von mehr als 5000 Baum- und 35000 Straucharten gebührende Berücksichtigung gefunden, die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Ämtern und Behörden habe gut funktioniert und nicht zuletzt müsse trotz mancherlei unterschiedlicher Meinungen in der Anfangsphase das vertrauensvolle Miteinander innerhalb der Ortsgemeinschaft besonders lobend hervorgehoben werden. Er erinnerte an den Eigenleistungsanteil der Grundstückseigentümer von fast 2,4 Millionen Mark und an den Flächenverlust für gemeinschaftliche Anlagen (z. B. Wege, Gräben, Landespflege) zwischen 12 und 18 Prozent. Diesen Vorleistungen würden heute allerdings die großen wirtschaftlichen Vorteile bei der Bewirtschaftung mehr als ausgleichend gegenüberstehen.

Musterbeispiel für Landentwicklungsgemeinde

Schon vor über zehn Jahren war deutlich geworden, dass sich Albig im Zuge der Flurbereinigung als eine hervorragende Landentwicklungsgemeinde einen Namen gemacht hatte. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hatte daher aus einer Vielzahl rheinland-pfälzischer Gemeinden im Jahre 1990 Albig als Musterbeispiel einer Landentwicklungsgemeinde ausgewählt und auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin im Rahmen einer Sonderschau „Leben auf dem Lande“ einem weit über die Bundesrepublik Deutschland hinausgehenden Publikum präsentiert. Dabei wurde vor allem der überdurchschnittliche Beitrag des Verfah-

rens Albig beim „**Biotopverbund und der Landschaftsgestaltung durch Bodenordnung**“ herausgestellt. Durch planvolle Baum- und Strauchanpflanzungen in Dorf und Flur wurde die Gemarkung im Rahmen der begleitenden Bodenordnung mit „grünen Bändern“ miteinander vernetzt. Eine Delegation von 35 Albiger und Albigerinnen unter Leitung des damaligen Ortsbürgermeisters Georg Herr erfuhr in Berlin für diese ökologischen Leistungen hohe Anerkennung. Dem Autor dieses Beitrags als damaligem Leiter der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung und vormaligem Leiter des Kulturamtes Worms einschließlich der Nebenstelle Bingen ist nicht nur diese Begegnung in Berlin unvergessen geblieben. Ungezählte örtliche Termine und Gespräche über das „Für und Wider“ aller Maßnahmen der Bodenordnung und Landentwicklung sind in lebhafter Erinnerung. Stellvertretend für die vielen Verfahrensbeteiligten seien als kooperative Gesprächspartner vor allem neben Ortsbürgermeister Georg Herr die Albiger „Mitsstreiter und Wegbegleiter“ Diplombiologe Wilfried Hasselbach, Werner Köster als Vorsitzender der Aufbaugemeinschaft, Ernst Jakob Müller als Vorsitzender der Teilnehmergemeinschaft und Friedel Trautwein als Vorsitzender des Bauernvereins genannt.



Abb. 2: „Heckenbänder“ untergliedern die Gemarkung

Bei der internationalen Präsentation des Bodenordnungsverfahrens Albig in Berlin konnte auch sein außergewöhnlicher Beitrag für eine ganzheitliche Orts- und Gemarkungsentwicklung vorgestellt werden. Dieser Beitrag fand insbesondere bei der Bereitstellung von etwa 100 Hektar bester agrarischer Nutzflächen für den Bau der Autobahnen A 61 und A 63 einschließlich des großen Kreuzungsbauwerks „Alzeyer Kreuz“, welches überwiegend aus Flächen der Albiger Gemarkung aufgebracht wurde, seinen prägenden Ausdruck. Das Verfahren Albig hatte durch den Autobahnbau Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre große zeitliche Verzögerungen hinnehmen müssen, weil es galt, die weitreichenden Planungen des Autobahnbaues mit denen der Flurbereinigung/Landentwicklung von Albig in zeitraubenden behördlichen und gemeindlichen Abstimmungsverhandlungen zu koordinieren. Dieser „Kraftakt“ ist erfolgreich gewesen, wie die Feier am 21. Juli 2001 in Albig gezeigt hat.

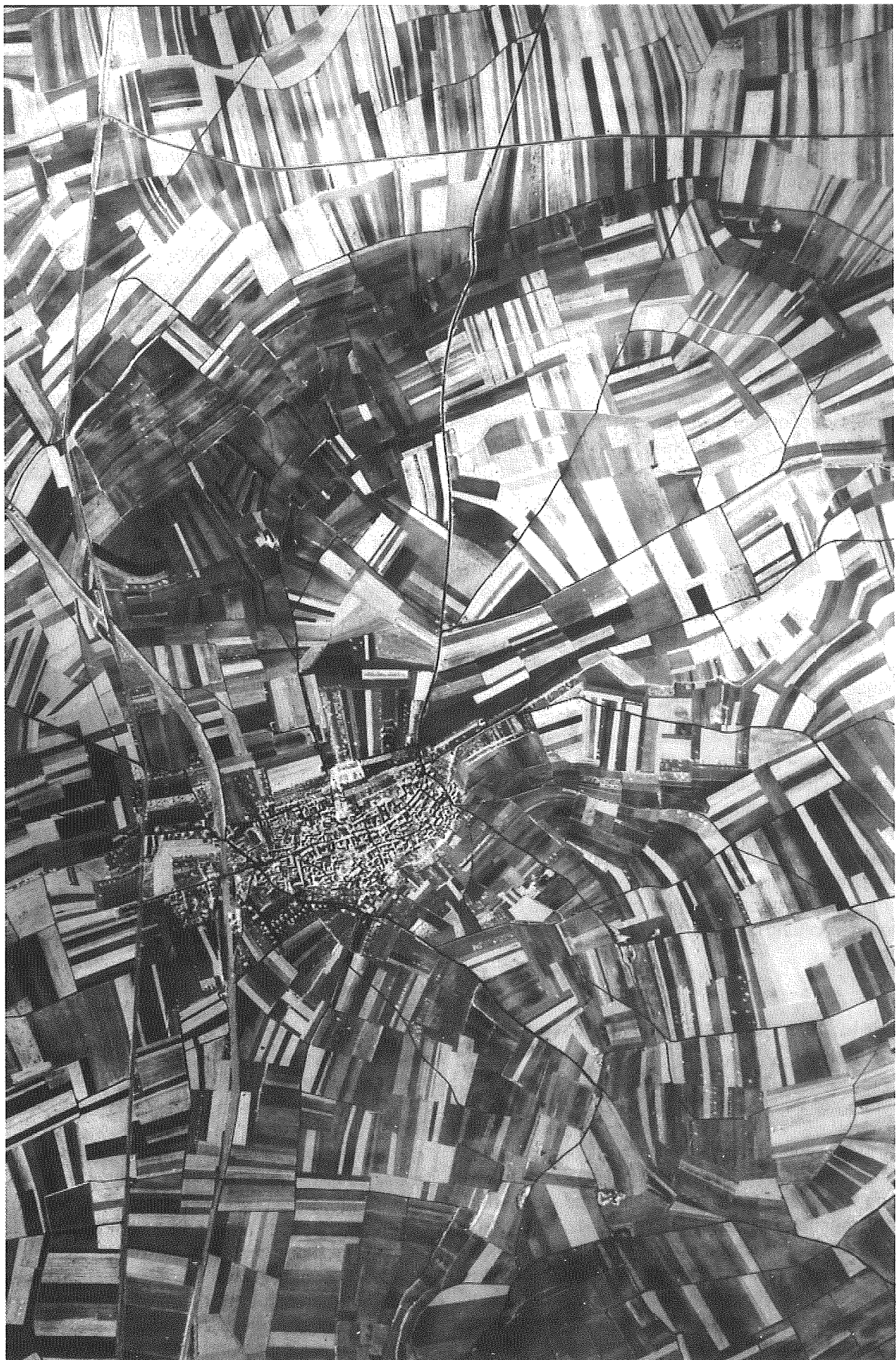


Abb. 3: Albig vor dem Bau der A 61 / A 63 und vor der Flurbereinigung im Jahr 1968



Abb. 4: Ortslage Albig mit A 61 / A 63 -Bauwerk und nach der Neuordnung von Acker- und den ersten 3 Weinbergs-Abschnitten
-im Jahr 1983 -



Abb. 5: Stilvoll restaurierte Häuser trugen zu hohen Auszeichnungen bei der Dorferneuerung bei

Ganzheitliche Dorfentwicklung mit begleitender Bodenordnung

Anlässlich der Einweihung des „Turms auf dem Fels“ zu Beginn des Albiger Wein- und Sonnenblumenfestes 2001 konnte Kulturstadtleiter Dr. Willy Schuy in der neuen Turnhalle auf 16 großen Tafeln eine Dokumentation zur Dorferneuerung, bei der Albig ebenfalls höchste Auszeichnungen erworben hatte, und zur Neuordnung der Gemarkung Albig vorstellen. Dazu konnte auch ein übersichtlich gegliedertes Infoblatt unter dem vorstehenden Arbeitstitel der ganzheitlichen Dorfentwicklung mit begleitender Bodenordnung an alle Interessenten ausgehändigt werden. In Wort und Bild sind die Ergebnisse der umfassenden Bodenordnungsmaßnahme von Albig aufgezeigt, die sich stichwortartig wie folgt zusammenfassen lassen:

- ☐ Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft,
- ☐ Förderung der allgemeinen Landeskultur,
- ☐ Förderung der Landentwicklung,
- ☐ Flächenbereitstellung für Autobahn, Orts- und Feldwege, Kläranlage, Umspannstation,

☐ Hochwasserschutz durch Gräben und Rückhaltebecken,

☐ Grünordnung in Dorf und Flur,

☐ Flächen für Freizeit, Sport und Erholung.

Aus einer tabellarischen Übersicht geht hervor, daß ausser 550 Hektar Ackerland rund 400 Hektar Rebland in sieben zeitversetzten Abschnitten von 1972 bis 1999 neu geordnet wurden. Hinzu kamen die Bodenordnung in der Ortslage mit fast 50 Hektar sowie zwei Baulandumlegungen mit zusammen 16 Hektar. Die gesamten Ausführungskosten der Flurbereinigung betrugen annähernd 12,3 Millionen Mark, die mit etwa 9,9 Millionen Mark Zuschüssen von Bund und Land sowie mit über 2,3 Millionen Mark Eigenleistungen der Verfahrensbeteiligten finanziert worden sind.

Hans-Artur Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, schreibt im Vorwort des Infoblattes, dass der Ländlichen Bodenordnung eine Schlüsselfunktion bei der Dorf- und Landentwicklung zukomme und ein Gesamtkonzept für Dorferneuerung, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft, Weinbau, Landespflege, Wasserwirtschaft und Fremdenverkehr unabdingbare Voraussetzung für einen umfassenden Entwicklungserfolg im ländlichen Raum sei. „In Albig ist dies vorbildlich und beispielhaft für ganz Rheinland-Pfalz gelungen“, so Minister Bauckhage zusammenfassend.



Abb. 6: „Mehr Grün durch Flurbereinigung“ auch in der Ortslage

Zukunftssicherung des ländlichen Raumes

Funktionsfähige ländliche Räume in der Bundesrepublik Deutschland - vor allem in Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 85 Prozent ländlicher Regionen - sind auch zukünftig ohne Landwirtschaft und Weinbau nicht denkbar.

Dieser Zielsetzung dient auch der neu erarbeitete Entwicklungsplan „**Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum**“ (ZIL), der von der EU-Kommission Ende September 2000 genehmigt wurde, womit der Finanzrahmen für die Agrarstrukturpolitik in Rheinland-Pfalz für den Zeitraum bis zunächst 2006 und die Förderprioritäten verbindlich festgelegt worden sind.

Dabei bleibt die Ländliche Bodenordnung angesichts noch vielerorts vorherrschender Flurzersplitterung weiterhin das Hauptinstrument der Agrar- und Infrastrukturverbesserung. Für die im Zuge des Strukturwandels verbleibenden land- und weinbauwirtschaftlichen Betriebe lautet die Devise: Senkung der Arbeits- und Produktionskosten in der Außenwirtschaft von 30 bis 50 Prozent als überlebenswichtige Voraussetzung und agrarstrukturpolitische Verpflichtung für die Zukunft.

Alle strukturverbessernden Möglichkeiten im Rahmen einer vielseitig einsetzbaren Bodenordnung bis hin zu den neuen Initiativen des Nutzungstauschs auf Pachtbasis mit schnellen und kostengünstigen Zielergebnissen stehen unverkürzt auf der „Tagesordnung“!

Darüber hinaus geht es um die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft sowie um die Stärkung der ländlichen Räume im weitesten Sinne. Dazu bedarf es weitblickender und ebenso weitreichender interdisziplinärer sowie koordinierender Planungen und ihrer Verwirklichungen.

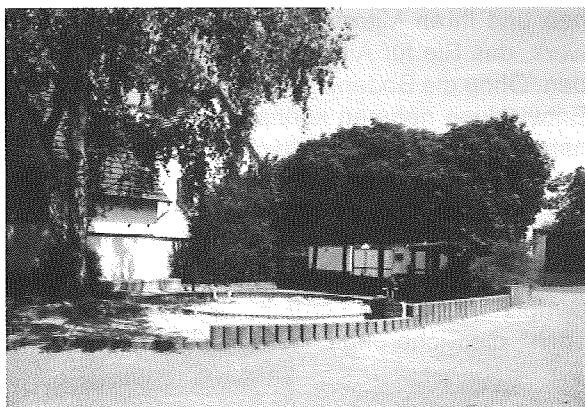


Abb.7: Auch an die Kinder wurde gedacht: Der Riegelplatz wurde zum Spielplatz umgestaltet

Das historisch „alte Dorf“ **Albig** steht hierfür als Musterbeispiel: Seine Zukunft, die von den Festrednern bei der Einweihung des „Turms auf dem Fels“ als gesichert angesehen wurde, ist in den letzten 35 Jahren durch eine umfassende Landentwicklungsmaßnahme nach dem Flurbereinigungsgesetz und darauf ausgerichteter örtlicher und überörtlicher Begleitmaßnahmen in des Wortes wahrer Bedeutung „gerüstet“ worden.

Möge dem einstigen „Albucha“, wie es in einer alten Schenkungsurkunde aus dem Jahre 767 des Klosters Lorsch genannt wurde, und seiner Bürgerschaft eine gute Zukunft beschieden sein.

Von denen, die heute leben, sollte das Wort des Erzählers und Essayisten Ernst Jünger aber auch bedacht werden: **„Vergangenheit und Zukunft sind Spiegel, und zwischen ihnen leuchtet - für unsere Augen oft unfaßlich - die Gegenwart!“** Versuchen wir, das in 35jähriger gemeinsamer Arbeit erreichte „Gute und Schöne“ in Albigs Gegenwart mit unseren Augen zu erkennen und es bewahrend in die Zukunft leuchten zu lassen.

Benutzte Quellen:

Verfahrensakten des Kulturamtes Worms (1966 - 2001),

Hans-Artur Bauckhage: „Perspektiven für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz“, Staatszeitung vom 18.10.2000 (III/2000),

Willy Schuy: „Die Landschaft in das Weinmarketing einbeziehen“, Heimatjahrbuch des Landkreises Alzey-Worms 2000, S. 31ff,

Felix Zillien: „Das Alzeier Kreuz - Flurbereinigung als Hilfe für Straßenbau und Landwirtschaft“, Heimatjahrbuch des Landkreises Alzey-Worms 1984, S. 123ff,

Felix Zillien: „Flurbereinigung Albig - Naturschutz und Landschaftspflege“, Heimatjahrbuch des Landkreises Alzey-Worms 1987, S. 175ff,

Felix Zillien: „Zukunftsbewußte Landentwicklung in Albig“, in Pfälzer Bauer Nr. 38/1994, S. 18ff.

Bodenordnung Albig abgeschlossen*)

- ein integrales Verfahren mit 12 Projekten -

Günther Trautwein, Albig

Im Namen der Gemeinde Albig begrüße ich Sie alle sehr herzlich zu dieser Feierstunde, die aus Anlass des Abschlusses der Bodenordnungsverfahren in Albig hier auf dem Fels stattfindet.

Ich freue mich, dass Sie alle der Einladung gefolgt sind, die Veranstaltung so großes Interesse findet und Sie damit Ihre Verbundenheit mit der Gemeinde Albig eindrucksvoll verdeutlichen. Vielen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Anlass für diese Veranstaltung ist der Abschluss der Bodenordnung in Albig.

Bei den Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung ist mir aufgefallen, dass wir immer von Flurbereinigungsverfahren gesprochen haben, oft mit präzisierenden Zusätzen wie Ortsflurbereinigung oder Weinbergsflurbereinigung. Die Fachleute, wie der Leiter des Kulturamts Dr. Schuy, sprechen dagegen von Bodenordnung.

Warum gibt es zwei Begriffe? Flurbereinigung ist nur eine Teilmenge, ein Aspekt des Oberbegriffes Bodenordnung. Er beinhaltet deutlich mehr als nur die Zusammenlegung vieler kleiner Grundstücke zu einem großen Grundstück. Zur Bodenordnung gehört die Anpassung der Grundstücke an die Topografie, der Wegebau, die Berücksichtigung der Wasserführung, es gehören die ökologischen Aspekte dazu und auch die Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange; wie erzielt man mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Vorteil und wie stellt man eine optimale Bewirtschaftung der neuen Grundstücke sicher. Bei der Bodenordnung in der Ortslage wird das Ganze noch komplexer, denn man bewegt sich im bebauten, fest gefügten Bereich und muss sich an den oft seit Jahrhunderten bestehenden Gegebenheiten orientieren. Überzeugungskraft und soziale und fachliche Kompetenz sind bei den Verhandlungen mit den Besitzern der Grundstücke erforderlich um klare Planungsabsichten durchsetzen zu können. Bodenordnung bedeutet auch die Abstimmung und Zusammenarbeit mit Landes- und Kommunalbehörden und den gewählten Vertretern der Grundstücksbesitzer, den Teilnehmergemeinschaften und die Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahmen.

Sie sehen, dass Bodenordnung ein komplexes Geflecht eines Bündels von Prozessen darstellt. Dazu braucht es hohen Sach- und Fachverstand.

Hier in Albig war es nun so, dass anfänglich mit dem Kulturamt Bingen und im Wesentlichen dann mit dem Kulturamt Worms dieser Sach- und Fachverstand bei unserer Bodenordnung in exzellenter Art und Weise geliefert wurde. Von Anfang an, also vor nunmehr 35 Jahren fühlten sich die Grundstücksbesitzer aus Albig gut aufgehoben bei den Mitarbeitern der genannten Kulturämter.

Ihre klare Konzeption hat dazu geführt, Vorbehalte abzubauen. Dabei muss man sich in Erinnerung rufen, dass gerade bei Bodenordnungsverfahren in Weinbergslagen eine existenzielle Gefährdung der Betriebe verhindert werden muss, denn die Flächen gehen für drei Jahre aus der Bewirtschaftung und die Grundstücksbesitzer haben große finanzielle Anstrengungen zu erwarten.

Die angesprochenen Vorbehalte konnten ausgeräumt und die Finanzierungsmodalitäten konnten geklärt und umgesetzt werden. Dies hat dazu geführt, dass Vertrauen hergestellt werden konnte. Dieses Vertrauen haben die Mitarbeiter des Kulturamtes bis heute nicht enttäuscht und sie sind zu guten Partnern der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde geworden.

Sehr geehrter Herr Dr. Schuy,

ich bedanke mich mit großer Hochachtung bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern für das Jahrhundertwerk, das Sie für Albig bravourös abgeliefert haben. Ohne die Bodenordnung hätte Albig nicht die Entwicklung nehmen können, die wir beschritten haben. Es gibt hier praktisch keine Bereiche, die nicht durch Ihre Konzepte und Vorhaben wesentlich beeinflusst oder tangiert wurden.

Anfangen vom Sportgelände und dem neuen Dorfplatz, über die Gartenanlage „An der Goldbach“, die Sicherung unserer Reilchen und weiter

*) Ansprache des Ortsbürgermeisters der Gemeinde Albig. Günther Trautwein, zum Abschluss des Bodenordnungsverfahrens Albig am 21. Juli 2001

Teile des innerörtlichen Straßennetzes, der Dorfbrunnen, das Freizeitgelände „Albig-Ost“, das Feuchtgebiet „Spiess“, die Ausweisung und Umliegung von Neubau- und Gewerbegebieten bis zu Begrünungsaktionen in den Straßen unseres Dorfes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

über die Vorhaben in der Gemarkung werden wir sicher aus berufenem Munde jetzt noch mehr an Informationen erhalten. Ich will es deshalb mit meinen Ausführungen belassen.

Dass wir Albiger die Bodenordnung in der Ortslage und in der Gemarkung jedoch als etwas Gutes begreifen und positiv sehen, wird daran deutlich, dass wir zu jedem dieser Verfahren ein Denkmal, im wahrsten Sinne des Wortes gemeint, errichten.

Bei der Ortslage war es das Denkmal in der Wassergasse und für die Bodenordnung in der Gemarkung steht dieser Turm hier auf dem Fels. So werden spätere Generationen immer an die Bodenordnung in Albig erinnert und bleibt für alle dauerhaft präsent.

Bei dem Denkmal für die Ortsbereinigung steht der Anlass auf dem Stein. Vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder des Gemeinderates und der beteiligten Institutionen werde ich deshalb für diesen Turm eine Tafel bestellen, die den Anlass, den Zeitraum und das Einweihungsdatum und damit den Abschluss der Bodenordnung nennt. Diese Tafel soll dann noch am Turm angebracht werden.

Mit dem heutigen Tag findet ein Jahrhundertwerk für unsere Gemeinde seine Vollendung. Albig und seine Weingüter und landwirtschaftlichen Betriebe sind damit sehr gut für die Zukunft gerüstet. Allen an diesem Jahrhundertwerk Beteiligten gilt deshalb mein innigster Dank.

Ihnen, Herr Dr. Schuy und Ihren Mitarbeitern danke ich an ersten Stelle. Ihre Broschüre und die Ausstellung in der Turnhalle sind ein weiterer Beweis für Ihr Engagement und die ganzheitliche Betrachtung der Bodenordnung für Albig.

Ich danke dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch Herrn Staatssekretär Eymael, denn ohne die hohe finanzielle Förderung des Landes, wäre die Bodenordnung nicht möglich gewesen.

Für die kommunalen Behörden danke ich stellvertretend unserem Landrat Hansjochem Schrader und unserem Verbandsbürgermeister Ernst Walter Görisch.

Mein besonderer Dank gilt aber auch den Teilnehmergemeinschaften für die Bodenordnung in der Ortslage und in der Gemarkung. Die Vorsitzenden, Friedel Trautwein und Ernst Jakob Müller und ihre Gremien waren immer gute Sachwalter der von ihnen vertretenen Grundstückseigentümer und -besitzer. Seit Beginn der Bodenordnung im Jahre 1966 bis heute gehörten Ernst Jakob Müller, Hermann Mann und Werner Stamm der Teilnehmergemeinschaft an. 33 Jahre davon war Ernst-Jakob Müller deren Vorsitzender. Also ein wirklich herausragendes Beispiel von ehrenamtlichem Engagement. Herr Müller herzlichen Dank.

Gerade bei der Ortsflurbereinigung ist die enge Verzahnung mit der Gemeindeverwaltung unerlässlich. Unser Altbürgermeister Georg Herr steht hier für eine vorbildliche und geradezu idealtypische Rollenwahrnehmung. Die sich mit der Ortsbereinigung ergebenden Vorteile und eine vorausschauende Planung der Gemeinde haben sich durch ihn in idealer Weise ergänzt. Herr Herr, dafür bedanke ich mich sehr herzlich, denn ich kann wohl wie kein anderer Ihre Leistungen beurteilen. Gleichfalls sehr herzlich danke ich unserem Beigeordneten Manfred Weindorf. Er hat die Planung für den Turm und die gesamte Bauleitung unentgeltlich erstellt und durchgeführt. Auch das ist ein sehr schönes Beispiel für ehrenamtliches Engagement für unser Dorf. Manfred, vielen Dank.

Insgesamt steht die Bodenordnung in Albig für eine beispiellos gute Gemeinschaftsleistung, die sich jetzt zum Schluss in diesem Turm manifestiert.

Allen Beteiligten gilt deshalb ein tief empfundenes Dankeschön in das ich auch die Teilnehmer der Bodenordnung, also alle Haus- und Grundstücksbesitzer einbeziehe. Ohne ihre aktive Mithilfe, ohne das den beteiligten Behörden und der Gemeinde entgegengebrachte Vertrauen, ohne ihr loyales Verhalten und für die Bereitschaft alle Maßnahmen letztlich auch zu bezahlen, hätte dieses Jahrhundertwerk „Bodenordnung in Albig“ nicht gelingen können. Vielen Dank.

Im Namen der Albiger Winzerzunft, der Aufbaugemeinschaft und des Bauernvereins, darf ich Sie zu einem Umtrunk und zum Imbiss einladen. Sie sind unsere Gäste.

Ich wünsche Ihnen allen viel Freude bei dieser Einweihungsfeier und hoffe, dass Sie recht oft, möglichst mit Gästen diesen Platz besuchen, den Blick auf unsere herrliche Gemarkung und das rheinhessische Hügelland genießen und daran denken, dass Sie hier in Albig im Herzen des Weinparadieses Rheinhessen sind.

Der Ablauf der Bodenordnung Albig *)

Ernst-Jakob Müller, Albig

Auch ich möchte Sie hiermit herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie unserer Einladung zum Abschluss der Flurbereinigung und zur Turmeinweihung so zahlreich gefolgt sind.

Als im Jahre 1966 der damalige Leiter des Kulturamtes Bingen, Herr Direktor Böckenhoff, die Flurbereinigung in Albig einleitete, ahnte niemand, dass sich das Verfahren über eine Generation hinausziehen würde.

Auch war die Stimmung in der Aufklärungsversammlung damals sehr geteilt und die Berufskollegen standen zum Teil einer Flurbereinigung, besonders der Weinberge sehr skeptisch gegenüber. Wir können aber aus heutiger Sicht Herrn Direktor Böckenhoff dankbar sein, dass er in seiner energischen Art (er hat sich übrigens für heute aus gesundheitlichen Gründen entschuldigt) die Flurbereinigung über die gesamte Gemarkung Albig eingeleitet hat.

So wurde dann am 2.3.1967 ein aus 10 Personen bestehender Vorstand gewählt, von denen heute nur noch 3 Mitglieder leben. Der Vorsitzende war damals Herr Philipp Hofmann. Vorgesehen war zuerst die Ackerflur zu bereinigen und danach die Weinberge in 7 Abschnitten neu zu ordnen. Auch wurden 1968 die ersten Geldbeiträge erhoben.

Die Planung der Autobahnen A 61 und A 63 hat dann die gesamte Flurbereinigung vorerst gestoppt. Erst nach einem Hagel, der im Jahr 1970 die Weinberge im Homberg sehr geschädigt hatte, wurde der Homberg als erster Weinbergsabschnitt in der Flurbereinigung vorgezogen.

Der Abschnitt Homberg mit einer Fläche von 63 ha wurde dann mit einem Kostenaufwand von 67.000 DM als erster Teil bereinigt. Finanziert wurden die Arbeiten mit einem staatlichen Zuschuss von 405.000 DM und einer Eigenleistung der Grundstücksbesitzer von 265.000 DM. Der Flächenverlust für Wege und Gewässer belief sich damals auf etwa 12%.

Als im Jahre 1972 der Abschnitt Homberg neu eingeteilt übergeben wurde, war dies auch die Zeit, in der die Mechanisierung im Weinbau immer wichtiger wurde, so dass auch die Skeptiker unter den Berufskollegen bald auf den Fortgang der Weinbergsflurbereinigung drängten.

So folgten:

1974	der Abschnitt Nongenstall mit 71 ha
1979	der Rötherberg mit 72 ha
1982	die Ackerflur mit 550 ha
1985	die Anweide mit 76 ha
1988	wurde die Ortslage bereinigt
1989	kam der Galgenberg mit 51 ha
1993	der Rennelberg mit 63 ha und
1999	der Hundskopf mit 53 ha.

Somit ist heute die gesamte Gemarkung flurbereinigt.

Das Wege- und Gewässernetz wurde neu gestaltet, so dass alle neuen Parzellen mindestens über einen befestigten Weg zu erreichen sind.

Über das Kulturamt Worms wurde auch im Zuge der Flurbereinigung eine Kleingartenanlage, das Naherholungsgebiet „Albig Ost“ ein Baugebiet und ein Gewerbegebiet erschlossen.

Die Gesamtkosten der „Acker- und Weinbergsflurbereinigung Albig“ belaufen sich nun auf 12.271.000 DM. An Zuschüssen erhielten wir 9.934.000 DM.

Die Teilnehmer mussten 2.337.000 DM aufbringen und hatten einen Flächenverlust für Wege, Gewässer und Landespflege von 12 bis 18% je nach Ausgangslage.

Dies war für die Betriebe eine erhebliche Belastung zumal in der Zeit auch die Kosten für Kanalisation, Straßenbau und die Erneuerung der Wasserleitung in der gesamten Ortslage anfielen.

Wir hatten es in den nunmehr 35 Jahren mit

2 Kulturämtern - Bingen und Worms -, 3 Kulturamtsvorstehern - Leitender Regierungsdirektor Böckenhoff, Leitender Regierungsdirektor Zillien und Leitender Regierungsdirektor Dr. Schuy mit 8 planenden technischen Beamten und mehreren Technikern und Sachbearbeitern zu tun.

*) Ansprache des Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft, Ernst-Jakob Müller, zum Abschluss des Bodenordnungsverfahrens Albig am 21. Juli 2001

Rückblickend muss man feststellen, dass sich die einzelnen Flurbereinigungsabschnitte in ihrer Gesamtkonzeption in wichtigen Punkten unterscheiden.

Vor 35 Jahren lagen die Hauptziele einer Flurbereinigung in der rationellen Produktion von Trauben und Wein. Dabei kam die Erhaltung der Landschaft und die Ökologie oftmals zu kurz. Heute, wo der Umweltschutz eine größere Bedeutung hat, wird die Landschaft weit weniger ausgeräumt und man ist bemüht, Raine, Reche und kleinere Gehölzflächen zu erhalten oder neu anzulegen. Ein schönes Beispiel ist das Gebiet Anweid, das sie von hier aus sehen können. Diese Lage mit ihren Hecken und Gehölzstreifen hat sich in ihrem Erscheinungsbild durch die Flurbereinigung kaum verändert, obwohl gerade in der Anweid keine Parzelle unverändert geblieben ist.

Alle Weinberge sind nun maschinell zu bearbeiten und können fast bei jeder Witterung auf befestigten Wegen angefahren werden.

Weiter wäre noch lobend hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Teilnehmern auf der einen Seite und den Herren der Kulturämter und den Genehmigungsbehörden immer sachlich und fachbezogen war.

Wenn auch manche Diskussionen geführt werden mussten, wurde fast immer eine Lösung gefunden, die beiden Teilen gerecht wurde. Die Beschwerden einzelner Teilnehmer konnten größtenteils von den Beamten des Kulturamtes ausgeräumt werden, und nur in einzelnen Fällen musste man die Spruchstelle in Mainz bemühen.

Abschließend kann man sagen, dass die Flurbereinigung in Albig eine gelungene Sache war und Voraussetzung dafür ist, dass hier ein moderner und rationeller Weinbau betrieben werden kann.

Ich danke allen, die am Gelingen unserer Flurbereinigung beteiligt waren und hoffe und wünsche, dass der neue Turm, der sich hier an markanter Stelle über unsere Weinberge erhebt, viele Touristen und Kunden in unsere schöne Weinbaugemeinde Albig bringen wird.

Wenn wir durch die Neueinteilung unserer Gemarkung die Voraussetzung geschaffen haben, dass die nachfolgenden Generationen in Albig noch einen rentablen auf beste Qualität ausgerichteten Weinbau betreiben können, hat sich unsere Mühe und Arbeit in den 35 Jahren gelohnt und Albiger Wein wird auch in Zukunft seinen Platz unter den besten Weinen unserer Region behaupten können.

Der Wiederaufbau der Weinberge in Albig*)

Reinhard Knobloch, Albig

Als letzter Redner heute hier oben, möchte ich zu Besonderheiten im Zusammenhang mit unserer Flurbereinigung Stellung nehmen, zu denen auch unser Turm gehört.

Die Anfänge besonders der Weinbergsflurbereinigung gestalteten sich schwierig. Es bildete sich Ende der 60er Jahre unter den Berufskollegen eine Art Opposition gegen die Weinbergsflurbereinigung.

Bei einer so genannten Aufklärungsversammlung in der Turnhalle, in der auch eine Abstimmung vorgesehen war, schien dies zu scheitern. Der Leiter der Versammlung und damaliger Vorsteher des Kulturamtes Bingen „Herr Böckenhof“ erkannte die Situation und die weit reichenden Folgen für unser Dorf. Er entschied und sagte sinngemäß: „Ich habe mir heute einen Überblick über die Situation verschafft und ordne hiermit die Flurbereinigung Albig an“.

Herrn Böckenhof danken wir für seinen Weitblick und die Entscheidungsfreude in der damaligen Situation.

Ohne diese Entschlossenheit würden wir vielleicht heute noch wie viele Nachbardörfer um die Flurbereinigung unserer Weinberge ringen.

Bei der späteren Gründung der Teilnehmergeinschaft und den folgenden Wahlen wurden auch Flurbereinigungsgegner in den Vorstand berufen. Es entwickelte sich jedoch eine gute Zusammenarbeit zwischen den Sachbearbeitern des Kulturamtes und den Vertretern der Grundstückseigentümer, welche sich bis heute fortgesetzt hat.

*) Ansprache des Vorsitzenden der Aufbaugemeinde Albig, Herrn Reinhard Knobloch, zum Abschluss des Bodenordnungsverfahrens Albig am 21. Juli 2001

Dass wir nun den Sack zubinden können und als Zugabe noch diesen schönen Weinbergsturm haben, der sicherlich am meisten von Nichtwinzern genutzt wird, macht uns froh.

In den beiden letzten Teilabschnitten Rennelberg und Hundskopf durfte ich als Vorsitzender der Aufbaugemeinschaft mit den anderen Vorstandsmitgliedern an der Neuordnung unserer Weinbergflächen und dem Wege- und Gewässernetz teilhaben.

Eine kreative Aufgabe, bei der es um die Gestaltung der künftigen Ökonomie und Ökologie in unseren Weinbergen ging.

Die unumgänglichen Planierungsmaßnahmen mit dem Ziel einer optimalen Geländegestaltung waren für uns, vom Vorstand, von besonderem Interesse.

Da die Gesamtplanung unsere Vorstellungskraft manchmal überforderte, nahmen wir immer wieder Teilabschnitte in Augenschein und fast ebenso oft kleinere Korrekturen vor. Es war im wahrsten Sinne des Wortes eine gute Zusammenarbeit.

Einige Vorstandsmitglieder können ihre Anregungen: die Zeilenrichtung zu ändern, einen Weg zu verlegen oder eine zusätzliche Böschung einzubauen vor Ort wiederfinden. Dazu gehören auch die vorgenommenen Erdauffüllungen, wodurch einige frostgefährdete Flächen beseitigt und eine Wertsteigerung der Neuzuteilung erreicht wurde.

Gegen Ende der Geländearbeiten sagte ein Mitarbeiter aus Worms etwas scherzhaft, hier ist ja fast gar nichts mehr, wie es geplant war.

Stellvertretend für das gute Miteinander von Kulturamt und Vorstand möchte ich Herrn Bleckhausen erwähnen. Sie, Herr Bleckhausen verstehen es nicht nur mit der Planierraupe im Gelände so umzugehen, wie wir mit der Rebschere am Weinstock. Sie verstanden es auch unsere Ideen den Planern im Kulturamt schmackhaft zu machen und umkehrt.

An dieser Stelle allen Mitarbeitern des Kulturamtes, die sich mit der Umlegung befassen, unseren herzlichen Dank.

In dieser guten Zusammenarbeit gründet auch der Wunsch einen Weinbergsturm zu errichten. Es wurden schnell Wege gefunden, ihn zu finanzieren ohne, dass es die Gemeinde oder die Grundstückseigentümer besonders belastet.

Auch der Bau unseres Turms an sich setzte Maßstäbe einer guten Zusammenarbeit.

Grundstückseigentümer und Bauherr ist die Gemeinde. Bei der Bauausführung hatten jedoch die Vorstände von der Teilnehmergeinschaft und der Aufbaugemeinschaft freie Hand. Dafür bedanke ich mich bei dem Gemeinderat, unserem Bürgermeister Günther Trautwein, und ebenso bei unserem 1. Beigeordneten Manfred Weindorf, meinem Vorredner, der die Planerstellung und Bauüberwachung ohne Rechnung gerne übernahm.

Noch einmal zurück zu den Begriffen. Ökologie und Ökonomie, die wir auch mit den alten Worten Bebauen und Bewahren umschreiben können. Beide Begriffe, die den Wert einer Kulturlandschaft spiegeln, waren im letzten Verfahren nicht immer einfach miteinander zu verbinden.

In diesen Teilabschnitten, wo das Weinbergsgelände manchmal dem Oberkörper einer Frau gleicht, war es eine große Herausforderung für alle Beteiligten, Bewirtschaftungseinheiten möglichst ohne Seitenhang zu schaffen.

Für die Sachfremden - in Fahrgassen mit starkem Seitenhang kann eine Unkrautbekämpfung nicht mechanisch als Unterstockbearbeitung, sondern nur chemisch durchgeführt werden - deshalb der Wunsch von uns, möglichst viele Flächen ohne Seitenhang!

Wir haben, wo es sich im Gelände anbot Böschungen eingebaut oder die neu entstandenen Blöcke diagonal gezeilt und so den Seitenhang in der Zeilung auf ein Minimum reduziert. Dadurch entstanden nun mehrere große und kleine Böschungen und eine Vielzahl von unwirtschaftlichen kleinen Dreiecken, welche jetzt dem Naturschutz dienen.

Durch die genannten Maßnahmen mit Blick auf eine mögliche optimale ökologische Lösung haben die Winzer u.a. für diese Maßnahmen fast 20% des Eigentums zur Verfügung gestellt.

Ohne Entschädigung und ohne Murren, was zeigt, wie hoch eine umweltfreundliche Bewirtschaftung unter uns Winzern eingestuft wird. Und damit die vielen kleinen ökologischen Inseln in unserer flurbereinigten Gemarkung auch sichtbar werden, auch dafür dient unser hier neu entstandener Weinbergsturm.

Ich bin der Meinung, hätten wir diesen Turm nicht gebaut, würde was die Kreativität in unserer Weinbergsumlegung angeht, das Tüpfelchen auf dem i fehlen.

Türme sind oft Wahrzeichen und haben symbolhaften Charakter.

Unser Turm kann aus seiner Entstehungsgeschichte uns Folgendes sagen:

1. Mit Weitblick überschaut man vor sich liegende Hindernisse.
2. Wo Menschen gemeinsam an einem sinnvollen Ziel arbeiten, entsteht Schönes und Dauerhaftes.

3. Wie ein ausgestreckter Zeigefinger ragt er über unsere Weinberge und will uns ermahnen: Vergesst nicht, dass euch aufgetragen ist, „Die Schöpfung zu bebauen und zu bewahren“.

Wenn wir diese drei Dinge in unserem Alltag beherzigen und entsprechend an unsere Kinder und Kindeskindern weitergeben, dann können noch viele Generationen nach uns diesen Turm besteigen, sich am Blick über das Rheinhessische Hügelland erfreuen und die Früchte des Feldes und den Saft den Rebstockes genießen.

Mit Sekt und viel Lob

Einweihung des Gemarkungsturms / Sonnenblumenfest

WK. ALBIG - Seit vielen Jahren wird zum Albiger Wein und Sonnenblumenfest eingeladen. Veranstalter sind die Bauern- und Winzerschaft sowie der Verein der Landfrauen. Gastgeber ist die gesamte Dorfgemeinschaft. Für attraktive Überraschungen war bisher immer gesorgt. Bevorzugtes Ziel der Rundfahrten mit Planwagen war diesmal der neue Weinbergsturm im Gemarkungsteil „Auf dem Fels“, der vor der offiziellen Eröffnung im Rahmen eines großen Festaktes eingeweiht wurde. Er gilt als Zeichen einer neu geordneten Kulturlandschaft, aber auch als Zeigefinger, der zur Bewahrung und Erhaltung der Natur mahnen soll.

Die Einweihung des neuen Turmes war zugleich Feier zum Abschluss der Maßnahmen zur Bodenordnung, die vor über 35 Jahren in die Wege geleitet wurde. Bürgermeister Günther Trautwein erläuterte, dass der Begriff „Bodenordnung“ die Flurbereinigung, die Weinbergsumlegung und die Ortsflurbereinigung. Auch wies er auf die Bedeutung von Ökonomie und Ökologie hin. Staatssekretär Günther Eymael vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bezeichnete das Bodenordnungsverfahren in Alb als ein außergewöhnliches Verfahren, bei dem nahezu alle Aufgabenbereiche des Kulturamtes zusammenkämen. Besonderheiten hätten sich bei der Zielsetzung, beim Gebietscharakter und bei der Durchführung ergeben. Es wurde vorweggenommen, dass Arbeitsgruppen aus Bund und Ländern und ausländische Delegationen aus Japan und Madagaskar sich von den gelungenen Ergebnissen in Alb überzeugt haben. Ein wichtiges Ziel des Verfahrens in Alb war nach Eymael von Anfang an die Erhaltung einer kulturhistorisch gewachsenen Weinbaulandschaft. Der Staatssekretär bedankte sich für die Kompromissbereitschaft. Die Winzer in Alb hätten erkannt, dass eine intakte Kulturlandschaft mehr ist als ein Produktionsfaktor.

Eymael erwähnte auch die Schaffung von Feuchtbiosphären, den Ausbau von Bächen und die Anpflanzung von Hecken und Feldgehölzen. Diese Maßnahmen wurden in Alb durch eine Dorf-Flurbereinigung, die nach Eymael in Rheinhessen nicht ihresgleichen findet, ergänzt. Der Staatssekretär sagte zum Abschluss seiner Rede: „Zwölf Millionen Mark Ausführungskosten im Verfahren Alb sind gut angelegt. Das neue Weinbergshäuschen soll ein weithin sichtbares Zeichen sein für hervorragende Ergebnisse der Bodenordnung in Alb.“

Ernst Jakob Müller hielt als Vorsitzender der Teilnehmergemeinschaft Rückblick auf „35 Jahre Bodenordnung in Alb“. Er stellte fest, dass jetzt alle, Parzellen über einen befestigten Weg zu erreichen sind. Er erwähnte den Bedeutungswandel von Ökologie und Naturschutz sowie den Flächenverlust zwischen 12 und 18 Prozent. Und er erinnerte sich an den Wechsel von drei Direktoren in den Kulturämtern und gute Zusammenarbeit mit den Behörden.

Beeindruckt von dem Weitblick, den der Turm bietet, sprach Landrat Schrader von der Bedeutung einer gut funktionierenden Landwirtschaft für die Pflege der Landschaft. Im Rahmen eines „sanften“ Tourismus könnten die Albiger zeigen, was vorhanden ist und zugänglich machen.

Bauernpräsident Norbert Schindler lokalisierte den neuen Turm zwischen Rheingau, Donnersberg und Pfalz. Er könne sich vorstellen, dass einst Julius Caesar auf diesem Platz stand und ein Loblied auf Rheinhessen sang. Verbandsbürgermeister Görtsch gratulierte den Albigern zu ihrem neuen Wahrzeichen. Sie könnten sich mit ihrer Landschaft identifizieren. Dr. Otto Curle, Leiter der Wiederaufbaukasse, stellte fest, dass im Zuge der Bodenordnung mehr als eine Million Reben angepflanzt wurde.

Das „letzte Wort“ nach der Einweihung des Turmes, die Staatssekretär Eymael

mit Sekt vornahm, und der offiziellen Eröffnung des Wein- und Sonnenblumenfestes hatte als Vorsitzender der Aufbaugemeinschaft Reinhard Knobloch. Er hoffte, dass zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Bebauen und Bewahren stets der optimale Mittelweg gefunden wird.

Danach ging es zum Wein- und Sonnenblumenfest, das auch den Rahmen für eine Ausstellung in der Turnhalle gab. Dort zeigte das Kulturamt Worms auf 16 großen Tafeln eine Dokumentation zur Dorferneuerung und Neuordnung des Reblandes in Alb. Wenn heute, Montag, nach bewährtem Brauch die Bilanz zum Wein- und Sonnenblumenfest 2001 gezogen wird, dann wird sie positiv ausfallen. Und ganz bestimmt wird es keine Debatte um den Fortbestand dieser drei fröhlichen Tage geben.



Stoßen auf den Turm an: Ernst Walter Görtsch (2.v.l.), Günther Eymael (3.v.l.), Hansjochem Schrader (5.v.l.) und Bürgermeister Günther Trautwein.

Bild: Axel Schmitz

Bodenordnung/Dorfentwicklung Albig

Verbesserte Lebensqualität

Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft, so lautet ein erklärtes Ziel vieler Dörfer und Gemeinden im aktuellen landes- und auch bundesweiten Wettbewerb. Vorbildlich und beispielhaft ist die Dorfentwicklung mit neuer Bodenordnung in Albig gelungen.

Hans-Artur Bauckhage, rheinland-pfälzischer Minister für Landwirtschaft und Weinbau bestätigte dies der Weinbaugemeinde. Er lobte die Initiativen, die in einem Gesamtprojekt zusammengeführt wurden, im Sinne einer ganzheitlichen Dorfentwicklung für eine wirtschaftliche Zukunft in einer intakten Kulturlandschaft erfolgreich gewirkt haben.

Zukunftsweisender Prozess über dreieinhalb Jahrzehnte

Ohne Kompromissbereitschaft, aktiven Mitwirkungswillen und einen ausgeprägten Gemeinschaftsgeist der Albigier wären viele Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung der Lebensverhältnisse wie auch der Wirtschaftlichkeit des Weinbaus im Dorf nicht realisierbar gewesen. Immerhin bedeutete die sinnvolle Umwandlung auch Eigentumsverluste bis zu 20 Prozent an Boden, die hier mit Einsicht in die Notwendigkeit und in eine gute Gemeinschaft erbracht werden mussten. Die Regie des dreiein-

halb Jahrzehnte andauernden zukunftsweisenden Prozesses lag beim Kulturamt Worms. Zwischen 1972 und 1999 wurden rund 400 Hektar Rebflächen in sieben zeitversetzten Teilprojekten neu geordnet mit jeweils anschließendem gemeinschaftlichen Rebenwiederanbau.

Der ländliche Grundbesitz wurde neu geordnet zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und zur Förderung der Landentwicklung. Grundstücke der Rebflächen wurden neu zugeschnitten und damit deren durchschnittliche Größe von oft unwirtschaftlichen 2000 auf 5000 Quadratmeter für die Wirtschaftlichkeit des Weinbaus vorteilhaft verändert. Ein moderner rationeller Weinbau ist nun über befestigte Wege überall erreichbar.

Die Bearbeitung der 1966 eingeleiteten Ackerflurbereinigung war 1968 wegen aktueller überörtlicher Straßenplanungen unterbrochen worden; eine Abstimmung und Koordination der Pla-

nung von Bodenordnung und Straßenbau wurde erforderlich. Der durch den Autobahnbau entstehende Landverlust war anstelle einer Enteignung auf einen größeren Eigentümerkreis sozialverträglicher zu verteilen, die Nachteile für die Landeskultur durch Zerschneidung des Wege- und Gewässernetzes zu regulieren. In der Gemarkung Albig wurden für den Bau beider Autobahnen 150 000 Quadratmeter Rebland, insgesamt fast 1 000 000 Quadratmeter Agrar-Nutzflächen gefordert, das betraf besonders Albigier Flächen im Schnittpunkt von A 61 und A 63 am „Alzeyer Kreuz“.

Neues Wege- und Gewässernetz dient allen

Die Maßnahmen zur Verbesserung der dörflichen Infrastruktur erforderten Flächenbereitstellung für gemeinschaftliche Anlagen wie ein neues Wege- und Gewässernetz, das allen dient. Das Abtreten von Flächen aus Privatbesitz zu Gunsten der Gemeinde-Erschließungsmaßnahmen zeigt Gemeinschaftsgeist: Straßenverbreiterungen, Neuanlage von Ortsrandwegen, Ortsausgängen und innerörtlichen Fußwegen; Ausbau von Wassergräben, Bau von Rückhaltebecken, Anlage von Sandfängen für den Hochwasserschutz; Flächen zum Bau einer Kläranlage sowie einer Umspannstation; Ausweisung von Kleingartengelände, Neuordnung eines Gartengebietes, Ortsrandbegrünung und Aktion „mehr Grün“; Ausweisung eines Freizeitgeländes, Flächen für Sportplatz und Tennisplatz, Anlage eines Weinlehrpfades, alles Beispiele für eine ganzheitliche Zusammenarbeit im nutzbringenden Zusammenhang zwischen Dorferneuerung und Bodenordnungsverfahren.

Weinbergturm „auf dem Fels“ als sichtbares Zeichen

Letzteres ist in Albig auch für die Ortslage erkannt und realisiert worden: Neben Neuvermessung und Vermarkung aller Grundstücke zählen auch der neu ausgewiesene Dorfplatz für eine vielfältige Nutzung, die Einbindung der romantischen Reilchen in das örtliche Wegenetz zur verbesserten Lebens- und Wohnqualität. Den Abschluss dieser

umfassenden Neuordnungen haben die Albigier mit dem Bau eines Weinbergturmes „auf dem Fels“ als weithin sichtbares Zeichen manifestiert. Mit Aussichtsfunktion auch für die Weinbergshut ist der Turm ein Blickfang in der Gemarkung.

Beim Albigier Wein- und Sonnenblumenfest wurde er nach nur sechsmonatiger Bauzeit öffentlich eingeweiht. Vor vielen Gästen sprachen Staatssekretär Günter Eymael, Landrat Hans-Jochem Schrader, der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes, Norbert Schindler, Hochachtung, Anerkennung, Glückwünsche und Dank aus für ein Vorzeigeprojekt, das bereits Vorbildhaft für Akzeptanz und Bereitschaft bei Interessenten aus Deutschland wie auch dem Ausland geltend stehe. □



Die Teilnehmergemeinschaft legte Hand an bei der Gestaltung der Außenanlagen rund um den neuen Turm, der für die Weinbergshut aber auch besonders für Wanderer einen weiten Blick über Albig, über Rheinhessen bis hin zu Odenwald, Taunus, Hunsrück, Pfälzer Bergland und Donnersberg freigibt und dabei die schöne Wein-gemeinde so richtig in's Bild rückt. Text und Fotos: Gisela Pieterek

Albig / Rheinhessen



Albig historisch:

- Siedlungsgebiet seit der Jungsteinzeit (~ 2000 v. Chr.)
- Weinbau seit der Römerzeit
- "Haufendorf" mit dicht bebautem Ortskern



Vergangenheit sichtbar gemacht:
Reste einer römischen Villa, in der
Weinbergsflurbereinigung ausgegraben

Albig heute:

Attraktive Wohngemeinde
mit weinbaulicher Prägung



Oftmals Sieger in
Dorfwettbewerben



The map displays the Albigen region, characterized by its mountainous terrain. The central part of the map is dominated by the Albigen mountain range, with several peaks and valleys. The map is divided into several administrative districts, each labeled with a 'WG' (Wahlgebiet) number. The map also shows the Aargau River and the Aargau Canal. The map is oriented with North at the top.

Key locations and features include:

- Albigen**: The central mountain range, with various peaks and valleys.
- Schaffhausen**: A town located in the lower right corner of the map.
- Albigen**: A village located in the center of the map, near the mountain range.
- WG 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7**: Administrative districts labeled throughout the map.
- Aargau River**: A river flowing through the region.
- Aargau Canal**: A canal located in the lower left corner of the map.

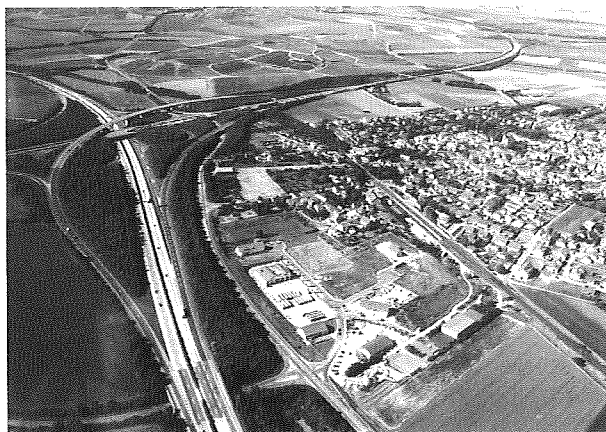
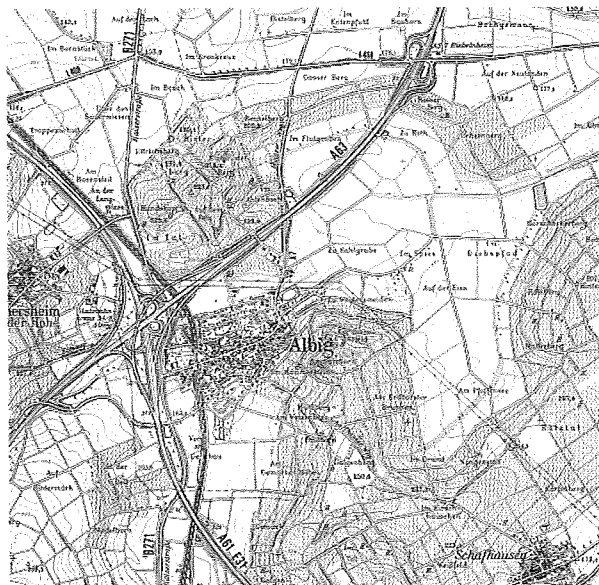
- 1) Zugezogen zum Projekt Spiesheim I
- 2) Baulandumlegung Sondergebiet „Freizeit“
- 3) Baulandumlegung Gewerbegebiet „Im Erbespfad“
- 4) Ohne die Kosten für den gemeinschaftlichen Rebenwiederaufbau nach der Bodenordnung

4) Online die Kosten für den gemeinschaftlichen Rebenwiederaufbau nach der Bodenordnung

Bodenordnung und Straßenbau



vor (oben) und nach (unten) der Bodenordnung



1966: Einleitung
der Ackerflurbereinigung

1968: Umstellung
in eine Zweckflurbereinigung zum
Bau der Autobahnen A 61 / A 63

- zur Vermeidung von Enteignungen
- zur Verteilung des Landverlustes
auf einen größeren Eigentümerkreis
- zur Regulierung der Nachteile
für die allgemeine Landeskultur
(Zerschneidung des Wege- und
Gewässernetzes)

Flächenbedarf für
die Autobahnen
in Gemarkung Albig:

fast 1.000.000 m² bestes Agrarland,
darunter 150.000 m² Rebland

Schnittpunkt der Autobahnen
A 61, A 63 am "Alzeyer Kreuz":
eigentlich ein "Albiger Kreuz",
da die Flächen für die Autobahn
in diesem Bereich vorwiegend
aus der Albiger Gemarkung
aufgebracht wurden.

Neuordnung des Reblandes

Der gesetzliche Neugestaltungsauftrag § 37 Flurbereinigungsgesetz

Abwägungsgebot:

"Das Flurbereinigungsgebiet ist unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert."

Weinbaulicher Maßnahmenkatalog:

- Neueinteilung der Rebflächen.
- Zusammenlegung und zweckmäßige Gestaltung des zersplitterten oder unwirtschaftlich geformten Grundbesitzes nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.
- Schaffung von Wegen, Straßen, Gewässern (= gemeinschaftliche Anlagen).
- Ausführung aller Maßnahmen zur Verminderung des Arbeitsaufwandes und Erleichterung der Bewirtschaftung.

Öffentliche Belange berücksichtigen und koordinieren:

Bei der Durchführung der Neugestaltungsmaßnahmen hat das Kulturamt die öffentlichen Interessen zu wahren und insbesondere den Erfordernissen

- der Raumordnung und Landesplanung,
- des Umwelt-, Naturschutzes und der Landschaftspflege,
- des Denkmalschutzes,
- der Erholung,
- der Wasserwirtschaft,
- der landwirtschaftlichen Siedlung,
- des Kleingartenwesens,
- der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes

Rechnung zu tragen unter Wahrung des Grundeigentums und Erfüllung des Rechtsanspruches jedes Teilnehmers auf wertgleiche Landabfindung.

Neuordnung des Reblandes

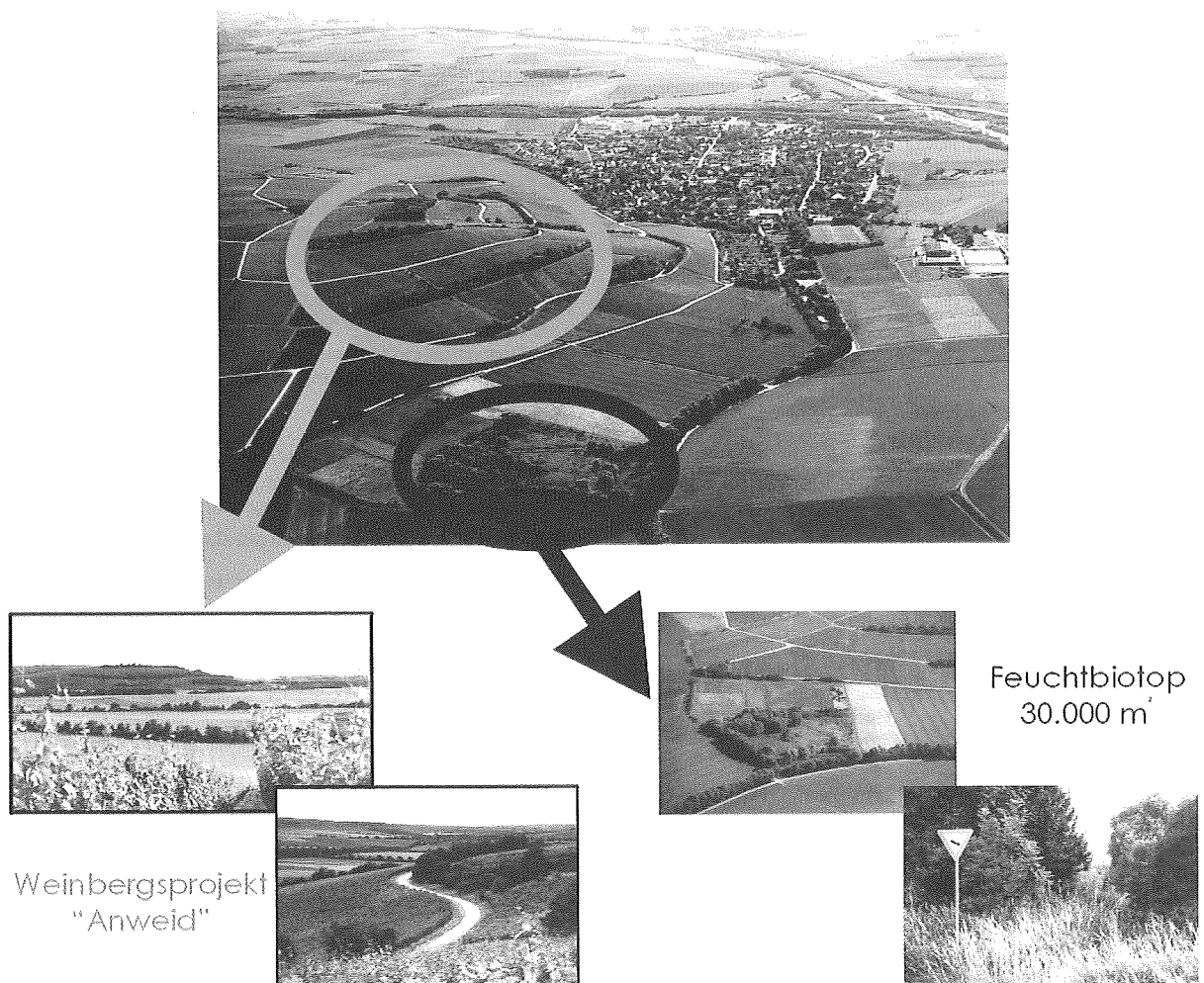
Ökonomie und Ökologie im Einklang

Gemeinsames Ziel der Weinbergsfilurbereinigung

sowohl den wirtschaftlichen Erfordernissen des modernen Weinbaus (Ökonomie)
als auch den Belangen von Natur und Landschaft (Ökologie)gerecht werden!

Tragfähige Kompromisse gefragt

Die äußerst anspruchsvolle Aufgabe der Neuordnung der rund 400 Hektar Rebflächen zwischen 1972 und 1999 wäre ohne allseitige Kompromissbereitschaft so nicht erreichbar gewesen.

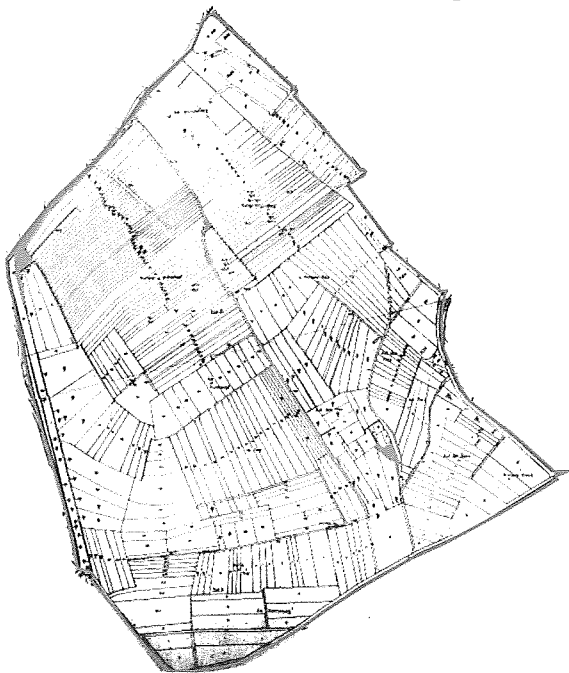


Neuordnung des Reblandes

Ökonomie und Ökologie im Einklang

Beispiel: Weinbergsprojekt "Hundskopf"

vor der Bodenordnung



Weinbau:

Kein Wegenetz.
Unwirtschaftlich geformte Parzellen.
Starke Besitzzersplitterung.

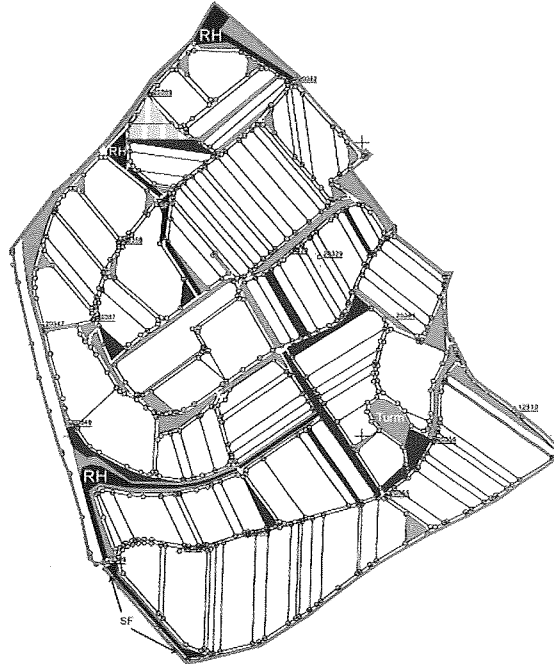
Wasserwirtschaft:

"Fehlanzeige"

Landespflege:

Vereinzelte Böschungen/Raine
entlang von Grundstücksgrenzen.

nach der Bodenordnung



Weinbau:




Systematisches Wegenetz, alle Grundstücke erschlossen.
Wirtschaftlich geformte Parzellen.
Besitzzusammenfassung zu größeren Einheiten.

Wasserwirtschaft:

Schadlose Ableitung überschüssigen Regenwassers über
ein **Grabennetz** in Verbindung mit **Rückhaltebecken (RH)**
und **Geröll - bzw. Sandfängen (SF)**.

Landespflege:

Systematische Biotopvernetzung.

-  Ausgleichsmaßnahmen (Flächenbereitstellung
über den Landabzug von den **Teilnehmern**).
-  Ökokonto - Flächen für die **Gemeinde Albig**.
-  Vom **Land Rheinland-Pfalz** angekaufte Flächen.



**Nach der Bodenordnung lohnt das Renovieren:
Der "Hundskopf" hat eine weinbauliche Zukunft!**

Infrastrukturverbesserung = Verbesserung der Lebensverhältnisse im Dorf

Maßnahmenkatalog im Rahmen der Bodenordnung

Erschließung:

- Straßenverbreiterungen
- Neuanlage von Ortsrandwegen
- Neuanlage/Erweiterung von Ortsausgängen
- Neuanlage von innerörtlichen Fußwegen
- Rückwärtige Erschließung von Gehöften

Hochwasserschutz:

- Neuanlage/Ausbau von Gräben
- Bau von Rückhaltebecken
- Anlage von Sandfängen

Ver-/Entsorgung:

- Flächen zum Bau einer Kläranlage
- Flächen zum Bau einer Umspannstation

Grünordnung:

- Ausweisung von Kleingartengelände
- Neuordnung eines Gartengebietes
- Ortsrandbegrünung
- Aktion „Mehr Grün“ durch Bodenordnung

Freizeit, Sport, Erholung:

- Ausweisung eines Freizeitgeländes
- Flächen für Sportplatz, Tennisplatz
- Anlage eines Weinlehrpfades

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Innerörtliche Wegeerschließung

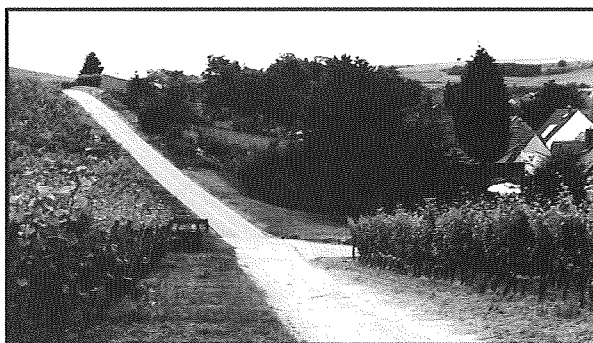


Ortsrandbereich **nach** (oben)
und **vor** (unten) der Bodenordnung



Der neue Ortsrandweg

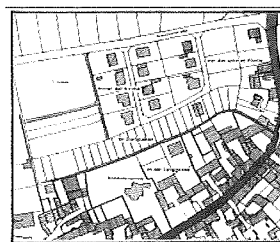
- trennt und verbindet und Rebland
- ist Wirtschafts-, Wander-, Spazier-, Radweg...



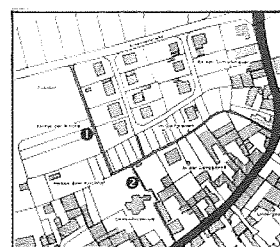
Fußläufige Wegeverbindungen im Dorf



Einbindung der für Albig typischen "Reilschen"
in das in der Bodenordnung ergänzte
innerörtliche **Fußwegenetz**.



vor (oben) und **nach** (unten) der Bodenordnung

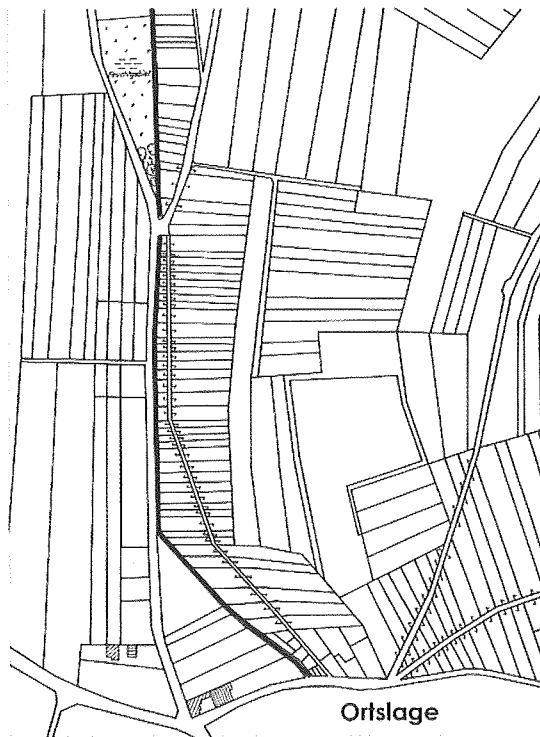


- ① Wegeerschließung für Gärten, Landwirtschaft
- ② Fußwegeverbindung zwischen Ortskern, Neubaugebiet, Schule
- ③ Übertragung einer privaten Straßenfläche in öffentliches Eigentum

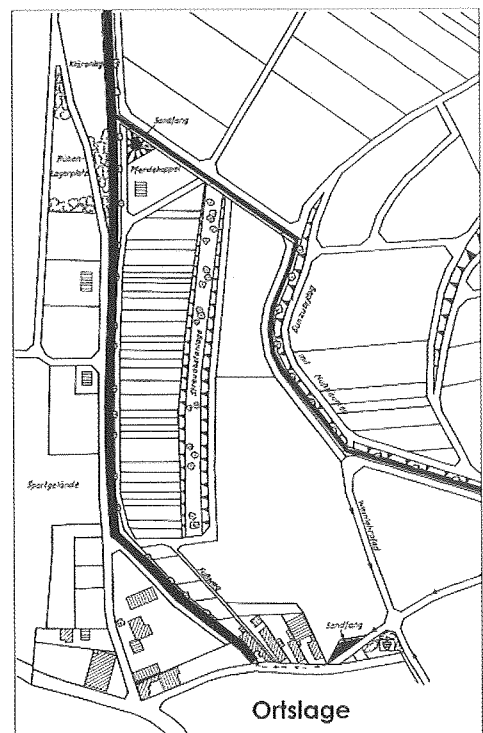
Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Hochwasserschutz für die Ortslage

vor der Bodenordnung



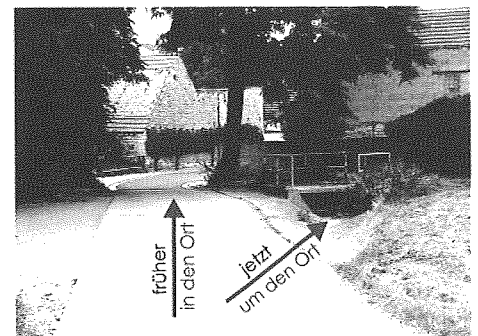
nach der Bodenordnung



Neuanlage und Ausbau von Gräben
Anlage von Sandfängen



← "Umleitung" des Regenwassers
aus den Weinbergen um den Ort



Änderung der Fliessrichtung des Regenwassers

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

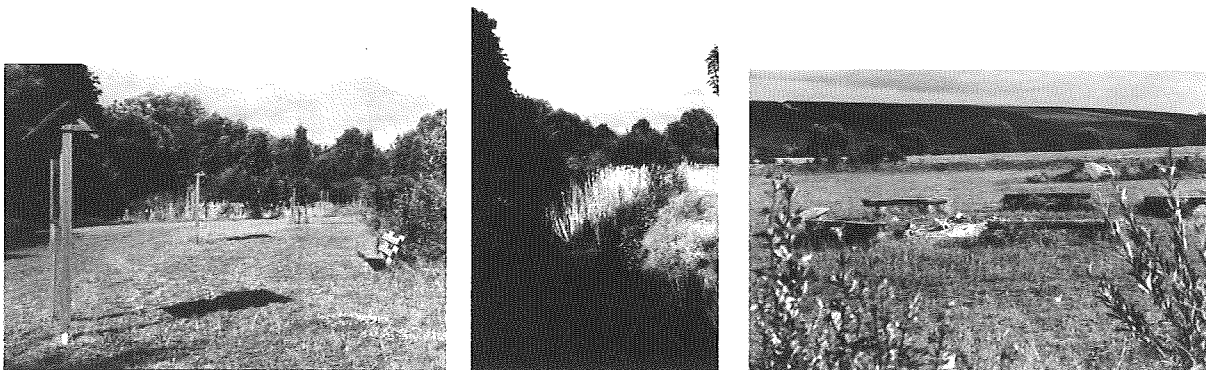
Umsetzung von Bebauungsplänen

Baulandbereitstellung für Wohnen und Gewerbe



Freiwilliges Landtauschverfahren zur Realisierung eines Teilgebietes des Bebauungsplanes "Albig - Ost"

Neuschaffung eines naturnahen Freizeitgeländes
Sicherung erhaltenswerter Landschaftsstrukturen

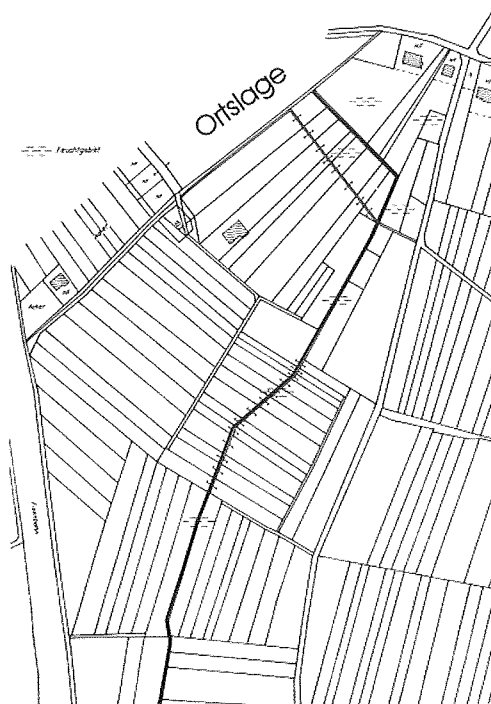


Heutiger Zustand des naturnahen Freizeitgeländes der Gemeinde.
Vor vier Jahren wurde hier noch Ackerbau betrieben!

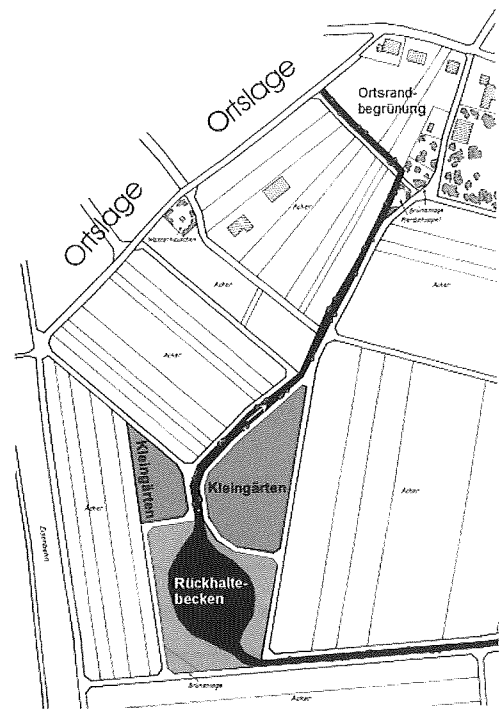
Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

“Kleingärtnerei”

Ausweisung eines neuen Kleingartengebietes für die Gemeinde Albig (Verpachtung an Interessenten)



vor der Bodenordnung



nach der Bodenordnung



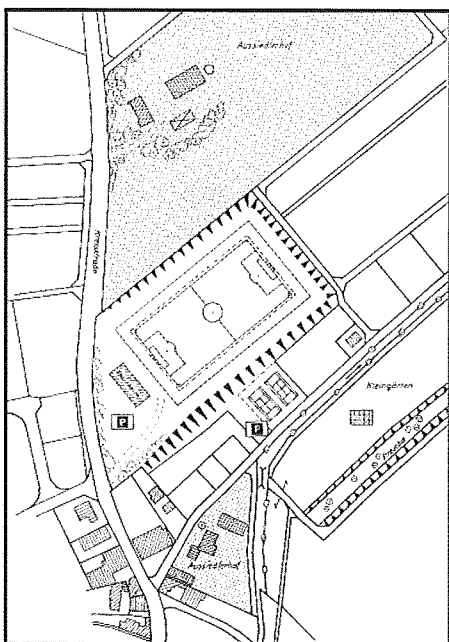
Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Sport, Freizeit

Flächenbereitstellung für Sportplatz, Tennisplatz



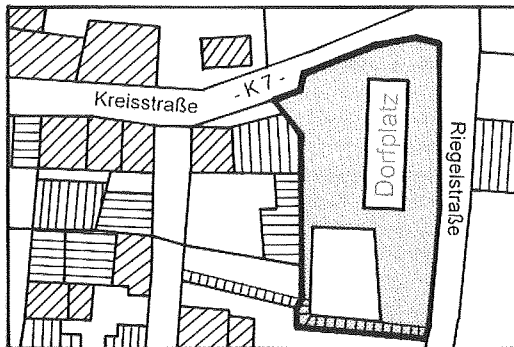
vor (oben) und **nach** (unten) der Bodenordnung



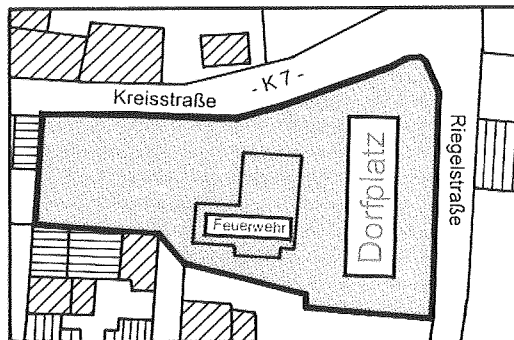
Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Treffpunkt Dorfplatz

Für Albig besonders wichtig ist der in der Dorf-
flurbereinigung neu ausgewiesene **Dorfplatz**



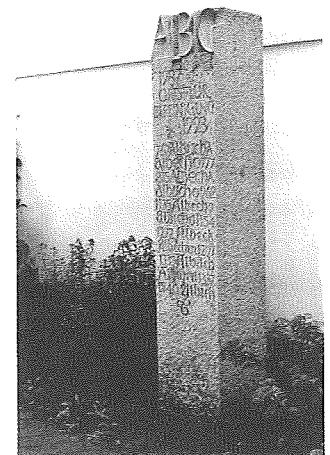
Dorfplatz **vor** (oben) und **nach** (unten) der Bodenordnung



Wo das neue Feuerwehrgerätehaus steht,
befanden sich früher vier verwinkelte Gehöfte
und ein Schuppen.



Der neue **Dorfplatz** - von Jung und Alt vielfältig genutzt



Am Rande des Dorfplatzes:
Ein Denkmal der Gemeinde Albig
für die erfolgreiche Dorfplurbereinigung.

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Schlusspunkt

Der neue Turm "Auf dem Fels" feierlich eingeweiht am 21. Juli 2001

- eine Bereicherung der WeinKulturLandschaft
- ein Schmuckstück für Albig
- ein Symbol für erfolgreiche
"Dorfentwicklung durch Bodenordnung"



Bauphase



Bauphase



Restarbeiten in Eigenregie

Bad Dürkheim - Projekt IV*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Sehr geehrter Herr Freunscht,

sehr geehrter Herr Schmitt,

meine Damen und Herren,

für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung anlässlich des Abschlusses des Bodenordnungsverfahrens Bad Dürkheim Projekt IV bedanke ich mich herzlich.

Ich bin sehr gerne nach hier gekommen, um mit Ihnen das Ereignis zu feiern, denn Grund zum Feiern ist gegeben, wenn ein Werk abgeschlossen wird, das als besonders gelungen herausgestellt werden darf. Das spiegelt schon die Tatsache wieder, dass es nicht der erste, aber auch nicht der letzte Abschnitt der Rebflächenbereinigung im Stadtbereich Bad Dürkheim ist.

Vielleicht lässt es sich als Bergfest im Reigen der Verfahrensabschnitte bezeichnen.

Hier in Bad Dürkheim findet heute ein Bodenordnungsabschnitt seinen angemessenen Abschluss, der sich durch beispielhafte Ergebnisse auszeichnet.

Dabei will ich gar nicht die Statistiken und Zahlen bemühen, dies können die mit dem Verfahren aufs Engste Betrauten viel besser tun. Mir erscheint es wichtiger, das Ergebnis mit dem Begriff „Entwicklung ländlicher Räume“ zu verbinden.

Entwicklung des ländlichen Raumes ist schließlich ein zentrales Anliegen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz und insbesondere unseres Hauses.

Welch wichtiger Bestandteil das Instrument der Bodenordnung zur gesamtheitlichen Entwicklung des Ländlichen Raumes darstellt wird deutlich an der Vielfalt der Verfahrensarten und -ziele, die das Kulturamt Neustadt hier in der Pfalz bearbeitet. Bodenordnung dient hier

- ☐ der Verbesserung der Produktionsbedingungen für Landwirte und Winzer,
- ☐ dem Flächenmanagement für Großbauvorhaben, wie Straßen und Eisenbahnen,

☐ Maßnahmen der Wasserwirtschaft von der Ausweisung von Gewässerrandstreifen bis hin zum Flächenmanagement für Deiche und Polder zum Hochwasserschutz,

☐ der Unterstützung landespflegerischer Aktivitäten, wie Biotopvernetzung und Renaturierungsprojekte,

☐ der Unterstützung der Kommunen bei der Verbesserung ihrer Infrastruktur und Flächenbereitstellung für Bau- und Gewerbeflächen.

Meine Damen und Herren,

das Verfahren **Bad Dürkheim IV** verbindet mehrere dieser Aufgaben sinnvoll miteinander.

Einige Besonderheiten sind hier hervor zu heben.

An erster Stelle ist festzustellen: In diesem Verfahren wurden die agrarstrukturellen Bedingungen, unter denen Sie wirtschaften, entscheidend verbessert. Ohne die Aussicht auf nachhaltige Erfolge in betriebswirtschaftlicher Hinsicht wäre kein Mensch bereit - im wahrsten Sinne des Wortes - Hand an die eigene Erwerbsgrundlage - und das sind nun mal die Rebstöcke - zu legen und sie auszuhacken. Das Ergebnis in diesem Verfahren hat Ihnen Recht gegeben.

Das Wegenetz wurde neugestaltet, die Hauptwege befestigt und die Besitzstände zusammengelegt. Das Zusammenlegungsverhältnis von 6 : 1 spricht allein für sich. Das Hauptziel des Verfahrens, die Wettbewerbsfähigkeit der Winzerbetriebe zu stärken, ist erreicht worden.

Für das vorzeitig ausgebaute Teilstück der B. 271 neu ist durch vorbildliche Zusammenarbeit mit der Straßenverwaltung die abschließende eigentumsmäßige Regelung erfolgt.

*) Grußwort des Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Günter Eymael, anlässlich des Abschlusses des Bodenordnungsverfahrens Bad Dürkheim - Projekt IV am 30.08.2001 um 16.00 Uhr im Rathauskeller in Bad Dürkheim.

Die planerische Abstimmung der Nebenanlagen der Straße (Wirtschaftswege, Wasserführungen, Wasserrückhaltung und landespflegerische Ausgleichsflächen) wurde in einem Guss mit der Planung des neuen Wege- und Gewässernetzes vorgenommen.

Die notwendigen Wasserrückhaltungsmaßnahmen wurden effektiv in Kooperation mit Straße und Stadt umgesetzt, es konnten kostengünstige Lösungen erreicht werden.

Die Wiederherstellung einer lange Jahre vernachlässigten Hohl als Fahrweg unter Verwendung von Pflaster und Sandsteinmauern war sicherlich ein anfangs umstrittenes Projekt. Heute zeigt sich die Hohl als touristisches Schmuckstück, das auch ökologischen Ansprüchen voll gerecht wird.

Mit der Verbreiterung und Befestigung des „Neubergweges“ ist eine effiziente Erschließung der dortigen bestehenden Aussiedlungen erreicht worden, sie bietet auch weiteren Betrieben eine kostengünstige Standortlösung für eine Betriebsaussiedlung.

Alle diese Maßnahmen sind in guter Abstimmung und mit Kostenbeteiligung der Stadt Bad Dürkheim realisiert worden.

Verbunden mit der Neugestaltung der Grundstücke ist damit ein wesentlicher Beitrag zur Existenzsicherung der Betriebe geleistet worden. Die laufenden Planungen weiterer baulicher Maßnahmen einzelner Betriebe an der „Neuberg-Avenue“ bestätigen dies eindrücklich.

Für die Kooperationsbereitschaft und die gute Zusammenarbeit im Interesse der Sache gilt es an dieser Stelle allen beteiligten Partnern von Herzen Dank zu sagen.

Einschließen in den Dank möchte ich an dieser Stelle auch die Aufbaugemeinschaft und die Weinbaufachstellen, die mit der Förderung des planmäßigen Wiederaufbaus und dessen Vollzug den Winzern tatkräftig unter die Arme greifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Das Beispiel der Bodenordnung hier in Bad Dürkheim IV zeigt, ländliche Entwicklung kann nur gelingen, wenn Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen, wie z. B. Siedlungsentwicklung, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft, Weinbau, Landespflege, Wasserwirtschaft oder Fremdenverkehr in einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden im Sinne einer ganzheitlichen Vorgehensweise.

Durch die Bündelung dieser Einzelinteressen und -vorhaben, wie sie in einem Bodenordnungsverfahren erfolgt - und zwar in räumlicher, zeitlicher, planerischer und finanzierungstechnischer Hinsicht - entsteht ein Gesamtkonzept von dem alle Träger in gleicher Weise profitieren.

Das Kulturamt hat im Zusammenwirken mit der Gemeinde, der Teilnehmergeinschaft, der Aufbaugemeinschaft aber auch mit allen anderen beteiligten Stellen das erforderliche Flächenmanagement optimal betrieben und alle konkurrierenden Nutzungsansprüche an die Fläche auszugleichen versucht. Hierfür auch allen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Dienststelle mein besonderer Dank.

Das hier gezeigte Ergebnis macht Hoffnung für die vielen vor uns liegenden Verfahren. Immerhin sind allein hier im Landkreis Bad Dürkheim 40 Verfahren in den unterschiedlichsten Verfahrensstadien anhängig. Weitere 15 Verfahren sind bis zum Jahre 2006 in die Arbeitsplanung des Kulturamtes Neustadt aufgenommen.

Die Haushaltslage verlangt auch in unserem Land Einsparungen in allen Bereichen. Ich bin aber zuversichtlich, dass es gelingen wird, öffentliche Mittel für die wichtigen strukturpolitischen Aufgaben bereit stellen zu können.

Mit dem Verständnis aller Betroffenen und den kreativen Fähigkeiten der Planer wird es möglich sein, den Zug zur ländlichen Entwicklung unter Dampf zu halten.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Hier und heute kann ich mit Recht sagen:

1,5 Millionen Mark Ausführungskosten hier in diesem Verfahrensabschnitt sind gut angelegt.

Ich darf Sie daher ermuntern, mit den verbliebenen Abschnitten in dieser guten Zusammenarbeit fortzufahren. Ich bin sicher, Sie werden dann vergleichbar fruchtbare Ergebnisse erzielen.

Hierzu wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Mit Nutzungstausch zu mehr Wettbewerbsfähigkeit

Regierungsdirektor Dr. Hans-Werner Baur, Kaiserslautern

1. Einleitung

Die Landwirtschaft steht zu Beginn des neuen Jahrtausends vor großen Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Unternehmen auf den Mittelgebirgslagen und betrifft somit in erster Linie die Futterbau-, die Markfruchtbau- und die Gemischtbetriebe in den Höhengebieten.

Dabei sind es weniger die Flächenausstattung, als vielmehr die zersplitterten, kleinflächigen, oft schlecht erschlossenen und aus zu kurzen Schlägen bestehenden Flurstrukturen, die die Beherrschung eines wirksamen Kostenmanagements, einen effektiven Arbeits- und Maschineneinsatz sowie die kontrollsichere Inanspruchnahme der Preisausgleichszahlungen behindern. Im Hinblick auf die Wettbewerbs- und Leistungssteigerung ist es daher eine der wichtigsten Aufgaben, den Landwirten Instrumente für eine möglichst schnelle, kostengünstige und insbesondere wirksame Agrarstrukturverbesserung anzubieten und sie bei deren Anwendung zu begleiten und zu unterstützen.

Damit wird zugleich ein wesentlicher Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume geleistet, denn unsere landwirtschaftlichen Unternehmen sind für die ländlichen Räume unverzichtbar, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und die Kulturlandschaft als Ausgleichs- und Erholungsraum für die Gesamtgesellschaft zu erhalten.

Neben den Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) wurde dazu in Rheinland-Pfalz als weiteres und richtungsweisendes Instrument der Nutzungstausch entwickelt, der nachfolgend an ersten Beispielen vorgestellt wird.

2. Das Beispiel Adenbach

Der Nutzungstausch ist eine freiwillige und einigungsorientierte Vergrößerung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf Pachtbasis. Er kann parallel zu einem förmlichen Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG oder einem solchen Verfahren vor- bzw. nachgeschaltet oder als völlig eigenständiges Neuordnungsverfahren durchgeführt werden.

Er eignet sich besonders für die Landwirtschaft auf unseren Mittelgebirgslagen, da hier flächenstarke

Haupterwerbsbetriebe mit in der Regel sehr hohen Pachtlandanteilen wirtschaften.

In Adenbach, Landkreis Kusel, hat das Kulturamt Kaiserslautern erste Erfahrungen mit einem Nutzungstausch gemacht. Eingebunden in eine großräumige Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung für die Verbandsgemeinde Lauterecken wurde für diesen peripher gelegenen, landwirtschaftlich extensiv genutzten Mittelgebirgsstandort in der Westpfalz (schwierige topografische Verhältnisse; zwei Drittel Ackerland; ein Drittel Grünlandnutzung; extensive Viehhaltung (Milch- und Mutterkuhhaltung); benachteiligtes Gebiet nach der EG-Richtlinie Nr. 268/75) dringender Handlungsbedarf für die Agrarstrukturverbesserung festgestellt, nachdem die Gemarkung 1967 durch ein beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren erstmals neu geordnet worden war. Deshalb war Mitte des Jahres 2000 ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren für die rd. 300 ha umfassende Gesamtgemarkung eingeleitet worden.

Damit die beiden jeweils über 100 ha bewirtschaftenden Haupterwerbslandwirte (Pachtlandanteil rd. 80 v. H.) für einen Kernbereich ihrer Ackerflächen mit rund 60 Hektar möglichst schnell die Vorteile besserer Strukturen nutzen können, wurde dem vereinfachten Flurbereinigungsverfahren ein Nutzungstausch vorgeschaltet. Er wurde vom Kulturamt Kaiserslautern binnen sechs Monaten durchgeführt.

Nach ersten informatorischen Gesprächen zwischen den Tauschpartnern wurde zunächst ein Bewirtschaftungskonzept für die Landwirte zur betriebsbezogenen Zuordnung der Tauschflächen erstellt. Anschließend wurde mit der Ortsgemeinde abgestimmt, welche Feldwege in den Nutzungstausch einbezogen und zur Mitbewirtschaftung an die Landwirte verpachtet werden sollten. Schließlich haben die beiden Haupterwerbslandwirte die vom Kulturamt vorbereiteten Pachtverträge bei Zulassung der Unterverpachtung mit ihren Verpächtern abgeschlossen und die Förderanträge zur Inanspruchnahme der Verpachtungsprämien ihren Verpächtern zur Unterzeichnung vorgelegt.

In Adenbach hielten die Pächter es aus Gründen der individuellen Pachtpreise für zweckmäßig, Einzelpachtverträge mit den Verpächtern abzuschließen, so dass auf den Abschluss eines Sammel-pachtvertrages verzichtet wurde.

Im Anschluss daran haben die Landwirte in einem weiteren Schritt infolge der eingeräumten Unterverpachtung nochmals untereinander Pacht- und Eigentumsflächen getauscht, um zu möglichst großen Nutzflächen zu gelangen.

So konnten folgende Ergebnisse durch diesen Nutzungstausch erzielt werden:

	Vor dem Tausch	Nach dem Tausch
Merkmal		
Anzahl der Besitzstücke	16	4
Durchschnitl. Besitzstückgröße	3,1 ha	13,3 ha
Durchschnittl. Schlaglänge	230 m	570 m
Ackerrandlänge insgesamt	13,9 km	7,6 km

Abb. 1: Agrarstruktur vor und nach dem Nutzungstausch Adenbach

An dem Nutzungstausch waren 29 Verpächter und zwei Pächter mit insgesamt 76 Flurstücken mit einer Gesamtfläche von 54,66 ha LN beteiligt. Die langfristige Verpachtungsbereitschaft wurde mit rd. 8.000 DM Verpachtungsprämien durch das Kulturamt Kaiserslautern im Rahmen des Landtausch- und Pachtförderungsprogrammes für die Land- und Forstwirtschaft (LPFP) gefördert.

Mit Hilfe des Nutzungstausches konnten sowohl die Besitzstückgrößen als auch die Schlaglängen auf wettbewerbsfähige Größenordnungen verbessert werden. Mit über 13 ha Durchschnittsgröße und nahezu 600 m Schlaglänge können in dem Nutzungstauschgebiet die wesentlichen produktions- und landtechnischen Rationalisierungsvorteile und Kostensenkungen genutzt werden. Ohne Eingriff in das Eigentum können mit diesem Instrument für die Landwirte wirksame, schnelle und kostengüns-

tige Strukturverbesserungen herbeigeführt, Leistungsreserven erschlossen und die elementaren Voraussetzungen für ein effektives Kostenmanagement geschaffen werden. Für die Verpächter entfällt zudem die Befürchtung, eventuelle Planungsgewinne infolge von landwirtschaftlich orientierter Bodenordnungsmaßnahmen nicht realisieren zu können; sie erhalten darüber hinaus durch Verpachtungsprämien von einmalig bis zu 400 DM/ha nach den gegenwärtigen Förderbestimmungen eine finanzielle Anerkennung für ihre Mitwirkungsbeitschaft an den Strukturverbesserungsmaßnahmen.

Nach diesem Beispiel befinden sich zur Zeit weitere Nutzungstauschverfahren in der Westpfalz in der Durchführung. Die Verfahrensgebiete sind dabei gegenwärtig bis zu etwa 400 ha LN groß.

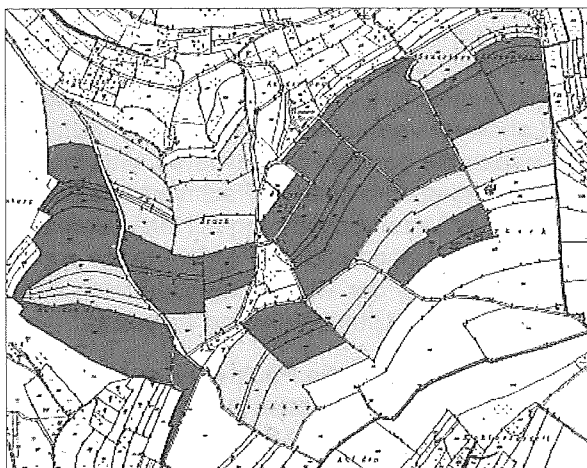


Abb. 2: Adenbach - Vor dem Nutzungstausch

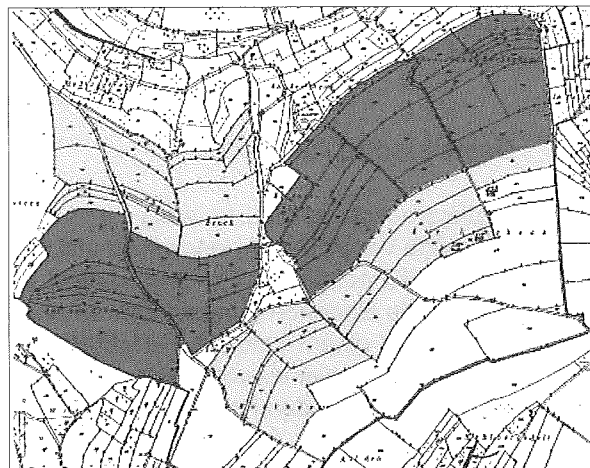


Abb. 3: Adenbach - Nach dem Nutzungstausch

Dabei zeichnen sich auch deutlich größere Besitzstücksgößen ab, die in Einzelfällen - soweit die Topographie in den Mittelgebirgen dies ermöglicht - bis zu 90 ha erreichen können. Wie die ersten Erfahrungen mit diesem Instrument belegen, bieten Gemarkungen, die bereits vor etwa 30 bis 50 Jahren mit klassischen Flurbereinigungen erstbereinigt worden sind, die besten Voraussetzungen für eine erneute, großzügige Neuordnung mit Hilfe des Nutzungstauschs. Ergänzende Fördermaßnahmen, z. B. im Bereich des ländlichen Wegebau, kleine investive Maßnahmen wie die Einzäunung und Einrichtung mit Tränkestellen im Grünland, Prämien für die Verpächter, die Unterstützung der Aktion „Mehr Grün durch Nutzungstausch“, die Honorierung eingeschalteter Helferinnen/Helfer bis hin zu Entschädigungszahlungen bei vorzeitiger Auflösung bestehender Altpachtverhältnisse mit nach wie vor unzureichenden Strukturen, sind wichtige Elemente, um dem Nutzungstausch als weiterem Agrarstrukturverbesserungsinstrument zum Erfolg zu verhelfen.

An seinem Bedarf und seiner dringenden Notwendigkeit bestehen angesichts der bestehenden und zu erwartenden agrarpolitischen Rahmenbedingungen keine Zweifel. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, soll allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass er die förmlichen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz nicht ersetzen kann, sondern diese in erster Linie in ihrer agrarstrukturellen Wirkung weiter greifend ergänzen soll.

3. Ökonomische Wirkungen des Nutzungstauschs

Für die Landwirte von besonderem Interesse sind die wirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Flurstrukturen.

Angesichts des zersplitterten Grundbesitzes in Rheinland-Pfalz als Realteilungsgebiet bringen gute Agrarstrukturen den Landwirten erhebliche Kostenentlastungen (s. Abb. 4):

Überträgt man diese Ergebnisse auf unser Beispiel Adenbach, so treten im Getreidebau infolge des Nutzungstauschs jährliche Kosteneinsparungen für die Landwirte von über 300 DM je Hektar bei entsprechend angepasster Mechanisierung ein.

Diese dauerhaft eintretenden Vorteile betragen immerhin etwa 50 v. H. der zur Zeit gewährten Preisausgleichszahlungen. Unterstellt man mittel- bis langfristig einen Abbau dieser Ausgleichszahlungen, so wird deutlich, dass vor allem im Anschluß an den EU-Agenda-2000 - Zeitraum gute Agrarstrukturen für unsere landwirtschaftlichen Unternehmen von existenzieller Bedeutung sein werden.

Dabei sind die Ertragsvorteile und zusätzlichen Aufwandsminderungen durch die geringeren Ackerrandlängen großzügig arrondierter Schläge noch zusätzlich zu berücksichtigen.

Zur Lösung unserer agrarstrukturellen Probleme kann der Nutzungstausch somit einen wesentlichen Beitrag leisten, zumal neben den Kulturämtern auch die Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten für Landwirtschaft sowie die zugelassenen Helferinnen und Helfer den Landwirten mit dem Nutzungstausch zur Seite stehen können.

Fruchtart	Besitzstücksgößen					
	0,5 ha	1,0 ha	2,0 ha	5,0 ha	10,0 ha	20,0 ha
Halmfrüchte 1	1.257 DM	1.020 DM	893 DM	803 DM	735 DM	685 DM
Halmfrüchte 2	1.582 DM	1.200 DM	928 DM	718 DM	595 DM	510 DM
Hackfrüchte 1	2.608 DM	2.268 DM	2.008 DM	1.851 DM	1.730 DM	1.640 DM
Hackfrüchte 2	3.028 DM	2.398 DM	1.943 DM	1.586 DM	1.290 DM	1.100 DM

Erläuterung: angenommener Lohnansatz 20 DM/Äkh; Zusatzziffer 1 = mittlere Mechanisierung; Zusatzziffer 2 = angepasste Mechanisierung.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt
S. 98 bis 99

EHRUNGEN

In memoriam Ministerialrat Dr. Claus-Rainer Hess

Am 24. Juli 2001 kam Ministerialrat Dr. Claus-Rainer Hess durch einen tragischen Unfall ums Leben. Er war in seinem Urlaub mit zwei Kameraden - jeder in einem eigenen Kajak - auf der Saalach bei Saalfelden in Österreich unterwegs, als er in einem Naturwehr kenterte und dann bewusstlos abgetrieben wurde. Er verstarb trotz intensiver Erster Hilfe, nachdem er aus dem Wasser gezogen und zunächst erfolgreich wiederbelebt wurde.

Der Lebensweg von Dr. Claus-Rainer Hess begann am 12. Dezember 1949 in Werlte (Emsland). Nach seinem Abitur studierte Dr. Hess an der Universität Hannover Landespflege. Dem Diplomexamen folgte die Promotion und bereits mit der Referendarausbildung fand Dr. Hess den Weg zur Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz.

Im Jahre 1983 begann er seine Arbeit als erster Landespfleger der Laufbahn des höheren Dienstes der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz im Kulturamt Worms. In den Kulturämtern Worms und Simmern und den ehemaligen Bezirksregierungen Rheinhessen-Pfalz und Koblenz vertrat er engagiert ökologische Belange in der Bodenordnung, allerdings nicht fundamentalistisch oder ideologisch, sondern eher pragmatisch und orientiert an den Interessen der Landnutzer. Die anschließende Zeit bei der Luftbild- und Rechenstelle ist schon im Zusammenhang mit seiner Arbeit im Ministerium zu sehen, wo er zunächst für die Landespflege in der Ländlichen Bodenordnung und zuletzt als Grundsatzreferent im Referat „Entwicklung ländlicher Raum und Umweltpolitik“ tätig war.

Seine berufliche Überzeugung als Landespfleger war von Augenmaß und einem tiefen Gefühl für die Natur und ihre Nutzung bestimmt. Dabei hat er sich immer wieder für das Prinzip der Nachhaltigkeit eingesetzt und für die Beachtung ökologischer Belange in der Kulturlandschaft geworben. Seine persönliche Philosophie zur Bodenordnung war, mit Hilfe dieses Instruments ökologische Ziele mit Akzeptanz der Eigentümer umzusetzen und dabei auch „Wiedergutmachung an der Natur“ zu betreiben. In gewisser Weise war Dr. Claus-Rainer Hess das „Grüne Gewissen“ der Bodenordnung in Rheinland-Pfalz.

Als Landespfleger hat Dr. Claus-Rainer Hess über lange Jahre wertvolle Dienste für die Landeskulturverwaltung erbracht. In seiner sympathischen, familienbezogenen Art hat er entscheidend zu einem Ausgleich zwischen Landespflege und Landwirtschaft beigetragen. Dabei hat er immer auf seine tiefe Verwurzelung mit der Natur und sein starkes Harmoniebedürfnis zurückgreifen können.

Ehrenamtlich war Herr Dr. Hess über 20 Jahre aktiver Schiedsrichter und hat durch seine Tätigkeit und sein Engagement die Schiedsrichtervereinigung des Landkreises Bingen wesentlich mitgeprägt.

Seit 1991 gehörte Dr. Hess dem Pfarrgemeinderat der Pfarrgemeinde St. Dionysius Waldaigesheim an und war über viele Jahre Vorsitzender des Dekanatsrates Rupertsberg. Dabei widmete er sich sehr intensiv der Ökumene und der Aktion Arbeit. Er setzte sich engagiert für Nichtsesshafte ein. Das ökumenische Friedensgebet war ihm eine besondere Herzensangelegenheit.

Dr. Hess lebt in der Landeskulturverwaltung in seiner Arbeit und seinen Ideen weiter, für die er „landespflegerische Keimzellen“ gelegt hat. Die Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung werden sein allzu früh beendetes Lebenswerk fortsetzen und dem Verstorbenen dabei ein ehrendes Andenken bewahren.

Herr Leitender Ministerialrat a. D. Heinz Reifferscheid ist verstorben

Am 23. Oktober 2001 verstarb nach schwerer Krankheit der ehemalige stellvertretende Abteilungsleiter Landeskultur im damaligen Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, leitender Ministerialrat a.D. Dipl.-Ing. Heinz Reifferscheid im Alter von 76 Jahren. Er war ein allseits beliebter Kollege, vorbildlicher Beamter und sehr anerkannter Fachmann.

Heinz Reifferscheid wurde am 22.8.1925 in Reineck geboren. Nach Volksschule und Gymnasium wurde er mit 17 Jahren zum Reichsarbeitsdienst, danach zum Kriegsdienst herangezogen und kam schließlich auch in Kriegsgefangenschaft. Nach seinem Studium der Geodäsie in Bonn und dem Vorbereitungsdienst als Regierungsvermessungsreferendar wurde er im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz mit der Aufgabe eingestellt, die Luftbild- und Rechenstelle aufzubauen. Sein Weg führte ihn dann über Simmern und Worms als planender technischer Beamter zum Kulturamt Trier, wo er leitender technischer Beamter war. Schließlich kam er 1971 an das Ministerium zurück und wurde 1981 zum Stellvertreter des Abteilungsleiters „Landeskultur“ ernannt.

Er hatte wichtige Funktionen der Flurbereinigung, Landentwicklung oder „Bodenordnung“ - wie er sie schon 1973 früh und zukunftsweisend nannte - wahrzunehmen. Für rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trug er Verantwortung bei Personalführung, Programmen, Arbeitsplanungen, technischen und planerischen Aufgaben, die er immer sehr ernst nahm und mit seinem hervorragenden Fachwissen und seinen besonderen Fähigkeiten zum Erfolg führte.

Die Arbeit, die Verantwortung und seine leitenden Aufgaben haben Herrn Reifferscheid immer große Freude bereitet. Er war immer für alle da, gewinnend, freundlich, zuvorkommend. Er konnte gut zuhören und sah sich immer als Ansprechpartner für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dienststellen. Wenn es darauf ankam, konnte er mit Begeisterung aus seinem reichen Schatz an Erfahrungen erzählen.

Heinz Reifferscheid war vor allem ein fröhlicher Mensch. Trotz Reichsarbeitsdienst, Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft hat er sich seine - wie er es selbst immer nannte - „rheinische Frohnatur“ bewahrt.

Er hat mit dem weltweit ersten Auswertegerät nach den Ideen des Obervermessungsrates Schirmer die Luftbildmessung in der Praxis eingeführt. Die Luftbild- und Rechenstelle war weltweit die erste Stelle, die Katasterphotogrammetrie praktizierte.

Für die vermessungstechnische Bearbeitung der Bodenordnung hat Herr Reifferscheid lange Jahre in guter Zusammenarbeit mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung neue Ideen entwickelt und umgesetzt. Er hat erheblichen Anteil an der Neuvermessung des Landes Rheinland-Pfalz, aber auch stets darum gerungen, Neuvermessung dort zu unterlassen, wo sie dem Bürger zu wenig bringt.

Herr Reifferscheid war lange Jahre im Bund-Länder-Ausschuss für Planung und Technik der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz, gehörte dem Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten und anderen Prüfungsausschüssen an und war Mitarbeiter der führenden Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung.

Aus seiner berufspolitischen Arbeit ist die langjährige Tätigkeit im Vorstand des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Landesverband Rheinland-Pfalz - herauszustellen. Hier hat Herr Reifferscheid als stellvertretender Vorsitzender wesentlich dazu beigetragen, den berufspolitischen Dialog zu führen und überregionale Fachtagungen auszurichten.

Die Ideen des Leitenden Ministerialrats Heinz Reifferscheid tragen heute Früchte: Er hat maßgeblich dazu beigetragen, die agrarische Flurbereinigung zur Integralflurbereinigung und schließlich zur Landentwicklung zu führen. Von Anfang an galt seine Aufmerksamkeit immer ganz besonders den noch

schnelleren, einfacheren und umweltfreundlicheren Verfahren, für die er entscheidende Erlasse vorbereitet und formuliert hat. Herr Reifferscheid hat großen Anteil daran, dass den Gemeinden und Bürgern diese wertvollen Hilfen schneller und unbürokratischer gegeben werden können. Er hat das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren - ein einfaches Bodenordnungsverfahren - maßgeblich weiterentwickelt und den Grundstock gelegt, auf dem wir heute aufbauen können. Bei seiner Suche nach schnelleren, einfacheren Lösungen hat er mit seiner fröhlichen Art oft völlig entwaffnende Argumente gefunden, wenn man seinen fortschrittlichen Ideen nicht folgen wollte.

Mit Herrn Reifferscheid haben wir einen liebenswerten Menschen verloren, der uns als Mensch und als Impulsgeber sehr fehlen wird. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Prof. Axel Lorig

LITERATURÜBERSICHT

Ministerialrat Prof. Axel Lorig, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Völkel, K.-L.: Das Wertermittlungsverfahren in der Flurneuordnung, Heft 9, September 2001, Seite 225.
- Dippold, R.: Neuere Entwicklungen im Liegenschaftskataster, Heft 7, Juli 2001, Seite 169.

Zeitschrift für Landnutzung und Landentwicklung

- Magel, H.: Paradigmenwandel in der Landentwicklung und Flurbereinigung Europas, Heft 1, 2001, Seite 4.
- Plieninger, T.: Naturschutz auf privatem Land - Erfolg, Grenzen und Perspektiven anreizorientierter Strategien in den USA, Heft 1, 2001, Seite 10.
- Auweck, F. und Jahnke, P.: Regionale Landentwicklung - zur Methodik eines neuen Instruments für die Entwicklung des ländlichen Raumes, Heft 1, 2001, Seite 44.
- Behm, H. und Schulz, A.: Durch Befliegungen entdeckte historische Strukturen - eine Herausforderung für Standortkunde und Landentwicklung, Heft 2, 2001, Seite 49.
- Werner, A. und Haberstock, W.: Landeskultur - Quo vadis? Jahrestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) im Oktober 2000 in Halle, Heft 3, 2001, Seite 97.
- Klaus, M.: Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen: Konfliktlösung durch Bodenordnung, Heft 3, 2001, Seite 100.
- Polshüter, T.: Naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Landwirtschaft anhand ausgewählter Beispiele, Heft 3, 2001, Seite 111.

- Janssen, G.: Flächenmanagement zur Sicherung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf regionaler Ebene, Heft 3, 2001, Seite 114.
- Hammer, R., Diemann, R., Petschick, D. und Bursian, M.: Möglichkeiten einer konfliktarmen Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Landwirtschaft, Heft 3, 2001, Seite 120.
- Otto, R.: Berücksichtigung von Eingriffsregelungen in der räumlichen Agrarplanung im südlichen Teil Sachsen-Anhalts, Heft 3, 2001, Seite 126.
- Neumann, F.: Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen - ein Praxisbericht zur Eingriffsregelung aus der Sicht eines freien Planungsbüros, Heft 3, 2001, Seite 133.
- Diemann, R.: Expertengespräch zur 21. DLKG-Tagung: „Schlagstruktur und Schlaggröße im Spannungsfeld gegensätzlicher Interessen“, Heft 3, 2001, Seite 138.

Zeitschrift für Vermessungswesen (ZfV)

- Zachert, R.: Zur Festlegung der Verfahrensgebietsgrenze in Flurbereinigungsverfahren, Heft 1, 2001, Seite 33.
- Wunderlich, T.: Ortsbezogene Information - jederzeit und überall, Heft 3, 2001, Seite 117.
- Kasimir, W.: Die Flurneuordnung und das ICE-Neubauprojekt Köln-Rhein/ Main, Heft 4, 2001, Seite 195.

Flächenmanagement und Bodenordnung

- Wiechmann, Th.: Beiträge und Wirkungsmechanismen der Regionalplanung als Instrument zur Steuerung der Flächennutzung - ein zahnlöser Tiger?, Heft 1, 2001.
- Guttek, U. und Wallbaum, E.: Aufbereitung und Ausbau der amtlichen Bodenschätzung als Geobasisinformationssystem, Heft 2, 2001.

Allgemeine Vermessungsnachrichten (AVN)

- Zachert, R.: Grenzbereinigung - ein alternatives Bodenordnungsverfahren, Heft 3, 2001.
- Meisenheimer, H.D.: TCRA der 1100er Reihe, der neue Alleskönner von Leica - erste Eindrücke, Heft 5, 2001.
- Kogoj, D.: Fähigkeiten elektronischer Distanzmesser bei reflektorloser Distanzmessung, Heft 5, 2001.

BDVI Forum

- Laske, M.: Und der Grenzstein ist auch Gold wert:, Heft 1, 2001.
- Weiß, E.: Die hoheitliche Grundstücksneuordnung als Voraussetzung der Verfassungsrechtlichen Eigentumsgewährleistung, Heft 1, 2001.

Nachrichten der Vermessungsverwaltung Rheinland-Pfalz

- Schenk, E. u.a.: Die Reform im Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz - Organisationsplan, Geschäftsordnung und Geschäftsverteilungsplan, Heft 2, 2000.
- Diedinger, O.: Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei den Katasterämtern in Rheinland-Pfalz, Heft 2, 2000.

Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik

- Thoma, M. u.a.: Die Wirkungen der Melioration auf die Landschaft - 3D-Visualisierung am Beispiel der Gemeinde Seewies im Prättigau, Heft 7, 2000.

Nachrichten der niedersächsischen Vermessungsverwaltung

- Lachnit, L.: Struktur eines Qualitätscontrollingsystems für die öffentliche Verwaltung, Heft 1, 2001.

Zeitschrift für das öffentliche Vermessungswesen Sachsen-Anhalt

- Kummer, K.: Neue Möglichkeiten für Organisationsmodelle in der Landesverwaltung unter Berücksichtigung moderner Informationstechnologien, Heft 2, 2000.

Pfälzer Bauer - der Landbote

- Lorig, A.: Die etwas andere „Flurbereinigung“ - Nutzungstausch schafft wettbewerbsfähige Schlaggrößen, Heft 39, Seite 18.
- Hofmann, P.: Die Zeichen der Zeit erkennen und danach handeln - vom Flächennutzungstausch zur Betriebsgemeinschaft, Heft 39, Seite 15.

Rheinische Bauernzeitung

- Lorig, A.: Nutzungstausch - wettbewerbsfähige Schlaggrößen schaffen, Heft 33, 2001, Seite 18.
- Lorig, A.: Schlagkraft durch Nutzungstausch erhöhen, Heft 33, 2001, Seite 19.
- Hänger, B.: Pfälzer Landwirte legen 55 ha zusammen, Heft 33, 2001, Seite 21.
- Baur, H.W.: Mit Nutzungstausch zu verbesserter Agrarstruktur, Heft 33, 2001, Seite 22.
- Schumann, M.: Pachtflächen freiwillig tauschen, Heft 33, 2001, Seite 24.

INFORMATIONEN AUS DER LKV

Rheinland-Pfalz übernimmt Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung

Frank Ißleib, Mainz

Rheinland-Pfalz wird in den Jahren 2002 bis 2004 den Vorsitz und die Geschäftsführung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) von Nordrhein-Westfalen übernehmen.

Harald Glahn, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, hat bei einer Fachtagung der ArgeLandentwicklung im Bürgersaal des Auklosters im nordrhein-westfälischen Monschau symbolisch den „Stab“ übernommen.

Die Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung sei der Motor für die zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmte konsequente Weiterentwicklung des ländlichen Raumes, sagte Glahn. Nordrhein-Westfalen habe in den vergangenen drei Jahren ein beachtliches Pensum vorgelegt und neue, strukturverbessernde Impulse gesetzt.

Die laufenden WTO-Verhandlungen mit weiteren Liberalisierungsschritten, die angestrebte EU-Osterweiterung, die gemeinsame Agrarpolitik mit der anstehenden Zwischenbewertung der Agenda 2000 sowie die von der Bundesregierung „verordnete“ Wende im Agrarbereich stellten die Menschen in den ländlichen Räumen vor neue Herausforderungen.

„Auf die Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und die eingesetzten Arbeitskreise kommen hier spannende, anspruchsvolle Aufgaben zu“, so der Staatssekretär.

Die Landentwicklung werde entscheidend von der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz geprägt, auf deren Mittelausstattung die Länder zur Lösung der anstehenden Probleme „auf keinen Fall“ verzichten könnten. Hier sei in erster Linie die Ländliche Bodenordnung zu nennen, deren agrarstrukturverbessernde Maßnahmen für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von herausragender Bedeutung seien, sagte Glahn.

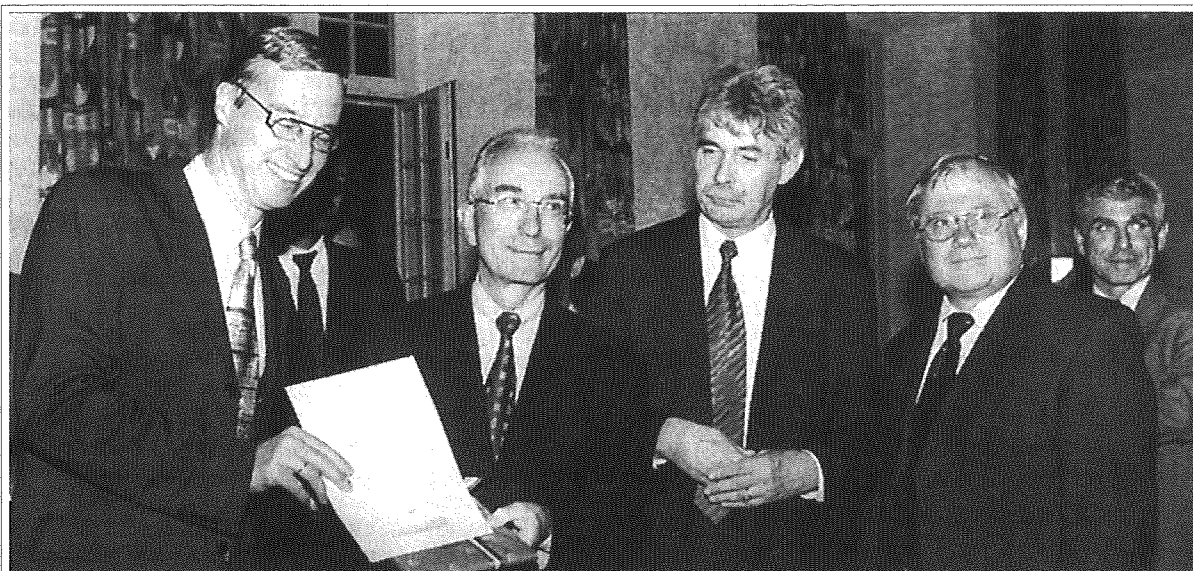
Dabei seien auch innovative Ansätze gefragt.

Mit der neuen, von Rheinland-Pfalz ausgehenden Initiative „Freiwilliger Nutzungstausch“ könnten Landwirte und Grundstückseigentümer in Zukunft auf unbürokratische Weise „in ein Boot“ geholt werden, um die Agrarstruktur mit vergleichsweise geringem Aufwand zu verbessern.

„Rheinland-Pfalz stellt sich gerne dieser Aufgabe und möchte das mit der Übergabe des Vorsitzes und der Geschäftsführung zum Ausdruck gebrachte Vertrauen für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern nutzen“, so der Staatssekretär.

Neuer Vorsitzender der ArgeLandentwicklung wird Abteilungsleiter Manfred Buchta, zuständig für die Abteilung „Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt“.

Die Geschäftsführung der ArgeLandentwicklung wird Ministerialrat Professor Axel Lorig übernehmen, der für die Bodenordnung im Ministerium zuständig ist.



Wechsel: Staatssekretär Dr. Thomas Griesse (li.) übergab in Monschau den Vorsitz in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landesentwicklung an seinen Kollegen aus Rheinland-Pfalz, Harald Glahn. Begrüßt wurden die Gäste im Aukloster von Bürgermeister Theo Steinröx. Foto: W. Theißen

Förderung des ländlichen Raums

Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landesentwicklung in Monschau

Monschau. Die Jahressitzung des Plenums der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landesentwicklung findet zurzeit in Monschau statt. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind neben dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Forsten auch die zuständigen Ministerien aller Bundesländer. Die Experten befassten sich in Monschau mit aktuellen Themen wie Flurbereinigung und Naturschutz und der Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Landentwicklung und ländlichen Bodenordnung.

Am Mittwoch stellte das Amt für Agrarordnung Euskirchen den Tagungsteilnehmern in einer ganztägigen Exkursion zudem unter anderem das Haus Lambert in Kalterherberg, dessen Gesamtrestaurierung durch das Amt im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms mit finanziert wurde, sowie die Hofmolkerei und Ferienhof Jansen in Lammersdorf vor.

Begonnen hatte die Tagung mit einer Besichtigung der Altstadt und

anschließendem Empfang im Bürgersaal des Auklosters. Anlässlich dieses Empfangs erfolgte auch die Übergabe des Vorsitzes dieser Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft.

Staatssekretär Dr. Thomas Griesse vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, übergab den Vorsitz an seinen Kollegen Staatssekretär Harald Glahn aus dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Aukloster als Beispiel

Im Namen der Stadt Monschau begrüßte Bürgermeister Theo Steinröx die Tagungsteilnehmer. Nicht ohne Stolz wies er die Gäste auf die historische Bedeutung des Auklosters hin. „Sie stehen hier an einem Ort, der auch ihre Arbeit ist. Ohne Ihre Unterstützung und Ihre Ideen wäre dieses Haus heute vielleicht nur ein Parkplatz in unserer schönen Altstadt. Dafür gilt mein

besonderer Dank.“ Staatssekretär Griesse zeigte in seiner Begrüßung Respekt vor dem symbolträchtigen Umfeld für die Tagung. Die Eifel als Grenzregion zu Rheinland-Pfalz und Belgien eigne sich in mehreren Bereichen als Beispiel für die vielen bereits verwirklichten Maßnahmen der Arbeitsgemeinschaft. Die Eifel sei ein lebenswerter und anziehender Raum, und Monschau mit seiner Altstadt sicherlich ein Juwel im Land.

Staatssekretär Harald Glahn hob die in den letzten drei Jahren unter nordrhein-westfälischem Vorsitz geleistete Arbeit der Arbeitsgemeinschaft hervor. Sie sei der Motor für die zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmte konsequente Weiterentwicklung des ländlichen Raumes. Die gemeinsame Agrarpolitik mit der anstehenden Zwischenbewertung der Agenda 2000 sowie die von der Bundesregierung „verordnete“ Wende im Agrarbereich stellten die Menschen in den ländlichen Räumen vor neue Herausforderungen. (W.Th.)

Regionale Strukturpolitik verzahnen

KONKEN: Auftakt zur Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung

► Das Kulturamt Kaiserslautern läutete am Dienstag in einer Auftaktveranstaltung die zweite großräumige **Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP)** im Kuseler-Landkreis ein. Die AEP Westrich umfasst das Gebiet der Verbandsgemeinden Kusel und Glan-Münchweiler. In ganz Rheinland-Pfalz gibt es mehr als zehn solcher Entwicklungspläne.

Nach der Verbandsgemeinde Lauterecken ist die AEP Westrich nun die zweite im Landkreis. Das Kulturamt informierte im Konker Gasthaus Gerlach die beiden Verbandsbürgermeister, die 16 Ortsbürgermeister, Landwirte sowie die Träger öffentlicher Belange über die Ziele des AEP. Nach Bernd Scholz, Amtsleiter des Kulturamtes Kaiserslautern wolle man eine zukunftsorientierte Entwicklung im Westrich erarbeiten.

Für die Entwicklung ländlicher Räume stehe in Rheinland-Pfalz eine breite Palette an Fördermaßnahmen in der Agrar-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik zur Verfügung, die mit einer großräumigen agrarstrukturellen Entwicklungsplanung noch besser aufeinander abgestimmt werden könnten. Regionale Strukturpolitik sei dabei um so erfolgreicher, je besser die Maßnahmen miteinander verzahnt seien. Zugleich müsse die eigenständige Identität

der Region bewahrt werden. Die Entwicklung im ländlichen Raum könne zugleich nur mit dem Betroffenen erfolgreich gestaltet werden. Aus diesem Grund, so Scholz, stehe die Bürgerbefragungen im Vordergrund.

Die Geschäftsführung während der Erstellung des Gutachtens liegt beim Kulturamt Kaiserslautern, das auch

die fachlichen Arbeitskreise und den „Runden Tisch“ moderieren wird. Das Ergebnis des agrarstrukturellen Entwicklungsplanes soll Anfang 2003 vorliegen. Zwischendurch werden drei Bürgerbefragungen durchgeführt.

Der regionale Entwicklungsschwerpunkt Westrich wurde von kommunaler Seite angeregt. Mit der jetzt eingeleiteten agrarstrukturellen Entwicklungsplanung für die betroffenen Gemeinden sollen Rationalisierungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft und Landentwicklungsmaßnahmen vorbereitet, touristische und kommunale Vorhaben unterstützt sowie Projekte der Landespflege und der Gewässerrenaturierung vorangebracht werden. Die AEP wird vollständig aus öffentlichen Mitteln der EU gefördert. Während der Auftaktveranstaltung übergab Jörg Savelkoul von der ADD Trier den Auftrag zur Entwicklungsplanung an die Koblenzer GfL Planungs- und Ingenieurgesellschaft. Eine Abschrift erhielten die beiden Verbandsbürgermeister Dr. Stefan Spitzer und Klaus Müller (say)



Jörg Savelkoul von der ADD Trier überreichte den Auftrag zur AEP Westrich an die Verbandsbürgermeister von Glan-Münchweiler und Kusel, Klaus Müller (Mitte) und Dr. Stefan Spitzer (sitzend).

—FOTO: WES

Abb. 2: Rheinpfalz

„Es gibt noch viel zu tun“

Abschied von Elke Zinke, Moderatorin im Ernstberggebiet

DAUN. Abschied von der Eifel: Elke Zinke war seit Februar vergangenen Jahres als Moderatorin im so genannten Entwicklungsschwerpunkt Ernstberggebiet tätig.

Als Ansprechpartnerin für die Bauern war Elke Zinke vom Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume und vom Deutschen Bauernverband finanziell unterstützt worden.

Die Förderung läuft aus und damit auch die befristete Stelle der Moderatorin, die Elke Zinke im vergangenen Jahr angetrat. Sie betreute die ländlichen Bodenordnungsverfahren in Waldkönigen und anderen Stadtteilen der Stadt Daun sowie in Neroth und setzte sich für Sonderaufgaben wie die Ansiedlung landwirtschaftlicher Betriebe, speziell von extensiv wirtschaftenden, ein. Ein Ziel im

Ernstberggebiet ist die Offenhaltung der Landschaft und damit die Erhaltung der Kulturlandschaft, wie sie über Jahrhunderte vom Menschen geschaffen wurde.

Die Kulturlandschaft, in der noch viele seltene Tier- und Pflanzenarten vorkommen, ist ein wichtiges Kapital für den Tourismus und zugleich lebenswerte Heimat der Bewohner. „Die Vulkaneifel zwischen Daun und Gerolstein mit den Eifelmaaren, gilt es durch gezielte Projekte zu fördern und dabei insbesondere Landwirtschaft und Landespflege einzubinden“, bilanzierte Elke Zinke bei ihrer Verabschiedung. Das ist auch der Tenor ihres Zwischenberichtes Ernstberg, der bereits im März vorgestellt wurde.

Die Moderation wird in Zukunft von den Mitgliedern des Arbeitskreises Ernstberg übernommen. „Diese Aufgabe wird einen Schwerpunkt meiner Tätigkeit in den kommenden Jahren darstellen. Ich freue mich darauf. Denn hier beschreiten wir neue Wege“, sagte Matthias Brauns, der für den Bereich der VG Daun die Moderation künftig übernimmt. Hans-Josef Hunz von der VG Gerolstein soll den Gerolsteiner Bereich im Entwicklungsschwerpunkt Ernstberg betreiben. „Es wird keine leichte Aufgabe, die Arbeit der Moderatorin zusätzlich zu übernehmen“, sagte Hunz.

Klaus Hein von der Kreisverwaltung Daun und Rolf Greib vom Kulturamt Prüm haben das Projekt begleitet und drängen darauf, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. „Im Ernstberggebiet ist seit 1995 viel erreicht worden. Aber auch jetzt müssen wir vieles anpacken“, sagen Greib und Hein.



Klaus Hein, Hans-Josef Hunz, Matthias Brauns und Rolf Greib (von links) verabschieden Elke Zinke, die seit Februar vergangenen Jahres als Moderatorin im Ernstberg-Gebiet tätig war.

Abb. 3: Trierischer Volksfreund / Daunerausgabe vom 07. September 2001

Nutzungstausch eröffnet neue Möglichkeiten des Flächenmanagements in der Westpfalz

Frank Ißleib, Mainz

Der Nutzungstausch zur Schaffung wettbewerbsfähiger Schlaggrößen auf Pachtbasis stellt nach Ansicht von Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage eine kostengünstige und schnell wirkende Hilfe für die Landwirte in der Westpfalz dar. Dieses neue Instrument der Bodenordnung passe in idealer Weise auf Mittelgebirgsstandorte mit hohen Pachtlandanteilen in den landwirtschaftlichen Unternehmen, sagte der Minister aus Anlass des jetzt abgeschlossenen Pilotverfahrens Adenbach (Landkreis Kusel), das vom Kulturamt Kaiserslautern durchgeführt wurde. Dadurch könnten Flurstrukturen geschaffen werden, die auch künftigen Anforderungen gerecht würden und somit einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume leisteten.

Kernidee des Nutzungstausches sei es, die Kosten der Bewirtschaftung zu senken, indem größere Schläge durch Nutzungsvereinbarungen auf Pachtbasis geschaffen werden, ohne die Eigentumsgrenzen zu verändern. Diese ergänzende Initiative zur Ländlichen Bodenordnung auf privatrechtlicher Basis diene den unterschiedlichen Interessen von nichtwirtschaftenden Grundstückseigentümern und flächenpachtenden Landwirten.

Die Landwirte hätten durch den Nutzungstausch die Möglichkeit, größere zusammenhängende Flächen zu pachten und betriebswirtschaftlich sinnvoll zu bewirtschaften. Die Verpächter erreichten auf diese Weise ohne vorherige langwierige Eigen-

tumsveränderungen eine dauerhafte Stabilisierung ihres Pachterlöses. Grundprinzipien des Nutzungstausches seien Freiwilligkeit und Einvernehmlichkeit, erläuterte Bauckhage.

Im Nutzungstausch Adenbach seien die Besitzstücke von 3,1 Hektar auf rund 13 Hektar vergrößert und die Schlaglängen zugleich von 230 Metern auf 570 Meter mehr als verdoppelt worden, erläuterte Bauckhage. Die Ackerrandlänge, die erheblichen Einfluss auf Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz sowie auf die Maschinenkosten und die Arbeitszeit habe, sei halbiert worden. Insgesamt seien an diesem Verfahren 30 Verpächter mit 66 Flurstücken beteiligt gewesen. „Von den Informationsgesprächen bis zum Abschluss der Pachtverträge sowie der bewilligungsreifen Vorlage der Förderanträge für die Verpachtungsprämien vergingen nur sechs Monate“, sagte der Minister.

Der Nutzungstausch sei im neuen Programm *Ländliche Bodenordnung 2000 bis 2006* ein Arbeitsschwerpunkt der Kulturrämter, sagte der Minister. Die strukturellen Nachteile der zu kleinteiligen Feldfluren müssten dringend beseitigt werden, damit die rheinland-pfälzische Landwirtschaft die künftigen Herausforderungen meistern könne. Nur leistungs- und wettbewerbsfähige Landwirte könnten dauerhaft Nahrungsmittel von hoher Qualität erzeugen, die Kulturlandschaft pflegen sowie die ländlichen Räume attraktiv und lebenswert erhalten, meinte Bauckhage.

Flächenmanagement aus einem Guss

Frank Ißleib, Mainz

„Dieses Bodenordnungsverfahren in Bad Dürkheim zeigt, dass ländliche Entwicklung nur gelingen kann, wenn die Einzelmaßnahmen aus den verschiedensten Bereichen in einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden“. Mit diesen Worten würdigte Günter Eymael, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium, den Abschluss des Bodenordnungsverfahrens in Bad Dürkheim-Neuberg. In vorbildlicher Weise seien die Entwick-

lung der Siedlung, des Gewerbes, des Verkehrs, der Landwirtschaft und des Weinbaus mit Fragen der Landespflege, der Wasserwirtschaft und des Fremdenverkehrs in Einklang gebracht worden. Das Kulturamt Neustadt an der Weinstraße habe in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Teilnehmergemeinschaft und der Aufbaugemeinschaft das erforderliche Flächenmanagement optimal betrieben und alle konkurrierenden Nutzungsansprüche aus-

zugleichen versucht, sagte Eymael bei der Feierstunde zum Abschluss des Bodenordnungsverfahrens in Bad Dürkheim.

Das Bodenordnungsverfahren habe vor allem dazu gedient, die Rahmenbedingungen für zahlreiche Weinbaubetriebe zu verbessern. Aus durchschnittlich sechs kleinen Grundstücken sei ein großes, wirtschaftlich bearbeitbares Grundstück entstanden. Das Wegenetz sei neu gestaltet und die Hauptwege befestigt worden, erläuterte der Staatssekretär. Zudem sei für ein vorzeitig ausgebautes Teilstück der Bundesstraße 271 neu die eigentumsrechtliche Voraussetzung geschaffen worden. Als „touristisches Schmuckstück“, das auch ökologischen Ansprüchen voll gerecht wird, bezeichnete Eymael den wieder hergestellten Hohlweg, der

durch Pflaster und Sandsteinmauern aufgewertet worden sei. Mit der Verbreiterung und Befestigung des Neubergweges sei eine effiziente Erschließung der dortigen Aussiedlungen erreicht worden.

Nach Angaben Eymaels sind derzeit im Landkreis Bad Dürkheim 40 Bodenordnungsverfahren anhängig. Weitere 15 seien bis zum Jahre 2006 geplant. Er sei zuversichtlich, dass es auch angesichts der angespannten Haushaltslage gelingen werde, öffentliche Mittel für diese wichtigen strukturpolitischen Maßnahmen bereitstellen zu können. Für das jetzt abgeschlossene Verfahren in Bad Dürkheim-Neuberg seien Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Mark angefallen, die zu 75 Prozent durch Landeszuschüsse und zu 25 Prozent durch Eigenleistungen der Teilnehmer getragen wurden.

Flächenmanagement unterstützt Lückenschluss der A 63 Kaiserslautern-Ost / Mehlingen

Frank Ißleib, Mainz

„Mit dem Bodenordnungsverfahren Kaiserslautern-Ost/Mehlingen wird der Lückenschluss der A 63 von der Anschlussstelle Kaiserslautern-Ost bis zur Anschlussstelle Mehlingen auf bestmögliche Art und Weise begleitet und unterstützt“, teilte der rheinland-pfälzische Verkehrs- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mit. Das Kulturamt Kaiserslautern leiste damit einen wichtigen Beitrag, um möglichst einvernehmlich und zeitnah die Lücke zwischen diesen beiden Anschlussstellen zu schließen und damit eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen der Landeshauptstadt Mainz und dem Westpfalzzentrum Kaiserslautern zu schaffen.

Die örtlichen Wertermittlungsarbeiten seien abgeschlossen, sodass derzeit Grunderwerbsverhandlungen mit verkaufsbereiten Grundstückseigentümern liefen, sagte Bauckhage. Ein frühzeitiger Grunderwerb erleichtere sowohl die Ausführung des Autobahnbaus als auch die Durchführung des Bodenordnungsverfahrens. „Damit gelingt es in vorbildlicher Weise, die Kräfte für die Verwirklichung dieser beiden bedeutenden Infrastrukturmaßnahmen zu bündeln, so der Minister. Innerhalb des Bodenordnungsgebietes erworbene Flächen würden im Austausch unter die neue Trasse gelegt und nur soweit der Grunderwerb nicht vollständig auf freiwilligem Wege gelinge, werde die benötigte Fläche in dem Bodenordnungsverfahren von allen Beteiligten anteilig aufgebracht.

Wie Bauckhage in diesem Zusammenhang weiter erläuterte, sei das 1 400 Hektar umfassende Bodenordnungsverfahren das geeignetste Mittel, um die für das Straßenbauvorhaben benötigten Flächen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der einzelnen Grundstückseigentümer bereitzustellen, die erforderlichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen einvernehmlich umzusetzen sowie die durch den Straßenbau beeinflusste Agrar- und Infrastruktur an die neuen topographischen Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig zu verbessern.

Darüber hinaus hätten die Grundstückseigentümer für das Bodenordnungsverfahren keine Eigenleistungen zu tragen, soweit die Neuordnungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Straßenbauvorhaben stünden.

Bauckhage betonte abschließend, dass damit weitere Schritte für eine nachhaltige Standortverbesserung in der Region Westpfalz getan seien. Die Bündelung dieser Vorhaben belege zugleich die Bedeutung seines Ressorts als „Strukturministerium“, da bedeutende Entwicklungsprojekte unter einem Dach schnell und einvernehmlich aufeinander abgestimmt und durchgeführt werden könnten.

Besitzübergang im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Altkülz

Frank Ißleib, Mainz

Im Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren Altkülz (Rhein-Hunsrück-Kreis), das eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 450 Hektar umfasst, fand kürzlich der Besitzübergang für die Ackerflächen statt; für die Grünlandflächen ist er im Spätherbst vorgesehen. Das hat der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage mitgeteilt.

Die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung durch das Kulturstück Simmern habe die Notwendigkeit dieses Verfahrens nachgewiesen. Eine Betriebserhebung des Kulturstückes habe ergeben, dass wesentliche Verbesserungen der Betriebsstrukturen am wirksamsten und schnellsten durch ein Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren erreicht werden können, sagte Bauckhage. Mit einem Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren kann das Eigentum an landwirtschaftlich genutzten Flächen in weniger als drei Jahren kostengünstig zu großen Einheiten zusammengefasst werden.

Die derzeitige Grundstücksstruktur ist noch immer geprägt durch die im Jahr 1953 durchgeführte Flurbereinigung. So weisen die im Eigentum oder in Pacht befindlichen landwirtschaftlich genutzten Be-

sitzstücke eine Fläche von durchschnittlich 1,16 Hektar auf, die zu klein sind, um nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wirtschaftlich arbeiten und produzieren zu können. Auch die Furchenlänge der Ackerblöcke mit rund 165 Metern ist zu kurz. Grundsätzlich kann das vorhandene Wirtschaftswegenetz zwar beibehalten werden, sollte aber durch den Wegfall entbehrlicher Wege ausgedünnt werden. Dadurch können Furchenlängen bis zu 600 Metern Länge und gegebenenfalls noch längere entstehen. „Damit erreichen wir eine Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen mit zweckmäßigen Flurstücksgrößen und -formen“, fasste der Minister zusammen.

Auch landespflegerische Erhaltungs-, Sicherungs- und Entwicklungsmaßnahmen werden angestrebt. Dazu zählen die Anlage von Landschaftsstrukturen in Ackerlagen, die Erhaltung und Ergänzung von Streuobstbeständen sowie die Entwicklung von Bachtälern und Quellmulden. „Diese letztgenannten Maßnahmen werden auch im Rahmen des von der Landesregierung Rheinland-Pfalz geförderten „Naheprogramms“ ausgeführt“, sagte Bauckhage.

Ulmen startet in die konkrete Umsetzung der Entwicklungsplanung

Frank Ißleib, Mainz

In der Verbandsgemeinde Ulmen (Landkreis Cochem-Zell) kann jetzt mit der konkreten Umsetzung einer integrierten Strukturentwicklung begonnen werden. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung mit Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage wurden heute die Ergebnisse der 1998 gestarteten Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) für Ulmen vorgestellt. In regionalen Entwicklungsschwerpunkten wie in Ulmen werden die Konzepte für die Agrarstrukturverbesserung, für den Naturschutz, für die Landschaftspflege und die Wasserwirtschaft, aber auch die Verkehrsplanungen über die kommunalen Grenzen hinaus vernetzt, um eine integrierte Entwicklung zu ermöglichen. „Nur so können Synergieeffekte ausgenutzt und knappe

Ressourcen optimal verteilt werden“, sagte Bauckhage. Die rheinland-pfälzische Idee, regionale Entwicklungsschwerpunkte zur Gestaltung der Förderpolitik in ländlichen Räumen zu bilden, finde inzwischen Nachahmer in anderen Bundesländern.

Der Zuschnitt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau biete als Strukturministerium für den ländlichen Raum sehr gute Voraussetzungen für die Begleitung integrierter Entwicklungskonzepte. Hier seien die wichtigsten Fördermöglichkeiten für die regionale Strukturpolitik zusammengefasst. Dazu zählten die Wirtschafts- und Agrarförderung, die Förderung der Verkehrsinfrastruktur sowie die Technologie- und

Tourismusförderung. Im Rahmen der Initiative *Land schafft will* Bauckhage die Menschen im ländlichen Raum motivieren und mobilisieren, ihre Entwicklungspotenziale auszuschöpfen. *Land schafft* soll auch ein neues Selbstbewusstsein der Menschen im ländlichen Raum fördern.

Das Ende der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung sei der Auftakt für die weitere projektbezogene Arbeit, wobei der vom Kulturredam Mayen koordinierten Bodenordnung eine Schlüsselstellung zukomme. Durch Bodenordnung könnten die Flurstücke vergrößert und besser arrondiert sowie neue Wege gebaut werden. Dadurch seien ein wirtschaftlicher Maschineneinsatz und Kosteneinsparungen von bis zu 200 Mark je Hektar und Jahr möglich.

„Das ist ein wesentlicher Schritt, um im immer härter werdenden Agrarwettbewerb bestehen zu können“, sagte der Minister.

Das Flächenmanagement durch die Bodenordnung wirke sich auch positiv auf die Attraktivität der Region für Touristen und damit auf das Arbeitsplatzangebot im Tourismus aus. So könne mit dem Bau

von Wirtschaftswegen und Bereitstellung von Flächen im Rahmen der Neustrukturierung der Grundstücke ein wichtiger Beitrag zum Ausbau des Radwegenetzes geleistet werden. Gerade dem Fahrradtourismus würden große Wachstumschancen vorhergesagt, erläuterte der Minister. Die Bodenordnung eröffne aber auch Chancen, die Kulturlandschaft auf Dauer zu erhalten und fortzuentwickeln. Auch dies sei eine Vorleistung für attraktive Tourismusregionen.

Rund 90 Prozent der Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben weniger als 2 000 Einwohner, fast jeder zweite Rheinland-Pfälzer lebt in ländlich strukturierten Gebieten. Deswegen bilde die Entwicklung ländlicher Räume einen Schwerpunkt im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium, sagte der Minister.

Das schlage sich auch im Doppelhaushalt 2000 und 2001 nieder, in dem für die Entwicklung der ländlichen Regionen knapp eine Milliarde Mark in den verschiedenen Förder- und Entwicklungsgebieten zur Verfügung stehen.

Eigentumsübergang nach erfolgreichem Bodenordnungsverfahren A 63 Dreisen-Steinbach am Donnersberg

Frank Ißleib, Mainz

Mit dem vom Kulturredam Kaiserslautern durchgeführten rund 900 Hektar großen Bodenordnungsverfahren A 63 Dreisen-Steinbach am Donnersberg sei das Flächenmanagement in diesem Abschnitt der Autobahn inzwischen erfolgreich abgeschlossen.

Hierauf hat der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage jetzt aus Anlass des Eintritts des neuen Rechtszustandes in dem Bodenordnungsverfahren hingewiesen. Das Kulturredam Kaiserslautern habe die Neuordnung auf bürgerfreundliche und mit allen Grundstückseigentümern einvernehmliche Art und Weise durchgeführt und deshalb zeitnah die Ausführungsanordnung erlassen können.

In dem Bodenordnungsverfahren sei es vorbildlich gelungen, die Infrastruktur an die durch den Autobahnbau geänderten topographischen Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig die Agrarstruktur zu verbessern. Binnen vier Jahren sei das Ver-

fahren, an dem 550 Grundstückseigentümer beteiligt waren, zum Besitzübergang gebracht worden.

Als vorteilhaft habe es sich erwiesen sowohl das Flächenmanagement als auch die Regulierung aller mit dem Straßenbauvorhaben zusammenhängenden Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen mit Hilfe der Ländlichen Bodenordnung auszuführen, so Bauckhage.

Soweit die Neuordnungsmaßnahmen beispielsweise für Verbesserungen des Wirtschaftswegenetzes im Rahmen der Bodenordnung über den Straßenbau hinausgegangen seien, seien diese Kosten mit 95 Prozent bezuschusst worden. Auch darin komme das große Engagement seines „Strukturministeriums“ für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz zum Ausdruck.

Impressum

- Herausgeber: Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Hans-Artur Bauckhage
- Schriftleitung: Ministerialrat Prof. A. Lorig,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz
E-Mail: Axel.Lorig@mwwlvw.rlp.de
- Gestaltung,
Reproduktion
und Vertrieb: Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz,
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz
E-Mail: lurest@landentwicklung-mainz.rlp.de
- Ständige Mitarbeiter: Vermessungsdirektor Müllen (ADD Trier)
Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm)
Ltd. Regierungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Vermessungsdirektor Pick (Kulturamt Bernkastel - Kues)
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerburg)
Vermessungsdirektor Kohlhaas (Kulturamt Mayen)
Vermessungsdirektor Hausmann (Kulturamt Worms)
Vermessungsdirektor Neumann (Kulturamt Neustadt)
Vermessungsdirektor Semar (Kulturamt Kaiserslautern)
Vermessungsdirektor K. Wagner (Kulturamt Simmern)
Techn. Angestellte Kaufmann (LUREST/Worms)
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
2. An Teilnehmergeinschaften (VTG)
3. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung
4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel: Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck: Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse: www.landentwicklung.rlp.de

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier